

Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln

Untersuchung von Nachhaltigkeitsstrategien
auf internationaler Ebene

Gefördert durch

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen



Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln

Untersuchung von Nachhaltigkeitsstrategien
auf internationaler Ebene

AutorInnen:

Dr. Klaus Jacob
Hannah Kannen
Dr. Ingeborg Niestroy

Forschungszentrum für Umweltpolitik
Freie Universität Berlin
Telefon: 030 – 838 54492
E-Mail: klaus.jacob@fu-berlin.de

Stand: 11.12.2013

Zusammenfassung

Nachhaltigkeitsstrategien verfolgen das Ziel, die drei Dimensionen von Nachhaltigkeit (ökonomisch, ökologisch, sozial) in politische Prozesse und Entscheidungen zu integrieren. Seit Beginn des Agenda 21-Prozesses im Jahr 1992 sind derartige Strategien auf den verschiedenen politischen Ebenen (lokal, regional, national, supranational) entworfen und implementiert worden. Allerdings zeichnet sich die weltweite und auch bundesdeutsche Strategielandschaft durch große Heterogenität aus, zum Beispiel in Bezug auf Problemverständnisse, Zielsetzungen oder die Wahl von Umsetzungsmechanismen. Darüber hinaus gibt es auf der Ebene der deutschen Bundesländer bislang noch keine flächendeckende Verbreitung von Nachhaltigkeitsstrategien. Die vorliegende Studie leistet einen Beitrag zur Entwicklung und Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien auf Länderebene.

Fünf nationale und fünf regionale Fallstudien zeigen, dass es zum Teil sehr unterschiedliche Ansätze der strategischen Verfolgung eines Nachhaltigkeitsleitbildes gibt. Es wird deutlich, dass keine Idealstrategie existiert, von der alle anderen kopieren können. Stattdessen wird eine Typisierung von unterschiedlichen Herangehensweisen bzw. Gestaltungsoptionen erarbeitet, die in ihrem jeweiligen Kontext Wirksamkeit entfalten können. Darüber hinaus werden in den zehn untersuchten Ländern und Regionen innovative Politikansätze zur Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien in ausgewählten Themenfeldern identifiziert. Die insgesamt 31 dargestellten Best Practices veranschaulichen die Vielfalt der zur Verfügung stehenden Instrumente zur Forcierung einer nachhaltigen Entwicklung.

Eine Bewertung der Übertragbarkeit der identifizierten Gestaltungsoptionen und Politikinnovationen wird bewusst nicht vorgenommen. Stattdessen unterstreicht die vorliegende Studie die Notwendigkeit der Beachtung von Kontextbedingungen (institutionell, politisch, naturräumlich-geografisch, wirtschaftlich und soziokulturell). Es wird nahe gelegt, zunächst eine Analyse der heimischen Kontexte durchzuführen und daraus die spezifischen Herausforderungen für eine Governance der nachhaltigen Entwicklung abzuleiten, bevor die identifizierten Gestaltungsoptionen und Instrumente betrachtet werden und ihre Implementierbarkeit in anderen Kontexten bewertet wird.

Insgesamt zeigt die empirische Analyse, dass es weltweit eine Reihe von Vorbildern ambitionierter Nachhaltigkeitspolitik gibt, von denen andere Länder und Regionen lernen können. Die vorliegende Studie bietet mit ihrem „Baukasten an Innovationen“ eine Grundlage und Inspiration für Diskussions- und Lernprozesse.

Inhaltsübersicht

1	Einleitung	6
1.1	Nachhaltigkeitsstrategien als politisches Steuerungsinstrument	6
1.2	Untersuchungsinteresse und Ziel des Projekts	8
1.3	Struktur des Berichts	9
2	Methodisches und theoretisches Vorgehen	11
2.1	Fallauswahl	11
2.2	Überlegungen zur Frage der Übertragbarkeit: Kontextbedingungen	17
2.3	Auswahl der zu betrachtenden Querschnittsthemen	20
2.4	Vorgehen zur Identifikation von Best Practices in Fachthemen	22
3	Beschreibung der ausgewählten Nachhaltigkeitsstrategien	24
3.1	Österreich	24
3.2	Tirol	35
3.3	Schweiz	44
3.4	Aargau	54
3.5	Flandern	63
3.6	Frankreich	76
3.7	Finnland	87
3.8	Wales	100
3.9	Kalifornien	112
3.10	Bhutan	121
4	Gestaltungsoptionen von Nachhaltigkeitsstrategien	134
4.1	Inhalt und Ziele	134
4.2	Umsetzung	135
4.3	Monitoring und Evaluation	135
4.4	Horizontale Integration	136
4.5	Vertikale Integration	137
4.6	Partizipation nicht-staatlicher Akteure	137
5	Identifikation von Best Practice-Beispielen in Fachthemen	139
5.1	Nachhaltiges Wirtschaften / Green Economy	141
5.2	Nachhaltige Finanzpolitik	158
5.3	Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe	163
5.4	Bildung für nachhaltige Entwicklung	167
5.5	Jugendbeteiligung	172
6	Schlussfolgerungen für die Strategieentwicklung	180
7	Literaturverzeichnis	183
7.1	Literatur für die Fallauswahl	183
7.2	Literatur für den Bericht	184

8	Anhang	187
8.1	Zeitplan des Projekts	187
8.2	Wissenschaftliches Beratungsteam	188
8.3	Peer-Reviewer.....	189
8.4	Länderoffene Expertengruppe	190
8.5	Policy Toolbox: Gute Praktiken aus den zehn Ländern und Regionen.....	192

1 Einleitung

1.1 Nachhaltigkeitsstrategien als politisches Steuerungsinstrument

Die Umsetzung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne des langfristigen Erhalts und der Vermehrung natürlicher Ressourcen, ökonomischen Kapitals und sozialen Zusammenhalts stellt eine enorme Herausforderung für moderne Gesellschaften dar. Die Herausforderungen erwachsen zunächst aus dem holistischen Konzept, das die immer neue Abwägung zwischen den verschiedenen Dimensionen nachhaltiger Entwicklung erforderlich macht. Moderne Gesellschaften und ihre Regierungsapparate sind durch ein hohes Maß an Ausdifferenzierung und Spezialisierung gekennzeichnet. Das holistische Verständnis einer nachhaltigen Entwicklung erfordert dagegen eine Integration in allen Politikbereichen. Solche Querschnittsaufgaben sind vor dem Hintergrund der damit verbundenen Interessenkonflikte insbesondere dann problematisch, wenn sie nicht von durchsetzungsstarken Institutionen unterstützt werden.

Weiterhin ist das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ein normatives Konzept. Ob eine politische Entscheidung, ein Produkt, ein Verhalten usw. nachhaltig ist, lässt sich nicht alleine analytisch bestimmen, sondern nur aus einer weiteren Konkretisierung und Operationalisierung des Leitbildes. Eine solche Konkretisierung ist notwendig an den jeweiligen Kontext gebunden. Die Handlungserfordernisse ergeben sich einerseits aus den jeweiligen Vorstellungen, was die Prioritäten für eine langfristig wünschenswerte Gesellschaft sind, und andererseits aus den Rahmenbedingungen, die von Land zu Land, bei Firmen, Gemeinden, Regionen usw. jeweils unterschiedlich sind.

Schließlich erfordert eine nachhaltige Entwicklung das Zusammenwirken oder doch zumindest eine Kohärenz der Aktivitäten verschiedener Akteure der verschiedenen Handlungsebenen und -felder. Die Bewältigung von Herausforderungen wie dem Klimawandel, dem Umbau hin zu einer ressourceneffizienten Grünen Wirtschaft oder dem demografischen Wandel lassen sich nicht durch unilaterales Handeln einzelner Akteure oder Ebenen bewältigen. Diese Notwendigkeit von Kohärenz, des Zusammenwirkens und der Mobilisierung von Ressourcen aus verschiedenen Ebenen und Feldern bezieht sich nicht nur auf staatliche Akteure. Auch nicht-staatliche Akteure, seien es Unternehmen, Gewerkschaften oder zivilgesellschaftliche Akteure, müssen für das Gelingen einer nachhaltigen Entwicklung mobilisiert und beteiligt werden.

Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit der Integration von Nachhaltigkeitserfordernissen in den Politikfeldern, der Konkretisierung des Leitbildes und der Mobilisierung von Ressourcen haben sich die Staaten bereits auf dem Weltgipfel in Rio de Janeiro 1992 dazu verpflichtet, jeweils eigene Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Strategien sind dabei idealerweise nicht nur Dokumente, in denen Ziele und Schritte zu deren Erreichung dargelegt sind. Strategien beschreiben weiterhin einen Umsetzungsprozess, der Spielregeln für die Umsetzung festlegt. Um Wirksamkeit zu entfalten, müssen schließlich Kapazitäten bereitgestellt werden. Strategische Kapazitäten umfassen die Wissensbasis, die Festlegung von Zuständigkeiten und die notwendigen Budgets (Jacob et al. 2012).

Für nationale Nachhaltigkeitsstrategien hat sich seit den 1990er Jahren eine Reihe von gemeinsamen Merkmalen entwickelt. In nationalen Nachhaltigkeitsstrategien werden bei vielen Unterscheidungen im Detail typischerweise:

- Handlungsbedarfe aufgezeigt und das Leitbild in dem Kontext des jeweiligen Landes konkretisiert,
- Ziele und Indikatoren festgelegt,
- Institutionen und Prozesse zur Sicherstellung interministerieller Abstimmung beschrieben,
- Institutionen und Prozesse zur Beteiligung nicht-staatlicher Akteure beschrieben,
- Aktivitäten zur Umsetzung benannt und
- Mechanismen zur Bewertung (ex post und zunehmend auch ex ante) der Umsetzung der Strategie beziehungsweise der Erreichung der Ziele festgelegt.

Typischerweise werden nationale Nachhaltigkeitsstrategien von den Regierungen entwickelt und umgesetzt. Was die Zuständigkeiten innerhalb der Regierung angeht, gibt es vielfältige Ansätze, sei es im Umweltministerium (z.B. Österreich), bei den Regierungschefs (z.B. Deutschland), im Finanzministerium (z.B. Finnland) oder bei Nachhaltigkeitsministerien, die aus der Zusammenlegung von Ressorts geschaffen wurden (z.B. Belgien, Luxemburg). Die Beteiligung von nicht-staatlichen Akteuren an der Erarbeitung und Umsetzung der Strategie reicht von der Konsultation bis hin zur Einbindung in die zentralen Umsetzungsinstitutionen. Parlamente sind dagegen selten und eher am Rande eingebunden, zum Beispiel durch die Vorlage von Berichten oder durch eigene Institutionen (z.B. Parlamentarischer Beirat für Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Obmann für Nachhaltigkeit in Israel und Ungarn) (Jacob et al. 2011, Petermann / Poetzsch 2012).

Nur ausnahmsweise werden in den nationalen Nachhaltigkeitsstrategien auch die untergeordneten Ebenen adressiert beziehungsweise Bezüge zu übergeordneten Ebenen, insbesondere der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie hergestellt. Auch wenn die Zuständigkeiten in föderalen Systemen jeweils unterschiedlich festgelegt und weitreichend sind, ist die vertikale Koordination eine besonders anspruchsvolle Aufgabe, wenn sie an die zwischen den Ebenen ausgehandelten oder rechtlich verbindlichen Grenzen der Zuständigkeiten kommen (Berger / Steurer 2008, Knopf et al. 2011). So achten zum Beispiel die deutschen Bundesländer auf ihre Zuständigkeit in der Bildungspolitik oder auf die Einhaltung der Regeln zu Finanztransfers – jede Veränderung und Einflussnahme im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie würde aus dieser Perspektive kritisch hinterfragt. Der Koordinationsbedarf zwischen den Ebenen ist jedoch enorm, was sich mindestens an zwei Beispielen zeigt: Erstens beinhalten nationale Nachhaltigkeitsstrategien häufig Aktionsprogramme, deren administrative Umsetzung auf den nachgeordneten Ebenen erfolgt. Die dafür notwendigen finanziellen und personellen Kapazitäten können nur dann mobilisiert werden, wenn entweder dafür gesetzliche Grundlagen geschaffen werden oder eine inhaltliche Übereinstimmung erzielt wird. Zweitens gibt es auch auf subnationaler Ebene Aktivitäten in den diversen nachhaltigkeitsrelevanten Problembereichen und innerhalb des jeweiligen Zuständigkeitsbereiches. Zunehmend werden auch auf regionaler Ebene Nachhaltigkeitsstrategien verabschiedet, die dem oben beschriebenen Muster der nationalen Strategien folgen. Dies ist zunächst einmal positiv zu bewerten, da nachhaltige Entwicklung auf jeder Regierungs- und Verwaltungsebene vorangetrieben werden kann und muss. Jedoch ist bei aller Parallelität von Aktivitäten zwingend darauf zu achten, den Adressaten von Strategien und Maßnahmen keine widersprüchlichen Signale zu senden. Darüber hinaus ist auch im Sinne der Effizienz der Ressourcenallokation und der Subsidiarität darauf zu achten, dass Aktivitäten auf supranationaler, Bundes- und Länderebene möglichst koordiniert stattfinden und auf derjenigen Ebene umgesetzt werden, die dies legitimerweise und mit dem geringsten Aufwand tun kann.

Die Legitimation von Nachhaltigkeitspolitik und die Mobilisierung von Aktivitäten und Ressourcen über die Ebenen und Politikfelder hinweg kann einerseits durch Management gewährleistet wer-

den: Hier stehen Ziele, Indikatoren, Zuweisung von Zuständigkeiten und Arbeitsprogramme im Mittelpunkt der Strategie. Zunehmend werden aber auch Strategien entwickelt, in denen langfristige Leitbilder zentral gestellt werden. Obwohl der Übergang fließend ist, kann zwischen Strategien unterschieden werden, die eher managementorientiert sind und solchen, die eher leitbildorientiert sind. Mit der Formulierung eines wirkungsmächtigen Leitbildes können ebenfalls Legitimationsgrundlage und Handlungsorientierung für die verschiedenen Akteure sichergestellt werden. Es ist allerdings eine offene Frage, ob mit eher leitbildorientierten Strategien eine ähnliche Grundlage zur Fortschrittmessung und Bewertung von Aktivitäten gegeben wird, wie dies bei eher managementorientierten Strategien der Fall ist, beziehungsweise welche Elemente der beiden Idealtypen sinnvoll miteinander verknüpft werden können. In diesem Bericht stehen allerdings vor allem die Identifikation und der Vergleich von Best Practices von Nachhaltigkeitspolitik im Vordergrund des Interesses.

1.2 Untersuchungsinteresse und Ziel des Projekts

Nachhaltigkeitsstrategien verfolgen das Ziel, die drei Dimensionen von Nachhaltigkeit (ökonomisch, ökologisch, sozial) in politische Prozesse und Entscheidungen zu integrieren. Seit Beginn des Agenda 21-Prozesses im Jahr 1992 sind derartige Strategien auf den verschiedenen politischen Ebenen (lokal, regional, national, supranational) entworfen und implementiert worden. Allerdings zeichnet sich die weltweite Strategielandschaft durch große Heterogenität aus: in Bezug auf die inhaltliche Dimension (z. B. Problemverständnis und Zielformulierung), die Governance-Dimension (z. B. Mechanismen zur horizontalen und vertikalen Integration von Nachhaltigkeit) und in Bezug auf Erfolge beziehungsweise Wirkmächtigkeit.

Obwohl auf Bundesebene bereits seit 2002 eine mehrfach fortgeschriebene Nachhaltigkeitsstrategie existiert, gibt es derzeit noch keine flächendeckende Verbreitung von Nachhaltigkeitsstrategien auf Länderebene (Borbonus et al. 2013). Mit dem Projekt „Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln“ soll daher ein Beitrag zur Entwicklung und Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien auf Länderebene geleistet werden – insbesondere, indem Best Practices in ausgewählten Querschnitts- und Fachthemen identifiziert werden. Aufbauend auf dem Projektbaustein 1a, in dem das Wuppertal Institut eine Analyse der deutschen Bundesländerstrategien vorgenommen hat (Borbonus et al. 2013), wird der Horizont im Projektbaustein 1b erweitert. Weltweit wird nach Best Practices gesucht, die aufzeigen, dass und wie strategische Nachhaltigkeitspolitik machbar ist.

Im Rahmen des Projektes „Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln“ können Best Practices in einem streng wissenschaftlichen Sinn – aufgrund des begrenzten Analyse- und Ressourcenrahmens – nicht ermittelt werden. Mit Best Practices werden daher in diesem Projekt – gemessen an der Definition von Nachhaltigkeitsstrategien beziehungsweise im Vergleich der untersuchten Fälle – besonders positiv auffallende Beispiele der Entwicklung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien bezeichnet. Die Best Practices ergeben sich aus dem Vergleich – wir suchen nach Handlungsansätzen, die vergleichsweise ambitioniert sind. Ein Anspruch auf Vollständigkeit über die analysierten Fälle hinaus kann nicht erhoben werden.

Grundsätzlich wird angenommen, dass es verschiedene Wege zur strategischen Verfolgung eines Nachhaltigkeitsleitbildes gibt, die sich als erfolgreich herausstellen können. Eine Sammlung an Best Practices in dem oben definierten Sinne kann und soll daher als ein „Baukasten an Innovationen“ verstanden werden, der beim Prozess der Strategieentwicklung behilflich ist.

Mit der vorliegenden Studie geht das Forschungszentrum für Umweltpolitik über die bisherige Forschung zu Nachhaltigkeitsstrategien hinaus. Vergleichende Studien konzentrieren sich häufig auf die Governance nachhaltiger Entwicklung, indem sie gute Praktiken der horizontalen und vertikalen Integration, der Partizipation und der Reflexion identifizieren (z.B. OECD 2006, Meadowcroft 2007, Steurer 2008, Quitzow 2011). Darüber hinaus befassen sich diese Veröffentlichungen in den meisten Fällen ausschließlich mit nationalen Nachhaltigkeitsstrategien, manchmal ergänzt um supranationale Strategien wie die der Europäischen Union. Die vorliegende Studie ergänzt die bisherige Forschung in zwei Aspekten: Erstens befasst sie sich neben der Governance von Nachhaltigkeit als Querschnittsthema auch mit Best Practices in ausgewählten Fachthemen (Nachhaltiges Wirtschaften, Nachhaltige Finanzpolitik, Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Jugendbeteiligung). Dabei wird gezeigt, dass Nachhaltigkeit nicht nur Herausforderungen an gutes Regieren stellt, sondern auch konkrete Umsetzungsinstrumente in relevanten Politikbereichen benötigt. Hier wird eine Reihe an Best Practices identifiziert, die Nachhaltigkeitsaktivitäten in anderen Regionen inspirieren könnten. Zweitens erweitert die Studie den bislang dominanten Blickwinkel auf die nationale Ebene um subnationale Regionen. Nachhaltige Entwicklung ist eine Herausforderung für jede Governance-Ebene – von der Kommune bis zu internationalen Organisationen. Aus diesem Grund werden in der vorliegenden Studie neben fünf nationalen Strategien auch fünf regionale Strategien betrachtet. Es wird aufgezeigt, dass auch subnationale Ebenen innerhalb ihres verfassungsrechtlichen Kompetenzbereichs über Möglichkeiten zur Förderung nachhaltiger Entwicklung verfügen.

1.3 Struktur des Berichts

Der vorliegende Bericht gliedert sich wie folgt:

In Kapitel 2 wird das methodische und theoretische Vorgehen erörtert. Hier werden die Fallauswahl der zehn zu untersuchenden Nachhaltigkeitsstrategien begründet, Überlegungen zur Frage der Übertragbarkeit angestellt, die Auswahl der Querschnittsthemen dargelegt und die Methode zur Identifikation von Best Practice-Instrumenten in den Fachthemen erläutert.

In Kapitel 3 erfolgt die Beschreibung der zehn ausgewählten Nachhaltigkeitsstrategien. Diese gliedert sich jeweils in zwei Teilbereiche: erstens die Darstellung der institutionellen, politischen, geografisch-naturräumlichen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Kontextbedingungen des Landes beziehungsweise der Region zur besseren Einschätzung der Übertragbarkeit von Governance-Mustern oder Best Practices in Fachthemen, und zweitens eine schematische Darstellung der Strategie anhand der Querschnittsthemen Inhalte und Ziele, Umsetzung, Monitoring und Evaluation, horizontale Integration, vertikale Integration und Partizipation nicht-staatlicher Akteure.

In Kapitel 4 werden die Ergebnisse aus Kapitel 3 anhand der Leitfrage „Was macht eine gute Nachhaltigkeitsstrategie aus?“ reflektiert. Wir gehen dabei davon aus, dass es keine perfekte Strategie gibt, sondern jede Strategie für den jeweiligen Kontext erarbeitet und gestaltet werden muss. Anhand von sehr guten Praktiken in den sechs Querschnittsthemen zeigen wir, wie andere Länder und Regionen trotz einer sehr unterschiedlichen Ausgestaltung als Vorbild herangezogen werden könnten. Auf der Grundlage der Analyse wird eine Typisierung von Optionen entwickelt.

In Kapitel 5 erfolgt die Identifikation von Best Practices in den fünf Fachthemen Nachhaltiges Wirtschaften, Nachhaltige Finanzpolitik, Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Jugendbeteiligung. Auf eine kurze Beschreibung der Thematik, die weitgehend

auf dem Bericht aus Projektbaustein 1a (Borbonus et al. 2013) aufbaut, folgt eine Auflistung an Instrumenten, die sich im Vergleich der vielen guten Praktiken als Best Practices herausgestellt haben. Eine Best Practice im Sinne dieser Studie ist ein Instrument, das ein klar formuliertes Ziel aus dem Bereich der nachhaltigen Entwicklung verfolgt, klar definierte Adressaten und ein konkretes Umsetzungskonzept hat und mit der notwendigen Kapazität zur effektiven Umsetzung ausgestattet ist. Diese Kapazität kann je nach Instrument rechtlicher, finanzieller oder politischer Natur sein.

In Kapitel 6 erfolgen schließlich eine Zusammenfassung der Erkenntnisse und ein Ausblick auf die Verwertbarkeit der Ergebnisse.

2 Methodisches und theoretisches Vorgehen

2.1 Fallauswahl

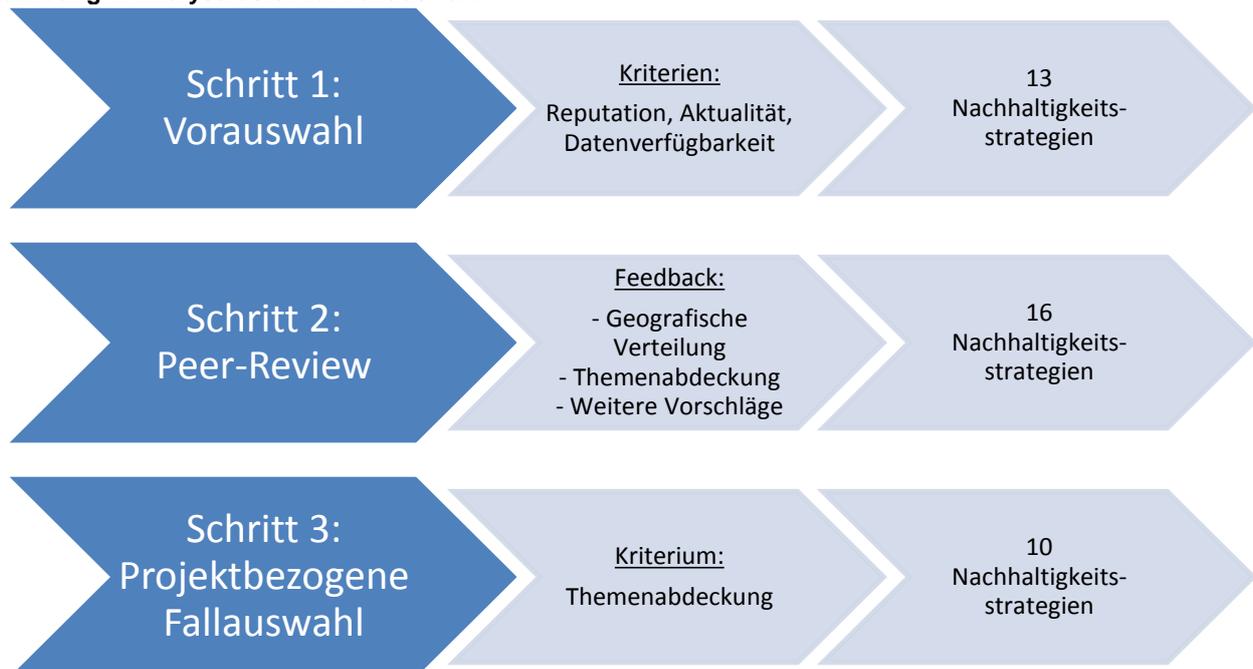
Im Rahmen des Projektes „Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln“ wird eine Identifikation von Best Practices, d.h. besonders auffallenden Beispielen der Entwicklung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien, auf internationaler Ebene angestrebt. Diese Sammlung soll als „Baukasten an Innovationen“ einen Beitrag zur Entwicklung und Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien auf Bundesländerebene leisten. Der erste Projektschritt, die „Grobanalyse“, verfolgte das Ziel, zehn Strategien für die nähere Betrachtung („Feinanalyse“) auszuwählen. Im Folgenden wird das methodische Vorgehen bei der Fallauswahl näher skizziert.

2.1.1 Analyseraster

Aus der Literatur (vgl. Kapitel 7.1), Expertenmeinungen und eigenen Kenntnissen wurde eine Grundgesamtheit von 45 Nachhaltigkeitsstrategien identifiziert, die einem dreistufigen Auswahlprozess unterzogen wurde (vgl. Abbildung 1). Die Grundgesamtheit umfasst die Nachhaltigkeitsstrategien der folgenden Länder, Regionen und Städte:

- **Nationalstaaten:** Belgien, Bhutan, Brasilien, China, Costa Rica, Dänemark, Ecuador, Finnland, Frankreich, Ghana, Griechenland, Indien, Irland, Italien, Kanada, Lettland, Litauen, Luxemburg, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Sambia, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowakei, Slowenien, Südafrika, Südkorea, Tschechische Republik, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich
- **Subnationale Regionen:** Aargau (SUI), Baskenland (ES), Flandern (BE), Kalifornien (USA), Katalonien (ES), Tasmanien (AUS), Tirol (AUT), Wales (UK)
- **Städte:** Kopenhagen (DK), Stockholm (SWE), Wien (AUT)

Abbildung 1: Analyseraster zur Fallauswahl



Schritt 1: Vorauswahl

In einer Vorauswahl wurden die 45 Strategien der Grundgesamtheit anhand der Kriterien Reputation, Aktualität und Datenverfügbarkeit bewertet.

- **Reputation:** Die Identifikation von Nachhaltigkeitsstrategien, die sich über einen Zeitraum hinweg als erfolgreich erwiesen haben und absehbar weiter erfolgreich sein werden, beruht auf der Einschätzung beziehungsweise den Forschungsergebnissen von anerkannten Experten. Hierfür wurde eine Reihe von schriftlichen Quellen, insbesondere vergleichende Studien, herangezogen, die Nachhaltigkeitsstrategien unter dem Gesichtspunkt ihres Innovationsgrades und ihrer Wirkmächtigkeit untersucht haben. Strategien, die im Rahmen einer Evaluierung positiv bewertet oder von anerkannten Experten als Vorbilder referenziert wurden, kamen in die nähere Auswahl. Zur Vermeidung von Verzerrungen wurde die Methode der Triangulation angewandt, d. h. es wurden möglichst Strategien ausgewählt, deren positive Einschätzung auf mehr als einer unabhängigen Quelle beruht.
- **Aktualität:** In der Reflektion des ersten Auswahltrittes wurde deutlich, dass viele vergleichende Studien nicht die aktuelle „Nachhaltigkeitslandschaft“ widerspiegeln. Zum Teil wurden Strategien als Best Practice identifiziert, deren politische Relevanz in den letzten Jahren stark abgenommen hat; zum Teil wurden neuere Strategien noch nicht berücksichtigt, weil sie erst in den letzten Jahren an Dynamik gewonnen haben. In der zweiten Phase wurden daher die identifizierten Nachhaltigkeitsstrategien auf ihre Aktualität überprüft und weitere, jüngere Strategieprozesse hinzugefügt. Dies geschah auf der Basis eigener Recherchen und vorhandener Kenntnisse des Projektteams.
- **Datenverfügbarkeit:** Eine Feinanalyse lässt sich nur durchführen, wenn eine ausreichende Datenverfügbarkeit gewährleistet ist. Dies bezieht sich auf die Strategiedokumente selbst als auch auf Evaluationen und ähnliche strategiebezogene Quellen. Die ausgewählten Fälle wurden daher auf ihre Datenverfügbarkeit überprüft.

Als Resultat des ersten Auswahltrittes wurden 13 Nachhaltigkeitsstrategien identifiziert, die den Kriterien Reputation, Aktualität und Datenverfügbarkeit entsprachen: Österreich, Tirol, Schweiz, Aargau, Vereinigtes Königreich, Wales, Bhutan, Finnland, Frankreich, Baskenland, Kalifornien, Kopenhagen und Stockholm.

Schritt 2: Peer-Review

Die Ergebnisse der Vorauswahl wurden am 30. August 2013 für ein Peer-Review an das Projektteam (vgl. Anhang 8.2) geleitet. Die Rückmeldungen lassen sich in drei Kategorien einordnen:

- **Geografische Verteilung:** Zwei Rückmeldungen bezogen sich auf die geografische Verteilung der 13 Fälle. Zwar sei die Vorauswahl auf der Basis des Kriteriums Reputation nachvollziehbar, jedoch führe dies de facto dazu, dass die Mehrzahl der Fälle aus Europa stammt. Auch wenn dies nicht ausdrücklich kritisiert wurde, wurde doch positiv hervorgehoben, dass es mit Bhutan und Kalifornien zumindest zwei „Exoten“ in die Vorauswahl geschafft haben.
- **Themenabdeckung:** Es wurde angeregt, die weitere Fallauswahl auf Basis der zu untersuchenden Fachthemen vorzunehmen. Da alle in die Vorauswahl aufgenommenen Strategien über eine hohe Reputation in Bezug auf die im Projekt zu untersuchenden

Querschnittsthemen verfügen, sei die Fachthemenabdeckung für die Identifikation von möglichst vielen Best Practices zentral.

- **Weitere Vorschläge:** Auf Basis eigener Vorkenntnisse wurde angeregt, die Strategien aus Belgien, Flandern, Katalonien und Tasmanien in die weitere Fallauswahl mit einzubeziehen.

Der Anregung zur Themenabdeckung (b) wurde in der weiteren Fallauswahl Rechnung getragen. Der Kommentar zur geografischen Verteilung der Fälle (a) wurde zur Kenntnis genommen, nicht jedoch als Kriterium hinzugefügt, da das primäre Ziel der Untersuchung in der Identifikation von Best Practices aus möglichst erfolgreichen, angesehenen Nachhaltigkeitsstrategien besteht. Die geografische Konzentration auf Europa ergibt sich aus dem oben dargestellten Kriterienraster. Auch andere Publikationen kommen zu dem Schluss, dass Europa *der Vorreiter* in der Formulierung und Implementierung von Nachhaltigkeitsstrategien ist (vgl. etwa Meadowcroft 2007: 153; Swanson et al. 2012: 9). Von den weiteren Vorschlägen (c) wurden Belgien, Flandern und Katalonien in den folgenden Schritt zur Fallauswahl mit einbezogen – Tasmanien hingegen nicht, da es nicht dem Aktualitätskriterium aus Schritt 1 entspricht.

Schritt 3: Projektbezogene Fallauswahl

In einem dritten und letzten Schritt wurden die jetzt 16 Nachhaltigkeitsstrategien (13 Strategien aus der Vorauswahl plus Belgien, Flandern und Katalonien) auf das Kriterium „Fachthemenabdeckung“ untersucht. Ziel des Schrittes war, die Zahl der zu untersuchenden Fälle auf zehn zu begrenzen. Eine Grobanalyse der Themenabdeckung erfolgte anhand der jeweils aktuellsten Strategiedokumente und führte zum folgenden, in Tabellenform dargestellten Ergebnis:

Tabelle 1: Projektbezogene Fallauswahl nach Fachthemenabdeckung

	Nachhaltiges Wirtschaften	Nachhaltige Finanzpolitik	Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe	Bildung für nachhaltige Entwicklung	Jugend- beteiligung
Aargau	(X)	X	(X)	(X)	
Baskenland	X			X	(X)
Belgien	X	(X)	X		(X)
Bhutan	X	X	(X)	(X)	
Finnland	X		X	X	(X)
Flandern	X	X	X	X	(X)
Frankreich	X		X	X	
Kalifornien	X	X	(X)	X	
Katalonien	X	(X)			X
Kopenhagen	X				
Österreich	X	X	X	(X)	
Schweiz	X	X	(X)	X	
Stockholm	X	X	(X)		
Tirol	X	X	X	(X)	(X)
Vereinigtes Königreich	X	(X)	(X)	(X)	
Wales	X	X		X	X

X = Thema wird detailliert behandelt und ist mit konkreten Maßnahmen unterlegt
(X) = Thema wird nur grob behandelt und ist nicht mit konkreten Maßnahmen unterlegt

Jede Strategie, die mindestens drei Fachthemen detailliert behandelt und mit konkreten Maßnahmen unterlegt hat, wird in die Fallauswahl einbezogen. Dies betrifft: Finnland, Flandern, Frankreich, Kalifornien, Österreich, Schweiz, Tirol und Wales. Dazu wurde Bhutan ausgewählt, um dem Wunsch nach geografischer Vielfalt Rechnung zu tragen, der in Schritt 3 mehrfach geäußert wurde. Schließlich wurde noch der Kanton Aargau aufgenommen, da er insbesondere im Bereich Nachhaltige Finanzpolitik innovative Ansätze verspricht.

2.1.2 Übersicht der Fallauswahl

Der dargestellte Prozess ergab die Auswahl der folgenden zehn Nachhaltigkeitsstrategien (5x national, 5x regional) zur Feinanalyse:

Nationale NH-Strategien:	Bhutan, Finnland, Frankreich, Österreich, Schweiz
Subnationale NH-Strategien:	Aargau, Flandern, Kalifornien, Tirol, Wales

2.1.3 Begründung der Fallauswahl

Im Folgenden erfolgt eine kurze Darstellung der Hauptgründe, aufgrund derer sich die zehn ausgewählten Nachhaltigkeitsstrategien ihre Reputation erworben haben.

Aargau: Innerhalb der Schweiz wird der Kanton Aargau als Vorreiter in Sachen regionaler Nachhaltigkeit gehandelt. Eine Besonderheit in Aargau ist die Kompetenzverteilung: Während auf politisch-administrativer Ebene das Baudepartement verantwortlich ist, wird die Strategie durch Naturama, ein naturkundliches Museum, koordiniert und ausgeführt. Die Verzahnung von naturkundlicher Bildung und Nachhaltigkeitsprozessen sorgt für Partizipationsmöglichkeiten und Bewusstseinsbildung.

Bhutan: Im Vergleich zu den anderen, hier betrachteten Nachhaltigkeitsstrategien mag Bhutan auf den ersten Blick exotisch wirken. Dennoch bietet das Land Inspirationen und Innovationen für mehr Nachhaltigkeit, die eine nähere Analyse sinnvoll erscheinen lassen. Nachhaltigkeit ist als Verfassungsziel in der gesamten Staatsorganisation verankert. Ziel wirtschaftlicher Entwicklung ist demnach nicht ausschließlich die Steigerung des Bruttosozialprodukts, sondern gleichermaßen die des „Bruttosozialglücks“. Dieses Leitbild ist ausdrückliches Ziel der Fünfjahrespläne. Es ist in der horizontalen und vertikalen Regierungskoordination verankert („Gross National Happiness Commission“), und es ist grundsätzlich auf andere Regionen übertragbar.

Finnland: Finnland hat bereits in den 1990er Jahren eine erste Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet und wird in der gängigen Literatur häufig als Vorbild zitiert. Effektive Strukturen der horizontalen Integration, kontinuierliches Monitoring und Fortschreiben der Strategie sowie die bereits seit 1993 existierende, aus Politikern und nicht-staatlichen Akteuren zusammengesetzte „Finnish National Commission for Sustainable Development“ werden als gute Praktiken hervorgehoben. Derzeit bereitet Finnland eine Fortschreibung seiner Nachhaltigkeitsstrategie vor, die ein gesamtgesellschaftliches Bekenntnis zu einer nachhaltigen Entwicklung mit einer Vision für 2050 enthält.

Flandern: Flandern gehörte zu den ersten Regionen, die eine Nachhaltigkeitsstrategie erstellten. Bereits 2006 wurde die erste Strategie verabschiedet; im Jahr 2011 gab es die erste Fortschreibung. Diese erfolgte vor dem Hintergrund einer 2008 erlassenen Verordnung, die die Erarbeitung einer neuen Nachhaltigkeitsstrategie zu Beginn jeder Legislaturperiode vor-

schreibt. Die aktuelle flämische Strategie basiert auf der langfristigen Vision einer nachhaltigen Gesellschaft im Jahr 2050. Sie verbindet lang- und mittelfristige Zielsetzungen mit kurzfristigen Handlungsmöglichkeiten.

Frankreich: Frankreich hat im Jahr 2003 seine erste Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet. In der Literatur wird auf das Land hauptsächlich wegen zwei innovativer Prozesse Bezug genommen: Erstens die Entwicklung einer Methode für ein internationales Peer-Review-Verfahren, dem es sich im Jahr 2005 auch selbst unterzogen hat und das in der Folge europaweit als Vorbild für andere Peer Reviews genutzt wurde. Und zweitens der breite Beteiligungsprozess „Grenelle de l'Environnement“, der als Umweltgipfel die Partizipation von Berufsverbänden und Nichtregierungsorganisationen bei der Erarbeitung eines Fahrplans für nachhaltigen Umweltschutz ermöglichte.

Kalifornien: Innerhalb der Vereinigten Staaten und darüber hinaus gilt Kalifornien als grünes Vorreiterland. Ambitionierte Energieeinspar-, Klima- und Umweltschutzziele bieten gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen im grünen Sektor. Best Practices sind insbesondere im Fachthema nachhaltiges Wirtschaften zu erwarten, darüber hinaus hat Kalifornien effektive Mechanismen der horizontalen Integration sowie der Partizipation.

Österreich: Das Land ist seit 2002 ein Vorreiter in der Entwicklung und Implementation von Nachhaltigkeitsstrategien. Eine Besonderheit Österreichs ist die im Jahr 2010 verabschiedete „Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung“ (ÖSTRAT), die von Bund und Ländern gemeinsam konzipiert und verabschiedet wurde. Österreich verfügt darüber hinaus über eine Reihe von Koordinationsgremien, die die institutionelle Verankerung der Strategie sicherstellen (z.B. NachhaltigkeitskoordinatorInnen-Konferenz, Komitee für ein nachhaltiges Österreich, Forum nachhaltiges Österreich).

Schweiz: Die Schweiz verfügt bereits seit 1997 über eine Nachhaltigkeitsstrategie. Die heutige Fassung (Nachhaltigkeitsstrategie 2012-2015) identifiziert zehn Schlüsselherausforderungen für das Land und fünf Leitlinien zu deren Bearbeitung. Nachhaltige Entwicklung hat in der Schweiz Verfassungsrang (vgl. Artikel 2 der Verfassung). In der Literatur wird die Schweizer Nachhaltigkeitsstrategie insbesondere für ihr Monitoring (MONET-Indikatorensystem), die Nachhaltigkeitsbeurteilung von Gesetzesvorhaben sowie die starke Verknüpfung von regionaler und föderaler Ebene im Rahmen des Forums Nachhaltige Entwicklung hervorgehoben.

Tirol: Das Bundesland ist innerhalb Österreichs ein Vorreiter hinsichtlich seiner 2012 verabschiedeten regionalen Nachhaltigkeitsstrategie. Diese baut auf der gesamtösterreichischen Strategie (ÖSTRAT) auf und ergänzt sie um regionale Aspekte. Der Strategieprozess zeichnet sich durch eine breite Partizipation aus. Obwohl die Strategie vergleichsweise jung ist, kann sie an früheren Projekten zur Steigerung der Nachhaltigkeit in Tirol anknüpfen. Das Strategiedokument benennt über 100 solcher „Best Practices“, die im Rahmen der Strategie fortgeführt und ausgebaut werden sollen.

Wales: Im Zuge der Devolution Ende der 1990er Jahre fand eine Verlagerung politischer Kompetenzen hin zu mehr Autonomie der walisischen Volksvertretung statt. Der Government of Wales Act aus dem Jahre 1998, der die walisische Teilautonomie gesetzlich festlegt, enthält unter anderem eine Pflicht der Regionalregierung zur Förderung nachhaltiger Entwicklung. Gegenwärtig plant die walisische Regierung ein weiteres Gesetz (Future Generations Bill), das neben der Regierung selbst auch alle anderen öffentlichen Einrichtungen Nachhaltigkeit als

zentrales Organisationsprinzip verfolgen müssen. Nach der Auflösung der UK Sustainable Development Commission war Wales die einzige Region, die ihren Abgesandten weiterhin als unabhängigen Berater mit Kontrollfunktionen nominierte (jetzt unter der Bezeichnung Sustainable Futures Commissioner).

Die Fallauswahl beinhaltet zwei „Paare“, das heißt Regionen, die im Mehrebenensystem miteinander verknüpft sind (Österreich/Tirol sowie Schweiz/Aargau). Die gemeinsame Betrachtung von föderaler und subnationaler Ebene wird zusätzliche Erkenntnisse über die Rolle von Regionen in der (Mit-)Gestaltung von Nachhaltigkeitsprozessen ermöglichen sowie gleichzeitig die Möglichkeiten und Grenzen der jeweiligen Ebene im Rahmen der verfassungsmäßig festgelegten Kompetenzverteilung verdeutlichen.

2.2 Überlegungen zur Frage der Übertragbarkeit: Kontextbedingungen

Nachhaltigkeitsstrategien sind kontextaffin, d.h. sie wirken im Rahmen ihres geografischen, politischen, sozialen und kulturellen Umfelds. Nicht jede gute Praxis ist automatisch auch für andere Entitäten praktikabel. Aus diesem Grund ist die Herausarbeitung von Kontextbedingungen ein zentraler Schritt im Rahmen des Projekts. Während politikwissenschaftliche Theorien häufig implizit annehmen, dass Kontextbedingungen eine wichtige Rolle bei der Diffusion beziehungsweise beim Transfer von Politiken spielen („context matters“), unternehmen wir den Versuch, eine Taxonomie der Kontexte für Nachhaltigkeitsstrategien zu entwerfen. Kontextbedingungen setzen sich zusammen aus (a) den Anforderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik und (b) den spezifischen Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung.

2.2.1 Anforderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik

Nachhaltigkeit ist nicht nur ein Problem, das es mit Hilfe von herkömmlichen Politikinstrumenten zu lösen gilt. Es ist gleichermaßen ein Leitbild, das Herausforderungen für die Art und Weise der Politikgestaltung selbst impliziert („Governance“). Wie werden Entscheidungen getroffen und wie werden sie implementiert? Verfügt ein politisches System über adäquate Steuerungskapazitäten, um nachhaltige Entwicklung voranzutreiben? Eine Reihe von Veröffentlichungen befasst sich mit der Frage, wie eine idealtypische Governance von nachhaltiger Entwicklung aussehen könnte (u.a. UNDP 1997, OECD 2002a, OECD 2002b, Jordan 2008, Steurer 2008). Zusammenfassend stellt Steurer (2010) die Anforderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik wie folgt dar:

Tabelle 2: Fünf normative Governanceprinzipien für eine nachhaltige Entwicklung (nach Steurer 2010: 37)

Aspekt der Integration	Governanceprinzip	Was muss integriert werden?	Herausforderung an eine Governance der nachhaltigen Entwicklung
Politikfelder	Horizontale Integration	Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitiken	Kohärenz von Politiken
Politikebenen	Vertikale Integration	Lokale, nationale und supranationale Politikebenen	Kooperation von Regierungs- und Verwaltungsebenen
Gesellschaft	Partizipation	Entscheidungsträger und Stakeholder aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft	Stakeholderbeteiligung bei Diskussions- und Entscheidungsprozessen
Wissen	Reflexivität	Wissen und Erfahrung aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Hintergründen	Kontinuierliche Reflexion der eigenen Entscheidungen
Zeit	Generationengerechtigkeit	Kurz- und langfristiges Denken	Langfristiges Denken trotz kurzer Wahlzyklen

Tabelle 2 verdeutlicht, dass Nachhaltigkeit in Bezug auf Governance ein integratives Konzept ist. Politikfelder, Politikebenen, Gesellschaft, Wissen und Zeit sind Aspekte, die integriert werden müssen, um die Ziele der nachhaltigen Entwicklung verwirklichen zu können. Daraus leiten sich fünf normative Governanceprinzipien ab, die die Ansprüche des Leitbilds Nachhaltigkeit an bestehende Governance-Praktiken abbilden:

1. Horizontale Integration
2. Vertikale Integration
3. Partizipation
4. Reflexivität
5. Generationengerechtigkeit

Diese normativen Prinzipien bilden die Grundlage für die vorgeschlagene Taxonomie der Kontexte. Wenn nachhaltige Entwicklung sektor- und ebenenübergreifende, partizipative, reflexive und langfristige Steuerung erfordert, stellt dies eine Herausforderung für bestehende Governance-Praktiken dar. Es ist demnach zu untersuchen, inwiefern die Rahmenbedingungen eines politischen Systems in Einklang stehen mit den Prinzipien einer „Good Governance der nachhaltigen Entwicklung“. Konkret werden die folgenden Kontextbedingungen für Nachhaltigkeitspolitik beleuchtet:

a) Institutionelle Rahmenbedingungen

- Politisches System: Staatsform, Regierungssystem, Rolle des Regierungschefs / Richtlinienkompetenz, Kabinettsprinzip, Anzahl Veto-Player, Volksabstimmungen, Formen der Beteiligung
- (De-)Zentralisierung: Kompetenzverteilung zwischen nationaler und regionaler Ebene und Mitbestimmungsmöglichkeiten

b) Politische Rahmenbedingungen

- Akteurskonstellationen: einflussreiche Parteien, Koalitionsregierungen, bedeutende Nicht-regierungsorganisationen
- Formen der Entscheidungsfindung: Konkordanz vs. Majorität, (Art der) Einbeziehung von Stakeholdern
- Politische Kultur: Offenheit des politischen Systems, Formen der Beteiligung, Einbeziehung von Expertenwissen

In Kapitel 3 erfolgt eine Darstellung der institutionellen und politischen Kontextbedingungen in den untersuchten Ländern und Regionen. Diese ermöglicht eine Einschätzung über die Fähigkeit des Landes beziehungsweise der Region, nachhaltige Entwicklung als Leitbild in die Governance-Praxis zu integrieren. Mit anderen Worten: Ist das Land beziehungsweise die Region institutionell und politisch in der Lage, langfristige, sektor- und ebenenübergreifende, partizipative und reflektive Politik zu betreiben? Die Beantwortung dieser Frage lässt Schlussfolgerungen für die strukturellen Erfolgsbedingungen von Nachhaltigkeitsstrategien zu und ermöglicht bei Kenntnis der jeweiligen Rahmenbedingungen anderer Entitäten eine Einschätzung zur Übertragbarkeit von Best Practices.

2.2.2 Herausforderungen an Nachhaltige Entwicklung

Neben den politisch-institutionellen Herausforderungen an eine nachhaltige Politik sind bei der Frage der Übertragbarkeit von Politiklösungen auch die spezifischen Herausforderungen für nachhaltige Entwicklung zu beachten. Diese Herausforderungen liefern Hinweise darauf, welchen Stellenwert eine Problematik im Gesamtzusammenhang von nachhaltiger Entwicklung in einem Land beziehungsweise einer Region hat und dient somit als wichtige Hintergrundinformation für die Bewertung von Politikkonzepten und Maßnahmen. Sie zeigen darüber hinaus auf, wo besonders dringender Handlungsbedarf besteht. Die Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung sind vielfach benannt und erläutert worden (für eine globale Sicht vgl. OECD / UNDP 2002). Sie lassen sich in naturräumlich-geografische, ökonomische und soziokulturelle Rahmenbedingungen unterscheiden:

a) Naturräumlich-geografische Rahmenbedingungen

- Klima / Wetter: Klimatische Bedingungen, Betroffenheit von extremen Wetterereignissen und von den Folgen des Klimawandels
- Ressourcen: Vorkommen natürlicher Ressourcen, Energiebedarf
- Landnutzung: Raumentwicklung, Siedlungsdichte

b) Ökonomische Rahmenbedingungen

- Staatsverschuldung
- Beschäftigung: Erwerbs- und Arbeitslosenquote
- Wirtschaftsstruktur: Sektoren, Energiemix

c) Soziokulturelle Rahmenbedingungen

- Bildungsniveau
- Ungleichheiten: Armutsgefährdung, Gleichstellung von Frauen, Integration von Migranten
- Demografische Entwicklung: Bevölkerungswachstum, Lebenserwartung

Nachhaltige Entwicklung bezeichnet eine gleichförmige Entwicklung der drei Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Zielkonflikte sollen möglichst thematisiert und ausgewogen betrachtet werden, so dass keine Dimension unter positiven Entwicklungen in den anderen beiden Dimensionen zu leiden hat. Die Betrachtung der spezifischen Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung in einem Land beziehungsweise einer Region erlaubt Rückschlüsse auf das Verhältnis der drei Nachhaltigkeitsdimensionen zueinander sowie auf die besonderen Herausforderungen innerhalb der jeweiligen Dimensionen. Wo ist eine nachhaltige Entwicklung zu beobachten und wo besteht noch Nachholbedarf? Auch wenn die Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung in jedem Land und jeder Region spezifisch sind, verspricht ihre Betrachtung Rückschlüsse auf die Übertragbarkeit von Politikansätzen – nämlich dort, wo vergleichbare naturräumlich-geografische, ökonomische oder soziokulturelle Rahmenbedingungen herrschen.

Insgesamt werden demnach bei der Beschreibung der ausgewählten Länder und Regionen institutionelle, politische, naturräumlich-geografische, ökonomische und soziokulturelle Rahmenbedingungen von Nachhaltigkeitspolitik dargestellt. Diese Informationen können bei den Beurteilungen zur Übertragbarkeit einzelner Best Practices in den Querschnitts- und Fachthemen behilflich sein. Wir nehmen in diesem Bericht jedoch keine derartige Beurteilung vor. Diese wird den Adressaten der Studie überlassen, da sie ihre jeweiligen heimischen Kontextbedingungen besser einschätzen können.

2.3 Auswahl der zu betrachtenden Querschnittsthemen

Im Anschluss an die Darstellung der Kontextbedingungen in den betrachteten Ländern und Regionen wird deren Nachhaltigkeitsstrategie anhand von sechs Querschnittsthemen dargestellt. Die Auswahl der Querschnittsthemen erfolgte analog des Projektbausteins 1a (Borbonus et al. 2013: 18f.). Sie basiert auf den Prinzipien des European Sustainable Development Network (ESDN) für die prozessuale und institutionelle Ausgestaltung von Nachhaltigkeitsstrategien¹, dem Kriterienkatalog für die Recherche zum Reinhard Mohn Preis 2013 „Erfolgreiche Strategien für eine nachhaltige Zukunft“ (Bertelsmann Stiftung 2013), und den Kriterien, die im Projekt „Meta-Analyse – Nachhaltigkeitsstrategien in Politik und Wirtschaft“ des Forschungszentrums für Umweltpolitik für die vergleichende Analyse von Nachhaltigkeitsstrategien auf EU-, Länder- und Regionenebene verwendet wurden (Quitow 2010).

Die Ausgestaltung der sechs Querschnittsthemen in den betrachteten Ländern und Regionen wird zunächst steckbriefartig in Tabellenform und anschließend erläuternd in Textform dargestellt. Als Vorlage dient Tabelle 3. Im Vergleich zur Darstellung der Nachhaltigkeitsstrategien in Deutschland

¹ Siehe <http://www.sd-network.eu/?k=basics%20of%20SD%20strategies> (Zugriff am 09.10.2013).

und auf EU-Ebene in Projektbaustein 1a (Borbonus et al. 2013) wurden die Kriterien minimal ergänzt. Unter dem Querschnittsthema „Inhalte und Ziele“ wird das Kriterium „Leitbild“ hinzugefügt, beim Thema „Monitoring und Evaluation“ das Kriterium „Evaluation“. Das Querschnittsthema „Partizipation nicht-staatlicher Akteure“ erhält zwei Unterkategorien, nämlich „Konsultationsverfahren“ und „Nachhaltigkeitsbeirat“. Die Ergänzung der Kriterien ergibt sich durch die Erweiterung der Grundgesamtheit auf internationale Fälle, bei denen die neu hinzugefügten Unterkategorien eine zentrale Rolle einnehmen und daher mit betrachtet werden sollten.

Tabelle 3: Vorlage für die steckbriefartige Beschreibung der Nachhaltigkeitsstrategien

Inhalte und Ziele	
Leitbild	Enthält die Strategie ein klar definiertes Leitbild und wenn ja, welches?
Ausrichtung der Strategie	Nachhaltigkeitsverständnis: Ganzheitlich / bestimmter Fokus?
Thematische Schwerpunkte	Welche thematischen Schwerpunkte setzt die Strategie?
Ziele	Zeithorizont? Quantifizierte und terminierte Ziele?
Umsetzung	
Arbeitsprogramm	Gibt es ein Arbeitsprogramm mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie?
Finanzbudget	Findet eine Verknüpfung der Strategie mit dem Haushalt statt?
Monitoring und Evaluation	
Berichterstattung	Legt die Strategie Nachhaltigkeitsindikatoren fest? Wenn ja, wie viele und welche? Sind sie quantifiziert? Werden Indikatorenberichte veröffentlicht?
Evaluation	Findet eine Evaluation der Strategie statt? Wenn ja, in welcher Form, mit welchen Konsequenzen und durch wen?
Fortschreibung	Sieht die Strategie eine Fortschreibung vor?
Horizontale Integration	
Federführendes Ressort	Wer ist federführend für die NH-Strategie? Welche Ressorts werden noch beteiligt? Welche Rolle spielt die Regierungsspitze?
Interministerielle Koordination	(In welcher Form) Findet interministerielle Koordination statt? Gibt es z.B. eine interministerielle Arbeitsgruppe?
Politikfolgenabschätzung	Findet eine integrierte Nachhaltigkeitsprüfung von Politikvorhaben statt?
Vertikale Integration	
Bezug zu über- und nachgeordneten Ebenen	Nimmt die Strategie Bezug zu über- und nachgeordneten Ebenen?
Einbindung von nachgeordneten Ebenen	Findet eine Einbindung von nachgeordneten Ebenen bei der Erarbeitung und/oder Umsetzung der Strategie statt?
Partizipation nicht-staatlicher Akteure	
Konsultationsverfahren	Inwiefern werden nicht-staatliche Akteure bei der Erarbeitung der Strategie konsultiert?
Nachhaltigkeitsbeirat	Gibt es ein Gremium, welches die Strategie unabhängig begleitet und ihren Fortschritt überprüft?

2.4 Vorgehen zur Identifikation von Best Practices in Fachthemen

Die Auswahl der Fachthemen, für die in Kapitel 5 Best Practices identifiziert werden, erfolgte analog zum Projektbaustein 1a, in dem das Wuppertal Institut deutsche Bundesländerstrategien hinsichtlich vorbildlicher Instrumente zur Verankerung beziehungsweise Umsetzung von Nachhaltigkeit untersucht hat (Borbonus et al. 2013: 92ff.). Dabei wird kein Anspruch auf Vollständigkeit an relevanten Problembereichen erhoben. Die fünf Themenfelder stehen vielmehr exemplarisch für die vielen Politikbereiche, in denen nachhaltige Entwicklung eine zentrale Rolle spielt. Konkret werden die folgenden fünf Themenbereiche betrachtet²:

1. Nachhaltiges Wirtschaften
2. Nachhaltige Finanzpolitik
3. Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe
4. Bildung für nachhaltige Entwicklung
5. Jugendbeteiligung (im Rahmen von Nachhaltigkeitsstrategien)

Die Identifikation von Best Practices erfolgte in drei Schritten. In einem ersten Schritt wurde per Desk Research und Kontaktaufnahme mit Nachhaltigkeitsexperten in einzelnen untersuchten Ländern und Regionen eine Liste an potentiell vorbildlichen Instrumenten erstellt. In einem zweiten Schritt wurden diese Instrumente auf ihren Innovationsgehalt für den deutschen Kontext überprüft. Mit Blick auf die hauptsächlichen Adressaten der Studie – die deutschen Bundesländer – ist es wichtig, Best Practices vorzustellen, die es im deutschen Kontext *noch nicht* gibt und bei denen zugleich eine hohe Relevanz oder weitreichende Potentiale zu vermuten sind. Viele gute Praktiken auf internationaler Ebene mögen vorbildlich, im deutschen Kontext jedoch nicht unbekannt sein – zumal Deutschland beziehungsweise die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie im internationalen Kontext eine überdurchschnittliche Reputation genießen und viele Handlungsfelder bereits abgedeckt sind. Mit unserer Auswahl können aber dennoch bestehende Lücken bei den deutschen Nachhaltigkeitsaktivitäten aufgedeckt werden. Die Fokussierung auf in Deutschland (noch) nicht eingeführte Politikinstrumente, bei gleichzeitig ausgeprägter Vorreiterrolle Deutschlands, führt dazu, dass es einen systematischen Bias zugunsten von Instrumenten gibt, die hierzulande als nicht oder nur schwer übertragbar zu bewerten sind. Dennoch ist aus unserer Sicht diese Auswahl zu empfehlen, um die hiesige Debatte über bisher noch nicht genutzte Instrumente mit dem Verweis auf ausländische Beispiele zu unterstützen.

In einem dritten Schritt werden die verbleibenden Instrumente auf ihr Potential als „besonders positiv auffallendes Beispiel“ (vgl. Kapitel 1.3) untersucht. Um aus der Gesamtheit der vielen guten Praktiken *beste* Praktiken zu identifizieren, wird eine erweiterte Definition von Best Practices verwendet:

„Eine Best Practice ist ein Instrument, das ein klar formuliertes Ziel aus dem Bereich der Nachhaltigen Entwicklung verfolgt. Es sollte klar definierte Adressaten und ein konkretes Umsetzungskonzept haben. Darüber hinaus sollte das Instrument mit der notwendigen Kapazität zur effektiven Umsetzung ausgestattet sein.“

Diese Kapazität kann rechtlicher, finanzieller und politischer Natur sein. Rechtliche Kapazität ergibt sich dadurch, dass das Instrument für seine Adressaten rechtlich verbindlich ist. Rechtsverbindlichkeit erhöht in der Regel die Effektivität eines Instruments. Finanzielle Kapazität ergibt sich

² Vgl. Kapitel 5 für eine Erläuterung der Relevanz der fünf Fachthemen und eine Darstellung der Unterkategorien, die für die Analyse herangezogen wurden.

durch die Unterlegung einer Maßnahme mit einem angemessenen Budget. Politische Kapazität schließlich ergibt sich aus hohem politischem „Commitment“, zum Beispiel durch Verantwortlichkeit der höchsten politischen Ebene oder durch gemeinsame Umsetzung der Maßnahme durch ein breites Bündnis aus nationalen, subnationalen und/oder nicht-staatlichen Akteuren. Da im Rahmen des Projekts keine Wirksamkeitsanalyse für einzelne Instrumente geleistet werden kann, wird über das Kriterium „Kapazität“ zumindest ansatzweise eine Aussage über die Erfolgswahrscheinlichkeit eines Instruments getroffen.

Aus den Überlegungen ergibt sich ein Analyseraster, das die Gesamtheit der *guten*, in Deutschland noch unbekannt oder nicht verwirklichten Praktiken auf die Kriterien „Ziele“, „Adressaten“, „Umsetzung“ und „Kapazität“ überprüft. Die nach dieser Methode identifizierten *Best Practices* werden in Kapitel 5 in folgender Tabellenform dargestellt:

Tabelle 4: Vorlage für die Darstellung von Best Practices in Fachthemen

Titel der Best Practice	
Land oder Region	
Ziel	Welches Ziel aus dem Bereich der Nachhaltigen Entwicklung verfolgt das Instrument?
Adressaten	Wer sind die Adressaten des Instruments?
Umsetzung	Wie erfolgt die Umsetzung des Instruments konkret?
Kapazität	Mit welchen Kapazitäten zur effektiven Zielerreichung ist das Instrument ausgestattet (z.B. Rechtsverbindlichkeit, Budget, Verantwortlichkeit, breite Ownership)?
Weitere Informationen: <i>Links</i>	

3 Beschreibung der ausgewählten Nachhaltigkeitsstrategien

3.1 Österreich

Österreich ist eine demokratische Republik aus neun Bundesländern und über 2.350 Gemeinden. Das Land liegt im südlichen Mitteleuropa. Seine Hauptstadt ist Wien mit 1,7 Millionen Einwohnern. Insgesamt leben in Österreich etwa 8,4 Millionen Menschen. Seit dem 1. Januar 1995 ist Österreich Mitglied der Europäischen Union (Statistik Austria 2012).

3.1.1 Kontextbedingungen für Nachhaltigkeitspolitik

a) Institutionelle Rahmenbedingungen

Österreich ist eine parlamentarische Demokratie, bei der die Regierung aus dem vom Volk gewählten Parlament (Nationalrat) hervorgeht. Die Bundesregierung ist somit dem Parlament verantwortlich, das ihr auch sein Misstrauen aussprechen kann. Sie ist als Kollegialorgan konzipiert, so dass der Kanzler innerhalb des Kabinetts, dem Ministerrat, keine Weisungsbefugnisse hat. Als Ressortverantwortlicher für das Bundeskanzleramt hat er formal den gleichen Rang wie die übrigen Mitglieder des Ministerrats. Entscheidungen im Ministerrat werden nach Einstimmigkeitsprinzip getroffen (Pelinka et al. 2011).

Zwar sieht die österreichische Verfassung auch präsidiale Elemente vor, der Bundespräsident ist Staatsoberhaupt, wird alle sechs Jahre direkt vom Volk gewählt, ist politisch unabhängig und für die Ernennung und Entlassung des Bundeskanzlers und der übrigen Regierungsmitglieder verantwortlich. Faktisch ist die Amtsausübung des Bundespräsidenten jedoch bislang durch einen „Amtsverzicht“ geprägt, da der Präsident stets denjenigen zum Kanzler ernannt hat, der eine Koalitionsregierung zu bilden vermag und somit über eine Mehrheit im Parlament verfügt. In der öffentlichen Wahrnehmung nimmt daher auch der Kanzler und nicht der Präsident die zentrale Rolle in der Politikgestaltung ein (Pelinka 2009).

Österreich ist ein föderaler Bundesstaat bestehend aus neun Ländern. Die Verfassung regelt die Kompetenzverteilung zwischen den beiden Ebenen. Zwar sieht sie eine Generalkompetenz für die Länder vor, d.h. alle nicht ausdrücklich dem Bund zugeschriebenen Zuständigkeiten werden automatisch den Ländern überlassen. De facto enthält sie jedoch eine lange Liste an Bundeskompetenzen, so dass Österreich in der Literatur als „zentralisierter Bundesstaat“ beschrieben wird (Pelinka 2009: 608). Dies drückt sich auch in Österreichs „unechtem“ Zweikammersystem aus (ebd.: 611). Während die Bundesgesetzgebung formal gemeinsam von Nationalrat und Bundesrat (deren Mitglieder von den einzelnen Landtagen bestellt sind) ausgeübt wird, sind die Kompetenzen der beiden Kammern ungleich verteilt. Der Bundesrat verfügt lediglich über ein aufschiebendes (suspensives) Vetorecht und kann durch einen Beharrungsbeschluss des Nationalrats überstimmt werden. Lediglich bei Entscheidungen, die in die Rechte der Bundesländer eingreifen, steht dem Bundesrat ein absolutes Vetorecht zu.

Die österreichische Verfassung sieht die Möglichkeit von Volksabstimmungen und Volksbegehren vor. Volksabstimmungen werden dann einberufen, wenn Verfassungsprinzipien geändert werden sollen oder wenn die Mehrheit des Parlaments seine Gesetzgebungskompetenz an das Volk abtritt. Beides ist in der Geschichte jedoch nur einmal vorgekommen (1978 zur Nutzung der Kernenergie und 1994 zum Beitritt Österreichs zur Europäischen Union). Volksbegehren sind ein Mittel der parlamentarischen Opposition oder von sozialen Bewegungen, um das Parlament zur Behandlung eines Gesetzestextes zu verpflichten. Mindestens 100.000 Wahlberechtigte müssen

für ein erfolgreiches Volksbegehren an der Abstimmung teilnehmen. Seit 1964 gab es 37 Volksbegehren in Österreich, von denen 32 die Quote erfüllt haben. Das Parlament ist jedoch nicht an das Ergebnis der Abstimmung gebunden, sondern muss sich lediglich mit der Vorlage befassen, was zumeist eine Ablehnung zur Folge hat (Statistik Austria 2012).

b) Politische Rahmenbedingungen

Die österreichische Politik zeichnete sich bis in die 1980er Jahre durch eine „Hyperstabilität“ aus. Es gab eine starke Konzentration des Parteiensystems auf zwei große und eine kleine Partei, was zu eindeutigen Mehrheiten führte. Die vorherrschende politische Kultur der Konkordanzdemokratie begünstigte die Bildung von Großen Koalitionen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und der christlich-konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Weiterhin war die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) das dritte Lager im Parlament, wobei ihre Wahlergebnisse bis in die 1980er Jahre stets unter 10 Prozent lagen und keine der großen Parteien mit ihr koalieren wollte. Die österreichische Hyperstabilität erreichte in den 1970er Jahren ihren Höhepunkt, als dreißig Prozent der Österreicher Mitglied in einer der beiden großen Parteien waren und 1975 93 Prozent der WählerInnen bei einer Wahlbeteiligung von über 90 Prozent für SPÖ oder ÖVP stimmten. Über den politischen Bereich hinaus haben diese beiden Parteien eine gesamtgesellschaftliche Rekrutierungsfunktion ausgeübt, zum Beispiel bei der Besetzung von Posten in Industrie, Banken oder Schulen (Pelinka 2009).

Seit den 1990er Jahren gibt es eine starke Rückläufigkeit in der Konzentration des Parteiensystems und damit eine Verschärfung des politischen Wettbewerbs. Dies wurde mit dem Aufkommen der Grünen, die 1986 erstmals in den Nationalrat gewählt wurden, eingeleitet. Fast zeitgleich fand eine Neupositionierung der FPÖ als rechtspopulistische Partei statt, was ihr höhere Wahlergebnisse, aber auch die Abspaltung ihres liberalen Flügels im Jahr 1993 bescherte. Zwischen 2000 und 2007 regierte in Österreich erstmals eine Koalition aus ÖVP und FPÖ, was im In- und Ausland kritisch kommentiert wurde (Spiegel Online 2000). 2005 gab es mit der Gründung des Bündnisses Zukunft Österreich (BZÖ) um Jörg Haider eine zweite Abspaltung von der FPÖ; die BZÖ war von 2006 bis 2013 ebenfalls im Nationalrat vertreten. Seit 2007 regiert trotz der Tendenzen weg von der Konkordanz- und hin zur Konkurrenzdemokratie wieder eine Große Koalition aus SPÖ und ÖVP, die auch nach den Wahlen vom 29.09.2013 weiter über eine Mehrheit verfügt. Die jüngsten Wahlen zeigen jedoch einen deutlichen Rechtsruck in der österreichischen Parteienlandschaft, insgesamt haben mehr als dreißig Prozent der WählerInnen ihre Stimme einer Partei aus dem rechten Lager gegeben. Neben den etablierten Parteien SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen zogen zwei neue Fraktionen erstmals in den Nationalrat ein: das „Team Stronach“ um den 81-jährigen Milliardär Frank Stronach und die liberalen „NEOS“. Insgesamt deutet das jüngste Wahlergebnis auf eine weitere Zersplitterung der österreichischen Parteienlandschaft hin (Süddeutsche.de 2013).

Neben der ausgeprägten Parteienstaatlichkeit ist Österreich auch ein Verbändestaat. Es gibt einen überdurchschnittlichen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und ein umfassendes System von Wirtschaftskammern mit gesetzlicher Pflichtmitgliedschaft. Das österreichische System der Sozialpartnerschaft sieht für die Wirtschaftsverbände ein hohes Maß an (Mit-)Entscheidungsrechten in vielen Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik vor. Im vorparlamentarischen Bereich der Gesetzgebung gibt es ein verpflichtendes Begutachtungsverfahren, in dem die sozialpartnerschaftlich organisierten Verbände und weitere Interessengruppen ihre Interessen in Bezug auf Regierungsvorlagen artikulieren können. Darüber hinaus gibt es verschiedene Beiräte und Kommissionen, die Regierung und Parlament beraten.

Neben den Sozialpartnern sind auch weitere Interessengruppen in die österreichische Politik eingebunden. Dies gilt unter anderem für die katholische und evangelische Kirche sowie für neue soziale Bewegungen wie die Frauen- und Umweltbewegung, die seit den 1980ern zunehmend Einfluss auf die Politik ausüben. Das Aufkommen von Bürgerinitiativen ist ein weiteres Zeichen für eine tendenziell nachlassende Parteienstaatlichkeit (Pelinka 2009). Der österreichischen Politik wird insgesamt eine gute Integrationsfähigkeit von unterschiedlichen Interessen in die Entscheidungsprozesse attestiert; auch Expertenwissen wird in Entscheidungsprozesse im Nationalrat einbezogen (Pelinka et al. 2011).

c) Geografisch-naturräumliche Rahmenbedingungen

Österreichs naturräumliche Gliederung ist geprägt durch das größte Gebirge Europas; mehr als 60 Prozent des Staatsgebietes sind von den Alpen bedeckt. Von der Gesamtfläche Österreichs befindet sich nur 32 Prozent tiefer als 500 Meter über dem Meeresspiegel und nur 37 Prozent stehen als Dauersiedlungsraum für Landwirtschaft, Siedlung und Verkehr zur Verfügung (BMLFUW 2013a: 121). Die wesentlichen geografisch-naturräumlichen Herausforderungen finden sich in den Bereichen Ressourcen- und Flächenverbrauch sowie Klimawandel.

Österreich ist auf einen hohen Importanteil an Ressourcen und Energieträgern angewiesen. Aus diesem Grund wird eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch angestrebt, die jedoch bislang nur in geringem Maße stattfindet. Erhöhter Ressourcenproduktivität stehen veränderte Konsummuster gegenüber, die die Effizienzzuwächse kompensieren, so beispielsweise im Verkehrssektor, wo geringerer Benzinverbrauch mit steigendem Verkehrsaufkommen einhergeht (BMFLUW 2011a). Auch die zunehmende Zersiedelung und Versiegelung von Grünflächen stellt ein Problem dar. Trotz der Zielsetzung, die Zunahme der versiegelten Fläche auf einen Hektar pro Tag zu begrenzen, liegt der Faktor derzeit bei über 7,5 Hektar pro Tag (BMFLUW 2013: 8). Gleichzeitig kam es im Zeitraum von 2001 bis 2012 zu einem Verlust an landwirtschaftlicher Fläche von mehr als 1.000 km², was einem täglichen Rückgang von 26 Hektar entspricht (BMLFUW 2013a: 100).

Der Klimawandel stellt eine zweite große Herausforderung für Österreich dar. Die österreichische Anpassungsstrategie rechnet mit regionalen und saisonalen Veränderungen des Temperatur- und Niederschlagsverlaufs und listet eine Reihe von daraus zu erwartenden Effekten, unter anderem in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft, Tourismus, Energie, Bauen und Wohnen, Gesundheit, Ökosysteme und Biodiversität sowie Verkehrsinfrastruktur (BMFLUW 2012: 28ff.). Den voraussichtlichen Klimaveränderungen und ihren Folgen stehen nicht nachhaltige Trends in der Entwicklung der heimischen Treibhausgasemissionen gegenüber. Als eines der wenigen EU-Länder verfehlt Österreich die Verpflichtung zur Emissionsreduktion, die es im Rahmen des Kyoto-Protokolls eingegangen ist – voraussichtlich wird die Gesamtabweichung vom Kyoto-Ziel dreißig Prozent betragen (derStandard.at 2012).

d) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die österreichische Wirtschaft befindet sich insgesamt in guter Verfassung. Obwohl die Wirtschafts- und Finanzkrise das Wachstum gedämpft hat, sind seit 2009 Zeichen der Erholung zu erkennen (Pelinka et al. 2011: 11, BMLFUW 2013a). Die Staatsverschuldung ist jedoch im Zuge der Krise sprunghaft angestiegen, weil Hilfs- und Rettungspakete für den Finanzsektor und für kriselnde Wirtschaftszweige geschnürt wurden. Während die Staatsverschuldung im Jahr 2007 noch bei 60,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts lag, ist seitdem ein kontinuierlicher Anstieg zu ver-

zeichnen; Ende 2011 lag die Verschuldung bei 72,4 Prozent des BIP und somit weit über den EU-Stabilitätskriterien (Statistik Austria 2012: 92f.).

Österreichs Arbeitslosenquote befindet sich traditionell auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Zwischen 1994 und 2012 schwankte sie zwischen 3,5 (1994, 2000) und 5,2 Prozent (2005). Dabei sind die Arbeitslosenquoten der jüngeren Generation (15-24 Jahre) wesentlich höher als die der über 25-Jährigen. Ein großer Unterschied zwischen Frauen und Männern besteht hinsichtlich der Zahl der Arbeitslosen nicht (Statistik Austria 2013a). Österreich ist das Land mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit in der EU (Statistik Austria 2012: 42).

Wie in den meisten modernen Volkswirtschaften ist der österreichische Dienstleistungssektor mittlerweile mit Abstand derjenige Wirtschaftszweig, der am meisten zum Bruttosozialprodukt beiträgt und den höchsten Beschäftigungsanteil hat. Im Jahr 2011 waren 69 Prozent der Beschäftigten im tertiären Sektor tätig, wobei sie 70 Prozent der Bruttowertschöpfung erbracht haben (Statistik Austria 2012: 48f.). Die starke Zunahme in der Bedeutung des Dienstleistungssektors seit den 1970er Jahren ging einher mit einer Schrumpfung des primären und sekundären Sektors. 2011 arbeiteten noch rund fünf Prozent der österreichischen Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, im produzierenden Bereich waren es etwa 26 Prozent (Statistik Austria 2012: 43).

Österreichs Energieversorgung ist durch eine starke Importabhängigkeit geprägt. Im Jahr 2011 stammten fast 70 Prozent der in Österreich verbrauchten Energie aus dem Ausland. Damit liegt Österreich weit über dem EU-Durchschnitt von 52,7 Prozent. Der Großteil der Energie wird dabei durch fossile Energieträger wie Öl und Gas abgedeckt, was nicht nur in Bezug auf Treibhausgasemissionen, sondern auch in Bezug auf Österreichs Versorgungssicherheit problematisch ist. Positiv hervorzuheben ist der relativ hohe Anteil erneuerbarer Energien in Österreich. 2011 betrug er 26,1 Prozent des Bruttoinlandsverbrauchs, womit Österreich weit über dem EU-Durchschnitt von 9 Prozent lag. Insbesondere die Stromversorgung basiert zu fast zwei Dritteln auf erneuerbaren Energieträgern, hauptsächlich auf Wasserkraft (85%). Der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien stellt im Hinblick auf Klimaschutz und Importabhängigkeit gleichermaßen Herausforderung und Chance für Österreich dar (Statistik Austria 2012: 84ff.).

e) Soziokulturelle Rahmenbedingungen

Österreichs Bevölkerung zeigt insgesamt eine konstant hohe Lebenszufriedenheit. Fast 80 Prozent der ÖsterreicherInnen bezeichneten sich in den letzten Jahren als sehr zufrieden, nur etwa zwei Prozent als unzufrieden (Statistik Austria 2013b). Herausforderungen in soziokultureller Hinsicht bestehen allerdings in den Bereichen Bildung, demografische Entwicklung und Ungleichheit.

Obwohl es in Österreich seit den 1970er Jahren einen deutlichen Anstieg des Bildungsniveaus gab, der sich unter anderem an der steigenden Anzahl der Abschlüsse einer Sekundarstufen und der Zahl der Studierenden zeigt (Statistik Austria 2012: 36f.), wird das österreichische Bildungssystem für seine strukturellen Schwächen kritisiert. Die frühe Trennung der 10-Jährigen SchülerInnen in Hauptschule und Gymnasium führten zur Benachteiligung von Kindern mit schwächerem sozioökonomischem Hintergrund. Ebenso ist das Universitätssystem von einem „sozialen Elitismus“ geprägt, da die Zahl der Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten an Universitäten weit unter dem europäischen Durchschnitt liege (Pelinka et al. 2011: 19).

Die demografische Entwicklung in Österreich ist ebenfalls eine Herausforderung. Trotz sinkender Geburtenraten steigt die Bevölkerungszahl aufgrund von Zuwanderungen stetig an. Hatte Österreich im Jahr 2000 noch acht Millionen Einwohner, sind es im Jahr 2012 schon 8,4 Millionen. Die

prognostizierte Bevölkerungszahl im Jahr 2050 beträgt 9,5 Millionen (Statistik Austria 2012: 12f.). Die Bevölkerungszunahme geht einher mit einer Alterung der Bevölkerung. Während der Altersquotient (über 65-Jährige im Verhältnis zu 15-65-Jährigen) derzeit 27 Prozent beträgt, wird er bis 2050 vermutlich auf bis zu 55 Prozent ansteigen und somit weitaus höher liegen als der europäische Durchschnitt von 41,7 Prozent (Pelinka et al. 2011: 16). Die zunehmende Alterung der Bevölkerung wird außerdem einen Ausbau an Betreuungs- und Pflegekapazitäten erfordern (BMFLUW 2011a). Darüber hinaus ist es angesichts des bevorstehenden Altersquotienten wichtig, auch ältere ArbeitnehmerInnen in der Erwerbstätigkeit zu halten. Gegenwärtig ist jedoch nur etwas mehr als die Hälfte der 50 bis 64-Jährigen erwerbstätig, viele sind im vorzeitigen Ruhestand (Statistik Austria 2012: 40).

Schließlich sieht sich Österreich mit einer Reihe von Ungleichheiten konfrontiert. Nach einer Studie der Österreichischen Nationalbank sind die Vermögen innerhalb der Bevölkerung stark ungleich verteilt. Mehr als drei Viertel der Haushalte verfügen über ein Nettovermögen, das unter dem Durchschnittseinkommen liegt (Schürz 2012). Darüber hinaus wird die fehlende Inklusion von Migranten und illegalen Einwanderern sowie der enorme Lohnunterschied von Frauen und Männern kritisiert (Pelinka et al. 2011).

Gesamteinschätzung:

- **Anforderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik:** Die institutionellen und politischen Rahmenbedingungen Österreichs sind stark auf Inklusion der Sozialpartner ausgerichtet. Im Parlament und entsprechend auch in der Regierung dominieren die Parteien die Entscheidungsprozesse. Weiterhin haben die Länder eine starke Stellung in der Entscheidungsfindung. Schließlich zeichnet sich die Regierung durch eine hohe Autonomie der Ressorts aus. In der Summe führt dies einerseits zu einer hohen Integrationsfähigkeit, aber andererseits auch dazu, dass ein strategisches Zentrum der Politik fehlt. Im Ergebnis ist der politische Prozess vor allem auf die Aushandlung von Kompromissen und weniger auf Effizienz ausgerichtet (s.a. Pelinka et al. 2011: 20).
- **Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung:** In allen Dimensionen von nachhaltiger Entwicklung werden von den österreichischen Akteuren der Nachhaltigkeitspolitik Herausforderungen gesehen, denen sie sich stellen müssen. Notwendige Veränderungen sind eine absolute Reduktion des Ressourcenbrauchs, eine Verringerung der Siedlungsflächenzunahme, der Abbau der Staatsverschuldung im Sinne der Generationengerechtigkeit und eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen, sowie der weitere Ausbau erneuerbarer Energien zum Klimaschutz und zur Verringerung der Importabhängigkeit des Landes. Darüber hinaus bedarf es der Beseitigung von Ungleichheiten bei Bildungschancen, Vermögensverteilung und geschlechterbedingten Lohnunterschieden sowie der besseren Inklusion von MigrantInnen. Schließlich muss Österreich sich dem demografischen Wandel stellen, der in Zukunft eine Herausforderung für die Gesundheits- und Alterssicherungssysteme darstellen wird.

3.1.2 Steckbriefartige Beschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie

Im Jahr 2002 wurde die „Österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung“ (NSTRAT) auf Ebene des Bundes beschlossen (Bundesregierung 2002). Sie genießt in der Literatur eine hohe Reputation, da sie auf klaren Leitbildern, quantifizierten Zielen, Arbeitsprogrammen zur Implementation und regelmäßigem Monitoring basiert (u.a. Quitzow 2011). Seit dem Beginn der Arbeit an einer Strategie, die für Bund und Länder gleichermaßen gilt, wurde die NSTRAT jedoch nicht mehr

weiterentwickelt. Allerdings ist eine Fortschreibung gegenwärtig, nach Abschluss der Formulierung der gemeinsamen Bund-Länder-Strategie, in Arbeit. Aufgrund ihrer Aktualität und ihres innovativen Charakters wird im Folgenden die „Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung“ (ÖSTRAT) beschrieben, die die weltweit erste Strategie eines föderalen Landes ist, die sowohl die nationale als auch die regionale Ebene adressiert (BMLFUW 2010).

Im Mai 2009 wurde die ÖSTRAT von den Landeshauptleuten und im Juli 2010 vom Ministerrat beschlossen. Sie schließt sich inhaltlich den Zielen der EU-Nachhaltigkeitsstrategie, der NSTRAT, sowie den Strategien und Programmen der Bundesländer im Bereich Nachhaltiger Entwicklung an. Primär richtet sie sich an Politik und Verwaltung. Aufgrund der unterschiedlichen Kompetenzen von Bund und Ländern versteht sie sich eher als „*strategischer Kooperationsrahmen und nicht als Strategie im engeren Sinne*“ (BMLFUW 2011b). Ihr Selbstverständnis wird wie folgt beschrieben: „*Als ermöglichende Strategie gibt sie den Nachhaltigkeitsaktivitäten von Bund und Ländern eine gemeinsame Richtung, lässt aber gleichzeitig Räume, Wege und innovative Lösungen für die sektoralen ebenso wie für regional und lokal angepasste Entscheidungsfindungen offen. Sie legt nicht im Detail fest, sondern bietet einen Rahmen zur Selbstorganisation von Nachhaltigkeitsprozessen auf allen Ebenen.*“ (BMLFUW 2010: 3).

Tabelle 5 gibt einen Überblick über die Hauptmerkmale der ÖSTRAT.

Tabelle 5: Steckbriefartige Beschreibung der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie (ÖSTRAT)

Inhalte und Ziele	
Leitbild	Leitgedanke: „ <i>ein Österreich schaffen und erhalten, das langfristig eine intakte Umwelt, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und sozialen Zusammenhalt garantiert, ohne dabei die Generationengerechtigkeit zu verletzen oder sich der globalen Verantwortung zu entziehen</i> “ (BMLFUW 2010: 3)
Ausrichtung der Strategie	Ganzheitlich
Thematische Schwerpunkte	9 Themenfelder: <ul style="list-style-type: none"> • Globale Verantwortung • Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Sozialkapital • Nachhaltigkeit auf lokaler und regionaler Ebene • Ökoeffizienz und Ressourcenmanagement • Verantwortungsvolle Unternehmen (CSR) • Bildung, Kommunikation und Forschung für Nachhaltige Entwicklung • Good Governance • Öffentliche Gesundheit, Prävention und Altern • Arbeit unter fairen Bedingungen für alle
Ziele	Qualitative, nicht terminierte Ziele in den Themenfeldern
Umsetzung	
Arbeitsprogramm	Ja
Finanzbudget	-

Monitoring und Evaluation	
Berichterstattung	82 Indikatoren für das Monitoring Nachhaltiger Entwicklung in Österreich (MONE), darunter 26 Headline-Indikatoren
Evaluation	Externe Evaluation alle 4 Jahre
Fortschreibung	-
Horizontale Integration	
Federführung	Ministerrat (Bund) und Landeshauptleutekonferenz (Länder)
Interministerielle Koordination	[Komitee für ein Nachhaltiges Österreich]
Nachhaltigkeitsprüfung	Wirkungsorientierte Folgenabschätzung
Vertikale Integration	
Bezug zu über- und nachgeordneten Ebenen	<p>Hoch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsame Verabschiedung der ÖSTRAT von Bund und Ländern • Bezug zur EU-Nachhaltigkeitsstrategie • Verpflichtung zur Subsidiarität • Bezug zu Lokalen Agenda 21-Prozessen
Einbindung von nachgeordneten Ebenen	NachhaltigkeitskoordinatorInnen-Konferenz (NHK-K) Bund-Länder Arbeitsgruppe „Dezentrale Nachhaltigkeitsstrategien – Lokale Agenda 21“ (DNS-LA21-Arbeitsgruppe)
Partizipation nicht-staatlicher Akteure	
Konsultationsverfahren	-
Nachhaltigkeitsbeirat	Forum Nachhaltiges Österreich

Inhalte und Ziele

Dem Leitgedanken der ÖSTRAT ist zu entnehmen, dass die Ausrichtung der Strategie eine ganzheitliche ist. Die drei Dimensionen „intakte Umwelt“, „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ und „sozialer Zusammenhalt“ werden ergänzt durch Generationengerechtigkeit und globale Verantwortung. Thematische Schwerpunkte werden nicht im Strategiedokument selbst, aber im Umsetzungsprogramm gesetzt. Den insgesamt neun Themenfeldern ist gemeinsam, „dass sie als Querschnittsthemen über Ressortgrenzen hinweg bearbeitet werden können und dass sie ein hohes Synergiepotenzial in der Zusammenarbeit von Bund und Ländern aufweisen.“ (BMLFUW 2011b: 3) Im Gegensatz zur NSTRAT enthält die ÖSTRAT keine quantifizierten und terminierten Ziele. Stattdessen enthalten die neun Themenfelder des Umsetzungsprogramms qualitative Zielsetzungen, die jedoch schwer messbar und nicht terminiert sind (z.B. „qualitatives Wachstum“ oder „Chancengleichheit gewährleisten“).

Umsetzung

Zur operativen Umsetzung hat die ÖSTRAT ein eigenes Arbeitsprogramm, das die Aktivitäten des Bundes und der Länder ergänzt. Das aktuelle Arbeitsprogramm enthält insgesamt 45 Initiativen in neun Themenfeldern (siehe oben), die vier Qualitätskriterien gerecht werden müssen (BMLFUW 2011b: 5): Erstens hat jede Initiative einen „Owner“, das heißt ein Land oder den Bund, der als zuständige Stelle für die Implementierung der Maßnahme sorgt. Zweitens muss jede Initiative von mindestens zwei Ländern, zwei Bundesministerien oder von Bund und Ländern zusammen bear-

beitet werden, in Einzelfällen können die PartnerInnen auch aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich stammen. Drittens muss die Initiative einen aktiven Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten und mindestens zwei der drei Nachhaltigkeitsdimensionen ansprechen. Viertens muss die Initiative einen wesentlichen Innovationscharakter aufweisen beziehungsweise weitere Kooperationen und Synergien auslösen können.

Eine Verknüpfung der ÖSTRAT mit dem Haushalt gibt es nicht – sie wäre aufgrund der Kompetenzverteilung von Bund und Ländern auch schwer denkbar.

Monitoring und Evaluation

Schon im Rahmen der NSTRAT wurde ein Indikatoren-Set für die gesamthafte Bewertung der nachhaltigen Entwicklung in Österreich erstellt. Die Entwicklung der 82 „Indikatoren für das Monitoring Nachhaltiger Entwicklung in Österreich“ (kurz: MONE) wurde in den Jahren 2007, 2009, 2011 und 2013 in einem Bericht veröffentlicht. 2013 wurden zum ersten Mal auch Trends für die Bundesländer dargestellt (BMLFUW 2013a). MONE dient NSTRAT und ÖSTRAT als gemeinsames Monitoringinstrument. Einen Überblick über den Stand der nachhaltigen Entwicklung in Österreich geben neben dem Gesamtbericht auch die 26 Headline-Indikatoren, die jeden Themenbereich schlaglichtartig beleuchten sollen (BMLFUW 2013b).

Aufbauend auf den Erfahrungen mit der NSTRAT, die 2005 unabhängig evaluiert und 2005 und 2009 vom Rechnungshof überprüft wurde, soll auch die ÖSTRAT alle vier Jahre einer externen Evaluation unterzogen werden. Eine Fortschreibung der ÖSTRAT ist im Strategiedokument nicht vorgesehen, lediglich die Arbeitsprogramme werden in regelmäßigen Abständen fortentwickelt.

Horizontale Integration

Die Verabschiedung der ÖSTRAT erfolgte auf den beiden beteiligten Ebenen: auf Ebene des Bundes beschloss der Ministerrat die Strategie, auf Ebene der Länder die Landhaupteulekonferenz. Auf Bundesebene ist das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) für die Koordination von Nachhaltigkeitsaktivitäten zuständig. Zusammen mit dem Kanzleramt vertritt es auch den Bund in der NachhaltigkeitskoordinatorInnen-Konferenz (NHK-K), die die Aktivitäten im Bereich nachhaltiger Entwicklung zwischen Bund und Ländern abstimmt (siehe unten).

Für die interministerielle Koordination auf Ebene des Bundes gibt es kein institutionalisiertes internes Gremium. Interministerielle Abstimmung findet aber im Rahmen des Komitees für ein nachhaltiges Österreich statt. Im Komitee sind alle Ministerien, die Sozialpartner und vier Nachhaltigkeitskoordinatoren der Länder vertreten. Es wird von einer Steuerungsgruppe des BMLFUW und des Bundeskanzleramts koordiniert und stimmt Inhalte und Maßnahmen des ÖSTRAT-Arbeitsprogramms ab.

In seinem Prüfbericht hat der Rechnungshof 2010 bemängelt, dass es auf Bundesebene kein Instrument für die flächendeckende Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung gibt (Rechnungshof 2010). Dieser Kritik hat sich das Bundeskanzleramt angeschlossen und zum 1. Januar 2013 im Rahmen der Haushaltsreform die Einführung der wirkungsorientierten Folgenabschätzung angekündigt (ebd.: 176f.). Die Folgenabschätzung von Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Maßnahmen berücksichtigt seit diesem Jahr die folgenden Wirkungsdimensionen: öffentliche Haushalte, Gleichstellung von Frauen und Männern, Soziales, Kinder und Jugend, Konsumentenschutzpolitik, Verwaltungskosten, Unternehmen, Gesamtwirtschaft und Umwelt.

Vertikale Integration

Die ÖSTRAT nimmt besonderen Bezug auf die von ihr vertretenen Ebenen, aber auch auf über- und untergeordnete. Explizit wird auf die Ziele, Leitprinzipien und Herausforderungen der EU-Nachhaltigkeitsstrategie verwiesen, „*die den auch für Österreich verbindlichen inhaltlichen und prozeduralen Rahmen der europäischen Nachhaltigkeitspolitik darstellt*“ (BMLFUW 2010: 6). Die Notwendigkeit von Nachhaltigkeitsaktivitäten auf untergeordneter, d.h. lokaler Ebenen, wird ebenfalls hervorgehoben: „*Den Maßnahmen zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung auf regionaler und lokaler Ebene, insbesondere den Zielen der Lokalen Agenda 21, ist besonderes Augenmerk zu schenken.*“ (Ebd.: 11).

Die Koordination der beteiligten Ebenen Bund und Länder findet im Rahmen der NachhaltigkeitskoordinatorInnen-Konferenz (NHK-K) und der Plattform ÖSTRAT statt. Die bereits 1999 eingerichtete NHK-K erarbeitet die Arbeitsprogramme und Fortschrittsberichte der ÖSTRAT. Sie ist darüber hinaus für die Einbindung von gesellschaftlichen Interessengruppen zuständig.

Eine Arbeitsgruppe der NHK-K befasst sich mit der Förderung von Lokalen Agenda 21-Prozessen. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Dezentrale Nachhaltigkeitsstrategien – Lokale Agenda 21“ (DNS-LA21-Arbeitsgruppe), die seit 2003 besteht, ist mit der Umsetzung der „Gemeinsame Erklärung zur Lokalen Agenda 21 in Österreich“ betraut. In diesem Zusammenhang berichtet sie über den Stand der Lokalen Agenda 21-Prozesse, definiert ein Leitbild für zur Lokalen Agenda 21 und verfasst ein Arbeitsprogramm zur Forcierung ihrer österreichweiten Etablierung (Nachhaltigkeit.at 2013).

Partizipation nicht-staatlicher Akteure

Ein explizites Konsultationsverfahren bei der Erarbeitung der ÖSTRAT hat es nicht gegeben, da sich die Strategie in erster Linie an Politik und Verwaltung richtet. Dennoch gibt es in Österreich Formen der Beteiligung von Wirtschaftsverbänden und Interessengruppierungen im Rahmen des Diskurses zu nachhaltiger Entwicklung. Beispielsweise bietet das von Bund und Ländern gemeinsam getragene „Akteursnetzwerk Nachhaltiges Österreich“ die Gelegenheit, regelmäßig und bereichsübergreifend Erfahrungen auszutauschen. Etwa 200 Aktivisten aus unterschiedlichen Bereichen (Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Interessenvertretung) sind im Netzwerk aktiv. Bis Ende 2010 fanden 15 themenspezifische Veranstaltungen im Rahmen des Netzwerks statt. Danach erfolgte eine Neuausrichtung zur „Plattform ÖSTRAT“, die der Reflexion und Umsetzung des ÖSTRAT-Arbeitsprogramms dient (BMLFUW 2011b: 9).

Das „Forum Nachhaltiges Österreich“ ist das Beratungsgremium der österreichischen Nachhaltigkeitspolitik. Es „*leistet Politikberatung als Ergebnis des inhaltlichen Diskurses zwischen Verwaltung, Interessenvertretungen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft*“ (BMLFUW 2011b: 10). Seine Kernaufgabe ist die Begleitung der Umsetzung und Fortentwicklung der ÖSTRAT, unter anderem durch Kommentierung der Fortschrittsberichte.

3.1.3 Quellen

1) Strategiedokumente

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) 2010: Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung (ÖSTRAT) – ein Handlungsrahmen für Bund und Länder. Juni 2010. ZI. BMLFUW–LE.1.4.5/0012-II/3/2010.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW)
2011a: ÖSTRAT- Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung. Arbeitsprogramm
2011ff des Bundes und der Länder. Beilage zu ZI. BMLFUW-LE.1.4.5/0017-II/3/2011.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW)
2011b: ÖSTRAT – Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung. Fortschrittsbericht
2011. Beilage zu ZI. BMLFUW-LE.1.4.5/0017-II/3/2011.

Bundesregierung 2002: Österreichs Zukunft Nachhaltig Gestalten. Die Österreichische Strategie
zur Nachhaltigen Entwicklung.

2) Weitere Quellen

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) 2012:
Die österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel. Wien, Mai 2012.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW)
2013a: Indikatoren-Bericht für das Monitoring Nachhaltiger Entwicklung (MONE) 2013.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW)
2013b: Nachhaltigkeitsbarometer 2013 – Headline-Indikatoren.

derStandard.at 2012: CO2-Emissionen: Kyoto-Ziel in weiter Ferne. 16.01.2012. URL:
<http://derstandard.at/1326502842617/Umweltpolitik-CO2-Emissionen-Kyoto-Ziel-in-weiter-Ferne> (Zugriff am 24.09.2013).

International Monetary Fund (IMF) 2013: World Economic Outlook Database. URL:
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/01/weodata/weoselgr.aspx> (Zugriff am
09.09.2013).

Nachhaltigkeit.at 2013: Österreichweite Zusammenarbeit: DNS-LA21-Arbeitsgruppe. URL:
<http://www.nachhaltigkeit.at/article/archive/25659> (Zugriff am 24.09.2013).

Pelinka, Anton 2009: Das politische System Österreichs. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politi-
schen Systeme Westeuropas, 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften,
S. 607-641.

Pelinka, Anton; Rudolf Winter-Ebmer; Reimut Zohlnhöfer 2011: Austria report. Sustainable Gover-
nance Indicators 2011. Bertelsmann Stiftung.

Quitow 2011: Nachhaltigkeitsstrategien: Form und Funktion. In: Knopf et al. (Hrsg.): Nachhaltig-
keitsstrategien in Politik und Wirtschaft. Treiber für Innovation und Kooperation? Muenchen:
oekom, S. 123-147.

Rechnungshof 2010: Nachhaltige Entwicklung in Österreich. In: Bund 2010/12, S. 149-209.

Schürz, Martin 2012: Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich, Zukunft 10/2012. URL:
<http://diezukunft.at/?p=2594> (Zugriff am 24.09.2013).

Spiegel Online 2000: Österreich: Klestil wird Regierung mit FPÖ-Beteiligung vereidigen.
04.02.2000. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/oesterreich-klestil-wird-regierung-mit-fpoe-beteiligung-vereidigen-a-62845.html> (Zugriff am 24.09.2013).

Statistik Austria 2012: Österreich. Zahlen. Daten. Fakten. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria 2013a: Arbeitslose und Arbeitslosenquoten nach ILO-Konzept nach Alter und Geschlecht. URL:

https://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitssuchende/arbeitslose_internationale_definition/index.html (Zugriff am 24.09.2013).

Statistik Austria 2013b: Gesamte Lebenszufriedenheit. URL:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wie_gehts_oesterreich/lebensqualitaet/15/index.html (Zugriff am 24.09.2013).

Süddeutsche.de 2013: Alles gleich und doch ganz anders. 29.09.2013. URL:

<http://www.sueddeutsche.de/politik/parlamentswahl-in-oesterreich-alles-gleich-und-doch-ganz-anders-1.1783614> (Zugriff am 30.09.2013).

3.2 Tirol

Mit einer Fläche von 12.640 km² ist Tirol das drittgrößte Bundesland Österreichs. Seine Topografie ist geprägt durch die Alpen. Die knapp 715.000 Einwohner Tirols leben überwiegend auf ländlichem Raum, eine Ausnahme bildet die Hauptstadt Innsbruck, in der etwa 122.000 Menschen leben. Tirol gliedert sich in neun politische Bezirke und 279 Gemeinden (Landesstatistik Tirol 2013, Statistik Austria 2012: 130).

3.2.1 Kontextbedingungen für Nachhaltigkeitspolitik

a) Institutionelle Rahmenbedingungen

Österreich wird in der Literatur als „unterentwickelter Föderalismus“ bezeichnet, da der Bund ein deutliches Kompetenzübergewicht gegenüber den Ländern hat. Die Länder haben zum Beispiel keine eigene Gerichtsbarkeit und keine Entscheidungsbefugnisse bei der Festlegung der Höhe von wesentlichen Steuern wie der Einkommens- oder Mehrwertsteuer (Pelinka 2009). Dennoch haben die österreichischen Bundesländer alleinige Gesetzgebungskompetenz in bestimmten Bereichen wie dem Baurecht, der Raumordnung, dem Fremdenverkehrswesen oder der Abfallwirtschaft. Des Weiteren sind sie am Gesetzgebungsprozess des Bundes beteiligt, sowohl formal über den Bundesrat als auch informell durch innerparteiliche Absprachen oder Konsultation der Landeshauptleutekonferenz, einem informellen Gremium der neun Landesregierungschefs.

Das politische System Tirols entspricht dem einer parlamentarischen Demokratie. Ein vom Volk gewähltes Parlament, der Landtag, bestellt die Regierung, die aus dem Landeshauptmann, seinen zwei Stellvertretern und fünf weiteren Mitgliedern (Landesräten) besteht. Bis 1998 war die Zusammenstellung der Regierung auf Proporz begründet – jede im Parlament vertretene Partei stellte mindestens ein Regierungsmitglied. Diese Praxis wurde 1999 zugunsten einer Regierungsbildung durch Koalitionen aufgegeben. Innerhalb der Landesregierung werden Beschlüsse nach dem Einstimmigkeitsprinzip gefällt.

b) Politische Rahmenbedingungen

Neben der im Bundes-Verfassungsgesetz festgelegten Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern spielt in Österreich auch die subnationale Identität eine Rolle bei der Bewertung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länder. Die Tatsache, dass es sich bei den Bundesländern um traditionell gewachsene Einheiten mit gemeinsamer, jahrhundertealter Geschichte handelt, bestärkt das Landesbewusstsein und somit die „faktische Autonomie“ der Länder (Pelinka 2009: 634).

Wie auch auf Bundesebene hat in Tirol in den letzten Jahrzehnten ein Wandel von einer reinen Konkordanz- hin zu einer Konkurrenzdemokratie stattgefunden. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Abschaffung des Prinzips der Proporzregierung. Zudem gab es eine Erhöhung der Zahl der Landtagsfraktionen. Waren bis dahin lediglich drei Parteien im Landtag vertreten (ÖVP, SPÖ und FPÖ), zogen 1989 erstmals die Grünen in den Landtag ein, seit 2013 bilden sie zusammen mit der ÖVP eine Koalitionsregierung. Darüber hinaus sind zwei weitere Fraktionen im Parlament vertreten, bei denen es sich um Tiroler Kleinparteien handelt (FRITZ und Vorwärts). Landeshauptmänner und deren erste Stellvertreter wurden in Tirol immer von der ÖVP gestellt. Die SPÖ ist in Tirol im Vergleich zum Bund verhältnismäßig schwach, sie war jedoch aufgrund des Proporzsystems und später in einer Großen Koalition von 1945 bis 2013 immer an der Landesregierung beteiligt (Tirol 2013a).

Die ausgeprägte Verbändestaatlichkeit, die bereits für Österreich (Kapitel 3.1) beschrieben wurde, gilt auch für die österreichischen Bundesländer. Die Sozialpartner und weitere Interessengruppen werden in die Landespolitik einbezogen, um eine möglichst breite Zustimmung zu Politikvorstößen zu erlangen.

c) Geografisch-naturräumliche Rahmenbedingungen

Zwei Drittel der Landesfläche Tirols ist von Alpen und Wäldern bedeckt und lediglich 12 Prozent der Gesamtfläche ist besiedelbar (Statistik Austria 2012: 130). Grund und Boden ist daher ein knappes Gut in Tirol, eine nachhaltige Nutzung der begrenzten Flächen ist eine besondere Herausforderung. Aufgrund von Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum gab es in den vergangenen Jahren jedoch Entwicklungen, die einen gegenläufigen Trend suggerieren. Zwischen 2001 und 2012 gab es einen Verlust an landwirtschaftlichen Flächen von etwa 100 km², was bei einer gesamten Agrarfläche von 1.146 km² einem Abbau von neun Prozent entspricht (BMLFUW 2013: 100). Gleichzeitig steigt der Anteil der versiegelten Fläche am verfügbaren Dauersiedlungsraum. Während er österreichweit sechs Prozent beträgt, sind es in Tirol 8,9 Prozent (ebd.: 121).

Neben der begrenzten Fläche ist die Betroffenheit von Klimaveränderungen eine zweite wesentliche geografisch-naturräumliche Rahmenbedingung in Tirol. Es gibt bereits direkt spürbare Effekte wie die Häufung von Extremwetterereignissen oder die Änderung der Niederschlagsverteilung über das Jahr. Langfristig ist Tirol von einer Reihe von Veränderungen betroffen wie zum Beispiel das Abschmelzen von Gletschern oder das Auftauen von Permafrostregionen. Insgesamt wird der Klimawandel Herausforderungen in vielen Bereichen mit sich bringen, so beispielsweise für die Wasserversorgung, die Sicherung von Verkehrswegen, den Hochwasserschutz oder die Raumplanung (Tirol 2012: 46).

d) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Ebenso wie die österreichische Wirtschaft im Allgemeinen befindet sich auch die Tiroler Wirtschaft in guter Verfassung. Das Bruttoregionalprodukt pro Kopf betrug im Jahr 2009 34.600 Euro; das sind 1.700 Euro mehr als im österreichischen Durchschnitt (Statistik Austria 2012: 131). Gleichzeitig weist Tirol im EU-Vergleich gemeinsam mit Salzburg die niedrigste Arbeitslosenquote aller Regionen auf; sie lag im Jahr 2011 bei 2,5 Prozent (Österreich: 4,2%) (Statistik Austria 2012: 130). Schließlich befindet sich auch die Schuldenquote auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Mit einem Schuldenstand von 398 Millionen Euro hatte Tirol im Jahr 2011 die zweitniedrigste Verschuldung aller österreichischen Bundesländer (DiePresse 2013). Erstmals seit 1992 gab es im Jahr 2012 wieder einen ausgeglichenen Tiroler Haushalt ohne Aufnahme neuer Schulden (Tirol 2013c).

Ähnlich wie in Gesamtösterreich spielt auch in Tirol der Dienstleistungssektor die weitaus größte Rolle in der Bruttowertschöpfung des Landes. 2009 wurden 0,8 Prozent der Bruttowertschöpfung im primären Sektor, 27,1 Prozent im sekundären Sektor und 72 Prozent im tertiären Sektor generiert (Statistik Austria 2012: 131). Hierbei spielt insbesondere der Tourismus eine große Rolle. Tirol ist das tourismusstärkste Bundesland Österreichs mit einer Tourismusintensität (d.h. Übernachtungen pro Einwohner) von 60,06 im Jahr 2011 (Österreich: 14,96) (ebd.).

In Tirol gab es bis zum Jahr 2005 einen kontinuierlichen Anstieg des Energieverbrauchs, seitdem gibt es jedoch eine leichte Absenkung. Der Tiroler Energiemix basiert zum größten Teil auf den fossilen Energieträgern Erdöl und Erdgas, die importiert werden müssen. Angesichts der Herausforderungen Versorgungssicherheit und Klimawandel hat sich die Tiroler Landesregierung in ihrer

Energiestrategie 2020 den verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien und eine Absenkung des Energieverbrauchs zum Ziel gesetzt. Auf lange Sicht soll bis 2050 Energieautonomie erreicht werden, indem hundert Prozent des Energieeinsatzes durch erneuerbare Energien gedeckt werden und eine Halbierung des Endenergieeinsatzes erreicht wird (Tirol 2007, 2012). Erste Erfolge lassen sich bereits vermelden. So gab es neben der Absenkung des Endenergieverbrauchs seit 2005 einen kontinuierlichen Anstieg des Anteils erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch von 32 Prozent im Jahr 2005 auf 40,3 Prozent im Jahr 2011 (Tirol 2013b).

e) Soziokulturelle Rahmenbedingungen

Die Tiroler Bevölkerung verfügt, wie auch die gesamtösterreichische Bevölkerung, über eine hohe Lebensqualität. Dies zeigt sich unter anderem am vergleichsweise hohen Bruttoregionalprodukt³ (siehe oben) oder der hohen Quote von Eigenheimbesitzern, die bei 70,8 Prozent liegt (Österreich: 61,9%). Darüber hinaus verfügen die Tirolerinnen und Tiroler mit 79,3 (Männer) beziehungsweise 84,4 Jahren (Frauen) über eine überdurchschnittlich hohe Lebenserwartung (Statistik Austria 2012: 130f.).

Gleichwohl sieht sich Tirol genauso wie Gesamtösterreich mit Herausforderungen im soziokulturellen Bereich konfrontiert. Die Tiroler Nachhaltigkeitsstrategie betont hier insbesondere den demografischen Wandel. Eine wachsende und zugleich alternde Bevölkerung ziehe vielfältige Auswirkungen und Herausforderungen nach sich, die alle institutionellen Ebenen betreffen. So werden unter anderem die Finanzierbarkeit der Sozialversicherungssysteme, die Vereinbarkeit von Kindererziehung, Angehörigenpflege und Beruf, die Konsequenzen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt und die Sicherstellung der Betreuungs- und Pflegeerfordernisse für alte Menschen genannt. Tirols Bevölkerung, die in den vergangenen Jahrzehnten bereits rasant angewachsen ist, nämlich um 52 Prozent zwischen 1961 und 2008, wird bis 2050 nochmals um 12 Prozent wachsen. Im gleichen Zeitraum wird sich die Altersstruktur dahingehend ändern, dass die Zahl der Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren sich verdoppeln wird. Während sie heute 15,8 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, sind es bis 2050 bis zu 28 Prozent (Statistik Austria 2012: 131, Tirol 2012: 82ff.). Neben der demografischen Alterung betont die Nachhaltigkeitsstrategie als weitere Herausforderung die Sicherstellung von gleicher Bezahlung von Männern und Frauen bei gleicher Ausbildung, Qualifikation und beruflicher Stellung, die nach wie vor nicht gewährleistet sei (Tirol 2012: 65).

Gesamteinschätzung:

- **Anforderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik:** Ebenso wie auf Bundesebene ist auch das politische System Tirols auf Inklusion bedacht. Das Einstimmigkeitsprinzip in der Landesregierung und die hohe Verbändestaatlichkeit sprechen für eine hohe Integrationsfähigkeit auf horizontaler Ebene, für Beteiligungsmöglichkeiten und somit Partizipation sowie für Reflexivität durch Einbeziehung verschiedenster Interessen und Positionen. Inwiefern die Abschaffung des Proporzprinzips bei der Regierungsbildung die Integrationsfähigkeit des Systems abschwächt, ist schwer zu beurteilen, da auch Koalitionsregierungen auf Diskussion und Einigung angewiesen sind. Die hohe „faktische Autonomie“ Tirols, begründet auf einem ausgeprägten Landesbewusstsein, spricht gepaart mit den begrenzten verfassungsrechtlichen Kompetenzen für die Notwendigkeit von vertikaler Koordination zwischen Bund und Ländern über den Bundesrat und die Landeshauptleutekonferenz. Für die vertikale Integration von Ländern und Ge-

³ Das Bruttoregionalprodukt ist die regionale Variante des Bruttoinlandsprodukts.

meinden stehen hingegen keine institutionalisierten Gremien bereit. Die jahrzehntelange Dominanz der ÖVP in der Tiroler Politik könnte schließlich langfristiges Denken trotz kurzer Wahlzyklen ermöglichen.

- Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung:** Ebenso wie die Bundesebene ist auch Tirol mit Herausforderungen in allen Bereichen nachhaltiger Entwicklung konfrontiert. Im geografisch-naturräumlichen Kontext ist insbesondere die nachhaltige Nutzung der sehr begrenzten Flächen zu nennen. Darüber hinaus wird es notwendig sein, sich in verschiedensten Bereichen an die zu erwartenden Veränderungen des Klimas anzupassen. Während Tirol in wirtschaftlicher Hinsicht insgesamt gut da steht, wird die angestrebte Energiewende große Ressourcen in Anspruch nehmen. Der weitere Ausbau erneuerbarer Energiekapazitäten sowie die Senkung des Energieverbrauchs bilden die Grundpfeiler zur Zielerreichung der Energieautarkie bis 2050. Schließlich müssen in soziokultureller Hinsicht die Folgen des Bevölkerungswachstums bei gleichzeitiger demografischer Alterung bewältigt werden. Darüber hinaus ist die weiterhin bestehende Ungleichheit in der Entlohnung von Männern und Frauen zu bekämpfen.

3.2.2 Steckbriefartige Beschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie

Tirol ist das erste österreichische Bundesland mit einer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie. Nach einem etwa zweijährigen Erstellungsprozess unter breiter Beteiligung der Tiroler Bevölkerung wurde die Tiroler Nachhaltigkeitsstrategie am 24. April 2012 von der Landesregierung beschlossen. Sie beinhaltet Visionen für ein künftiges, nachhaltiges Leben in Tirol, einen Überblick über die Rolle Tirols im Kontext globaler Nachhaltigkeit sowie konkrete Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung in Tirol.

Tabelle 6 gibt einen Überblick über die Hauptmerkmale der Tiroler Nachhaltigkeitsstrategie.

Tabelle 6: Steckbriefartige Beschreibung der Tiroler Nachhaltigkeitsstrategie

Inhalte und Ziele	
Leitbild	Zentrale, übergeordnete Ziele: <ul style="list-style-type: none"> die Regenerationsfähigkeit der wirtschaftlichen, sozialen und natürlichen Systeme erhalten und weiterhin unterstützen die Balance zwischen Einzel- und Gesamtinteressen herstellen Menschen zusammenbringen, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln
Ausrichtung der Strategie	Ganzheitlich

Thematische Schwerpunkte	Zwölf Handlungsfelder: <ol style="list-style-type: none"> 1. Aktive Gemeinden und Regionen 2. Arbeit und Nachhaltigkeit 3. Bildung und Wissen für Nachhaltigkeit 4. Demografischer Wandel und sozialer Zusammenhalt 5. Energie: Energieeffizienz und heimische erneuerbare Energieträger 6. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel 7. Nachhaltige Mobilität 8. Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch 9. Natürliche Ressourcen 10. Raumordnung und Raumentwicklung 11. Stärkung demokratischer Strukturen und Prozesse 12. Wirtschaft: Innovation und Wettbewerbsfähigkeit durch Nachhaltigkeit
Ziele	Qualitative Ziele in den zwölf Handlungsfeldern
Umsetzung	
Arbeitsprogramm	Ja
Finanzbudget	-
Monitoring und Evaluation	
Berichterstattung	MONE [Angekündigt: Indikatorenset und Nachhaltigkeitsbericht]
Evaluation	-
Fortschreibung	Kontinuierliche Weiterentwicklung
Horizontale Integration	
Federführung	Amt der Tiroler Landesregierung
Interministerielle Koordination	Nachhaltigkeits-Kerngruppe
Nachhaltigkeitsprüfung	[Angekündigt: Werkzeug für die Wirkungsfolgenanalyse]
Vertikale Integration	
Bezug zu über- und nachgeordneten Ebenen	Hoch <ul style="list-style-type: none"> • Diverse Dokumente übergeordneter Ebenen als Grundlage für Tiroler Nachhaltigkeitsstrategie • Aktive Gemeinden und Regionen als „zentrale ,Partner für Nachhaltigkeit““
Einbindung von nachgeordneten Ebenen	-
Partizipation nicht-staatlicher Akteure	
Konsultationsverfahren	Acht Beteiligungsforen & Onlinekonsultation
Nachhaltigkeitsbeirat	Zukunftsrat

Inhalte und Ziele

Die Tiroler Nachhaltigkeitsstrategie definiert drei zentrale, übergeordnete Ziele einer nachhaltigen Entwicklung: 1) die Regenerationsfähigkeit der wirtschaftlichen, sozialen und natürlichen Systeme zu erhalten und weiterhin zu unterstützen, 2) die Balance zwischen Einzel- und Gesamtinteressen herzustellen, und 3) Menschen zusammenzubringen, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln (Ti-

rol 2012: 24). Neben der inhaltlichen Definition von Nachhaltigkeit, die explizit „*nicht einseitig ökologisch*“ ausgerichtet sein darf (ebd.: 22), legt die Strategie großen Wert auf Partizipation und Bewusstseinsbildung.

Die Strategie legt zwölf thematische Handlungsfelder fest, die in einem Beteiligungsprozess als prioritär identifiziert wurden. Diesen Handlungsfeldern werden im Arbeitsprogramm jeweils qualitative Ziele zugeordnet (z.B. „Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen“, „Erhöhung der Transparenz“, „Stärkung des Wirtschaftsstandortes“, „Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen“, „Stärkung des Ehrenamts oder „Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ und „Stärkung des sozialen Zusammenhalts“ (Tirol 2012). Lediglich dem Handlungsfeld Energie werden quantifizierte und terminierte Ziele bis 2020 und 2050 zugeordnet, die sich aus der Tiroler Energiestrategie ergeben (Tirol 2012: 91).

Umsetzung

Die Nachhaltigkeitsstrategie enthält ein eigenes Arbeitsprogramm, das sowohl bestehende Maßnahmen („Best Practices“) auflistet, als auch neu zu ergreifende Maßnahmen entwickelt (Tirol 2012: 50ff.). Eine Verknüpfung mit dem Haushalt findet nicht statt, wobei die „*Orientierung an der Nachhaltigkeit*“ beim Landesbudget als Zielsetzung aufgenommen wurde (Tirol 2012: 177).

Monitoring und Evaluation

Die 82 MONE-Indikatoren, die für das Monitoring der ÖSTRAT verwendet werden, bieten seit 2013 auch Informationen auf Bundesländerebene und somit auch einen Überblick über den Stand der nachhaltigen Entwicklung in Tirol (BMLFUW 2013). Darauf aufbauend kündigt die Tiroler Nachhaltigkeitsstrategie die Ausarbeitung eines eigenen Indikatorensets zur Beschreibung des Zustands und der Entwicklungsdynamik nachhaltigkeitsrelevanter Fakten an. Ziel sei es, diese Indikatoren „*letztlich unter Einbeziehung weiterer Kriterien für ein gutes, erfülltes und langes Leben in einem Wohlstands- beziehungsweise Glücksindex zusammenfassend*“ auszudrücken (Tirol 2012: 176f.). Weiterhin sollen die Daten im Rahmen von zweijährlich erscheinenden Nachhaltigkeitsberichten verständlich aufbereitet werden. Bislang gibt es jedoch noch keine Hinweise auf eine Implementation des Tiroler Monitoringsystems.

Hinweise auf eine geplante Evaluation der Strategie und deren konkrete Umsetzung lassen sich ebenfalls nicht finden. In Bezug auf die Fortschreibung der Strategie werden keine konkreten Termine genannt; vielmehr wird auf die laufende Aktualisierung der Strategie inklusive Maßnahmenkatalog verwiesen. Auch die Definition von schrittweise erreichbaren Teilzielen soll Teil der Fortschreibung sein (Tirol 2012: 186). Bislang erfolgte jedoch nachvollziehbarerweise noch keine Evaluation oder Fortschreibung, da die Strategie vor gerade einmal 18 Monaten verabschiedet wurde.

Horizontale Integration

Die institutionalisierte Koordination des Themas Nachhaltigkeit erfolgte bis 2008 in der Landesumweltanstalt. 2009 gab es eine Neuorganisation, in deren Folge der Fachbereich Zukunftsstrategie und Nachhaltigkeit im Amt der Tiroler Landesregierung mit der Nachhaltigkeitskoordination beauftragt wurde. Begründet wurde diese Verlagerung des Koordinationszentrums durch die Tatsache, dass Nachhaltigkeit als Querschnittsthema für alle Organisationseinheiten relevant sei. Eine Zentralisierung der Koordination beim Landeshauptmann sei ein entscheidender Schritt zum Erreichen eines abgestimmten, zielorientierten Handelns. Der Fachbereich Zukunftsstrategie und Nachhaltig-

tigkeit war für den Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie zuständig und dient als interne Beratungsstelle für Fragen der nachhaltigen Entwicklung (Rechnungshof 2010, Tirol 2012).

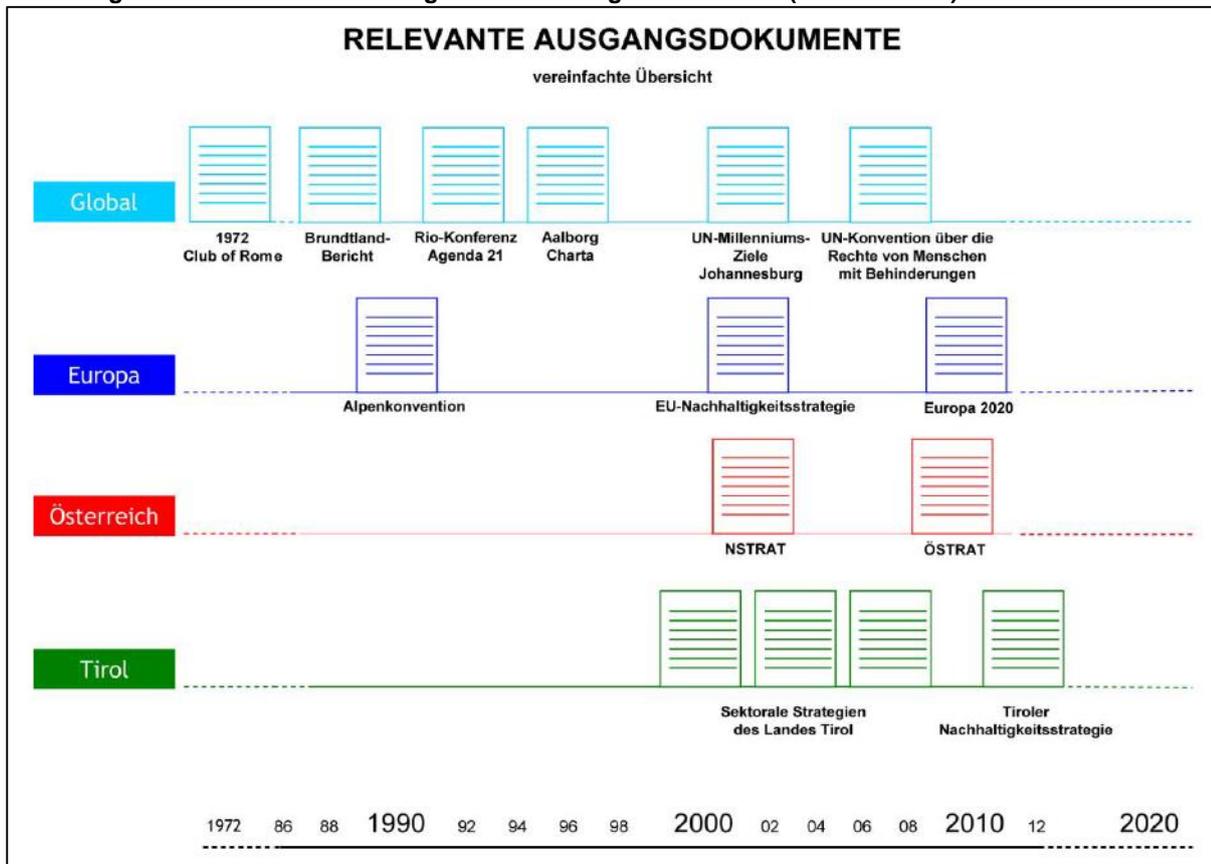
Die landesinterne Abstimmung erfolgt über die im Herbst 2009 konstituierte „Nachhaltigkeits-Kerngruppe“, die insbesondere der gegenseitigen Information über Aktivitäten und Projekte diene (Rechnungshof 2010: 34). In ihr sind Vertreterinnen und Vertreter von mit Nachhaltigkeit befassten Landesstellen, Organisationseinheiten der Landesverwaltung, Einrichtungen des Landes sowie des Landesschulrats vertreten (Tirol 2012: 185).

Eine Nachhaltigkeitsprüfung als Teil der Folgenabschätzung von Gesetzen, Verordnungen oder anderen Vorhaben findet in Tirol bislang nicht verpflichtend statt. Die Nachhaltigkeitsstrategie kündigt jedoch die Entwicklung eines Werkzeuges „für die Wirkungsfolgenanalyse von konkreten Vorhaben und Projekten“ an (Tirol 2012: 177).

Vertikale Integration

Die Tiroler Nachhaltigkeitsstrategie bezieht sich auf eine Reihe von Dokumenten übergeordneter Ebenen, die als Grundlage für ihre Konzeption dienten. Die Tiroler Strategie wird explizit als Erweiterung der ÖSTRAT und der Strategie Europa 2020 um regionale Inhalte betrachtet. Abbildung 2 bietet eine Übersicht über die relevanten Ausgangsdokumente, auf deren Grundlage die Tiroler Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt wurde.

Abbildung 2: In der Tiroler NH-Strategie berücksichtigte Dokumente (Tirol 2012: 26)



Auch der Bezug zu nachgeordneten Ebenen ist in der Tiroler Nachhaltigkeitsstrategie zu finden. Als eine der zwölf Schwerpunktthemen trägt den Titel „Aktive Gemeinden und Regionen“. Hier wird betont, dass Gemeinden und Regionen „die Grundlage für eine wirksame und erfolgreiche Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie [bilden].“ Auf dieser Einsicht basiert die Formulierung einer

Reihe von Zielsetzungen und Maßnahmen zur Unterstützung der Regionen und Gemeinden als „zentrale ‚Partner für Nachhaltigkeit‘“ (Tirol 2012: 50ff.). Eine direkte Einbindung von nachgeordneten Ebenen in Form von Koordinationsgremien oder Ähnlichem ist jedoch nicht zu identifizieren.

Partizipation nicht-staatlicher Akteure

Der Anhang der Tiroler Nachhaltigkeitsstrategie beschreibt den breit angelegten Beteiligungsprozess, der zur Identifizierung von prioritären Handlungsfeldern führte. Insgesamt nahmen 400 Personen an acht Beteiligungsforen teil, zudem gab es die Möglichkeit, Rückmeldungen zur Strategie über ein Onlineforum einzureichen (Tirol 2012: 188)⁴.

Als Konsultationsgremium wurde im März 2010 der Tiroler Zukunftsrat konstituiert. Er besteht aus dem Landeshauptmann, den Mitgliedern der Landesregierung und den Spitzen der Sozialpartner. Als Beratungsgremium soll der Zukunftsrat „wichtige Nachhaltigkeitsthemen abseits des ‚Tagesgeschäftes‘ fundiert und von herkömmlichen Strukturen abgekoppelt [...] behandeln“ (Tirol 2012: 175). Inwiefern der Zukunftsrat jedoch tatsächlich Impulse für die Nachhaltigkeitspolitik des Landes setzen kann, ist umstritten. Die oppositionelle „Liste Fritz“ hält den Zukunftsrat für „nicht mehr als eine Fata Morgana“, eine von Landeshauptmann Platter „medial hochgespielte Inszenierung“ (Liste Fritz o.J.).

3.2.3 Quellen

1) Strategiedokumente

Tirol 2012: Leben mit Zukunft. Tirol nachhaltig positionieren. Beschluss der Tiroler Landesregierung vom 24.04.2012.

2) Weitere Quellen

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) 2013: Indikatoren-Bericht für das Monitoring Nachhaltiger Entwicklung (MONE) 2013.

DiePresse 2013: Österreich: Alle neun Bundesländer schreiben rote Zahlen. URL: http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1342663/Oesterreich_Alle-neun-Bundeslaender-schreiben-rote-Zahlen (Zugriff am 26.09.2013).

Landesstatistik Tirol 2013: Tirol – Daten 2013. Amt der Tiroler Landesregierung. URL: <http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/zahlen-und-fakten/statistik/downloads/stat-fold13.pdf> (Zugriff am 22.10.2013).

Liste Fritz o.J.: Platters Zukunfts-Inszenierung geplatzt! URL: <http://www.listefritz.at/zukunft-tirol/937-platters-zukunfts-inszenierung-geplatzt> (Zugriff am 26.09.2013).

Pelinka, Anton 2009: Das politische System Österreichs. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 607-641.

Rechnungshof 2010: Integration Nachhaltiger Entwicklung in den Ländern Burgenland, Salzburg und Tirol. In: Tirol 2010/3, S. 11-50.

⁴ Siehe auch <http://www.tirol.gv.at/landesentwicklung/nachhaltigkeit/unsere-aktivitaeten/tiroler-nachhaltigkeitsstrategie/> (Zugriff am 26.09.2013).

Statistik Austria 2012: Österreich. Zahlen. Daten. Fakten. Wien: Statistik Austria.

Tirol 2007: Tiroler Energiestrategie 2020. Grundlage für die Tiroler Energiepolitik.

Tirol 2013a: Landtagswahlen seit 1945. URL:

http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/landtag/downloads/2013/Homepage/Landtagswahlen_seit_1945.pdf (Zugriff am 22.10.2013).

Tirol 2013b: Tiroler Energiemonitoring 2012. Statusbericht zur Umsetzung der Tiroler Energiestrategie.

Tirol 2013c: Tiroler Landeshaushalt ist stabil – Nulldefizit wurde erreicht. 23.04.2013. URL:

<http://www.tirol.gv.at/presse/meldungen/meldung/artikel/tiroler-landeshaushalt-ist-stabil-nulldefizit-wurde-erreicht/> (Zugriff am 26.09.2013).

3.3 Schweiz

Die Schweiz ist ein republikanisch verfasster Bundesstaat in Zentraleuropa. Ihre Verfassung sieht direktdemokratische Verfahren und einen ausgeprägten Föderalismus mit 26 weitgehend autonomen Kantonen und fast 3.000 Gemeinden vor. Trotz ihrer Lage im Zentrum Europas ist die Schweiz nicht Mitglied der Europäischen Union, mit der sie jedoch Außenwirtschaftsbeziehungen führt und diverse Abkommen getroffen hat. Die Schweiz hat etwa 8,1 Millionen Einwohner, die wegen der vorherrschenden naturräumlichen Bedingungen in der Alpenregion auf relativ dichtem Raum leben. Größte Stadt ist Zürich mit knapp 400.000 Einwohnern, gefolgt von Genf (ca. 195.000) und Basel (ca. 170.000). Die Schweiz hat offiziell keine Hauptstadt, Regierungssitz ist die Stadt Bern (ca. 125.000 Einwohner).

3.3.1 Kontextbedingungen für Nachhaltigkeitspolitik

a) Institutionelle Rahmenbedingungen

Das wichtigste Strukturmerkmal der Schweizerischen Staatsverfassung ist der föderalistische Staatsaufbau. Die 26 Kantone und fast 3.000 Gemeinden verfügen ebenso wie der Bund über eine eigene Verfassung. Sie haben weitgehende Autonomie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Jede Ebene legt die Höhe ihrer Einkommens- und Vermögenssteuern selbständig fest und bestimmt über ihre Ausgaben. Das Subsidiaritätsprinzip wird in der Schweiz konsequent umgesetzt, so dass Aufgaben grundsätzlich auf der niedrigstmöglichen Ebene wahrgenommen werden. Im internationalen Vergleich ist die Schweiz somit eines der am meisten dezentralisierten Staaten. Beispielhaft zeigt sich dies daran, dass der Bund lediglich dreißig Prozent der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben kontrolliert (Kantone 40%, Gemeinden 30%). Darüber hinaus sind nur 15 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes beim Bund tätig; der Rest verteilt sich gleichmäßig auf Kantone und Gemeinden (Linder 2009).

Neben der Dezentralität ist die Konkordanzdemokratie ein weiteres wesentliches Merkmal des institutionellen Systems der Schweiz. Grundidee der Konkordanz ist es, möglichst viele Gruppierungen in politische Prozesse und Entscheidungen einzubeziehen, um Stabilität herzustellen und zu bewahren. Die Konkordanz zeigt sich insbesondere in der Zusammensetzung der Regierung (Bundesrat), die sich nicht aus der Koalition einzelner Parteien bildet, sondern in der als Allpartei-
enregierung bis 2008 stets die vier größten Schweizer Parteien vertreten sind. 2008 spaltete sich ein Teil der Schweizerischen Volkspartei (SVP) ab und gründete die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP), weshalb seitdem fünf Parteien in der Regierung vertreten sind. Der siebenköpfige Bundesrat ist die oberste leitende Behörde des Staates; jeder Minister und jede Ministerin steht je einem Ministerium (Departement) vor, das wiederum in themenbezogene Verwaltungseinheiten gegliedert ist. Die Schweiz kennt weder ein Staatsoberhaupt noch ein Weisungsrecht oder eine Richtlinienkompetenz des Regierungsvorsitzenden. Stattdessen rotiert das Amt des Bundespräsidenten jährlich unter den Mitgliedern des Bundesrates. Insgesamt zeichnet sich die Schweizer Kollegialregierung durch eine „*außerordentlich hohe Stabilität*“ (Linder 2009: 573) aus.

Die Zusammensetzung der Regierung nach Proporz begründet auch eine vergleichsweise unabhängige Stellung des Parlaments (Bundesversammlung) gegenüber dem Bundesrat. Die Regierung stützt sich nicht auf eine Parlamentsmehrheit, und es gibt auch keine Misstrauensvoten, so dass das Parlament einen formal großen Handlungsspielraum in Bezug auf eigene Vorlagen und Initiativen sowie die Haushaltsplanung hat. Das Parlament besteht aus zwei gleichberechtig-

ten Kammern, dem Nationalrat mit 200 Sitzen (Volksvertretung) und dem Ständerat mit 46 Sitzen (Kantonsvertretung).

Zusätzlich zu den genannten institutionellen Rahmenbedingungen spielen auch direktdemokratische Elemente eine wichtige Rolle in der Schweizer Politikgestaltung. So gibt es weitreichende Volksrechte zur Begrenzung der parlamentarischen beziehungsweise Regierungsmacht. Bei Verfassungsänderungen oder der Genehmigung von Staatsverträgen sind obligatorische Referenden vorgesehen. Bei allen anderen Gesetzen, Beschlüssen oder Verträgen kann durch Unterstützung von mindestens 100.000 Bürgerinnen und Bürgern eine Volksinitiative gestartet werden. Die starke Ausprägung der direkten Demokratie macht Regierung und Parlament sensibel für Tendenzen innerhalb der öffentlichen Meinung (Linder 2009).

b) Politische Rahmenbedingungen

Einvernehmliche Konfliktregelung und Verhandlungen sind Markenzeichen der Schweizer Politik. Der oben beschriebene Proporz ist freiwillig, das heißt nicht verfassungsrechtlich vorgeschrieben, und zieht sich durch die Besetzung verschiedenster politischer Ämter. Darüber hinaus erfolgt eine starke institutionelle Integration von Verbänden in den Gesetzgebungsprozess. Gruppierungen mit hohem Mobilisierungspotential können ein mögliches Referendum als Drohkulisse nutzen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Im vorparlamentarischen Verfahren gibt es für sie die Möglichkeit zur Abgabe von Stellungnahmen, auf deren Basis der Bundesrat beschließt, ein Vorhaben fortzusetzen oder nicht. Auch die Kantone haben hier eine einflussreiche Stellung. Die Wirtschafts- und Berufsverbände sind ebenfalls mächtige Akteure, während die Arbeitnehmerseite vergleichsweise schwächer vertreten ist. Umwelt- und Konsumentenorganisationen erleben seit den 1980er Jahren einen rasanten Aufstieg und haben heute ein hohes Mobilisierungspotential (Linder 2009). Auch Expertengremien haben großen Einfluss auf die Schweizer Politik. Parlament und Bundesregierung bedienen sich etwa 140 außerparlamentarischer Expertenkomitees (Armingeon et al. 2011: 28).

Die Schweizer Verhandlungsdemokratie hat sich über die Jahre als Erfolgsmodell herausgestellt, was sich beispielsweise an der hohen Stabilität und Kontinuität der Regierungen zeigt. Jedoch hat die praktizierte Konkordanz auch ihre negativen Seiten, insbesondere eine Tendenz zu Einigungen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, und damit einhergehend ein gewisses Unvermögen bei langfristiger, strategischer Planung (Armingeon et al. 2011).

Parteien haben im politischen System der Schweiz keine starke Stellung, erst mit der Totalrevision der Verfassung im Jahr 1999 wurden sie erstmals überhaupt erwähnt. Die vier traditionellen Regierungsparteien FDP (Freisinnig-demokratische Partei), CVP (Christlich-demokratische Volkspartei), SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) und SVP (Schweizerische Volkspartei), die seit 1959 je ein oder zwei Bundesräte stellen, spiegeln die politischen Grundausrichtungen des 19. Jahrhunderts wider: Liberalismus (FDP, SVP), Konservatismus (CVP, SVP) und Sozialdemokratie (SPS). Sie vereinigen rund drei Viertel der Wählerstimmen auf sich (Armingeon et al. 2011). Neben den großen Parteien gibt es viele kleinere Parteien, von denen neben der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP), die sich 2008 von der SVP abgespalten hat, insbesondere die Grüne Partei der Schweiz (GPS) erwähnenswert ist, die aus der Naturschutzbewegung der 1960er Jahre entstand und bei den Nationalratswahlen 2011 8,4 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte (Bundesversammlung 2013).

c) Geografisch-naturräumliche Rahmenbedingungen

Die naturräumliche Gliederung der Schweiz ist stark vom höchsten Gebirge Europas, den Alpen, geprägt. Inklusiv der Voralpen nehmen sie etwa sechzig Prozent der Landesfläche ein; die restliche Fläche teilt sich in das dicht besiedelte Mittelland (30%) sowie den Jura (10%) (Wikipedia 2013). Die Raumentwicklung der Schweiz ist laut „Nachhaltigkeitsstrategie 2012-2015“ bislang wenig nachhaltig (Schweizerischer Bundesrat 2012: 29): Pro Sekunde gebe es einen Rückgang von Kulturland von knapp einem Quadratmeter. Der starke Siedlungsflächenzuwachs – innerhalb von 24 Jahren gab es eine Zunahme von über 23 Prozent – habe gravierende Auswirkungen auf die Biodiversität sowie die Regenerationsfähigkeit der Böden.

Eine weitere geografisch-naturräumliche Herausforderung ist die Betroffenheit von Klimaveränderungen, die in der Schweiz insbesondere die Berggebiete trifft. Innerhalb der nächsten fünfzig Jahre werden laut Prognosen große Teile der Schweizer Gletscher verschwinden, was auch die Wasserversorgung und die Elektrizitätsversorgung durch Wasserkraft beeinflusst (IDANE 2012). Obwohl sich die Schweiz im Rahmen des Kyoto-Protokolls zu einer Verminderung des Treibhausgasausstoßes von 8 Prozent gegenüber den Werten von 1990 verpflichtet hat, ist der Ausstoß an Treibhausgasen in den vergangenen zwanzig Jahren nahezu auf gleichem Niveau geblieben. Nur durch den Ankauf von Emissionszertifikaten kann die Schweiz somit ihr Kyoto-Ziel erfüllen (BAFU 2013).

Schließlich ist Ressourcenknappheit ein weiteres geografisch-naturräumliches Merkmal der Schweiz. Seit den 1960er Jahren hat sich der ökologische Fußabdruck der Schweiz fast verdoppelt. Aufgrund ihres hohen Lebensstandards verbraucht die Schweizer Bevölkerung pro Kopf fast dreimal so viele Umweltleistungen und Ressourcen als in globaler Hinsicht verfügbar sind (BFS 2012, WWF 2012). Das Schweizer Bundesamt für Statistik führt dies auf den hohen Energieverbrauch der Schweiz zurück, der für zwei Drittel des ökologischen Fußabdrucks verantwortlich ist (von Stokar 2006).

d) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Schweiz gehört zu den wohlhabendsten und wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt. Dabei spielt insbesondere der Dienstleistungssektor mit rund siebzig Prozent aller Erwerbstätigen eine herausragende Rolle (Statistik Schweiz 2013b). Schweizer Banken verwalten fast ein Drittel der weltweit im Ausland angelegten Vermögen (IDANE 2012). Landwirtschaft (4%) und Industrie (25%) verlieren hingegen beschäftigungsmäßig stark an Bedeutung (Statistik Schweiz 2013b). Als Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels und der Auslagerung industrieller Produktionen fallen sechzig Prozent der durch die Endnachfrage in der Schweiz entstehenden Umweltkosten im Ausland an (Schweizerischer Bundesrat 2012: 17).

Die Schweiz verfügt über ein konstantes Wirtschaftswachstum. Im Jahr 2000 betrug das Bruttoinlandsprodukt 449 Milliarden Schweizer Franken, im Jahr 2012 waren es 548 Milliarden Schweizer Franken. Mit ca. 79.000 US-Dollar pro Einwohner belegte die Schweiz 2012 Rang vier im weltweiten Vergleich der Länder nach Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (IMF 2013).

Die Arbeitslosenquote liegt in der Schweiz auf verhältnismäßig niedrigem Niveau. Innerhalb der letzten zehn Jahre variierte sie zwischen 2,5 und 3,9 Prozent, wobei kein großer Unterschied zwischen Männern und Frauen lag (Statistik Schweiz 2013a).

Die Bruttostaatsverschuldung der Schweiz ist zwischen 2000 (258 Mrd. Schweizer Franken) und 2005 (336 Mrd. Schweizer Franken) stark gestiegen, seitdem jedoch rückläufig (Prognose 2013: 291 Mrd. Schweizer Franken). Dies hängt unter anderem mit der im Jahr 2001 eingeführten Schuldenbremse zusammen, die per Verfassungsregelung einen ausgeglichenen Haushalt vorschreibt. Aufgrund der wachsenden Wirtschaft ist die Staatsschuldenquote, d.h. das Verhältnis von Staatsverschuldung und Bruttoinlandsprodukt, seit 2005 rückläufig (2005: 60%, Prognose 2013: 48%) (IMF 2013).

Eine große Herausforderung in der Schweiz ist der nachhaltige Umgang mit Energie. Der schweizerische Primärenergiebedarf wird größtenteils aus nicht erneuerbaren Ressourcen wie Erdöl (44,8%), Kernbrennstoffen (23,1%) und Erdgas (10,6%) gedeckt. Wasserkraft trägt mit 10,6% insbesondere zur Stromerzeugung bei, während andere erneuerbare Energiequellen wie Sonne, Wind oder Biogas lediglich 1,4 Prozent zur Deckung des Primärenergiebedarfs beitragen. Eine zusätzliche Herausforderung stellt der beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima 2011 dar (Schweizerischer Bundesrat 2012: 27).

e) Soziokulturelle Rahmenbedingungen

Die Schweizerische Bevölkerung erfreut sich gegenwärtig einer kontinuierlich steigenden Lebenserwartung und allgemeinen Lebenszufriedenheit. Exemplarisch lässt sich dies am Human Development Index (HDI) illustrieren, einem aggregierten Indikator, der Lebenserwartung, Bildungsgrad und Bruttonationaleinkommen der Bevölkerung widerspiegelt. 2000 lag der HDI der Schweiz mit 0,88 bereits auf hohem Niveau. Er konnte sich bis 2012 sogar auf 0,91 steigern, womit die Schweiz zu den zehn weltweit am höchsten entwickelten Staaten gehört. Die Lebenserwartung der Bevölkerung sowie die durchschnittlichen Schuljahre steigen kontinuierlich an (UNDP 2013). Weitere Quellen belegen, dass die Gesundheitsversorgung in der Schweiz qualitativ sehr gut ist, Altersarmut sich auf sehr geringem Niveau befindet, und die Lebenszufriedenheit der Schweizer insgesamt sehr hoch ist (Armingeon et al. 2011: 20f.).

Dennoch gibt es auch in soziokultureller Hinsicht Herausforderungen an eine Politik der nachhaltigen Entwicklung. Insbesondere handelt es sich hier um ein starkes Bevölkerungswachstum, das besonders aus Migrationsbewegungen entsteht und eine aktive Integrationspolitik erfordert, sowie um einen demografischen Wandel, der langfristig Druck auf die Alterssicherungssysteme erzeugen wird. Während der Altersquotient (Verhältnis der über 65-Jährigen zu den 20-64-Jährigen) im Jahr 2010 noch bei 28% lag, wird er bis 2030 auf etwa 39% ansteigen (Schweizerischer Bundesrat 2012: 37). Weitere Herausforderungen liegen in der Integration lernschwacher Jugendlicher – 17 Prozent verfügen nicht über grundlegende Lesekompetenzen (Schweizerischer Bundesrat 2012: 17) – und der Beseitigung von Lohnungleichheiten zwischen den Geschlechtern (BFS 2012: 34) beziehungsweise der allgemeinen Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Armingeon et al. 2011: 21).

Gesamteinschätzung:

- **Anforderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik:** Die institutionellen und politischen Rahmenbedingungen der Schweiz bilden einen günstigen Rahmen, um den Anforderungen an eine Governance der nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden. Die hohe Stabilität der Regierung ermöglicht eine langfristige Politikplanung; direktdemokratische Elemente und Beteiligungsmöglichkeiten für Stakeholder begünstigen Partizipation und Reflexivität. Das dominante Entscheidungsmuster des Konsenses und die Charakteristika der Konkordanzdemokratie wiederum verlangen nach horizontaler und vertikaler

Integration sowie Partizipation, bergen allerdings auch die Gefahr von Entscheidungen auf Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners. Vertikale Integration wird weiterhin durch die weitgehende Autonomie von Bundesebene und Kantonen erschwert. Da die Kantone aber in alle wichtigen Entscheidungen auf Bundesebene einbezogen werden, ist eine Koordination zwischen Bundes- und Kantonebene zumindest bis zu einem gewissen Grad gegeben.

- **Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung:** Die Schweiz sieht sich mit Herausforderungen in allen drei Dimensionen von nachhaltiger Entwicklung konfrontiert. Insbesondere die naturräumlich-geografischen Bedingungen wie starker Siedlungsflächenzuwachs, Klimaveränderungen und Ressourcenknappheit werden die Schweiz in naher Zukunft vor Probleme stellen. In wirtschaftlicher Hinsicht steht die Schweiz verhältnismäßig gut da. In Bezug auf nachhaltige Entwicklung ist der Umgang mit Energie hier ein Schlüsselthema. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird vor dem Hintergrund von stagnierendem Treibhausgasausstoß, Ressourcenknappheit und Atomausstieg eine zentrale Aufgabe sein. In gesellschaftlicher Hinsicht befindet sich die Schweiz ebenfalls auf einem hohen Niveau in Bezug auf die Lebenszufriedenheit ihrer Bevölkerung. Herausforderungen sind hier jedoch das starke Bevölkerungswachstum, der Bildungsgrad lernschwacher Jugendlicher und die Gleichstellung von Männern und Frauen.

3.3.2 Steckbriefartige Beschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie

Artikel 2 der Schweizerischen Bundesverfassung erklärt die Nachhaltige Entwicklung zum Staatsziel. Bund und Kantone sind darüber hinaus in Artikel 73 dazu aufgefordert, die Nachhaltige Entwicklung im Rahmen ihrer Kompetenzausübung zu fördern. Auf dieser Grundlage hat die Schweizerische Regierung, der *Bundesrat*, bislang vier Strategien für die Nachhaltige Entwicklung formuliert und umgesetzt (1997, 2002, 2008, 2012). Im Jahr 2009 beschloss der Bundesrat, die Strategie stärker mit der Legislaturplanung, das heißt dem Regierungsprogramm, zu verknüpfen. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist somit seit 2012 integraler Bestandteil der Legislaturplanung.

Die Schweizerische Nachhaltigkeitsstrategie ist geprägt von der Vorstellung, dass Nachhaltige Entwicklung als „regulative Idee“ beziehungsweise Leitbild in alle Politiken jeglicher Sektoren einzubeziehen ist. Nachhaltigkeit ist somit kein zusätzliches Politikfeld, sondern Teil der „*ordentlichen Planungs- und Politiksteuerungsprozesse auf Ämter-, Departements- und Bundesratsstufe*“ (Schweizerischer Bundesrat 2012: 58). Ziel ist somit, Nachhaltige Entwicklung „*durch Prioritätensetzung und Umschichtung der bestehenden Ressourcen*“ (ebd.) zu realisieren. Daraus folgt unter anderem, dass keine zusätzlichen finanziellen Ressourcen für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zur Verfügung gestellt werden.

Tabelle 7 gibt einen Überblick über die Hauptmerkmale der Schweizerischen Nachhaltigkeitsstrategie.

Tabelle 7: Steckbriefartige Beschreibung der Schweizerischen Nachhaltigkeitsstrategie

Inhalte und Ziele	
Leitbild	<p>Fünf Leitlinien:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zukunftsverantwortung wahrnehmen 2. Die drei Zieldimensionen der Nachhaltigen Entwicklung ausgewogen berücksichtigen 3. Die Nachhaltige Entwicklung in alle Politikbereiche einbeziehen 4. Die Koordination zwischen den Politikbereichen erhöhen und die Kohärenz verbessern 5. Die Nachhaltige Entwicklung partnerschaftlich realisieren
Ausrichtung der Strategie	Ganzheitlich / fünfdimensional
Thematische Schwerpunkte	<p>Fünf Metaziele:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bekämpfung der globalen Klimaerwärmung und Bewältigung von Naturgefahren, insbesondere durch Verminderung des Energieverbrauchs und vermehrte Nutzung von erneuerbaren Energien 2. Steigerung der Produktivität der Wirtschaft, verbunden mit Entkoppelung vom Ressourcen- und Energieverbrauch, und vermehrte Ausrichtung des Produktions- und Konsumverhaltens auf Nachhaltigkeit 3. Nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen sowie qualitative und quantitative Verminderung der Beeinträchtigungen der Umwelt 4. Sicherstellung eines gerechten Zugangs zu sozialen und wirtschaftlichen Ressourcen und Verbesserung der Integration aller Bevölkerungsgruppen 5. Intensivierung der Beiträge für die globale Armutsbekämpfung und Friedensförderung sowie Erhöhung von deren Wirksamkeit
Ziele	Fünf Metaziele (s.o.), nicht quantifiziert oder terminiert
Umsetzung	
Arbeitsprogramm	Ja
Finanzbudget	-
Monitoring und Evaluation	
Berichterstattung	Monitoringsystem MONET
Evaluation	Externe Evaluationen 2006 und 2011, erneute Evaluierung vor Legislaturperiode 2016-19 vorgesehen
Fortschreibung	Fortschreibung im Rahmen der Legislaturplanung
Horizontale Integration	
Federführung	Bundesrat (politische Verantwortung), Bundesamt für Raumentwicklung ARE (Koordination), Departements und Ämter (Umsetzung)
Interministerielle Koordination	Interdepartementaler Ausschuss Nachhaltige Entwicklung (IDANE)
Nachhaltigkeitsprüfung	Ja („Nachhaltigkeitsbeurteilung“)

Vertikale Integration	
Bezug zu über- und nachgeordneten Ebenen	Hoch: <ul style="list-style-type: none"> • Übergeordnete Ebene: UNO-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung (Rio+20) • Untergeordnete Ebene: Wichtige Rolle von Kantonen und Gemeinden in der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung
Einbindung von nachgeordneten Ebenen	Mittel: <ul style="list-style-type: none"> • Forum Nachhaltige Entwicklung
Partizipation nicht-staatlicher Akteure	
Konsultationsverfahren	Dialog Nachhaltige Entwicklung Schweiz
Nachhaltigkeitsbeirat	-

Inhalte und Ziele

Die Schweizerische Nachhaltigkeitsstrategie basiert auf einem ganzheitlichen Verständnis von Nachhaltigkeit. Sie ergänzt die drei Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft um zwei weitere Aspekte, nämlich intergenerationelle Gerechtigkeit (Generationengerechtigkeit) und intragenerationelle Gerechtigkeit (globale Gerechtigkeit). Dies drückt sich auch in den fünf Leitlinien aus, die seit 2008 die Schweizerischen Nachhaltigkeitsstrategien inspirieren und unbefristete Gültigkeit haben. Die Leitlinien beinhalten das erwähnte fünfdimensionale Verständnis von Nachhaltigkeit sowie den Auftrag, Nachhaltigkeit als Leitbild in alle Politiksektoren zu integrieren und Nachhaltigkeitspolitik horizontal und vertikal zu koordinieren. Die thematischen Schwerpunkte der Strategie sind in Form von fünf übergeordneten Zielen formuliert, aus denen sich prioritäre Handlungsfelder ableiten. Die Schweizerische Nachhaltigkeitsstrategie nennt jedoch keine quantifizierten und terminierten Ziele – ein Punkt, der in der Evaluation der Strategie 2008-2011 kritisch hervorgehoben wurde (Rüegge et al. 2011).

Umsetzung

Die Schweizerische Nachhaltigkeitsstrategie enthält einen Aktionsplan, der die prioritären Handlungsfelder benennt und bereits bestehende Maßnahmen des Bundes sowie neu zu beschließende Maßnahmen aufführt. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt – analog der Leitidee von Nachhaltigkeit als generellem Handlungsauftrag an alle Behörden – über die entsprechenden Bundesstellen und werden über den ordentlichen Budgetprozess finanziert.

Monitoring und Evaluation

Seit 2003 besitzt die Schweiz das Monitoringsystem MONET („Monitoring der Nachhaltigen Entwicklung“). Es ermöglicht auf Basis von etwa 75 Indikatoren eine regelmäßige Berichterstattung über Stand und Verlauf der Nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz. Zur vereinfachten Darstellung wurden 16 Schlüsselindikatoren entwickelt. MONET zeigt anhand von schematischen Soll-Ist-Vergleichen auf, wo die Schweiz auf einem guten Weg ist und wo noch Nachholbedarf besteht. Die MONET-Indikatoren sind über das Internet frei zugänglich und dienen so zusätzlich als Informationsplattform.⁵

⁵ Siehe http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/infothek/erhebungen_quellen/blank/blank/monet/00.html (Zugriff am 09.09.2013).

In den Jahren 2006 und 2011 erfolgten externe Evaluationen der Schweizerischen Nachhaltigkeitsstrategie durch die Institute Interface und evaluanda (2006) beziehungsweise Infrac (2011). Diese Evaluationen dienten als Grundlage für die Formulierung der Nachhaltigkeitsstrategien 2008 beziehungsweise 2012 sowie deren Aktionspläne. Die aktuelle Nachhaltigkeitsstrategie sieht wiederum einen Zwischenbericht nach zwei Jahren und eine Evaluation mit Blick auf die Legislaturperiode ab 2016 vor. Neben diesen umfassenden Evaluationen sind auch alle Verwaltungseinheiten dazu gehalten, in ihren Berichterstattungen auf die Nachhaltige Entwicklung einzugehen.

Horizontale Integration

Während die politische Verantwortung für die Nachhaltigkeitsstrategie explizit bei der Kollegialregierung, dem *Bundesrat*, liegt, erfolgt die Koordination der Strategie durch die Fachstelle für Nachhaltige Entwicklung im Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), welches Teil des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) ist. Das ARE erfüllt eine Stabsstellenfunktion und dient als Ansprechpartner für alle Bundesstellen, die für Umsetzung der Strategie beziehungsweise der Maßnahmen des Aktionsplans und ihre Finanzierung zuständig sind.

Eine bereichsübergreifende horizontale Koordination findet im Rahmen des Interdepartementalen Ausschusses Nachhaltige Entwicklung (IDANE) statt, der vom ARE geleitet wird und bereits seit 1993 als Informations-, Koordinations- und Diskussionsplattform innerhalb der Bundesverwaltung fungiert. Im IDANE sind alle 31 Verwaltungseinheiten vertreten, deren Arbeit für die Nachhaltige Entwicklung bedeutend ist. In diesem Gremium erfolgt die Entwicklung und Abstimmung der Politik des Bundes im Bereich Nachhaltige Entwicklung.

Ein weiteres Instrument zur horizontalen Integration von Nachhaltigkeit stellt die Nachhaltigkeitsbeurteilung dar, das heißt die systematische Erfassung der Wirkungen eines politischen Vorhabens. Laut Artikel 141 Parlamentsgesetz ist der Bundesrat dazu verpflichtet, in seinen Gesetzentwürfen substantielle Angaben zu den „*Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und künftige Generationen*“ zu machen (Schweizerischer Bundesrat 2012: 54).

Vertikale Integration

Die Schweizerische Nachhaltigkeitsstrategie nimmt sowohl auf übergeordnete als auch auf nachgeordnete Ebenen Bezug. Sie wird explizit in den Kontext der UNO-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung („Rio+20“) gestellt und benennt die globale Verantwortung der Schweiz gegenüber den Ländern des Südens als Schlüsselherausforderung (Schweizerischer Bundesrat 2012: 41ff.). Der Bezug zu untergeordneten Ebenen, das heißt Kantonen und Gemeinden, ist vorwiegend deklaratorischer Natur, was dem stark dezentralisierten Charakter des politischen Systems geschuldet ist. Der Bundesrat bietet Kantonen und Gemeinden finanzielle und inhaltliche Unterstützung bei nachhaltigkeitsrelevanten Projekten an. Darüber hinaus hat der Bund eine Datenbank im Internet veröffentlicht, die Informationen zu kantonalen und kommunalen Nachhaltigkeitsprozessen bereit hält und gute Praktiken benennt.⁶ Eine Einbindung von Kantonen und Gemeinden in die Nachhaltigkeitspolitik des Bundes findet darüber hinaus im Rahmen des „Forums Nachhaltige Entwicklung“ statt. Seit 2001 finden zweimal im Jahr Informationsaustausch und Vernetzung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden zu spezifischen nachhaltigkeitsrelevanten Bereichen statt. Es gibt jedoch kein Koordinationsgremium, das vertikale Integration institutionalisieren würde.

⁶ Siehe <http://www.are.admin.ch/themen/nachhaltig/03545/index.html?lang=de> (Zugriff am 09.09.2013).

Partizipation nicht-staatlicher Akteure

Die Schweizerische Nachhaltigkeitsstrategie ist primär auf die Aktivitäten von Bundesregierung und Behörden zugeschnitten und sieht daher wenige Beteiligungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Organisationen oder Wirtschaftsverbände vor. Es gibt keinen Nachhaltigkeitsbeirat oder ein vergleichbares, institutionalisiertes Konsultationsgremium. Die Strategie selbst betont, dass der *„Dialog zwischen Bund, weiteren institutionellen Akteuren, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor im Hinblick auf die Umsetzung der Strategie noch weiter zu intensivieren [ist].“* (Schweizerischer Bundesrat 2012: 55).

Ansatzpunkte zur Beteiligung nicht-staatlicher Akteure sind im Rahmen einer jährlichen Veranstaltung für Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Dachverbänden zu finden. Der „Dialog Nachhaltige Entwicklung Schweiz“ soll als Plattform für politischen Dialog und Vernetzung rund um das Thema Nachhaltige Entwicklung dienen. 2011 war die Nachhaltigkeitsstrategie 2012-2015 Thema der Veranstaltung, auf der die teilnehmenden Akteure Stellungnahmen zum Strategieentwurf abgeben konnten. Im Nachgang der Veranstaltung wurde jedoch unter anderem kritisiert, dass es keine weitere Möglichkeit der schriftlichen Stellungnahme gegeben hätte (Dubas et al. 2011).

3.3.3 Quellen

1) Strategiedokumente

Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) 2013: Leitlinien für die Politik der Nachhaltigen Entwicklung. URL:

<http://www.are.admin.ch/themen/nachhaltig/00262/00528/04597/index.html?lang=de> (Zugriff am 09.09.2013).

Schweizerischer Bundesrat 2012: Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012-2015

2) Weitere Quellen

Armingeon, Klaus; Wolf Linder; Reimut Zohlnhöfer 2011: Switzerland report. Sustainable Governance Indicators 2011. Bertelsmann Stiftung.

Bundesamt für Umwelt (BAFU) 2013: Kernindikator Treibhausgas-Emissionen. URL:

<http://www.bafu.admin.ch/umwelt/indikatoren/08557/08568/index.html?lang=de> (Zugriff am 23.09.2013).

Bundesamt für Statistik (BFS) 2006: Der ökologische Fussabdruck der Schweiz - Ein Beitrag zur Nachhaltigkeitsdiskussion. Neuchâtel: Office fédéral de la statistique (OFS).

Bundesamt für Statistik (BFS) 2012: Bericht über die Nachhaltige Entwicklung 2012. Neuchâtel: Office fédéral de la statistique (OFS).

Bundesversammlung 2013: Eckdaten Nationalrat 2011 / 2007. URL:

<http://www.parlament.ch/d/wahlen-abstimmungen/parlamentswahlen/wahlen-2011/Seiten/eckdaten.aspx> (Zugriff am 23.09.2013).

- Dubas, Daniel; Daniel Wachter; Frédéric Barman; Christine Richard 2011: Dialog Nachhaltige Entwicklung Schweiz, 2. September 2011, Anhörungsbericht. Bundesamt für Raumentwicklung ARE, Sektion Nachhaltige Entwicklung. URL: <http://www.aren.admin.ch/dienstleistungen/04135/04623/index.html?lang=de> (Zugriff am 09.09.2013).
- Interdepartementaler Ausschuss Nachhaltige Entwicklung (IDANE) 2012: Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz – Ein Wegweiser. Bern.
- International Monetary Fund (IMF) 2013: World Economic Outlook Database. URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/01/weodata/weoselgr.aspx> (Zugriff am 09.09.2013).
- Linder, Wolf 2009: Das politische System der Schweiz. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 567-606.
- Rüegg, Bettina; Susanne Stern; Nicole North; Thomas von Stokar 2011: Evaluation Strategie Nachhaltige Entwicklung. Schlussbericht. Zürich, 7. Januar 2011.
- Statistik Schweiz 2013a: Registrierte Arbeitslose – Entwicklung. URL: http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/03/blank/key/registrierte_arbeitslose/entwicklung.html (Zugriff am 09.09.2013).
- Statistik Schweiz 2013b: Beschäftigte pro Sektor. URL: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/07/03/blank/ind24.indicator.240103.2401.html> (Zugriff am 09.09.2013).
- UNDP 2013: Human Development Report 2013 – Switzerland. URL: <http://hdrstats.undp.org/images/explanations/CHE.pdf> (Zugriff am 04.09.2013).
- Wikipedia 2013: Schweiz. URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Schweiz> (Zugriff am 22.10.2013).
- WWF 2012: Living Planet Report 2012. Biodiversität, Biokapazität und neue Wege. Gland, Schweiz: WWF International.

3.4 Aargau

Der Aargau der viertgrößte von 26 Schweizer Kantonen. Er befindet sich im Norden der Schweiz, ist deutschsprachig und beherbergt 216 Gemeinden. Während sich der Kanton in einer zentralen Lage zwischen Zürich, Basel und Bern befindet, leben die ca. 625.000 Einwohner des Aargau auf sehr ländlichem Gebiet. Die größten Städte sind Wettingen sowie die Hauptstadt Aarau mit jeweils knapp über 20.000 Einwohnern. Wegen des ausgeprägten Schweizer Föderalismus genießt der Aargau einen hohen Grad an Autonomie und Selbstverwaltung (Kanton Aargau 2013a).

3.4.1 Kontextbedingungen für Nachhaltigkeitspolitik

a) Institutionelle Rahmenbedingungen

Schweizer Kantone verfügen über weitgehende Autonomierechte. Sie haben eine eigene Verfassung, die die gewaltenteilige Staatsorganisation und die Aufgaben des Kantons definiert. Kantone legen zum Beispiel selbständig die Höhe der Einkommens- und Vermögenssteuern fest und bestimmen über ihre Ausgaben.

Im Gegensatz zum Bundesrat (der föderalen Kollektivregierung) wird die Kantonsregierung, der Regierungsrat, vom Volk gewählt. Er ist die leitende und oberste vollziehende Behörde des Kantons. Im Aargau besteht der Regierungsrat aus fünf Personen, die im Mehrheitswahlverfahren für vier Jahre gewählt sind. Dabei spielen Listen oder Parteien keine Rolle, es ist eine Personenwahl. Jeder Regierungsrat steht einem Departement (Ministerium) vor. Das Parlament des Aargaus ist der Grosse Rat. Ihm gehören 140 im Verhältniswahlrecht vom Volk gewählte Abgeordnete an. Der Grosse Rat ist ebenfalls auf vier Jahre gewählt und ähnlich wie das Parlament auf Bundesebene relativ unabhängig von der Regierung, da sich diese nicht auf eine Parlamentsmehrheit stützt (Linder 2009, Kanton Aargau 2013a).

Auf Kantonebene spielen direktdemokratische Elemente eine noch wichtigere Rolle als auf Bundesebene. Referenden sind für Verfassungsänderungen und Gesetze, die vom Parlament nicht mit absoluter Mehrheit angenommen wurden, zwingend vorgesehen. Darüber hinaus gibt es fakultative Referenden auf Antrag von mindestens 3.000 Stimmberechtigten. Volksinitiativen, die im Aargau ebenfalls die Unterschrift von 3.000 Stimmberechtigten erfordern, haben in Schweizer Kantonen eine wesentlich höhere Erfolgsrate als im Bund (40% gegenüber 10%) (Linder 2009). Im Durchschnitt der vergangenen ca. 20 Jahre wurden pro Jahr 14 Referenden zur Abstimmung gebracht.

b) Politische Rahmenbedingungen

Der Kanton Aargau ist heute einer der konservativsten Schweizer Kantone. Dies zeigt am verhältnismäßig starken Abschneiden der nationalkonservativen, zum Teil rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP) und dem vergleichbar schwachen Abschneiden der Sozialdemokraten (SP) bei Wahlen. Die SVP erzielte bei den Wahlen zum Grossen Rat im Jahr 2012 32 Prozent der Stimmen, bei den Nationalratswahlen im Bund 2011 waren es 26,6 Prozent. Die Sozialdemokratische Partei konnte im Aargau 2012 15 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, während es im Nationalrat 2011 18,7 Prozent waren. Auch die Grüne Partei der Schweiz (GPS) schnitt im Bund mit 8,4 Prozent der Stimmen besser ab als bei den Aargauer Kantonalwahlen (7,4%) (Kanton Aargau 2013a).

Neben der Parteienunterstützung zeigt sich die verbreitete konservativ-rechte politische Orientierung auch bei Volksabstimmungen. Im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt sind die Aargauer skeptischer gegenüber Ausländern und einer internationalen Öffnung des Landes, zeigen weniger Affinität für Umweltbelange und haben Vorbehalte gegenüber dem Sozialstaat (Aargauer Zeitung 2011).

Trotz der Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat konnten Sozialdemokraten und Grüne seit 2009 jeweils einen Regierungsrat beziehungsweise eine Regierungsrätin stellen. Die drei anderen Regierungsräte gehören der SVP, der CVP (Christlich-demokratische Volkspartei) und der FDP (Freisinnig-demokratische Partei) an.

c) Geografisch-naturräumliche Rahmenbedingungen

Der Aargau liegt im Schweizer Mittelland und in den östlichen Ausläufern des Juras. Es handelt sich um einen ländlichen Kanton, dessen Fläche zu vier Fünfteln aus Wald und landwirtschaftlicher Nutzfläche besteht. Die Qualität von Böden und Grundwasser ist gut. Ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum und ein steigendes Bedürfnis nach Mobilität stellen jedoch Herausforderungen für die Umwelt dar. Der Siedlungsflächenverbrauch steigt durchschnittlich um rund 136 ha pro Jahr, was etwa einem Fußballfeld pro Tag entspricht. Abnehmender Schadstoffausstoß von Autos wird durch eine Zunahme an Verkehrsaufkommen kompensiert (Kanton Aargau 2012a). Darüber hinaus ist der Kanton Aargau auch von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Aufgrund zunehmender Niederschläge steigt die Wahrscheinlichkeit von Hochwassern, während gleichzeitig trocken-heiße Perioden zu Niedrigwasser im Sommer führen könnten. Weiterhin sind verschiedene Baumarten wie die Fichte sowie insgesamt der Erhaltung der biologischen Vielfalt durch Klimaveränderungen gefährdet (Bohnenblust 2010a).

d) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das konstante Wirtschaftswachstum der Schweiz zeigt sich auch im Kanton Aargau. Innerhalb von zwölf Jahren ist das jährliche Volkseinkommen pro Person von ca. 49.000 Franken (2000) auf 56.500 Franken (2012) gestiegen (Kanton Aargau 2012b: 224). Zwar liegt das Volkseinkommen damit unter dem Schweizer Durchschnitt von 61.600 Franken pro Person im Jahr 2012, jedoch sind die Lebenshaltungskosten in Bezug auf Wohnen, Energie und Steuern auch im unteren Durchschnitt, so dass insgesamt ein überdurchschnittliches frei verfügbares Einkommen verbleibt (Kanton Aargau 2012a, Umwelt Aargau 2013: 47). Seit 2010 belegt der Aargau in Bezug auf die Standortattraktivität den dritten Rang unter allen Schweizer Kantonen (Kanton Aargau 2012b: 225).

Geprägt ist der Kanton durch seine mittelständische Struktur und seine vergleichsweise hohe Beschäftigungsquote im Industriesektor. Während auch im Aargau eine Verlagerung der Arbeitsplätze von der Landwirtschaft zum industriellen und später zum Dienstleistungssektor stattfand, setzte diese „Tertiarisierung“ der Wirtschaft vergleichsweise spät ein. Im Jahr 2008 waren 4 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft, 34 Prozent in der Industrie und 62 Prozent im Dienstleistungssektor tätig (Aargauische Kantonalbank 2013: 16). Damit ist der Aargau der größte Industriekanton der Schweiz.

Der Kanton Aargau verzeichnet insgesamt und auch im gesamtschweizerischen Vergleich eine unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote. Zwischen 2000 und 2011 schwankte die Arbeitslosenquote zwischen 1,2 (2001) und 3,4 (2004 und 2009) Prozent (Kanton Aargau 2012b: 224).

Wie der Bund hat auch der Kanton Aargau eine Klausel in seiner Verfassung, die ihn zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt und einer stabilen Staatsquote verpflichtet. Jedes neue Defizit muss innerhalb von fünf Jahren abgetragen werden. Seit dem Jahr 2003 weist der Aargauer Haushalt Überschüsse auf, was zu einem stetigen Abbau der aufgelaufenen Defizite führte. Dennoch gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Anstiege in der Nettoverschuldung des Kantons, so etwa 2004 bei der Überführung der Personalvorsorge der Lehrpersonen in die Aargauische Pensionskasse und 2008 bei der Ausfinanzierung der Aargauischen Pensionskasse. Die neu aufgelaufenen Schulden werden seit 2008 wieder kontinuierlich abgebaut (Kanton Aargau 2012b: 40f.).

Der Aargau beherbergt zahlreiche Großwasserkraftwerke und drei Kernkraftwerke. Die Neuausrichtung der Energiepolitik nach dem Atomausstieg im Jahr 2011 stellt große Herausforderungen für den Kanton dar, wird jedoch gleichzeitig auch als Chance für die heimische Energietechnologiebranche gewertet (Kanton Aargau 2013b).

e) Soziokulturelle Rahmenbedingungen

Der Kanton Aargau weist im schweizerischen Vergleich ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum auf, was auf eine hohe Zuwanderungsquote zurückzuführen ist (Kanton Aargau 2013a). Gegenwärtig ist die Bevölkerungsstruktur im Aargau noch vergleichsweise jung. Jedoch gibt es auch im Aargau Prognosen eines demografischen Wandels, der Alterssicherungssysteme vor große Herausforderungen stellen wird. Innerhalb der nächsten zwanzig Jahre wird sich die Zahl der über 65-Jährigen voraussichtlich verdoppeln, die der über 80-Jährigen sogar verdreifachen. Im Gegenzug nimmt die Gruppe der 20- bis 64-Jährigen anteilmäßig ab (Kanton Aargau 2013b: 6).

In Bezug auf das bereits hohe Bildungsniveau der Bevölkerung gab es in den vergangenen Jahren weitere positive Entwicklungen. Beispielsweise stieg der Anteil der direkten Übertritte in die nachobligatorische Bildung. Die Quote der Jugendlichen, die im Anschluss an die obligatorische Grundbildung ein Gymnasium oder eine Fachmittelschule besuchten, stieg von 17,7 Prozent im Jahr 2008 auf 22,4% im Jahr 2012 (Kanton Aargau 2012b: 227).

Vom relativ hohen Lebensstandard und Bildungsgrad, der sowohl in der Gesamtschweiz als auch im Aargau vorherrscht, können jedoch nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen profitieren. Beispielsweise sind ausländische Jugendliche in anspruchsvolleren Bildungsgängen schwächer vertreten und in den Schweizer Arbeitsmarkt schlechter integriert als Schweizer Jugendliche. Zudem haben ältere Arbeitslose weniger Chancen, wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Schließlich sind Frauen in Führungspositionen unterrepräsentiert und haben geringere Pensionsansprüche als Männer (Kanton Aargau 2012b: 13).

Gesamteinschätzung:

- **Anforderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik:** Ebenso wie die Schweiz verfügt auch der Kanton Aargau über gute institutionelle Rahmenbedingungen für eine Governance der nachhaltigen Entwicklung. Die aus fünf Personen unterschiedlicher parteipolitischer Orientierung zusammengesetzte Regierung, das vom Regierungshandeln unabhängige Parlament und die ausgeprägten direktdemokratischen Elemente sorgen für kontinuierliches Verhandeln und Diskutieren, was horizontale Integration, Partizipation und Reflexivität befördert, jedoch auch zu Entscheidungen des kleinsten gemeinsamen Nenners führen könnte. Vertikale Integration wird durch die hohe Autonomie von Schweizer Kantonen und Gemeinden erschwert, da es keine institutionellen Zwänge zur Koordination

gibt. Angesichts der verbreitet konservativen Einstellung von Bevölkerung und Parteien ist darüber hinaus ungewiss, inwiefern dem Prinzip der Generationengerechtigkeit Rechnung getragen wird. Die geringe Affinität für Umweltbelange beispielsweise lässt sich als Zeichen für die Dominanz kurzfristigen Denkens werten.

- **Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung:** Herausforderungen an nachhaltige Entwicklungen finden sich im Aargau insbesondere im naturräumlich-geografischen Kontext. Zunehmender Siedlungsflächenverbrauch, steigendes Verkehrsaufkommen und Klimaveränderungen könnten künftig Probleme bereiten oder tun dies bereits. In wirtschaftlicher Hinsicht dagegen steht der Aargau sehr gut da. Hohe Standortattraktivität und geringe Arbeitslosenquoten treffen auf einen kontinuierlichen Schuldenabbau. Die Neuausrichtung der Energiepolitik ist sowohl Herausforderung als auch Chance für die heimische Industrie. Wie auch in der Schweiz befindet sich die Gesellschaft mit Blick auf Lebenszufriedenheit und Bildungsgrad auf einem hohen Niveau. Dennoch gibt es auch hier ein starkes Bevölkerungswachstum und einen demografischen Wandel zu beachten, ebenso die Integration von Ausländern, älteren ArbeitnehmerInnen und Frauen.

3.4.2 Steckbriefartige Beschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie

Die Schweizerische Bundesverfassung fordert neben dem Bund auch die Kantone dazu auf, die nachhaltige Entwicklung im Rahmen ihrer Kompetenzausübung zu fördern (Artikel 73). Darüber hinaus ist diese Verpflichtung im Kanton Aargau im Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (GAF) verankert. Paragraph 2, Absatz 2 des GAF sieht vor, dass *„neue Aufgaben [...] nach Massgabe ihrer Wichtigkeit, Dringlichkeit und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung anzugehen“* sind. Auf dieser Grundlage hat sich der Aargauer Regierungsrat in seinen Entwicklungsleitbildern 2005, 2009 und 2013 zu verantwortungsvollem Handeln im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet.

Die Aargauer Nachhaltigkeitsstrategie ist nicht explizit in einem Strategiedokument dargelegt. Sie basiert vielmehr auf den genannten gesetzlichen Verpflichtungen sowie auf vierjährlich erscheinenden Nachhaltigkeitsberichten, die eine Gesamtschau zum Stand der nachhaltigen Entwicklung im Kanton bietet. Auf Basis dieser Berichte findet die mittel- und langfristige Planung des Kantons statt, insbesondere die Formulierung des Aufgaben- und Finanzplans für die Legislaturperiode sowie des Entwicklungsleitbildes, welches als langfristiges Planungsinstrument des Regierungsrates einen Zeithorizont von zehn Jahren einnimmt und zu Beginn jeder neuen Legislaturperiode überarbeitet wird. Insgesamt geht es der Aargauer Nachhaltigkeitsstrategie um die Verankerung des Leitbildes Nachhaltigkeit auf operativer Ebene, d.h. in der Kantonsverwaltung, sowie um Aufklärung durch Öffentlichkeitsarbeit, die hauptsächlich durch ein naturkundliches Museum erfolgt.

Tabelle 8 gibt einen Überblick über die Hauptmerkmale der Aargauer Nachhaltigkeitsstrategie.

Tabelle 8: Steckbriefartige Beschreibung der Aargauer Nachhaltigkeitsstrategie

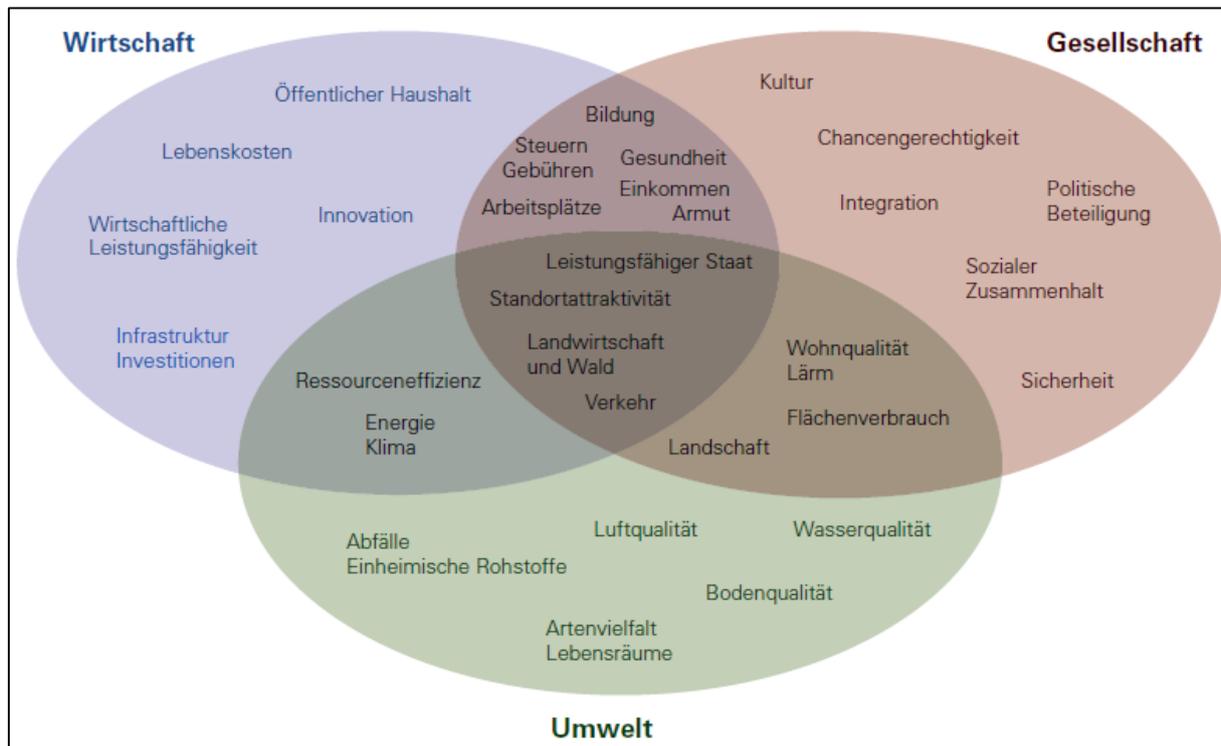
Inhalte und Ziele	
Leitbild	Beitrag zu einer ausgewogenen Entwicklung im Kanton Aargau und zur Solidarität in unserer Welt
Ausrichtung der Strategie	Ganzheitlich
Thematische Schwerpunkte	30 Themen
Ziele	Zielrichtungen in den 30 Themen (oft quantifiziert, nicht terminiert)
Umsetzung	
Arbeitsprogramm	-
Finanzbudget	-
Monitoring und Evaluation	
Berichterstattung	<ul style="list-style-type: none"> • 30 Indikatoren im Nachhaltigkeitsbericht • Kernindikatorensystem „Cercle Indicateurs“
Evaluation	-
Fortschreibung	Alle 4 Jahre
Horizontale Integration	
Federführung	Politische Verantwortung: Regierungsrat Umsetzung: Naturama (Naturkundliches Museum)
Interministerielle Koordination	-
Nachhaltigkeitsprüfung	<ul style="list-style-type: none"> • „Checkliste Interessenabwägung Nachhaltigkeit“ für die Wirkungsanalyse von Projekten • Pflicht zur Angabe von Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt bei Botschaften des Regierungsrates an den Grossen Rat
Vertikale Integration	
Bezug zu über- und nachgeordneten Ebenen	Mittel <ul style="list-style-type: none"> • Hoher Bezug zur Bundesstrategie • Geringer Bezug zu Gemeinden
Einbindung von nachgeordneten Ebenen	-
Partizipation nicht-staatlicher Akteure	
Konsultationsverfahren	-
Nachhaltigkeitsbeirat	-

Inhalte und Ziele

Ebenso wie die schweizerische Nachhaltigkeitsstrategie basiert auch die Aargauer Strategie auf einem ganzheitlichen Verständnis von Nachhaltigkeit. Die drei Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft werden um eine zeitliche (Generationengerechtigkeit) und räumliche (globale Gerechtigkeit) Perspektive erweitert. Die ganzheitliche Ausrichtung drückt sich auch in den dreißig Themen der Strategie aus, die in einem partizipativen, verwaltungsinternen Prozess ermittelt wurden (Abbildung 3). Alle Themen werden anhand von Indikatoren auf Fortschritte überprüft. Indikatoren sind mit Zielentwicklungsrichtungen versehen, die mindestens alle vier Jahre überprüft

werden. Die Ziele sind häufig quantifiziert, aber nie terminiert. Pfeile drücken die gewünschte Zielentwicklung aus (z.B. steigendes Volkseinkommen, steigende Maturitätsquote, sinkender Bruttoenergieverbrauch). Es wird ausdrücklich darauf verzichtet, thematische Schwerpunkte zu setzen, da inhaltlich alle Aufgabenbereiche des Kantons betroffen seien. Als Schwerpunkt ließen sich eher die Themen Kommunikation und Sensibilisierung – sowohl verwaltungsintern als auch in der Öffentlichkeit – identifizieren (ARE 2013).

Abbildung 3: 30 Themenbereiche der Aargauer Nachhaltigkeitsstrategie (Kanton Aargau 2012a: 9)



Umsetzung

Im Nachhaltigkeitsbericht wird hervorgehoben, dass nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe in sämtliche Politikbereiche zu integrieren ist. Deshalb verzichtet der Regierungsrat explizit auf die Veröffentlichung eines „*separaten Aktionsplan(s) Nachhaltigkeit neben der institutionalisierten politischen Planung*“ (Kanton Aargau 2012a: 8). Abgesehen von zwei Teilzeitstellen in der Fachstelle Nachhaltigkeit ist für die Nachhaltigkeitsstrategie zudem kein separates Budget ausgewiesen. Der Nachhaltigkeitsbericht soll jedoch explizit als Grundlage für die Finanzplanung einer Legislaturperiode dienen, um entsprechende prioritäre Handlungsfelder zu definieren.

Monitoring und Evaluation

Der alle vier Jahre erscheinende Aargauer Nachhaltigkeitsbericht ist eine Momentaufnahme der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Leistungsfähigkeit des Kantons Aargau. Er beinhaltet dreißig Themenbereiche (Abbildung 3) mit jeweils ein bis zwei repräsentativen Indikatoren, deren Wunschentwicklung der tatsächlichen Entwicklung gegenüber gestellt wird. In Form von Pfeilen wird dargestellt, ob die Entwicklung der Indikatoren in den letzten vier Jahren sowie im Trend der kommenden zehn Jahre in Zielrichtung, neutral oder entgegen der Zielrichtung verläuft. Der Nachhaltigkeitsbericht dient als Grundlage für weitere strategische Planungsprozesse im Aargau, zum Beispiel das Entwicklungsleitbild der Regierung (Kanton Aargau 2013b) oder sektorspezifische Strategien wie die Gesamtverkehrsstrategie mobilitätAARGAU, die Landwirt-

schaftsstrategie landwirtschaftAARGAU oder die Energiestrategie energieAARGAU (Kanton Aargau 2006a, 2006b, 2007).

Der Kanton nimmt darüber hinaus am Projekt „Cercles Indicateurs“ teil, welches vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) federführend betreut und von einer Arbeitsgruppe aus 19 teilnehmenden Kantonen und 16 Städten durchgeführt wird. Über ein Kernindikatorensystem wird der Stand der nachhaltigen Entwicklung in den Kantonen und Städten ermittelt und somit ein Quervergleich ermöglicht.⁷

Horizontale Integration

Während die politische Verantwortung für die Nachhaltigkeitsstrategie beim Regierungsrat und dem Department Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) liegt, findet die operative Umsetzung der Strategie bewusst außerhalb der Kantonsverwaltung beim Naturkundemuseum Naturama statt. Die dort angesiedelte Fachstelle Nachhaltigkeit ist für die Konzeption, Koordination und Gesamtedaktion des Nachhaltigkeitsberichts sowie für die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Nachhaltigkeit zuständig. Darüber hinaus führt sie Projekte und Veranstaltungen durch und unterstützt die Kantonsverwaltung bei der Durchführung von Nachhaltigkeitsbeurteilungen.

Eine institutionalisierte interministerielle Koordination zum Thema Nachhaltigkeit ist im Kanton Aargau nicht vorhanden. Dies wird auch von der Fachstelle Nachhaltigkeit beklagt (Bohnenblust 2010b: 71). Dennoch hat das Thema laut einer unabhängigen Evaluation einen hohen Stellenwert innerhalb der Kantonsverwaltung (Kanton Aargau 2012a: 8).

Das Gesetz über die Organisation des Grossen Rates und über den Verkehr zwischen dem Grossen Rat, dem Regierungsrat und dem Obergericht (Geschäftsverkehrsgesetz) legt fest, dass Botschaften des Regierungsrates an den Grossen Rat Angaben zu den Auswirkungen eines Vorhabens auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt beinhalten müssen. Zwar gibt es keine obligatorische Verpflichtung zur Nutzung eines bestimmten Instruments zur Nachhaltigkeitsprüfung, jedoch hat der Kanton eine „Checkliste Interessenabwägung Nachhaltigkeit“ für die Wirkungsanalyse von Projekten entwickelt, deren Anwendung allen Departementen empfohlen wird. Die Checkliste eignet sich insbesondere bei komplexen Projekten, zum Beispiel aus dem Bau- und Infrastrukturbereich oder zur Wirtschaftsförderung, die eine Abwägung von Zielkonflikten erfordern.⁸

Vertikale Integration

Die Aargauer Nachhaltigkeitsstrategie weist hohe Bezüge zur schweizerischen Bundesstrategie auf. Explizit wird darauf hingewiesen, dass der Nachhaltigkeitsbericht „zur Strategie des Bundes bei(trägt) und [...] das Handlungsprinzip Nachhaltigkeit auf kantonaler Ebene um(setzt)“ (Kanton Aargau 2012a: 7). Dabei schließt sich der Kanton auch den zehn strategisch prioritären Herausforderungen der Bundesstrategie an.

Der Bezug und die Einbindung von nachgeordneten Ebenen sind hingegen gering bis nicht vorhanden. Zwar wird im Nachhaltigkeitsbericht auf Entwicklungen in den Gemeinden und einige Positivbeispiele verwiesen; es findet jedoch keinerlei Koordination oder institutionalisierte Kooperation statt. Dies wurde 2010 auch von der Fachstelle Nachhaltigkeit beklagt: Es „bestehen keine

⁷ Vgl. <http://www.are.admin.ch/themen/nachhaltig/00268/00552/index.html?lang=de> (Zugriff am 18.09.2013).

⁸ Vgl. http://www.naturama.ch/nachhaltigkeit/kanton/nac_beurteilen.cfm (Zugriff am 18.09.2013).

kantonalen Programme oder Anreize für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf Gemeindeebene.“ (Bohnenblust 2010b: 71)

Partizipation nicht-staatlicher Akteure

Die Partizipation nicht-staatlicher Akteure an der Formulierung und Umsetzung der Aargauer Nachhaltigkeitsstrategie ist auf sehr niedrigem Niveau. Es gibt weder institutionalisierte Konsultationsverfahren noch einen Nachhaltigkeitsbeirat. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist vielmehr auf die Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips innerhalb der Kantonsverwaltung sowie auf Aufklärung und Unterstützung von Privatpersonen, Gemeinden, Unternehmen und Schulen ausgerichtet.

3.4.3 Quellen

1) Strategiedokumente

Kanton Aargau 2012a: Dritter Bericht Nachhaltige Entwicklung im Kanton Aargau. Regierungsrat des Kantons Aargau, November 2012.

Kanton Aargau 2013b: Entwicklungsleitbild 2013 – 2022. Regierungsrat des Kantons Aargau.

2) Weitere Quellen

Aargauer Zeitung 2011: Der Aargau ist politisch auf der rechten Überholspur. URL:

<http://www.aargauerzeitung.ch/aargau/der-aargau-ist-politisch-auf-der-rechten-ueberholspur-104734391> (Zugriff am 11.09.2013).

Aargauische Kantonalbank 2013: Aargauer Zahlen 2013. URL:

https://www.ag.ch/media/kanton_aargau/dfr/dokumente_3/statistik/publikationen/aargauer_zahlen_1/aargauer_zahlen_2013.pdf (Zugriff am 11.09.2013).

ARE 2013: Nachhaltigkeitsprozesse in Kantonen – Aargau. Bundesamt für Raumentwicklung (ARE). URL:

http://www.are.admin.ch/themen/nachhaltig/agenda21_kantone/index.html?webgrab_path=HR0cDovL3d3dy5hZ2VuZGEyMWxvY2FsLmNoL3Byb3h5L2thbnRvbi9rdWVyemVsL0FHL2xhbmd1YWdlL2RI&lang=de (Zugriff am 10.09.2013).

Bohnenblust, Susanna 2010a: Falls es anders kommt, als man hofft: erster Klimabericht des BVU. In: Umwelt Aargau Nr. 49, August 2010, S. 55-58.

Bohnenblust, Susanna 2010b: Nachhaltige Entwicklung? Nachhaltige Entwicklung! In: Umwelt Aargau Nr. 50, November 2010, S. 71-72.

International Monetary Fund (IMF) 2013: World Economic Outlook Database. URL:

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/01/weodata/weoselgr.aspx> (Zugriff am 09.09.2013).

Kanton Aargau 2006a: energieAARGAU – Gesamtenergiestrategie. Aarau, Juni 2006.

Kanton Aargau 2006b: mobilitätAARGAU – Gesamtverkehrsstrategie. Beschluss des Grossen Rates vom 19. September 2006.

Kanton Aargau 2007: landwirtschaftAARGAU – Gesamtstrategie Landwirtschaft. Beschluss des Grossen Rates vom 21. August 2007.

Kanton Aargau 2012b: Statistisches Jahrbuch 2012.

Kanton Aargau 2013a: Blickpunkt Aargau 2013.

Kanton Aargau 2013c: Öffentliche Finanzen des Kantons Aargau 2012 – Übersicht.

Linder, Wolf 2009: Das politische System der Schweiz. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 567-606.

UNDP 2013: Human Development Report 2013 – Switzerland. URL:
<http://hdrstats.undp.org/images/explanations/CHE.pdf> (Zugriff am 04.09.2013).

3.5 Flandern

Flandern ist eine der drei Regionen des föderal organisierten Königreiches Belgien und liegt im Norden des Landes. Von der Gesamtfläche Belgiens (rund 30.000 km²) bedeckt Flandern weniger als die Hälfte (13.500 km²), aber rund sechzig Prozent der belgischen Bevölkerung sind Flamen. In Personalunion ist Brüssel mit etwa einer Million Einwohnern eine der drei Regionen Belgiens, die Hauptstadt von Belgien und die Hauptstadt von Flandern. In Brüssel befinden sich daher das Parlament und die Regierung von Flandern. Andere bedeutsame Städte in Flandern sind Antwerpen mit knapp 500.000 Einwohnern sowie Gent (ca. 250.000 Einwohner), Brügge (ca. 120.000 Einwohner), Löwen (ca. 100.000 Einwohner) und Hasselt (ca. 75.000 Einwohner), die jeweils Hauptstädte der Provinzen Antwerpen, Ostflandern, Westflandern, Flämisch-Brabant und Limburg sind (Flandern.com 2013). Belgien ist von innerer Zerrissenheit geprägt, vor allem zwischen der flämischen und wallonischen Volksgruppe. In Flandern sind Unabhängigkeitsbestrebungen zu verzeichnen, die sich in Wahlerfolgen separatistischer Parteien widerspiegeln.

3.5.1 Kontextbedingungen für Nachhaltigkeitspolitik

a) Institutionelle Rahmenbedingungen

Belgien ist ein „kompliziertes föderatives Gebilde“ (Woyke 2003: 395), das sich sowohl in drei Regionen (Flandern, Wallonie, Brüssel-Hauptstadt) als auch in drei (Sprach-)Gemeinschaften (flämisch, französisch, deutschsprachig) gliedert. Als Antwort auf die flämisch-wallonischen Konflikte wurde seit den 1970er Jahren eine Dezentralisierungsstrategie verfolgt. Es wurden immer mehr Kompetenzen an die Regionen abgegeben, so dass die föderale Ebene lediglich verantwortlich ist für Justizwesen, Finanzpolitik, innere Sicherheit und Außenpolitik (geteilt mit den Regionen), Landesverteidigung, Gesundheitswesen und soziale Sicherheit (Belgium.be 2013). Die Regionen sind unter anderem für Wirtschafts-, Verkehrs-, Energie-, Umwelt- und Agrarpolitik zuständig, während die Gemeinschaften verantwortlich sind für das Bildungswesen, die Kulturpolitik und Teile der Familien-, Gesundheits- und Sozialpolitik. Die Flamen haben sich 1980 für eine Fusion der Region Flandern mit der Flämischen Gemeinschaft entschieden, weshalb nur ein einziges Parlament (Vlaams Parlement) und eine einzige Regierung (Vlaamse Regering) existieren. Insgesamt verfügen die belgischen Regionen und Gemeinschaften im Vergleich zu anderen Bundesstaaten über ein hohes Maß an Autonomie, Selbstgestaltungskompetenz und Mitsprache. Internationale Verträge beispielsweise müssen von den regionalen Parlamenten abgesegnet werden und der belgische Sitz im Ministerrat der EU wird im Rotationsprinzip von Vertretern der Regionen wahrgenommen (Wikipedia 2013).

Flandern hat keine eigene („Landes-“)Verfassung, verfolgt dies aber als Ziel im Rahmen der Bestrebungen zu mehr Unabhängigkeit. 2012 hat die flämische Regierung als ersten Schritt den Entwurf einer „Charta“ angenommen.⁹

Eine Besonderheit bei der Regierungsorganisation in Belgien und auch Flandern ist das ausgeprägte Kabinettsystem, das heißt eine deutliche Unterscheidung in politische und administrative Tätigkeiten. Die Minister haben einen recht großen Stab von Mitarbeitern (früher: bis zu 100, heutzutage auf 30 beschränkt) für die direkte politische Arbeit. Der Ministerialapparat hingegen sieht sich selbst als „unabhängig“ und heißt in Belgien „Föderaler Öffentlicher Dienst“ und in Flandern „Administrativer Dienst“. Diese sind für Hintergrundarbeit zuständig und haben Exekutivfunktionen.

⁹ Vgl. <http://www.vlaanderen.be/int/nieuws/vlaamse-regering-stelt-handvest-voor-vlaanderen-voor> (Zugriff am 13.10.2013).

Die als „Departement“ bezeichnete Hauptbehörde kann andere Zuschnitte haben als das Portfolio des entsprechenden Ministers, welche dazu auch noch häufig wechseln. Zu dem Zuständigkeitsbereich der „Departements“ gehören auch Agenturen für Teilaufgaben, so zum Beispiel im Umweltbereich zehn Behörden, wie die Natur- und Waldagentur („Agentschap voor Natuur en Bos“), die flämische Energieagentur („Vlaams Energieagentschap“) und die Öffentliche Flämische Abfallgesellschaft (OVAM – „Openbare Vlaamse Afvalstoffenmaatschappij“). Die Kabinette haben eine starke Rolle bei der Koordination zwischen Ressorts und bestreiten auch die entsprechenden Verhandlungen.

Belgien gilt als Land mit einer ausgeprägt neokorporatistischen Tradition (Lijphart 1999, Hooghe 2001), was sich unter anderem in institutionalisierten Sozialpartnerschaften widerspiegelt. Die belgischen Gewerkschaften gehören aufgrund der frühen Industrialisierung zu den traditionsreichsten und stärksten in Europa, und auch der Arbeitsgeberverband ist politisch sehr einflussreich (Woyke 2003: 407). Auf belgischer Ebene besteht seit 1944 der Zentrale Wirtschaftsrat und seit 1952 der Nationale Arbeitsrat. Beide sind zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften, ersterer berät zu wirtschaftspolitischen und letzter zu sozialpolitischen Fragen und kann außerdem gesamtstaatliche Tarifverhandlungen führen (Woyke 2003: 408, Nationale Arbeidsraad 2013).

In Flandern wurde, der ursprünglichen Tradition folgend, 1985 der Sozial-Ökonomische Rat eingerichtet als Nachfolger des Flämischen Ökonomischen Rates, der seit 1970 bestand (Bestuurzaken 2013). Später wurden Räte für andere Politikbereiche gegründet, in denen auch andere Interessengruppen und häufig Experten vertreten sind. Allerdings bleibt als gewisser Nachteil der neokorporatistischen Tradition bestehen, dass die Beteiligungskultur recht stark von einem Stil des Verhandeln geprägt ist, und dass es Organisationen/NGOs außerhalb des sozial-ökonomischen Spektrums eher schwer haben, gleichberechtigt neben dem lange etablierten Gefüge der Sozialpartner zu agieren. Dem wurde in Flandern zum Teil im Rahmen der letzten Reform der Räte (2003 bis 2009) begegnet.

b) Politische Rahmenbedingungen

Die Parteien sind nach Regionen organisiert, das heißt es besteht je eine flämische und eine walonische (beziehungsweise französischsprachige) Christdemokratische, Sozialistische, Liberale und Grüne Partei. Daneben gibt es einige regionalspezifische Gruppierungen. Hierzu gehören insbesondere die flämischen rechtspopulistischen Separatisten (Vlaams Belang, ehemals Vlaams Blok), die für die Unabhängigkeit von Flandern eintreten und auch der EU kritisch gegenüber stehen. Eine weitere separatistische Partei (N-VA) hat sich von den Christdemokraten (CD&V) abgespalten und fordert ebenfalls ein höheres Maß an Autonomie für Flandern, unter anderem in der Gesundheits-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik. Die N-VA strebt ein konföderales Belgien an, also einen Staatenbund statt des derzeitigen Bundesstaates, und schließt auf langfristige Sicht auch eine komplette Unabhängigkeit Flanderns nicht aus. Bei den Kommunal- und Provinzwahlen am 14. Oktober 2012 war die N-VA der große Gewinner in Flandern. Sie wurde stärkste Kraft in 43 von 308 Kommunen und stellt jetzt unter anderem den Bürgermeister von Antwerpen (Wientzek 2012).

Die Regierungen in Flandern waren immer Koalitionen von mindestens zwei, meist aber mehr Parteien, die häufig durch Instabilität gekennzeichnet waren. So gab es seit 1981 bereits 13 verschiedene Regierungen mit einer Dauer zwischen 250 und ca. 1.400 Tagen. Die heutige Regierung (seit Juni 2009) hält einen zeitlichen Rekord von mehr als 1.500 Tagen Amtszeit. In den

meisten Fällen blieben jedoch die Regierungspartei(en) und der Ministerpräsident in zwei oder mehr aufeinander folgenden Legislaturperioden bestehen, so auch der heutige Ministerpräsident Kris Peeters (CD&V), der in zweiter Amtszeit seit 2007 regiert, derzeit mit den Sozialisten (sp.a) und der N-VA. Die flämische Grüne Partei (Groen!) ist durchgehend seit 1981 im flämischen Parlament vertreten. Sie war kurzzeitig von 2003 bis 2004 auch an der Regierung beteiligt (Groen.be 2013).

Vor dem Hintergrund der als zu umfangreich empfundenen Transferzahlungen in die Wallonie verfolgt Flandern seit längerem das Ziel einer größeren Finanzautonomie der Regionen. Im Jahr 2009 gab es Nettotransfers in Höhe von über 6 Milliarden Euro von Flandern an die beiden anderen Regionen (5,8 Mrd. € an die Wallonie, 280 Mio. € an Brüssel-Hauptstadt) (Trends 2012). Diese Transferzahlungen bergen ein hohes Maß an Konfliktpotential zwischen den belgischen Regionen und verstärken die Unabhängigkeitsbestrebungen Flanderns.

c) Geografisch-naturräumliche Rahmenbedingungen

Flandern liegt im nördlichen Teil von Belgien und ist durch eine überwiegend flache Landschaft geprägt. Es grenzt im Norden an die Niederlande, im Westen an Deutschland und im Süden an den französischsprachigen Teil Belgiens, Wallonie, und an Frankreich. Im Westen grenzt Flandern an den Ärmelkanal. Die Fläche Flanderns beträgt 13.500 km². Dort leben 6,3 Millionen Menschen (Belgien gesamt: ca. 11 Mio.), was einer Bevölkerungsdichte von 462 Einwohnern pro km² entspricht (Flandern.com 2013).

Belgien hat mit vergleichbaren Herausforderungen durch den Klimawandel zu tun wie andere zentraleuropäische Länder. Auch in Belgien ist die Durchschnittstemperatur um mehr als ein Grad angestiegen (Vlaamse Overheid 2006: 11), was verschiedene Auswirkungen auf das Klima hat. Unter anderem steigt die Meereshöhe an, und es wurden Rekordwerte in Bezug auf den Niederschlag gemessen. Außerdem hat Belgien mit einer steigenden Zahl an Überflutungen zu kämpfen (ebd.: 12).

d) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Flandern war bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts von der Agrarwirtschaft geprägt. Im Gegensatz zur industriell geprägten Wallonie war es relativ arm, was sich aber in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geändert hat. In Flandern hat sich ein großer Dienstleistungssektor herausgebildet, während der Anteil der Agrarwirtschaft am BIP zurückgegangen ist (Rochtus 2008). In Flandern entfallen ca. 73 Prozent der Arbeitsplätze auf den Dienstleistungssektor. Ein Viertel der Arbeitsplätze befindet sich in der Industrie, und lediglich 1 Prozent der Bevölkerung ist in der Landwirtschaft beschäftigt (EURES 2012). Außerdem sind die Häfen äußerst wichtig für Flanderns Ökonomie, da sie auch multinationale Unternehmen anziehen (Rochtus 2008).

Innerhalb Belgiens gibt es heute starke regionale Unterschiede hinsichtlich der Wirtschaftskraft. Dies lässt sich an einer Reihe von Kennziffern für Flandern beziehungsweise die Wallonie illustrieren. Das regionale Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner steigt zwar in beiden Regionen kontinuierlich an, befindet sich aber in Flandern auf einem deutlich höheren Niveau (2003: 26.336 €; 2011: 33.381 €) als in der Wallonie (2003: 19.136 €; 2011: 24.966 €) (Belgische Nationalbank 2013). Auch bei der Arbeitslosenquote steht Flandern weitaus besser da als die anderen Teile Belgiens. Sie betrug im Jahr 2012 in Flandern 4,5 Prozent, in der Wallonie zehn Prozent und in der Region Brüssel-Hauptstadt sogar 17,4 Prozent (Eurostat 2013a)

Belgien hat einen überdurchschnittlich hohen Primärenergieverbrauch pro Kopf. Zwischen 2008 und 2012 wurden jährlich 5.141 kg Öläquivalente pro Einwohner verbraucht, in den benachbarten Niederlanden waren es zum Vergleich 4.665 kg, in Deutschland 3.754 kg (World Bank 2013). Im Jahr 2012 lag der gesamtbelgische Energieverbrauch bei 1.582 Petajoule, wobei Flandern hierzu überdurchschnittlich viel beigetragen hat (Vlaamse Regering 2012: 12). Auch der Treibhausgasausstoß liegt über dem Gesamtbelgiens und weit über dem EU-27-Durchschnitt. Im Vergleich zum Basisjahr 1990 befand er sich noch 2010 auf demselben Niveau, erst 2011 gab es eine erste deutliche Absenkung auf etwa neunzig Prozent des 1990-Niveaus (ebd.: 17).

e) Soziokulturelle Rahmenbedingungen

Belgien ist ein hoch entwickeltes Land; es belegt den 17. Platz im Ranking des Human Development Index (UNDP 2013). Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 81 Jahre, Männer haben eine leicht niedrigere Lebenserwartung als Frauen (79 bzw. 83 Jahre) (Eurostat 2013e). Die Geburtenrate liegt in den fünf Regionen Flanderns zwischen 1,66 (Limburg) und 1,91 (Antwerpen) Kindern pro Frau (Eurostat 2013c).

Die Flamen verfügen über einen – im gesamtbelgischen Vergleich – hohen Lebensstandard. Das durchschnittliche zu versteuernde Einkommen pro Kopf lag in Flandern im Jahr 2010 monatlich bei 16.599 Euro, in der Wallonie bei 14.763 Euro und in der Region Brüssel-Hauptstadt bei 12.593 Euro (Statistics Belgium 2013). Mehr als ein Drittel der Flamen hat eine universitäre Ausbildung (35,4%) (Eurostat 2013g) und nur 8,7 Prozent verlassen die Schule verfrüht, im Vergleich zu 14,8 Prozent der Wallonen (Eurostat 2013b). Der Gini-Koeffizient zur Illustrierung der Einkommensverteilung beträgt für Flandern 0,25, in Gesamtbelgien 0,26310 (Eurostat 2013d). Allerdings sind 15 Prozent der flämischen Bevölkerung von Armut oder sozialer Exklusion betroffen (Eurostat 2013f) und 23,8 Prozent befinden sich in einer problematischen Wohnsituation (Vlaamse Regering 2012: 31). Beide Werte liegen jedoch unter denen für Belgien (Armutrisiko: 21%; problematische Wohnsituation: 30%) und weit unter denen für die Wallonie (Armutrisiko: 25,4%; problematische Wohnsituation: 37%).

Gesamteinschätzung:

- **Anforderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik:** Die institutionellen und politischen Rahmenbedingungen von Flandern und Belgien sind hinsichtlich der Anforderungen an eine Governance der nachhaltigen Entwicklung gemischt zu beurteilen. Elemente einer Konkordanzdemokratie wie Mehrparteienregierungen sind förderlich für Reflexion und Partizipation, gegebenenfalls aber hinderlich für horizontale Integration. Die neo-korporatistische Tradition hat zu einem vorherrschenden Verhandlungsstil geführt, in der sowohl deliberatives Vorgehen als auch eine gleichberechtigte Stellung von vielfältigen Interessengruppen neben den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften schwieriger zu erreichen ist. Daneben sind die sozio-kulturellen Spannungen entlang des Sprach- und Regionenstreits hinderlich für vertikale Koordination mit der föderalen Ebene und verursachen Probleme hinsichtlich Bildung und Kontinuität von Regierungen. Langfristige Politikgestaltung wird dennoch immer wieder verfolgt, zum Teil über den Weg einer gesetzlichen Verankerung (z.B. im Nachhaltigkeitsgesetz von 1997), zum Teil über Strategien, die von Regierung und gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam verabschiedet werden (siehe unten).

¹⁰ Je näher der Gini-Koeffizient bei Null ist, desto gleichmäßiger ist das Einkommen verteilt.

- **Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung:** Im gesamtbelgischen Vergleich hat Flandern sicherlich mit weniger Herausforderungen zu kämpfen als die Wallonie und die Region Brüssel-Hauptstadt. Hier herrscht ein insgesamt hohes Bildungsniveau und die BürgerInnen sind vergleichsweise wohlhabend. Dennoch sieht sich auch Flandern mit Herausforderungen in allen drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung konfrontiert. Neben klimawandelbedingten Veränderungen sind hier insbesondere der hohe Energieverbrauch und damit einhergehend der hohe CO₂-Ausstoß zu nennen. Erneuerbare Energien sind in Flandern bislang unterentwickelt. Schließlich sind soziale Integration und die Senkung der Armutgefährdungsquoten Herausforderungen für die flämische Politik.

3.5.2 Steckbriefartige Beschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie

In Belgien besteht seit 1997 ein Nachhaltigkeitsgesetz, das 2010 überarbeitet wurde, unter Hinzufügung von Langfristzielen und Indikatoren sowie einer Nachhaltigkeitsprüfung (FPB 2012). Die erste föderale Nachhaltigkeitsstrategie galt für den Zeitraum 2000 bis 2004, und eine revidierte Strategie wurde für den Zeitraum 2004 bis 2008 verabschiedet. Nach Verzögerungen in der Fortschreibung, unter anderem verursacht durch turbulente Regierungszeiten und schwierige Regierungsbildungen zwischen 2008 und 2011, wurde ihre Evaluation in 2011 abgeschlossen. Im Mai 2013 wurde eine Vision für eine Langfristperspektive zusammen mit einem Fortschrittsbericht über 25 Schlüsselindikatoren verabschiedet.¹¹

Schon 2004 gab es die erste Initiative, um eine nationale Strategie zu erarbeiten (d.h. regionale und föderale Ebene gemeinsam), was allerdings bis heute nicht weiter verfolgt wird.

Die erste Nachhaltigkeitsstrategie für Flandern wurde im Juli 2006 von der flämischen Regierung angenommen, und der Text im September 2006 von zwölf „Stakeholder-Organisationen“ (Verbänden) sowie dem flämischen Städte- und Gemeindebund (VVSG) und Provinzverband (VVP) mitgezeichnet (NHS 2006: 5). Die Ergebnisse der partizipatorisch angelegten Evaluation am Ende der Laufzeit, unter Einbeziehung aller Ressorts, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Beratungsgremien, sind in der neuen Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2011 reflektiert (NHS 2011: 28-31).

2007 wurde ein Nachhaltigkeitsartikel (Art. 7bis) in die belgische Verfassung eingeführt: *„Der Föderalstaat, die Gemeinschaften und die Regionen verfolgen bei der Ausübung ihrer jeweiligen Befugnisse die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung in deren sozialen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Aspekten unter Berücksichtigung der Solidarität zwischen den Generationen.“* Nach der Interpretation von Flandern besteht für nachhaltige Entwicklung damit eine geteilte Kompetenz zwischen dem Föderalstaat und den Regionen in der Form, dass *„sich die Gemeinschaften und Regionen rechtlich gesehen auf demselben Niveau befinden wie die föderale Regierung“* (NHS 2011: 25).

Folgende weitere Entwicklungen in Flandern waren nach dem Erscheinen der ersten Nachhaltigkeitsstrategie für die neue Strategie 2011 rahmengebend:

- 2008 das „Dekret zur Förderung nachhaltiger Entwicklung“: Hiernach soll nachhaltige Entwicklung den Rahmen für koordinierte flämische Politik darstellen und die Regierung verpflichtet sich, dies mit Kontinuität zu verfolgen. Das Dekret formuliert die Ausgangspunkte der flämischen Nachhaltigkeitsstrategie sowie die Prinzipien, dass Politik für nachhaltige Entwicklung

¹¹ Vgl. www.indicators.be (Zugriff am 10.10.2013).

inklusiv, koordiniert und partizipativ sein muss. Jeder Minister soll hierzu vereinbarte Politiklinien in seinem Zuständigkeitsbereich umsetzen (NHS 2011: 26).

- Im Januar 2009 der „Pact 2020“ mit nachfolgendem Programm „Flandern in Aktion“ (Vlaanderen in Actie, ViA): Dieser Pakt ist eine neben der Nachhaltigkeitsstrategie entstandene Initiative der flämischen Regierung und von Sozialpartnern. Es handelt sich um einen Zukunftspakt mit zwanzig qualitativen Zielen für den Zeithorizont 2020, der – ähnlich wie die Europa 2020-Strategie der EU – den Schwerpunkt auf sozial-ökonomische Themen setzt: eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, mehr Arbeitsplätze und Beschäftigung, Lebensqualität auf hohem Niveau und einen effizienteren Staat (Pact 2020: 6). Nachhaltigkeit ist eines der drei Prinzipien des Pakts (neben: Schaffung von Wohlstand und sozialer Teilhabe und Gerechtigkeit [„inclusie“]), und wird verstanden als eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, die langfristig bestehen kann (ebd.). Besonders hebt der Pakt das Ziel einer Kreislaufwirtschaft mit möglichst geringem Ressourcenverbrauch und Umweltauswirkungen hervor. ViA formulierte dann sieben Handlungsfelder und Zielvorstellungen („Durchbrüche“) für 2009 bis 2014: aufgeschlossene Unternehmer, lernende Flamen, Flandern als Innovationszentrum und clevere Drehscheibe Europas, grüne und dynamische Städte, eine Wohlfühlgesellschaft sowie ein schlagkräftiger Staat.¹²
- Im Juni 2009 die Koalitionsvereinbarung („Regeerakkoord“ von 2009 bis 2014 „Een daadkrachtig Vlaanderen in beslissende tijden“): Gemäß den Reflektionen der Nachhaltigkeitsstrategie 2011 ist nachhaltige Entwicklung das leitende Prinzip in dieser Koalitionsvereinbarung. In allen Politikbereichen sind Hebelwirkungen vorgesehen, um Nachhaltigkeit zu befördern. „Flandern in Aktion“ wurde dabei „als Norm“ gesehen und soll mit einem Umsetzungsplan konkretisiert werden, dessen Durchführung wiederum durch einen „Rat von Weisen“ beaufsichtigt wird, zusammengesetzt aus Partnerorganisationen von ViA (NHS 2011: 26).

In der Evaluation der Nachhaltigkeitsstrategie 2006 erachteten alle Akteure als maßgeblichen Schwachpunkt, dass die Strategie weniger Steuerungskapazität entfaltet hatte als insbesondere der „Pakt 2020“ und ViA (NHS 2011: 29). Hierbei wurde auch schon das Transitionskonzept als nützlicher Ansatz für die Zukunft entwickelt. Von der begleitenden wissenschaftlichen Seite („Steunpunt Duurzame Ontwikkeling“) wurden als weitere Defizite benannt, dass zu wenig Kapazität für die Strategie aufgebaut wurde, dass die Ressorts zu wenig Verantwortung übernehmen und koordinieren und dass die Einbeziehung von Stakeholdern noch nicht strukturell verankert sowie die integrierte Zusammenarbeit mit der lokalen Ebene noch nicht realisiert ist (NHS 2011: 30).

Die flämischen Stakeholder erachten die Nachhaltigkeitsstrategie aber als ein Instrument mit Potential und sind überzeugt, dass die revidierte Strategie stärker werden kann, wenn einige Rahmenbedingungen, wie in der Evaluation adressiert, verbessert werden. Zur besseren Abstimmung mit anderen Initiativen werden die Ziele des Pakt 2020 aufgenommen sowie die Nachhaltigkeitsstrategie mit den oben genannten „Durchbrüchen“ und Schlüsselprojekten verbunden. Weiterhin wird die Empfehlung umgesetzt, dass besser priorisiert werden muss. Daher wählt die Strategie eine Anzahl von Aktionen aus, über deren Fortschritt jährlich berichtet wird. Insbesondere wird zusammen mit Stakeholdern eine Langfristvision entwickelt und Transitionsmanagement zum Dreh- und Angelpunkt gemacht. Zur Verbreiterung der Unterstützung für die Strategie wurde der Entwurf allen Räten zur Stellungnahme vorgelegt und Anhörungen

¹² Vgl. <http://www.vlaandereninactie.be/over/programma-2009-2014> (Zugriff am 28.10.2013).

durchgeführt. Darüber hinaus hat der Ministerpräsident im Parlament unterstrichen, dass er vollständig hinter der Strategie steht (NHS 2011: 31).

Tabelle 9 gibt einen Überblick über die Hauptmerkmale der flämischen Nachhaltigkeitsstrategie.

Tabelle 9: Steckbriefartige Beschreibung der flämischen Nachhaltigkeitsstrategie

Inhalte und Ziele	
Leitbild	Langfristige Vision zu Nachhaltigkeit (2050 und später) als Notwendigkeit festgestellt, basiert auf Transitionsprozessen
Ausrichtung der Strategie	Ganzheitlich
Thematische Schwerpunkte	12 Systeme und Dimensionen (7 Systeme, 5 Dimensionen): <ol style="list-style-type: none"> 1. Wohnen und Bauen 2. Materialsystem 3. Energiesystem 4. Mobilitätssystem 5. Nahrungsmittelsystem 6. Gesundheitssystem 7. Holistisches Wissen- und Lernsystem 8. Wirtschaftliche Dimension 9. Sozio-kulturelle Dimension 10. Ökologische Dimension 11. Internationale Dimension 12. Institutionelle Dimension
Ziele	NHS 2011: Mittel- und kurzfristige Ziele für die 12 Systeme und Dimensionen (s.o.), zum Teil quantifiziert und terminiert Pakt 2020: 20 qualitative Ziele für 2020, zum Teil mit quantitativen unterbaut
Umsetzung	
Arbeitsprogramm	40 Aktionen
Finanzbudget	[-]
Monitoring und Evaluation	
Berichterstattung	Jährliche Berichte zu <ul style="list-style-type: none"> • Fortschritten bei den 40 Aktionen (NHS) • 24 „Umgebungsindikatoren“ zu Nachhaltigkeit (generell) • 135 Indikatoren des „Pakt 2020“ (paralleles Strategieinstrument)
Evaluation	Am Ende der Legislaturperiode
Fortschreibung	(mit neuer Legislaturperiode und Koalitionsvereinbarung; zeitlich aber auch variabel)
Horizontale Integration	
Federführung	Ministerpräsident (politische Verantwortung), und jeder Minister in seinem Zuständigkeitsbereich

Interministerielle Koordination	<ul style="list-style-type: none"> • Team Nachhaltige Entwicklung beim „Departement Dienst für die Allgemeine Regierungspolitik“ • Arbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung zusammengesetzt aus Beamten aller Ressorts
Nachhaltigkeitsprüfung	Gesetzesfolgenabschätzung („RIA“) erweitert um NH-Aspekte; Entwicklung eines „Quick Scan Nachhaltigkeit“ (wird zurzeit getestet)
Vertikale Integration	
Bezug zu über- und nachgeordneten Ebenen	<p>Hoch</p> <ul style="list-style-type: none"> • Übergeordnete Ebene: <ul style="list-style-type: none"> - UNO-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung (Rio+20), MDGs - OECD - EU NH-Strategie, EU 2020 • Untergeordnete Ebene: Provinzen und Gemeinden
Einbindung von nachgeordneten Ebenen	<p>Mittel</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ziel: die Kooperationsabkommen mit Provinzen und Gemeinden hinsichtlich Nachhaltigkeit verstärken; keine Repräsentation in der Arbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung
Partizipation nicht-staatlicher Akteure	
Konsultationsverfahren	Verpflichtende Beteiligung der Beiräte (s.u.), die repräsentativ zusammengesetzt sind, sowie breitere Konsultationsverfahren
Nachhaltigkeitsbeirat	<ul style="list-style-type: none"> • Föderaler Nachhaltigkeitsrat (FRDO-CFDD) • 11 flämische Räte, z.B.: <ul style="list-style-type: none"> ○ Sozial-ökonomischer Rat von Flandern (SERV) ○ Umwelt- und Naturrat von Flandern (Minaraad) ○ Strategische Adviesraad voor Landbouw en Visserij (SALV) ○ Mobiliteitsraad van Vlaanderen (MORA) ○ Strategische Adviesraad Ruimtelijke Ordening (SARO) ○ Strategische Adviesraad voor Cultuur, Jeugd, Sport en Media (SARC)

Inhalte und Ziele

„Wie können wir eine hohe Lebensqualität kombinieren mit Leben innerhalb der ökologischen Grenzen, mit sozialer Gerechtigkeit und ökonomischem Fortschritt?“ (NHS 2011: 33, eigene Übersetzung)

Die revidierte flämische Nachhaltigkeitsstrategie von 2011 basiert auf einem ganzheitlichen Verständnis von Nachhaltigkeit und auf einem systemischen Denkansatz: Danach finden Strukturen und Praktiken des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in Systemen statt, und es sind „tiefgreifende Veränderungsprozesse“ notwendig, um diese Systeme auf Nachhaltigkeit zu orientieren. Nachhaltige Entwicklung muss daher Systeminnovationen und Transitionsprozesse fördern (NHS 2011: 34). Die Strategie identifiziert sieben solcher Systeme sowie fünf Dimensionen, für die langfristige Visionen und Handlungsfelder erarbeitet sind. Hierfür sind auch kurz- und mittelfristige Ziele aufgestellt, zum Teil mit quantifizierten und terminierten Einzelzielen. Der Zeithorizont ist häufig das Jahr 2020.

Umsetzung

Die Nachhaltigkeitsstrategie identifiziert vierzig prioritäre Aktionen (Übersicht: NHS 2011: 54/55) und bestimmt die federführenden Behörden. Die Strategie ist im Prinzip auszuführen innerhalb bestehender Budgetlinien, aber es wird auch angesprochen, dass Mittel für Projekte freigesetzt werden können (NHS 2011: 137, mit Verweis auf das Dekret 2008). Ebenso wird untersucht, inwieweit horizontale Budgetierung möglich ist (NHS 2011: 137).

Monitoring und Evaluation

Über den Fortschritt der vierzig Aktionen wird jährlich berichtet und die Strategie legt fest, dass eine Evaluierung am Ende der Legislaturperiode stattfindet (NHS 2011: 55). Die quantifizierten Einzelziele sind typischerweise mit Indikatoren verbunden. Eine Fortschrittsmessung ist hier nicht explizit vorgesehen, wird aber in den Fortschrittsberichten zu den vierzig Aktionen zum Teil erwähnt. Daneben erstellt der wissenschaftliche Dienst der flämischen Regierung seit 2007 einen jährlichen „Nachhaltigkeitsmonitor“ mit 24 Schlüsselindikatoren (zuletzt SVR 2012), der auch die jeweilige Beziehung zur Nachhaltigkeitsstrategie herstellt.

Horizontale Integration

Der Ministerpräsident ist politisch verantwortlich; gemäß Dekret von 2008 ist aber auch jeder Minister für die Umsetzung von Politiken zu nachhaltiger Entwicklung in seinem Arbeitsbereich zuständig. Wie oben ausgeführt haben die ministerialen Kabinette generell eine starke Rolle bei der politischen Koordination. Für die Arbeitsebene ist bei dem „Departement Dienst für die Allgemeine Regierungspolitik“ („Departement Diensten van het Algemeen Regeringsbeleid“, DAR) ein Team für Nachhaltige Entwicklung („Team Duurzame Ontwikkeling“) eingerichtet, das wiederum eine Arbeitsgruppe (WGDO) unterstützt, die aus Vertretern aller Ressorts zusammengesetzt ist.¹³

Die Ergänzung des bestehenden Instruments der Gesetzesfolgenabschätzung („Regulatory Impact Assessment“) um Elemente einer Nachhaltigkeitsprüfung ist eine der geplanten „Aktionen“ (NHS 2011: 136, Aktion 35). Laut Fortschrittsbericht 2013 ist inzwischen ein „Quick Scan Nachhaltigkeit“ entwickelt, der im laufenden Policy-Prozess zu Raumordnung getestet wird (Team DO 2013: 12).

Vertikale Integration

Die Nachhaltigkeitsstrategie 2011 nimmt ausgiebig Bezug auf die Strategien und Initiativen der internationalen Ebene (UN: Nachhaltigkeitskonferenzen / Rio+20, UNCSD, MDGs; OECD; EU 2020, EU SDS), nicht aber auf die (föderale) Nachhaltigkeitsstrategie von Belgien. Gleiches gilt für die Darstellung im Internet: Während auf einer älteren Version der Website des Teams für Nachhaltige Entwicklung¹⁴ in der Rubrik „Politischer Rahmen“ noch die Ebenen international, national und flämisch adressiert sind, hat man sich bei der neuen Version¹⁵ auf letzteres beschränkt. In der Nachhaltigkeitsstrategie 2006 hingegen wollte die flämische Regierung noch die Zusammenarbeit mit der föderalen Regierung verbessern und beabsichtigte die gemeinsame Erarbeitung einer nationalen Strategie, unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips und Komplementarität der nationalen Strategie mit der flämischen (NHS 2006: 18). Dies basierte auf einem im Dezember 2005 von der flämischen Regierung verabschiedeten Rahmentext für eine nationale Strategie.

¹³ Vgl. <http://do.vlaanderen.be/beleid/vlaams-beleid/werkgroep-duurzame-ontwikkeling> (Zugriff am 13.10.2013).

¹⁴ Siehe <http://sta.dar-001.vs.be/actueel>; offenbar bis März 2013 aktiv.

¹⁵ Vgl. <http://do.vlaanderen.be/beleid/vlaams-beleid> (Zugriff am 13.10.2013).

Hinsichtlich der nachgeordneten Ebenen wird Bezug genommen auf sogenannte Kooperationsabkommen, die auf Basis eines ca. fünfjährigen Rahmens (zurzeit 2008-2013) auf freiwilliger Basis mit Städten, Gemeinden und Provinzen zu Umweltprojekten abgeschlossen werden und fachliche und finanzielle Unterstützung beinhalten.¹⁶ Die Verbesserung dieser Abkommen hinsichtlich Nachhaltigkeit ist eine der Aktionen der Nachhaltigkeitsstrategie (NHS 2011: 139-141, Aktion 36). Die nachgeordneten Ebenen sind allerdings nicht in der oben erwähnten Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit (WGDO) vertreten.

Partizipation nicht-staatlicher Akteure

Belgien und Flandern zeichnen sich durch eine reiche Beteiligungskultur aus, die von quasi-repräsentativen Räten geprägt ist. „Maatschappelijk middenveld“ („gesellschaftliches Mittelfeld“) ist die traditionelle und weitläufig genutzte Bezeichnung für organisierte Zivilgesellschaft und Wirtschaft, gedacht als Brückenfunktion zwischen Bürger und Staat. In neo-korporatistischer Tradition wurde der flämische Sozial-Ökonomische Rat SERV 1985 als Nachfolger des Ökonomischen Rats gegründet.¹⁷ Er ist flankiert von ebenfalls quasi-repräsentativen Räten für verschiedene Politikfelder, in Flandern zurzeit elf an der Zahl. Gemäß einem flämischen Rahmengesetz von 2003 soll es pro Politikbereich je einen „strategischen Rat“ geben (Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap 2003, Vlaamse Codex 2003).

Nahezu gleichzeitig mit Finnland errichtete Belgien 1993 auf föderaler Ebene einen ebenso Nachhaltigkeitsrat, der allerdings erst mit der geschaffenen gesetzlichen Grundlage von 1997 wirklich handlungsfähig wurde sowie eine Namensänderung von „national“ zu „föderal“ erfuhr (FRDO-CFDD) – einer der vielen Ausdrücke des belgischen Kompetenzgerangels. Daneben ist er als strikt zweisprachiges Gremium (s. schon die Abkürzung) womöglich zukunftsweisend für den Umgang mit dieser typisch belgischen Problematik. Von den insgesamt elf flämischen Räten sind zwei im FRDO-CFDD vertreten: der SERV sowie der Umwelt- und Naturrat (Minaraad).

Die fachspezifischeren flämischen Räte haben neben Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern auch Mitglieder anderer Interessengruppen. Der 1991 eingerichtete „Minaraad“ zum Beispiel hat seit der letzten Reform von 2004 bis 2009 24 Mitglieder, die sich zusammensetzen aus: 18 Vertretern der Zivilgesellschaft (8 Umweltverbände, 6 sozial-ökonomische Organisationen, 2 Landschaftverbände, 2 Verbände aus dem Bereich Konsumenten und Familie), zwei Vertretern von Städten, Gemeinden und Provinzen sowie vier unabhängigen Fachexperten aus dem Bereich Umwelt und Naturschutz. Der Vorsitz rotiert jährlich zwischen den drei erstgenannten zivilgesellschaftlichen Gruppen.¹⁸ Die Räte erarbeiten entweder auf Eigeninitiative oder auf Anfrage der Regierung Politikempfehlungen und veranstalten dazu auch öffentliche Anhörungen.

Diese internen Reformen sollten auch dazu dienen, die Zusammensetzung etwas zu verbreitern, und im Fall „Minaraad“ den Umweltverbänden eine stärkere Stimme zu geben. Dies steht vor dem Hintergrund der oben genannten Nachteile einer neo-korporatistischen Tradition. Der föderale Nachhaltigkeitsrat, der als eher deliberativ konzipiertes Novum eingerichtet wurde, hatte vor allem mit den Schwierigkeiten des vorherrschenden Verhandlungsstils zu kämpfen. Als eine Gegenmaßnahme werden zum Beispiel die inhaltlichen Arbeitsgruppen von den (neutralen) Vertretern der

¹⁶ Siehe http://www.lne.be/doelgroepen/lokale-overheden/so_2008-2013/procedures/inleiding-tot-de-so (Zugriff am 13.10.2013).

¹⁷ Vgl. <http://www.bestuurszaken.be/serv> (Zugriff am 13.10.2013).

¹⁸ Vgl. <http://www.minaraad.be/Algemeen/Samenstelling> (Zugriff am 13.10.2013).

Wissenschaft geleitet. Auch die konzeptionelle Ausrichtung der flämischen Nachhaltigkeitsstrategie auf Transitionsprozesse weist in diese Richtung.

Zusätzlich zur Partizipation mittels der Räte führt die flämische Regierung breit angelegte Konsultationen durch, und auch die gemeinsame Verabschiedung von Strategien durch Regierung und Sozialpartner sowie zivilgesellschaftliche Gruppen ist nicht wirklich eine Seltenheit, wie bei der Nachhaltigkeitsstrategie 2006 geschehen. Auch im „Pact 2020“ aus dem Jahre 2009 verpflichten sich die flämische Regierung und die Sozialpartner, in den jeweiligen Arbeitsbereichen und mit gemeinsamen Initiativen die unterzeichneten Ziele umzusetzen. Eine beeindruckende Anzahl von mehr als hundert Organisationen hat diesen Pakt gezeichnet (NHS 2011: 27).

3.5.3 Quellen

1) Strategiedokumente

Dekret zur Förderung nachhaltiger Entwicklung 2008. URL:

<http://do.vlaanderen.be/content/decreet-ter-bevordering-van-duurzame-ontwikkeling> (Zugriff am 06.10.2013).

Government of Flanders Sustainable Development Team 2012: Vision 2050 – the Flemish Strategy for Sustainable Development 2010 – 2014. URL: <http://do.vlaanderen.be/content/flemish-sustainable-development-strategy-english-brochure> (Zugriff am 06.10.2013).

NHS 2006 (Nachhaltigkeitsstrategie 2006) / Ministerpräsident: *SAMEN GRENZEN VERLEGGEN. Vlaamse strategie duurzame ontwikkeling (fase 1)*. 70 S. URL:

http://do.vlaanderen.be/sites/default/files/8.%20Brochure%20VSDO%201%20Samen_grenzen_verleggen_2007.pdf (Zugriff am 07.10.2013).

NHS 2011 (Nachhaltigkeitsstrategie 2006) / N.N.: *SAMEN GRENZEN VERLEGGEN. Vlaamse strategie duurzame ontwikkeling*. 149 S. URL:

http://do.vlaanderen.be/sites/default/files/VSDO2_0.pdf (Zugriff am 07.10.2013).

Team DO 2013: Fortschrittsbericht Nachhaltigkeitsstrategie, Februar 2013 (tabellarisch). URL:

http://do.vlaanderen.be/sites/default/files/Rapporteringstabel_VSDO_24122012_online.pdf (Zugriff am 07.10.2013).

Pact 2020 (2009): Pact 2020 - Een nieuw toekomstpact voor Vlaanderen. 20 doelstellingen. URL:

<http://ebl.vlaanderen.be/publications/documents/25014> (Zugriff am 08.10.2013).

Studiedienst van de Vlaamse Regering (SVR) 2012: Nachhaltigkeitsmonitor. Umgebungsindikatoren („*Omgevingsindicatoren DO*“). URL:

<http://www4dar.vlaanderen.be/sites/svr/Monitoring/Pages/2008-06-duurzaamheidsmonitor.aspx> (Zugriff am 07.10.2013).

2) Weitere Quellen

Belgische Nationalbank 2013: Brutto binnenlands product per inwoner, tegen lopende prijzen - Absolute cijfers. URL:

<http://www.nbb.be/belgostat/PublicatieSelectieLinker?LinkID=68000010|910000082&Lang=N> (Zugriff am 13.10.2013).

Belgium.de 2013: The Federal Governments Powers. URL:

http://www.belgium.be/en/about_belgium/government/federal_authorities/competence_federal_government/ (Zugriff am 13.10.2013).

Bertelsmann Stiftung 2011: Sustainable Governance Indicators 2011 – Belgium.

Bestuurszaken 2013: Social Economische Raad van Vlaanderen. URL:

<http://www.bestuurszaken.be/serv> (Zugriff am 13.10.2013).

EURES, 2012: Belgien, Vlaams Gewest. URL:

<https://ec.europa.eu/eures/main.jsp?countryId=BE&acro=lmi&showRegion=true&lang=de&mode=text®ionId=BE1&nuts2Code=null&nuts3Code=null&catId=296> (Zugriff am 13.10.2013).

Eurostat 2013a: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht, Alter und NUTS-2-Regionen. URL:

http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfst_r_lfu3rt&lang=de (Zugriff am 13.10.2013).

Eurostat 2013b: Early leavers from education and training. URL:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tgs00106&plugin=1> (Zugriff am 13.10.2013).

Eurostat 2013c: Fertility rate. URL:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tgs00100&plugin=1> (Zugriff am 13.10.2013).

Eurostat 2013d: Gini coefficient. URL:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tessi190&plugin=1> (Zugriff am 13.10.2013)

Eurostat 2013e: Life expectancy at birth. URL:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tgs00101&plugin=1> (Zugriff am 13.10.2013).

Eurostat 2013f: People at risk of poverty or social exclusion. URL:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=t2020_50&language=en (Zugriff am 13.10.2013).

Eurostat 2013g: Persons aged 25-64 with tertiary education attainment. URL:

http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=edat_lfse_11&lang=en (Zugriff am 13.10.2013).

Flandern.com 2013: Zahlen & Fakten. URL: <http://www.flandern.com/uber-flandern/zahlen-und-fakten/> (Zugriff am 13.10.2013).

FPB – Federaal Planbureau, 2012: Twintig jaar politiek engagement voor duurzame ontwikkeling?, Pressebericht. URL: <http://www.plan.be/press/communique-1101-nl-41-67-twin->

[tig+jaar+politiek+engagement+voor+duurzame+ontwikkeling+federaal+rapport+inzake+duurzame+ontwikkeling+2011+stand+van+zaken+en+evaluatie](http://www.plan.be/press/communique-1101-nl-41-67-twin-tig+jaar+politiek+engagement+voor+duurzame+ontwikkeling+federaal+rapport+inzake+duurzame+ontwikkeling+2011+stand+van+zaken+en+evaluatie) (Zugriff am 13.10.2013).

- Groen.be 2013: Geschiedenis. URL: http://www.groen.be/dossiers/geschiedenis/geschiedenis_80.aspx#dipje (Zugriff am 13.10.2013).
- Hooghe, Marc 2001: Belgien. In: Reutter, Werner und Peter Rütters, Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa: 31 - 49. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lijphart, Arend 1999. Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries. New Haven, CT: Yale University Press. ISBN 0-300-07893-5.
- Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap 2003: 18 JULI 2003. - Decreet tot regeling van strategische adviesraden. URL: <http://www.minaraad.be/Algemeen/Decretale%20onderbouw/030718%20kaderdecreet%20strategische%20adviesraden.pdf> (Zugriff am 13.10.2013).
- Nationale Arbeidsraad 2013: Wie zijn we? URL: <http://www.cnt-nar.be/Wie-zijn-we.htm> (Zugriff am 13.10.2013).
- Rochtus, Dirk 2012: Belgien: Konsens- oder 'Dissensdemokratie? In: Köppl, Stefan und Uwe Kranenpohl (Hrsg.): Konkordanzdemokratie. Ein Demokratietyp der Vergangenheit? S. 133-146. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Statistics Belgium 2013: Revenus fiscaux. URL: <http://statbel.fgov.be/fr/statistiques/chiffres/travailvie/fisc/> (Zugriff am 28.10.2013).
- Trends 2012: Intrestlasten doen Transfers exploderen. URL: <http://www.econ.kuleuven.be/VIVES/indepers/2012/trends-20121011-p14-260989937.pdf> (Zugriff am 28.10.2013).
- UNDP 2013: Human Development Indicators. Country Profile Belgium. URL: <http://hdrstats.undp.org/en/countries/profiles/BEL.html> (Zugriff am 13.10.2013).
- Vlaamse Codex 2003: Decreet tot regeling van strategische adviesraden. 18/07/2003.
- Vlaamse Overheid 2006: The Flemish Climate Policy Plan 2006 – 2012. URL: <http://ebl.vlaanderen.be/publications/documents/22953> (Zugriff am 13.10.2013).
- Vlaamse Regering 2012: Omgevingsindicatoren duurzame ontwikkeling 2012. URL: <http://www.vlaanderen.be/nl/publicaties/detail/duurzame-ontwikkeling-omgevingsindicatoren-2012-1> (Zugriff am 13.10.2013).
- Wientzek, Olaf 2012: Warnschuss für die Regierung. Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 15. Oktober 2012.
- Wikipedia 2013: Politisches System Belgiens. URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Politisches_System_Belgiens (Zugriff am 28.10.2013).
- World Bank 2013: Energy use (kg of oil equivalent per capita). URL: <http://data.worldbank.org/indicator/EG.USE.PCAP.KG.OE> (Zugriff am 13.10.2013).
- Woyke, Wichard 2009: Das politische System Belgiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas. Opladen: Leske + Budrich, S. 389-414.

3.6 Frankreich

Frankreich ist eine semipräsidentiale demokratische Republik. 1981 hat die französische Regierung eine Dezentralisierungsreform durchgeführt; das Land ist aber immer noch eher zentralistisch organisiert. Frankreich besteht aus 27 Regionen (wovon 4 in Übersee liegen), die wiederum in 101 Départements unterteilt sind. Das Land liegt im westlichen Europa und ist flächenmäßig das größte Land der Europäischen Union. Seine Hauptstadt ist Paris mit 2,2 Millionen Einwohnern. Insgesamt leben in Frankreich 64,6 Millionen Menschen. Frankreich ist Gründungsmitglied der EU (Kempf 2009).

3.6.1 Kontextbedingungen für Nachhaltigkeitspolitik

a) Institutionelle Rahmenbedingungen

Seit der durch Charles de Gaulle initiierten Verfassungsänderung im Jahr 1958 wird Frankreich als V. Republik bezeichnet. Der Staatspräsident und die Nationalversammlung werden alle fünf Jahre direkt durch das Volk gewählt. So lange nicht ein Präsidentschaftskandidat die absolute Mehrheit erhält, treten die beiden erstplatzierten Kandidaten erneut in einer Stichwahl gegeneinander an. Der Präsident ernennt den Premierminister und auf dessen Vorschlag auch die restlichen Minister. Formal steht der Präsident über den restlichen Organen und überwacht die Verfassung; ebenso obliegt ihm die Möglichkeit zur Auflösung der Nationalversammlung. Dieses Recht war insbesondere vor der Verfassungsänderung von 2002 ein wichtiges Instrument, um eine Cohabitation, d.h. eine Zusammenarbeit zwischen einem Präsidenten und einem Premierminister aus verschiedenen Lagern zu beenden und Neuwahlen herbeizuführen. Da der Premierminister vom Vertrauen in der Nationalversammlung abhängig ist, gab es in der Vergangenheit Konstellationen, in denen der Staatspräsident einen Vertreter des entgegengesetzten politischen Lagers zum Premierminister ernennen musste. Seit 2002 werden jeweils im gleichen Abstand Wahlen zur Nationalversammlung und des Präsidenten gehalten, was eine Cohabitation unwahrscheinlich macht (Kempf 2009).

Des Weiteren wird eine zweite Kammer, der Senat, durch Wahlmännergremien in den einzelnen Départements für die Dauer von 6 Jahren gewählt. Er hat jedoch nur wenige gestaltende Möglichkeiten bei der Gesetzgebung und nimmt eher durch Modifikationen der Gesetzestexte Einfluss, um lokale Perspektiven einzubringen (Kempf 2009).

Die 577 Mitglieder der Nationalversammlung werden durch das Volk in den jeweiligen Wahlkreisen gewählt. Der erfolgreiche Kandidat muss die absolute Mehrheit von mindestens einem Viertel der stimmberechtigten Wähler haben. Eine Fraktion in der Versammlung muss aus mindestens 15 Abgeordneten bestehen (Kempf 2009).

Der Präsident kann das Volk über jeden Gesetzesentwurf abstimmen lassen, falls es von der Regierung, der Nationalversammlung oder dem Senat vorgeschlagen wird. Von diesem Recht wurde seit der Verfassungsänderung der V. Republik acht Mal Gebrauch gemacht. Die Wahlbeteiligung war bei allen Referenden sehr gering, und meistens wurde der Volksentscheid benutzt, um der Unzufriedenheit mit der jeweiligen Regierung Ausdruck zu verleihen, anstatt über den Inhalt abzustimmen (Kempf 2009). Ein prominentes Beispiel für ein Referendum war der Volksentscheid über die Annahme des EU-Verfassungsvertrags. Hier entschied sich die Regierung aus innenpolitischem Kalkül für eine Abstimmung, da ein Sieg als sicher angesehen wurde. Letztendlich lehnte die Mehrheit der Wähler den Vertrag jedoch ab.

b) Politische Rahmenbedingungen

In Frankreich hat sich ein bipolares Parteiensystem herausgebildet, welches abseits der beiden großen Blöcke rechts und links der Mitte einzelne neue Parteien an den Rändern gebildet hat. Die Linke wird hauptsächlich vertreten durch die Parti Socialiste (PS), die Rechte durch die Union pour un Mouvement Populaire (UMP). Nach zwei verlorenen Präsidentschaftswahlen hat die PS im Jahr 2012 die Wahlen zur Nationalversammlung gewonnen. Sie bildet eine Fraktion mit dem MRC (Mouvement Républicain et Citoyen). Der Staatspräsident Francois Hollande gehört auch der PS an. Da kleinere Parteien keine eigene Fraktion bilden können, ordnen sie sich meist größeren Fraktionen zu, mit denen sie thematische Übereinstimmungen haben. Einzelne Gesetzesentwürfe müssen von der Nationalversammlung verabschiedet werden. Da sich meist klare Mehrheitsverhältnisse im Sinne der Besetzung des Präsidentenamtes durch zeitgleiche Wahlen finden, regiert der Präsident meist mit der Mehrheit in der Nationalversammlung (Kempf 2009).

Mitgliedschaften in Parteien sind selten, im Jahr 2007 waren zum Beispiel nur 1,7 Prozent der Wahlberechtigten Mitglied einer Partei. Gewerkschaften sowie auch Arbeiter- und Bauernverbände sind in Frankreich sehr fragmentiert und spielen im politischen Geschäft eine geringe Rolle. Vereinzelt gibt es Konsultationen mit einigen wenigen Repräsentanten von Gewerkschaften. Vorherrschend ist jedoch die classe politique, die sich durch wenig Bürgernähe auszeichnet – einem Markenzeichen der französischen politischen Kultur (Kempf 2009).

Es gibt traditionell einen großen Nationalstolz und ein starkes Geschichtsbewusstsein sowie eine hohe Wahlbeteiligung. Im Gegensatz zu geringen Mitgliedschaften in Parteien und Verbänden haben sich ca. 730.000 (kurzlebige) Bürgerinitiativen gebildet, die sich mit Themen wie Ökologie, Gleichberechtigung und Frieden auseinandersetzen (Kempf 2009).

c) Geografisch-naturräumliche Rahmenbedingungen

Frankreich ist das größte Land der EU. Es verfügt über diverse natürliche Ressourcen sowie geografische Diversität mit vielen Gebirgen, Becken, Küsten an Mittelmeer und Atlantik sowie großen Flüssen. Mehr als drei Viertel der Menschen leben in Städten. Die Landwirtschaft wächst kontinuierlich, sowohl bei der Herstellung von Getreide als auch beim Viehbestand (CGDD 2013).

Über das letzte Jahrhundert ist die Durchschnittstemperatur in Frankreich um 0,9 Grad Celsius gestiegen. Die sichtbarsten Veränderungen sind das Abschmelzen der Gletscher und das Sinken der Schneegrenze. Die Gefahren durch Erosionen, Erdbeben, Stürme und Fluten steigen kontinuierlich. Das ist vor allem in den Überseegebieten problematisch, da der Meeresspiegel weiter ansteigt. In Frankreich verringert sich das Grundwasservorkommen auch durch die längere Vegetationsphase von Wäldern und anderen Pflanzen. Mehr als ein Viertel der Fläche Frankreichs ist von Wald bedeckt. Es werden neben den gesundheitlichen Effekten für Menschen, wie zum Beispiel Hitzewellen, auch ökonomische Probleme durch Naturkatastrophen befürchtet (ONERC 2007).

d) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Frankreichs Wirtschaft befindet sich insgesamt in guter Verfassung. Die Wirtschaft wächst in kleinen Raten; im Jahr 2012 weist Frankreich jedoch ein Nullwachstum auf. Durch ein geringes Wirtschaftswachstum ist auch das durchschnittliche Einkommen leicht gefallen; es betrug im Jahr 2012 30.277 Dollar pro Kopf (HDI 2013). Dadurch ist entsprechend auch die Kaufkraft gesunken.

Die französische Wirtschaft besteht zu vier Fünfteln aus dem Dienstleistungssektor. Knapp ein Fünftel fällt der Industrie zu, und 3,3 Prozent entfallen auf die Landwirtschaft (Wirtschaftskammer Österreich 2010). Die Staatsverschuldung in Frankreich wächst in den letzten Jahren kontinuierlich und soll bis Ende 2014 voraussichtlich auf 95,1 Prozent des BIP anwachsen, was 1,95 Billionen Euro entspricht (Focus.de 2013).

Die allgemeinen Arbeitslosenzahlen sind in diesem Jahr auf ein Rekordhoch seit 15 Jahren gestiegen. Unter Einbeziehung der französischen Überseegebiete lag sie im zweiten Quartal 2013 bei 10,9 Prozent (INSEE 2013). Bei der Arbeitslosigkeit muss beachtet werden, dass Frankreich ein großes Problem mit der Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, hat. Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass die Erwerbsquote bei über 55-Jährigen weit unter dem OECD Durchschnitt liegt (38% respektive 51,5%) (Bertelsmann Stiftung 2011).

Frankreich bezieht vierzig Prozent seiner Energie aus Kernenergie. Das ist höher als in jedem anderen EU-Land. Frankreich ist außerdem auch ein großer Exporteur von Kernenergie. Mehr als der eigene Verbrauch wird ins Ausland exportiert. Ein Drittel der verbrauchten Energie ist Öl, 14 Prozent Gas und sechs Prozent erneuerbare Energien (Eurostat 2007). Die Produktion erneuerbarer Energien ist im Jahr 2012 in Vergleich zu 2011 um 4 toe (Öläquivalente) gestiegen (CGDD 2013: 9). Nach Deutschland ist Frankreich der größte Produzent von Biokraftstoff, welcher hauptsächlich für den Transportsektor bestimmt ist (CGDD 2013).

Frankreich setzt schon seit langer Zeit auf Atomenergie und betreibt 58 Reaktoren. Daher sind die CO₂-Emissionen seit jeher auf vergleichsweise geringem Niveau (CGDD 2012). Zudem wurden die französischen CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2010 um 6,6 Prozent reduziert (INSEE 2012). Allerdings produziert Frankreich nur einen kleinen Teil seiner Energie selber und ist deswegen von diversen Importen abhängig, zum Beispiel aus den Niederlanden, Norwegen, aber auch aus Algerien und Katar (U.S. Energy Information Administration 2013).

e) Soziokulturelle Rahmenbedingungen

Das französische Schulsystem ist staatlich und zentral organisiert. In den bisherigen PISA Studien hat Frankreich im europäischen Vergleich vergleichsweise gut abgeschnitten (10. Platz von 30). Im Durchschnitt genießen Schüler in Frankreich 10,6 Jahre Schulbildung (HDI 2013). Insbesondere die Investitionen in frühkindliche Bildung sind hervorzuheben, welche dazu führen, dass beinahe alle Kinder ab dem Alter von 3 Jahren in eine Vorschule gehen (Bertelsmann Stiftung 2011).

Die Investitionen in Kinderbetreuung und frühkindliche Förderung sowie Kindergeld stellen die Basis für die guten Resultate, welche in Frankreich Tests für Kinder im Vorschulalter erzielt werden. Außerdem sorgen öffentliche Einrichtungen für Kinderbetreuung für eine hohe, fast gleichberechtigte Beteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Auch bei den sonstigen Indikatoren des Gender Inequality Index (GII) schneidet Frankreich gut ab. Kombiniert beträgt der GII 0,083, welches den neunten Platz im internationalen Vergleich bedeutet. Außerdem ist Kinderarmut in Frankreich im europäischen Vergleich extrem selten (Bertelsmann Stiftung 2011).

Sozialleistungen sind in Frankreich vergleichsweise hoch und decken diverse Szenarien von individueller und kollektiver Betroffenheit ab. Dies bezieht sich auch auf ausländische Bewohner. Somit hat Frankreich eine niedrige Armutsrate. Jedoch werden durch die hohen Zahlungen über einen längeren Zeitraum negative Anreize für einen Wiedereinstieg in die Beschäftigung geschaffen (Bertelsmann Stiftung 2011).

Weitere Themen in Bezug auf Ungleichheiten sind die Integration von Migranten. Während Frankreich viele Immigranten einbürgert und auch jeder Mensch, der in Frankreich geboren wird, einen französischen Pass bekommt, existieren viele Probleme für diese Bevölkerungsgruppe. Einerseits gibt es eine hohe Jugendarbeitslosigkeit bei Migranten, andererseits senden Debatten wie die „Kopftuchdebatte“ ein Signal der Abweisung durch ethnische oder Rassenzugehörigkeitsgründe (Bertelsmann Stiftung 2011).

Der Human Development Index platziert Frankreich auf Rang 20 von 186. Franzosen haben eine durchschnittliche Lebenserwartung von 81,7 Jahren (HDI 2013). Die Geburtenrate in Frankreich beträgt zwei Prozent; dieser Wert war in dem vergangenen Jahrzehnt relativ konstant (World Bank 2013). Im Gegensatz zu Deutschland ist die Bevölkerungsentwicklung in Frankreich aufgrund der hohen Geburtenrate und einer steigenden Lebenserwartung also positiv, bis zur Mitte des Jahrhunderts könnte Frankreich mehr Einwohner haben als Deutschland (Wiegel 2010). Dies könnte langfristig Probleme mit sich bringen, zum Beispiel für die Finanzierbarkeit von Alterssicherungssystemen oder für die Verfügbarkeit von bezahlbarer Wohnfläche in städtischen Zentren.

Gesamteinschätzung:

- **Anforderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik:** Die institutionellen und politischen Rahmenbedingungen in Frankreich entsprechen in weiten Teilen den Anforderungen an eine Governance der nachhaltigen Entwicklung. Spätestens seit der Verfassungsänderung von 2002, die die Cohabitation faktisch abgeschafft hat, hat Frankreich ein Regierungssystem mit stabilen Mehrheiten. Ein starker, mit umfassenden Kompetenzen ausgestatteter Präsident wird von einem Premierminister und dessen Kabinett unterstützt und kann sich auf eine Mehrheit in der Nationalversammlung berufen. Durch die starke Zentralisierung des Landes und den schwachen Senat wird vertikale Integration jedoch erschwert. Weiterhin ist fraglich, wie viel Partizipation das französische politische System zulässt angesichts einer bürgerfernen *classe politique*. Andererseits ist das Vorkommen einer sehr großen Zahl an Bürgerinitiativen, die sich unter anderem zu mit Nachhaltigkeitsthemen gegründet haben, ein Zeichen dafür, dass die französischen Bürgerinnen und Bürger von sich aus Mitsprachemöglichkeiten bei politisch brisanten Themen fordern.
- **Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung:** Frankreich sieht sich mit einer Reihe von Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung konfrontiert, insbesondere im Umwelt- und Wirtschaftsbereich. Klimaveränderungen werden gesundheitliche, ökologische und ökonomische Probleme mit sich bringen. Der Anstieg der bereits hohen Staatsverschuldung muss im Sinne der Generationengerechtigkeit gebremst werden. Eine hohe Arbeitslosigkeit und ein Kaufkraftverlust innerhalb der Bevölkerung schwächen die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft. Die Dominanz der Kernenergie im französischen Energiemix ist ein weiteres Kernproblem angesichts der auch dortzulande ungelösten Endlagerfrage. Schließlich ist auch die Integration von Migranten in einem Land wie Frankreich, das durch seine ehemaligen Kolonien zum Einwanderungsland geworden ist, eine Herausforderung, die es weiterhin zu meistern gilt.

3.6.2 Steckbriefartige Beschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie

Frankreichs erste Nachhaltigkeitsstrategie stammt aus dem Jahr 2003 und hatte eine Gültigkeitsdauer von fünf Jahren. 2006 fand jedoch bereits eine Fortschreibung statt, die Empfehlungen aus einem 2005 durchgeführten Peer Review aufnahm und die Strategie unter anderem besser an die

Nachhaltigkeitsstrategie der Europäischen Union anpasste. Dennoch hatte die stark maßnahmenbezogene Nachhaltigkeitsstrategie von 2003 bis 2008 keinen großen Einfluss auf Entscheidungsträger oder Verwaltungsbeamte (Premier Ministre 2010: 3).

Im Jahr 2005 wurde die zehn Artikel umfassende Umweltcharta in die französische Verfassung integriert. Artikel 6 verpflichtet die Politik zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung: „*Die Politik der öffentlichen Hand muss eine nachhaltige Entwicklung fördern. Zu diesem Zweck hat sie Schutz und Erschließung der Umwelt, Wirtschaftsentwicklung und sozialen Fortschritt miteinander in Einklang zu bringen.*“ (Petermann / Poetzsch 2012: 67).

Zur Vorbereitung einer neuen Nachhaltigkeitsstrategie wurde in den Jahren 2007 bis 2009 ein breiter Beteiligungsprozess gestartet. Die neue Strategie wurde schließlich am 27. Juli 2010 verabschiedet. Sie trägt den Titel „Nationale Nachhaltigkeitsstrategie 2010-2013: in Richtung einer grünen und gerechten Wirtschaft“ („*Stratégie nationale de développement durable 2010-2013: vers une économie verte et équitable*“). Als strategisches Rahmenwerk soll sie die Politik aller Sektoren und Ebenen in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung lenken und auch als Orientierung für nicht-staatliche Akteure dienen.

Tabelle 10 gibt einen Überblick über die Hauptmerkmale der französischen Nachhaltigkeitsstrategie.

Tabelle 10: Steckbriefartige Beschreibung der französischen Nachhaltigkeitsstrategie

Inhalte und Ziele	
Leitbild	Eine grüne und gerechte Wirtschaft („ <i>une économie verte et équitable</i> “)
Ausrichtung der Strategie	Ganzheitlich
Thematische Schwerpunkte	Neun Schlüsselherausforderungen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Nachhaltiger Konsum und Produktion 2. Wissensgesellschaft 3. Governance 4. Klimawandel und Energie 5. Nachhaltiger Transport und Mobilität 6. Biodiversität und Ressourcen 7. Gesundheit und Risikoprävention 8. Demografie, Migration und soziale Inklusion 9. Internationale Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung und Kampf gegen globale Armut
Ziele	Quantifizierte und terminierte Ziele für jede Schlüsselherausforderung
Umsetzung	
Arbeitsprogramm	Ja
Finanzbudget	-
Monitoring und Evaluation	
Berichterstattung	54 Indikatoren (15 Headline-, 35 Zusatz- und 4 Kontextindikatoren); jährliche Berichterstattung an das Parlament
Evaluation	2005: Peer Review
Fortschreibung	-

Horizontale Integration	
Federführung	<ul style="list-style-type: none"> • Verantwortlichkeit: Premierminister • Koordination: Interministerieller Beauftragter für Nachhaltige Entwicklung • Umsetzung: Ministerium für Umwelt, Nachhaltige Entwicklung, Verkehr und Wohnen (MEDDTL) sowie alle anderen Ministerien
Interministerielle Koordination	Interministerielles Komitee für Nachhaltige Entwicklung (CIDD); Ständiger Ausschuss der Hohen Funktionäre für Nachhaltige Entwicklung
Nachhaltigkeitsprüfung	Regulierungsfolgenabschätzung
Vertikale Integration	
Bezug zu über- und nachgeordneten Ebenen	Hoch: <ul style="list-style-type: none"> • Übergeordnet: EU-Prioritäten und Kernindikatoren • Nachgeordnet: Lokale Agenden 21
Einbindung von nachgeordneten Ebenen	Hoch (im Rahmen der Grenelle de l'Environnement)
Partizipation nicht-staatlicher Akteure	
Konsultationsverfahren	<ul style="list-style-type: none"> • 2007: Grenelle de l'Environnement • 2008-09: Vierstufiges Konsultationsverfahren zur Nachhaltigkeitsstrategie
Nachhaltigkeitsbeirat	<ul style="list-style-type: none"> • 2003-2009: Nationaler Rat für Nachhaltige Entwicklung (CNDD) • 2010-2013: Nationales Komitee für Nachhaltige Entwicklung und für die Umwelt-Grenelle (CNDDGE) • Seit 2013: Nationaler Rat für die Ökologische Transformation (CNTE)

Inhalte und Ziele

Die französische Nachhaltigkeitsstrategie entwirft das Leitbild einer grünen und gerechten Wirtschaft. In jedem Wirtschaftszweig müsse für mehr Umweltschutz gesorgt werden, beispielsweise durch die Reduzierung von Treibhausgasemissionen, einen effizienteren Einsatz von Ressourcen, Rohstoffen, Energie und Wasser. Zudem müssten Konsum- und Produktionsmuster verändert werden, um eine langfristige Erhaltung der Umwelt zu gewährleisten. Der Pfad hin zu einer grünen Wirtschaft müsse jedoch um Gerechtigkeitsaspekte ergänzt werden. Solidarität auf nationaler und internationaler Ebene sowie zwischen Generationen seien die Grundpfeiler einer gerechten Wirtschaft. Konkret gehören hierzu beispielsweise der Abbau von Ungleichheiten und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (Premier Ministre 2010: 3f.).

Das entworfene Leitbild verdeutlicht, dass die französische Nachhaltigkeitsstrategie einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt, der neben der Verknüpfung von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Umweltschutz auch die soziale Gerechtigkeit mit einbezieht.

Thematisch ist die Strategie in neun Schlüsselherausforderungen gegliedert, die sich an der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie orientieren. Jeder Schlüsselherausforderung wird eine Reihe von operativen Zielen zugeordnet, die zumeist quantifiziert und terminiert (2012-2020) sind.

Umsetzung

Die französische Nachhaltigkeitsstrategie zeigt für jede der neun Schlüsselherausforderungen eine Auswahl an strategischen Entscheidungen auf, die zur Zielerreichung beitragen sollen. Diese strategischen Entscheidungen werden durch eine Liste an Maßnahmen ergänzt. Hier wird jedoch nicht deutlich, in welchem Zeitraum und durch wen die Maßnahmen umgesetzt werden sollen, oder ob es sich lediglich um eine Sammlung an potentiellen Stellschrauben handelt. Ein Budget zur Finanzierung der Maßnahmen ist ebenfalls nicht ersichtlich.

Monitoring und Evaluation

Für das Monitoring der Strategie wurde ein an die europäische Nachhaltigkeitsstrategie angelehntes Indikatorenset entwickelt. Jeder der neun Schlüsselherausforderungen werden ein bis drei Headline-Indikatoren sowie ein bis sieben zusätzliche Indikatoren zugewiesen. Darüber hinaus gibt es vier übergreifende Kontextindikatoren (BIP/Kopf, Arbeitslosenquote, Einkommensverteilung, Geburtenrate), so dass insgesamt 54 Indikatoren den Stand der nachhaltigen Entwicklung in Frankreich beschreiben. Jährlich wird dem Parlament über die Entwicklung der Indikatoren berichtet (CGDD 2012).

Frankreich war im Jahr 2005 das erste europäische Land, das einen Peer Review-Prozess zur Evaluierung der Umsetzung seiner Nachhaltigkeitsstrategie organisiert hat. In diesem Zusammenhang wurde eine Methode entwickelt, die auch für Peer Reviews in anderen Staaten angewendet werden kann. Peers waren Vertreter aus Belgien, Ghana, Mauritius und dem Vereinigten Königreich. Sie schlugen inhaltliche und prozessuale Veränderungen vor, die in die Aktualisierung der Strategie im Jahr 2006 einfließen (Brodhag / Talière 2006, OECD 2006: 30). Inwieweit auch die derzeitige Nachhaltigkeitsstrategie extern evaluiert werden soll, ist nicht ersichtlich.

Zur Art der Fortschreibung macht das Strategiedokument keine Angaben. Die Erfahrungen mit den Strategieprozessen der 2000er Jahre, die Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips in der Verfassung und die Tatsache, dass die derzeitige Strategie bis zum Jahr 2013 angelegt ist, deuten jedoch darauf hin, dass es in den kommenden Jahren eine auf breiter Stakeholderbeteiligung basierende Fortschreibung der Strategie geben wird (siehe auch MEDDTL 2013).

Horizontale Integration

Für die horizontale Integration des Nachhaltigkeitsprinzips bestehen in Frankreich eine Reihe von Gremien und prozeduralen Vorgaben.

Die Verantwortlichkeit für die französische Nachhaltigkeitsstrategie liegt beim Premierminister. Dieser setzt seit 2004 einen in seinem Namen handelnden Interministeriellen Beauftragten für Nachhaltige Entwicklung (Délégué Interministériel au Développement Durable) ein, dessen Aufgabe es ist, die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zu koordinieren. Hierzu bereitet er unter anderem die einmal jährlich stattfindenden Tagungen des Interministeriellen Komitees für Nachhaltige Entwicklung (Comité Interministériel pour le Développement Durable, CIDD) vor. Das CIDD ist das zentrale Steuerungsgremium der französischen Nachhaltigkeitspolitik; es ist unter anderem für die Annahme der Nachhaltigkeitsstrategie zuständig. Ihm gehören alle Minister, ein Vertreter des Präsidenten sowie der Interministerielle Beauftragte für Nachhaltige Entwicklung an. Die Sitzungen des CIDD werden vom Premierminister geleitet.

Für die Umsetzung der Strategie durch konkrete Maßnahmen ist vorrangig das Ministerium für Umwelt, Nachhaltige Entwicklung, Verkehr und Wohnen (Ministre de l'Ecologie, du Développement

urable, des Transports et du Logement, MEDDTL) zuständig. Darüber hinaus sind alle Ministerien zur Erstellung eigener Aktionspläne zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie verpflichtet. Hierzu setzt jedes Ministerium einen Hohen Funktionär für Nachhaltige Entwicklung (Haut Fonctionnaire au Développement Durable) ein, der die Nachhaltigkeitsaktivitäten des Ministeriums koordiniert und Mitglied des Ständigen Ausschusses der Hohen Funktionäre für Nachhaltige Entwicklung (Comité Permanents des Hauts Fonctionnaires du Développement Durable) ist. Dieses Gremium tagt alle zwei Monate unter Vorsitz des Hohen Funktionärs für Nachhaltige Entwicklung des MEDDTL und bereitet zusammen mit dem Interministeriellen Beauftragten für Nachhaltige Entwicklung die Sitzungen des CIDD vor.

Im Jahr 2009 wurde in Frankreich eine Regulierungsfolgenabschätzung in das Gesetzgebungsverfahren integriert. Alle Regelungsvorhaben der Regierung außer Verfassungs-, Haushalts- und Notstandsgesetzgebungen müssen demnach Angaben zu rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und administrativen Folgen, Auswirkungen auf die öffentliche Beschäftigung und die Umwelt sowie Konsequenzen für die nachhaltige Entwicklung beinhalten. Die Durchführung der Regulierungsfolgenabschätzung obliegt dem jeweils federführenden Ministerium (Petermann / Poetzsch 2012).

Vertikale Integration

Die französische Nachhaltigkeitsstrategie positioniert sich als Verbindungsglied zwischen übergeordneten und nachgeordneten Ebenen. Sie nimmt starken Bezug zur EU-Nachhaltigkeitsstrategie, unter anderem durch Übernahme ihrer Schlüsselherausforderungen und Kernindikatoren. Auch nachgeordnete Ebenen spielen eine zentrale Rolle in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Lokale Agenden 21 werden als „*prime tool for local implementation of development initiatives*“ (MEDDTL 2011: 1) bezeichnet. Die Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt das Ziel, bis 2013 tausend Lokale Agenden 21 in Frankreich etabliert zu haben (Premier Ministre 2010: 19).

Die Einbindung nachgeordneter Ebenen bei der Formulierung der Nachhaltigkeitsstrategie erfolgte im Rahmen der Konsultationsprozesse (vgl. Partizipation nicht-staatlicher Akteure).

Partizipation nicht-staatlicher Akteure

Die umfassende Beteiligung nicht-staatlicher Akteure an der Entwicklung der Strategie hat in Frankreich eine zentrale Rolle gespielt. Im Sommer und Herbst 2007 fand die sogenannte „Grenelle de l'Environnement“ statt, eine landesweite Konsultation von Interessengruppen mit dem Ziel, durch eine Konzertierung in ‚bisher nicht gekanntem Ausmaß‘ politische Entscheidungen stärker in der Gesellschaft und auf lokaler Ebene zu verankern (Petermann / Poetzsch 2012: 68). Die Grenelle brachte Stakeholder aus den verschiedensten Bereichen zusammen, die sich tagtäglich mit Umweltthemen befassen, so zum Beispiel Regierungsvertreter, Kommunalbehörden, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftler, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften. Im Rahmen der Grenelle gab es 19 regionale Treffen, acht Internetforen, zwei Parlamentsdebatten, die Befragung von 31 Konsultativgremien und vier Runde Tische. Ziel war es, die Prioritäten französischer Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik der nächsten fünf Jahre festzulegen. Es wurden 268 Verpflichtungen verabschiedet, die in der Folge der Grenelle von 34 Gremien in die Tat umgesetzt werden sollten (MEDDTL 2012). Unter anderem folgte aus der Grenelle die Verpflichtung zur Ausarbeitung des oben beschriebenen Indikatorensets und die jährliche Berichterstattung zum Stand der nachhaltigen Entwicklung in Frankreich an das Parlament.

Die französische Nachhaltigkeitsstrategie orientiert sich explizit an den 268 Grenelle-Verpflichtungen. Darüber hinaus gab es jedoch auch noch eine strategiespezifische Konsultation nicht-staatlicher Akteure, die das Themenspektrum der Grenelle um wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen erweiterte. Der in den Jahren 2008 und 2009 durchgeführte Konsultationsprozess zur Entwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie erfolgte in vier Phasen: Zunächst gab es eine schriftliche Konsultation von Interessengruppen wie NGOs, Gewerkschaften, Verbänden oder Mitgliedern der Konsultativgremien. Als zweiter Schritt erfolgte eine einmonatige Internetbefragung, an der jeder Bürger und jede Bürgerin teilnehmen konnten. Daran anschließend gab es die regionale Komponente der Konsultation, indem dezentrale Dienststellen des MEDDTL befragt wurden. Schließlich wurden in der letzten Phase dreitägige Workshops organisiert, an denen wiederum alle Interessierten teilnehmen durften (Premier Ministre 2010: 48).

Frankreich hat zur Überwachung seiner Nachhaltigkeitsaktivitäten im Laufe der Zeit verschiedene Konsultativgremien eingerichtet. Von 2003 bis 2009 gab es den Nationalen Rat für Nachhaltige Entwicklung (Conseil National du Développement Durable, CNDD), dessen Aufgabe es war, die Umsetzung der Regierungspolitik zu überwachen, getroffene Maßnahmen auf Kohärenz zu prüfen und neue Vorschläge zu unterbreiten. Im Jahr 2009 wurde der Nachhaltigkeitsrat als Folge der Grenelle umstrukturiert und zum Nationalen Komitee für Nachhaltige Entwicklung und für die Umwelt-Grenelle (Comité National du DD et du Grenelle de l'Environnement, CNDDGE) umbenannt. Das CNDDGE bestand aus 41 Mitgliedern aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Parlament, sieben assoziierten Mitgliedern aus den Bereichen Familie, Verbraucherschutz, Solidarität, soziale Integration, Jugend und Entwicklungshilfe sowie dem Interministeriellen Beauftragten für Nachhaltige Entwicklung und dem Minister für Nachhaltige Entwicklung als Vorsitzendem. Aufgabe des alle zwei Monate tagenden Gremiums war die Überwachung, Umsetzung und Fortführung der Grenelle-Verpflichtungen, der Nachhaltigkeitsstrategie und der Biodiversitätsstrategie (Petermann / Poetzsch 2012: 70).

Im Jahr 2012 gab es abermals eine Neustrukturierung des französischen Nachhaltigkeitsbeirates. Die Nachfolge des CNDDGE tritt der Nationale Rat für die Ökologische Transformation (Conseil National de la Transition Ecologique, CNTE) an, dessen Formierung am 11. September 2013 bekannt gegeben wurde. Dem 50-köpfigen Gremium, das vom Minister für Nachhaltigkeit geleitet wird, gehören unter anderem Vertreter des französischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrats (einem Beratungsgremium der Regierung), der Kommunen, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, der Umweltschutzorganisationen und des Parlaments an. Es muss bei allen Gesetzesvorhaben mit Umwelt- oder Energiebezug konsultiert werden sowie zur Fortentwicklung der nationalen Nachhaltigkeits- und Biodiversitätsstrategien. Ebenso wie das Parlament muss der CNTE auch über die Entwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsindikatoren informiert werden (MEDDTL 2013).

3.6.3 Quellen

1) Strategiedokumente

Premier Ministre 2010: National Sustainable Development Strategy 2010-2013. Towards a green and fair economy.

2) Weitere Quellen

Bertelsmann Stiftung 2011: Sustainable Governance Indicators 2011. URL: http://www.sgi-network.org/index.php?page=countries_status&country=FRA (Zugriff am 05.10.2013).

Brodhag, Christian; Sophie Talière 2006: Sustainable development strategies: Tools for policy coherence, Natural Resources Forum 30 (2006), S. 136–145.

Commissariat Général du Développement Durable (CGDD) 2012: Repères. Les indicateurs de la stratégie nationale de développement durable 2010-2013. Édition 2012.

Commissariat Général au Développement Durable (CGDD) 2013: Bilán Énergétique de la France pour 2012. Juillet 2013.

Eurostat 2007: France – Energy Mix Fact Sheet. URL: http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/doc/factsheets/mix/mix_fr_en.pdf (Zugriff am 05.10.2013).

Focus.de 2013: Frankreich rechnet 2014 mit Rekordverschuldung. URL: http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/rekordverschuldung-in-frankreich-hoehchststand-wird-ende-2014-erwartet_aid_1103252.html (Zugriff am 05.10.2013).

HDI 2013: International Human Development Indicators, France Country Profile. URL: <http://hdrstats.undp.org/en/countries/profiles/FRA.html> (Zugriff am 05.10.2013).

INSEE 2012: Greenhouse Gas Emissions under the Kyoto Protocol in 2010. URL: http://www.insee.fr/en/themes/tableau.asp?reg_id=0&ref_id=NATTEF01305 (Zugriff am 05.10.2013).

INSEE 2013: Le taux de chômage augmente de 0,1 point au deuxième trimestre 2013. URL: <http://www.insee.fr/fr/themes/info-rapide.asp?id=14> (Zugriff am 05.10.2013).

Kempf, Udo, 2009: Das politische System Frankreichs. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 349-404.

Ministre de l'Écologie, du Développement durable, des Transports et du Logement (MEDDTL) 2011: National Sustainable Development Strategy 2010-2013 & Local Authorities. The National Sustainable Development Strategy Prolongs the “Grenelle of Environment” Round Table.

Ministre de l'Écologie, du Développement durable, des Transports et du Logement (MEDDTL) 2012: La genèse du Grenelle de l'environnement. URL: <http://www.developpement-durable.gouv.fr/La-genese-du-Grenelle-de-l.html> (Zugriff am 01.10.2013).

Ministre de l'Écologie, du Développement durable, des Transports et du Logement (MEDDTL) 2013: Le Conseil national de la transition écologique (CNTE). URL: <http://www.developpement-durable.gouv.fr/Le-Comite-national-de-la.html> (Zugriff am 01.10.2013).

OECD 2006: Good Practices in the national sustainable development strategies of OECD countries.

ONERC 2007: Strategie nationale d'adaptation au changement climatique. URL:

http://www.developpement-durable.gouv.fr/IMG/ecologie/pdf/Strategie_Nationale_2.17_Mo-2.pdf (Zugriff am 05.10.2013).

Petermann, Thomas; Maik Poetzsch 2012: Nachhaltigkeit und Parlamente – Bilanz und Perspektiven Rio+20. Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB). TAB-Arbeitsbericht Nr. 155, Dezember 2012.

Spiegel Online 2013: Frankreich: Arbeitslosenquote teigt auf höchsten Stand seit 15 Jahren. 06.06.2013. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/frankreich-arbeitslosenquote-auf-hoechstem-stand-seit-15-jahren-a-904097.html> (Zugriff am 05.10.2013).

U.S. Energy Information Administration 2013: France. URL: <http://www.eia.gov/countries/country-data.cfm?fips=FR> (Zugriff am 05.10.2013).

Wirtschaftskammer Österreich 2010: Europa Wertschöpfung. URL:

<http://wko.at/statistik/eu/europa-wertschoepfung.pdf> (Zugriff am 05.10.2013).

Wiegel, Michaela 2010: Demographievergleich „Frankreich altert, Deutschland vergreist“. FAZ.net vom 08.02.2010. URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/demographievergleich-frankreich-altert-deutschland-vergreist-1936373.html> (Zugriff am 09.10.2013).

3.7 Finnland

Die Republik Finnland ist eine parlamentarische Demokratie in Skandinavien und seit 1995 Mitglied der Europäischen Union. Die Verfassungsreform von 2000 beinhaltete eine Verschiebung der Machtbefugnisse vom Präsidenten zu Parlament und Regierung.

Finnland ist eines der nördlichsten Länder der Erde, etwas kleiner als Deutschland und das am dünnsten besiedelte Land der EU. Ein Drittel des Landes liegt nördlich des Polarkreises und rund achtzig Prozent der Landesoberfläche ist Wald und Offenland. Die Mehrheit der 5,4 Millionen Einwohner lebt in den südlichen Regionen, wo auch die Hauptstadt Helsinki liegt, deren Metropolregion zusammen mit den Städten Espoo und Vantaa rund eine Million Einwohner hat. Nur drei weitere Städte haben mehr als 100.000 Einwohner: Tampere (ca. 205.000) und Turku (ca. 175.000) im Südwesten und Oulu (ca. 130.000) im Norden.

3.7.1 Kontextbedingungen für Nachhaltigkeitspolitik

a) Institutionelle Rahmenbedingungen

Das politische System Finnlands weist deutliche Merkmale einer Konsensdemokratie auf: ein Vielparteiensystem mit mehreren ähnlich starken Parteien und großen Mehrheitserfordernissen für Gesetzesbeschlüsse (Auffermann 2003). Gesetzgebendes Organ ist das Parlament („Eduskunta“), ein Einkammerparlament mit 200 Abgeordneten, die für vier Jahre nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden.

Staatsoberhaupt ist der direkt gewählte Präsident, der ursprünglich eine dominierende Position hatte, als die Exekutivmacht zwischen Präsident und Ministerpräsident geteilt war. Die Verfassungsreform aus dem Jahr 2000 verschob aber die Machtbefugnisse deutlich zu Regierung und Parlament. Zusammen mit der Regierung ist der Präsident heute aber noch zuständig für die internationale Politik.

Die traditionelle Aufteilung des zentralistischen Landes in zwölf Provinzen mit ernannten Provinzgouverneuren wurde 2010 aufgegeben. Seitdem wird die staatliche Verwaltungsaufsicht von sechs Regionalverwaltungsbehörden („aluehallintovirasto“) ausgeübt. Für speziellere Aufgaben der Fachverwaltung bestanden 15 Gewerbe-, Verkehrs- und Umweltzentren, die in jüngerer Zeit zusammgelegt wurden, was zu gewissen Defiziten bei der Umweltaufsicht geführt hat. Zum Beispiel wird der Unfall im Nickel-Bergwerk Talvivaara 2012 unter anderem auf umweltaufsichtliche Mängel zurückgeführt.

Die lokale Ebene besteht heute aus 320 Gemeinden – eine Reduktion von über 500 seit den 1950er Jahren. Deren kommunale Selbstverwaltung wird als Ergänzung der staatlichen Administration verstanden (Auffermann 2003: 217). Den Gemeinden wurden seit den 1970er Jahren schrittweise mehr Kompetenzen übertragen, die heute unter anderem die Bereiche Soziales, Bildung, Gesundheit, Regionalplanung und Bauen umfassen. Sie haben auch das Recht, eine Gemeindesteuer zu erheben. Die lokale Ebene spielt traditionell eine starke Rolle bei der Ausgestaltung von Nachhaltigkeitspolitik in Finnland.

b) Politische Rahmenbedingungen

Aufgrund des finnischen Wahlsystems, das keine Prozentmarke als Hürde für den Einzug in das Parlament kennt, sind typischerweise außergewöhnlich viele Parteien im Parlament vertreten (zurzeit acht, z.B. 1995 waren es zehn). Es werden entsprechend immer Koalitionsregierungen

gebildet, die auch typischerweise aus mehreren Parteien bestehen. Traditionell gab es drei größere, ungefähr gleichstarke Parteien (Konservativ, Zentrum, Sozialdemokratisch), von denen jeweils zwei mit einem oder mehreren kleineren Partnern eine Koalition mit nicht nur absoluter, sondern breiter parlamentarischer Mehrheit bilden. Bei den Parlamentswahlen 2011 haben die rechtspopulistischen „Wahren Finnen“ einen erheblichen Stimmenzuwachs verzeichnet und die Zentrumspartei als drittstärkste Kraft überholt. Sie sind jedoch nicht an der Regierung beteiligt, die zurzeit aus einer Sechsparteienkoalition unter der Leitung der konservativen Nationalen Sammlungspartei besteht, mit Beteiligung der Sozialdemokraten als zweitstärkster Kraft. Die Bildung von solch breiten Koalitionen wird erleichtert durch ein Zusammenrücken der Parteien auf der Rechts-Links-Skala, und einer „De-ideologisierung“ des Parteiensystems (nach Overesch 2007: 97), was zum Beispiel dazu führt, dass Parteien im Vorfeld von Wahlen keine Koalition ausschließen.

Dialog und Konsensfindung sind Kernmerkmale der finnischen politischen Kultur. Ein Beispiel für den konsensorientierten Politikstil sind die sogenannten „Abendschulen“ („iltakoulu“) – informelle Treffen der Minister und Fraktionsführer der Regierungsparteien, ggf. werden auch ExpertInnen oder VerbandsvertreterInnen eingeladen –, in denen die offiziellen Sitzungen des Staatsrates (Kabinetts) vorbesprochen und Kompromisse ausgehandelt werden. Durch das Ausmaß der Vorklärung kommt der Abendschule inzwischen ein halboffizieller Charakter zu. Die Abendschule diskutierte auch die Nachhaltigkeitsstrategie, bevor sie im Staatsrat beschlossen wurde.

Dialog und Konsensfindung als Charakteristika der finnischen politischen Kultur beziehen sich auch auf die Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure. Hierbei sind Interessenverbände typischerweise bedeutsamer als Expertengremien.

Die Selbstorganisation gesellschaftlicher Interessen ist typisches Merkmal nordischer Länder und hat auch in Finnland eine Tradition von über hundert Jahren (Auffermann 2003: 211), ursprünglich im ländlichen Raum angesiedelt, mit Kirchen, Bauern-, Sport- und Bildungsverbänden, Konsumgenossenschaften und – nach begonnener Industrialisierung – auch Gewerkschaften. Später kamen dazu die Friedens-, Frauen-, Naturschutz- und Anti-Atombewegung. Einerseits haben diese nicht-staatlichen Organisationen einen kontinuierlichen Einfluss auf politische Entscheidungen entwickelt, andererseits bezieht die Regierung sie systematisch in Entscheidungsprozesse ein (Auffermann 2003: 212).

Wie in anderen Ländern haben diese Bewegungen auch zum Erstarben der finnischen Grünen geführt, die 1995 den weltweit ersten grünen Umweltminister auf Ebene eines Nationalstaates stellten (Auffermann 2003: 187). 2002 verließen die Grünen die Regierung aus Protest gegen den Beschluss für den Ausbau der Atomenergie, traten jedoch 2007 und 2011 den jeweiligen Koalitionen wieder bei.

c) Geografisch-naturräumliche Rahmenbedingungen

Die nördliche Lage bringt harsche klimatische Bedingungen mit sich: Der Winter dauert fast hundert Tage im Süden des Landes und zweihundert Tage im Norden, mit Durchschnittstemperaturen unter 0°C – Temperaturen von -20°C sind in vielen Gebieten aber auch keine Seltenheit. Helsinki hat während zwei Wintermonaten zum Beispiel täglich nur ca. sechs Stunden Tageslicht (Finland.fi 2008).

Der Süden und Westen sind flach; das finnische Hügelland mit Erhebungen von um die 300 Metern liegt im Osten des Landes, und in Lappland steigt das Gelände zum Skandinavischen Gebirge an, mit Erhebungen von über 1.000 Metern (Wikipedia 2013).

Hauptmerkmal ist die Landnutzung mit 68 Prozent Wald, 11 Prozent Offenland inkl. Mooren, und 10 Prozent Binnengewässer, dominant darunter die berühmte finnische Seenplatte im südlichen Landesinneren mit über 180.000 Seen. Nur acht Prozent der Fläche ist landwirtschaftlich genutzt und drei Prozent ist Siedlungsfläche (Wikipedia 2013). Nitrateinträge aus der Landwirtschaft stellen jedoch ein Problem hinsichtlich der Eutrophierung der Ostsee dar, was seit etlichen Jahren versucht wird einzudämmen (siehe z.B. Baltic Sea Action Group, BSAG¹⁹). Die Seen waren wiederum stark von Versauerung betroffen, was aber erfolgreich mit Umweltregulierung eingedämmt wurde (OECD 2009: 6).

Die klimatischen Bedingungen, besonders aber auch die Industriestruktur (s.u.) führen zu einem der höchsten Pro-Kopf-Primärenergieverbräuchen in westlichen Ländern – mit 6,9 toe (Öläquivalenten) fast doppelt so hoch wie der EU-27 Durchschnitt von 3,5 toe (EEA 2013). Bei dem Haushaltsverbrauch sind als stärkster Einflussfaktor die sog. „average heating degree days“²⁰ auszumachen, die mit knapp 5.600 die höchsten von Europa sind, verglichen mit dem EU-27-Durchschnitt von etwa 3.076 (Eurostat 2013, Statistics Finland 2012).

Der ökologische Fußabdruck von Finnland ist seit den 1960er Jahren relativ konstant geblieben, was unter anderem auf Anstrengungen hinsichtlich Steigerung der Energieeffizienz und dem Anteil erneuerbarer Energien zurückzuführen ist, da der Energieverbrauch rund zwei Drittel des ökologischen Fußabdrucks ausmacht. Der ökologische Fußabdruck liegt in Finnland aber mit rund sechs „globalen Hektar“ eher am oberen Ende der Skala im europäischen und internationalen Vergleich, das heißt mehr als dreimal so viel wie die globale Biokapazität von 1,8 ha (WWF/GFN/ZSL 2012: 43). Gleichzeitig liegt die Biokapazität von Finnland mit rund 14 ha im Vergleich extrem hoch, bei einer Abnahme von rund 1 ha seit den 1960er Jahren (zum Vergleich Kanada: Abnahme von 25 auf 15 ha im selben Zeitraum; Schweden: Abnahme von 13 auf 11 ha) (WWF/GFN/ZSL 2012).

d) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Finnland war bis in die 1950er Jahre ein überwiegend agrarisch geprägtes Land und hat sich relativ spät industrialisiert, angefangen mit ersten Papierfabriken im 19. Jahrhundert. In den 1990er Jahren erlebte es eine starke Rezession, zum Teil verursacht durch den Zusammenbruch der UdSSR, die zwanzig Prozent des finnischen Außenhandels ausmachte. Es erholte sich aber relativ schnell, und der Anteil der Sektoren an der Gesamtwirtschaft (Bruttonationaleinkommen) ist seit 2000 vergleichbar mit den meisten OECD-Ländern: Landwirtschaft mit 5 Prozent Anteil am BNE, Industrie mit 32 Prozent und Dienstleistungen mit 63 Prozent.²¹ Die Industriestruktur stellt jedoch eine große Herausforderung für nachhaltige Entwicklung dar: Papier- und Metallproduktion gehören zu den energieintensivsten Branchen der Grundstoffindustrie und machen einen großen Anteil der finnischen Industrie aus. Schon seit der Energiekrise der 1970er Jahre hat die Papierindustrie Verfahren zur Steigerung ihrer Energieeffizienz entwickelt, was sie auch zu Weltführern bei diesen Technologien gemacht hat. Auf diese Anstrengungen geht auch der hohe Anteil von dreißig Prozent erneuerbarer Energien im Endkonsum zurück, im Vergleich zum EU-Durchschnitt von elf Prozent. Einen Löwenanteil macht hier die Biomasse mit achtzig Prozent aus. Der Beitrag der In-

¹⁹ Vgl. http://www.bsag.fi/en/focus_areas/eutrophication/Pages/default.aspx (Zugriff am 13.10.2013).

²⁰ Vgl.

²¹ Vgl. <http://www.nationsencyclopedia.com/economies/Europe/Finland-ECONOMIC-SECTORS.html> (Zugriff am 13.10.2013).

dustrie zum Gesamtenergieverbrauch bleibt mit fünfzig Prozent aber sehr hoch (EU-Durchschnitt 30%), und die Papier- und Metallindustrie allein macht 35 Prozent aus.²²

Hinsichtlich der Energieversorgung baut Finnland auch auf Atomstrom: Es war das erste EU-Land nach der Tschernobylkatastrophe, das die Errichtung eines neuen Reaktors beschloss, der seit 2005 in Bau ist. Auch sind das weltweit erste Endlager für Atommüll am gleichen Standort in Bau sowie ein weiterer Reaktor im Norden des Landes geplant. Finnlands Treibhausgasemissionen sind nach einem kontinuierlichen Anstieg bis 2003 wieder zurück gegangen und werden voraussichtlich die Verpflichtungen des Kyoto Protokolls erfüllen (Statistics Finland 2013). Energie- und Klimapolitik bleibt dennoch wie in den meisten Ländern auch eine Herausforderung in Finnland.

Andere bedeutsame Industriezweige sind die Chemische Industrie sowie – mit großem Zuwachs seit Ende der 1990er Jahre – die Elektronikindustrie: Nokia stieg zum weltweit führenden Mobilfunkunternehmen auf (bis 2012) und ist das mit Abstand größte Unternehmen in Finnland geworden. Die Landwirtschaft spielt noch eine große Rolle in der finnischen Gesellschaft, auch hinsichtlich der Beschäftigung: rund 300.000 Menschen arbeiten in dem Sektor. Auch die Forstwirtschaft als Zulieferer der Papierindustrie ist sehr bedeutsam, wobei die Finnen sowohl hinsichtlich Beschäftigung als auch als Waldbesitzer involviert sind. Über fünfzig Prozent der finnischen Wälder sind in Privatbesitz (Wikipedia 2013).

Finnlands Wirtschaft wächst in kleinen Raten; im Jahr 2011 lag das Wachstum bei 2,8 Prozent. Allerdings musste Finnland im Jahr der Weltwirtschaftskrise 2009 ein negatives Wachstum von 8,3 Prozent verbuchen. Für die nächsten Jahre werden kleine Wachstumsraten zwischen null und einem Prozent prognostiziert. Dennoch ist Finnland ein wohlhabendes Land, das BIP pro Kopf liegt bei 46.179 US-Dollar, was im internationalen Vergleich der 13. Platz ist (World Bank 2013).

Die Arbeitslosenquote ist während der o.g. Wirtschaftskrise von unter fünf Prozent auf über 15 Prozent gestiegen und seitdem kontinuierlich gesunken auf heute knapp neun Prozent. Auch die Staatsverschuldung hatte nach der Krise ihr höchstes Niveau mit 75 Prozent des BNE, sank bis 2008 auf 36 Prozent und ist seitdem wieder angestiegen auf 51 Prozent in 2010 (Statistics Finland 2010). Im EU-Vergleich steht Finnland damit auf Rang 11 noch relativ gut da (Eurostat 2011).

Der Aufruf der OECD 2009, dass Finnland mehr unternehmen muss, um seine Wirtschaft zu „grünen“ und den Energie- und Materialverbrauch pro Einheit BNE zu reduzieren, insbesondere durch die Förderung von Ökoinnovationen, wurde schnell aufgenommen und vom Netzwerksekretariat des finnischen Nachhaltigkeitsrates unterstützt: zum Beispiel legte die Finnish Funding Agency for Technology and Innovation (Tekes) ein großes Green Growth Programm von 2011 bis 2014 auf.

e) Soziokulturelle Rahmenbedingungen

Seit den 1930er Jahren folgt Finnland dem Nordischen Modell des Wohlfahrtsstaates und führte umfangreiche Maßnahmen in Gesundheit, Sozialfürsorge und Bildung ein (Hjerpe 2010).

Dies führte dazu, dass Finnland im Human Development Index (HDI) von UNDP immer unter den ersten zwanzig Ländern rangierte, und hier wiederum noch auf höheren Rangplätzen bei der Version des Indexes, die soziale Ungleichheiten einbezieht.²³ Dies wiederum korreliert mit dem herausragend guten Wert des Gini-Koeffizienten im gesamten Erhebungszeitraum.²⁴ Auch bei den

²² Alle Daten zu Energie: Statistics Finland 2012, EEA 2013.

²³ Vgl. <http://hdrstats.undp.org/en/countries/profiles/FIN.html> (Zugriff am 13.10.2013).

²⁴ Vgl. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2172.html> (Zugriff am 13.10.2013).

Sustainable Governance Indicators (SGI) der Bertelsmann Stiftung sowie in vielen Einzelaspekten des OECD Better Life Index rangiert Finnland in vorderen Positionen (Bertelsmann Stiftung 2011). Durch die sog. PISA-Studie allgemein bekannt geworden ist Finnlands Spitzenplatz beim Thema Bildungssystem.

Herausforderungen in soziokultureller Hinsicht bestehenden unter anderem durch eine andauernde Landflucht: junge Menschen ziehen in die Städte, wodurch die ländlichen Gemeinden besonders in Ost- und Mittelfinnland unter Bevölkerungsschwund und Überalterung zu leiden haben. Auch insgesamt zeigt die Bevölkerungsstruktur eine Tendenz zur Alterung. Allerdings konnte Finnland durch ein mehrgliedriges Rentensystem Armut im Alter bislang gut vorbeugen. Dennoch ist die Kaufkraft von Rentnern in den letzten Jahren gesunken (Bertelsmann Stiftung 2011).

Im Gender Inequality Index von UNDP rangiert Finnland regelmäßig unter den ersten sieben Plätzen, beim Thema Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern jedoch steht das Land schlechter da als der EU-Durchschnitt (Eurostat 2011).

Gesamteinschätzung:

- **Anforderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik:** Die institutionellen und politischen Rahmenbedingungen Finnlands sind den Anforderungen an eine Governance der nachhaltigen Entwicklung förderlich. Das Vielparteiensystem mit breiten Koalitionsregierungen befördert langfristige Politikplanung; eine starke Beteiligungskultur für Stakeholder begünstigt Partizipation und Reflexivität. Gleiches gilt für die Beteiligung der lokalen Ebene, was positiv für vertikale Koordination ist. Das Unterstützen von lokalen Initiativen ist ein weiteres Element, das direkte Teilhabe und Engagement gesellschaftlicher Gruppen fördert. Das dominante Entscheidungsmuster des Konsenses befördert schließlich auch horizontale Koordination – hier haben sich allerdings in den letzten Jahren Defizite eingestellt mit silo-artigen Strategieentwicklungen.
- **Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung:** Finnland steht besonders an den Schnittstellen von Umwelt und Wirtschaft vor Herausforderungen hinsichtlich nachhaltiger Entwicklung. Hierzu gehört insbesondere der hohe Energieverbrauch und auch bei Ressourceneffizienz gibt es Nachholbedarf. In sozialen Aspekten nimmt Finnland traditionell Spitzenplätze im internationalen Vergleich ein. Auch kulturelle Aspekte sind bedeutsam und haben eine wichtige Identifikationsfunktion. Herausforderungen bestehen, wie in vielen EU-Ländern, im demografischen Wandel, der die Alterungssicherungssysteme in Bedrängnis bringen könnte.

3.7.2 Steckbriefartige Beschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie

Finnland ist eines der Vorreiterländer in Europa hinsichtlich der Institutionalisierung von Nachhaltigkeitspolitik. Bereits 1990, im Vorfeld der Rio-Konferenz, erstellte es einen Nachhaltigkeitsbericht sowie 1995 dessen Fortführung. Die erste Nachhaltigkeitsstrategie wurde 1998 verabschiedet. Als erstes Land in Europa, und nahezu als erstes weltweit, hat Finnland schon 1993 einen Nachhaltigkeitsrat etabliert, der bis heute besteht. Der Rat ist Dreh- und Angelpunkt für alle Nachhaltigkeitsprozesse in Finnland. Mit seiner „gemischten“ Zusammensetzung aus Regierungsvertretern und Zivilgesellschaft ist der Rat sowohl das Kerngremium für Partizipation und erfüllt darüber hinaus Funktionen hinsichtlich horizontaler Koordination (s.u.). Solche Konstellationen sind typisch für die politische Kultur in Finnland: Eine ähnlich gemischte Gruppe entwickelte das erste Indikatorensystem im Jahr 2000 und eine Arbeitsgruppe des Rates evaluierte 2002/03 die

Nachhaltigkeitsstrategie, die dann 2005/06 in einem partizipatorischen Prozess überarbeitet wurde. 2006 verabschiedeten der Nachhaltigkeitsrat und das Kabinett die revidierte Strategie sowie ein überarbeitetes Indikatorensystem. 2009 wurde wiederum eine externe Evaluierung der Strategie durchgeführt sowie 2012 eine externe Evaluierung des Nachhaltigkeitsrates. Beides bildet die Basis für den 2012 lancierten und noch andauernden Revisionsprozess des Rates und der Strategie. Die zukünftige Strategie hat einen langfristigen Zeithorizont („The Finland we want by 2050“) und soll einen Rahmen bilden, innerhalb dessen mit allen relevanten Ressorts und gesellschaftlichen Gruppen (z.B. Unternehmen, Gemeinden, NGOs, Bildungseinrichtungen und lokale Akteure) „operative Vereinbarungen“ getroffen werden mit einem Zeithorizont von 5 bis 10 Jahren zur Erreichung der langfristigeren Ziele. Das Konzept ist inspiriert von dem Vorschlag des WBGU (2011) für einen „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ und soll das Engagement aller Akteure mittels solcher Selbstverpflichtungen erhöhen (mündliche Mitteilung Sauli Rouhinen).

Im finnischen Nachhaltigkeitsdiskurs spielen daneben die sogenannten „Foresight Reports“ der Regierung eine zunehmende Rolle. Pro Legislaturperiode wird jeweils ein solcher Zukunftsbericht erstellt zu Themen, die die Regierung für langfristig (10 bis 20 Jahre) relevant erachtet. So veröffentlichte die Regierung 2009 einen Bericht zu „Langfristiger Klima- und Energiepolitik“ und arbeitet momentan an dem Thema „Nachhaltiges Wachstum und Wohlbefinden“. Bei der Erarbeitung wird immer das Parlament involviert sowie eine breite gesellschaftliche Debatte angestrebt.

Tabelle 11 gibt einen Überblick über die Hauptmerkmale der finnischen Nachhaltigkeitsstrategie von 2006 sowie den Stand der aktuellen Revision in den relevanten Aspekten.

Tabelle 11: Steckbriefartige Beschreibung der finnischen Nachhaltigkeitsstrategie von 2006 sowie Elementen der aktuellen Revision

Inhalte und Ziele	
Leitbild	<p>NH-Strategie 2006</p> <p><u>Leitbild:</u> Gewährleistung von Wohlergehen national und global innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Natur („<i>Assuring well-being within the limits of the carrying capacity of nature nationally and globally</i>“)</p> <p><u>Ziel:</u> Das Wohlergehen der Menschen in einer sicheren und pluralistischen Gesellschaft, in der Partizipation gefördert wird und jeder Verantwortung für die Umwelt übernimmt. (“<i>The objective is to create sustainable well-being in a safe and pluralistic society that promotes participation, and in which all people take responsibility for the environment.</i>“)</p> <p>Entwurf NH-Strategie 2013:</p> <p><u>Leitbild:</u> Ein prosperierendes Finnland innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Natur (“<i>A prosperous Finland within the limits of the carrying capacity of nature</i>“)</p> <p><u>Ziele:</u> Wohlergehen von Mensch und Umwelt, eine gesunde und nachhaltige Wirtschaft und die Förderung von nachhaltigen Lebensstilen („<i>Well-being of people and the environment, a healthy and sustainable economy and the promotion of sustainable lifestyles</i>“)</p>
Ausrichtung der Strategie	Ganzheitlich

Thematische Schwerpunkte	<p>NH-Strategie 2006: Sechs Metaziele:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Balance between the use and protection of natural resources 2. Sustainable communities in a sustainable regional structure 3. Citizens – well-being throughout the entire life cycle 4. The economy as a safeguard for sustainable development 5. Finland as a global actor and bearer of responsibility 6. Supporting sustainable choices <p>Entwurf NH-Strategie 2013: Acht Metaziele</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Equal prospects for well-being 2. A participatory society for citizens 3. Sustainable work 4. A carbon-neutral society 5. Consumption that accounts for the limited carrying capacity of nature 6. Sustainable local communities 7. An economy that is resource wise 8. Decision-making that respects nature
Ziele	<p>NH-Strategie 2006: Sechs Metaziele (s.o.), nicht quantifiziert oder terminiert; genereller Zeithorizont: nach 2030</p> <p>Entwurf NH-Strategie 2013: Acht Metaziele (s.o.), Zeithorizont 2050; geplante Operationalisierung mit mittelfristigen Zielen (5 bis 10 Jahre, auch quantifiziert) und Selbstverpflichtungen aller gesellschaftlicher Gruppen</p>
Umsetzung	
Arbeitsprogramm	<p>NH-Strategie 2006: Schlüsselaktivitäten in der Strategie enthalten</p> <p>Entwurf NH-Strategie 2013: Aktivitäten mittels der operativen Ziele</p>
Finanzbudget	<p>Unterstützung durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • Finnish Funding Agency for Technology and Innovation (Tekes): Green Growth Program • Finnish Innovation Fund (Sitra): Nachhaltige Innovation
Monitoring und Evaluation	
Berichterstattung	34 Leitindikatoren 2006, Bericht 2007; aufgegangen im „Indicator service“ (ca. 100 Indikatoren, online verfügbar, jährliche Fortschreibung); zurzeit erneute Einigung auf ein Nachhaltigkeitsindikatorenset
Evaluation	NH-Strategie 2006: Externe Evaluation 2009
Fortschreibung	noch nicht festgelegt

Horizontale Integration	
Federführung	<ul style="list-style-type: none"> • Verantwortlichkeit: Premierminister (überwiegende Zeit; in kürzere Phasen: andere Minister) • Koordination: „Netzwerksekretariat“ unter Federführung des Umweltministeriums
Interministerielle Koordination	„Netzwerksekretariat“: bereitet die Sitzungen des Nachhaltigkeitsrates vor; setzt sich zusammen aus Beamten von Schlüsselressorts, wirkt koordinierend und stimulierend in die Ministerien hinein
Nachhaltigkeitsprüfung	Geplant, aber nicht umgesetzt; Erweiterung der Umweltverträglichkeitsprüfung (z.B. um Gesundheitsaspekte)
Vertikale Integration	
Bezug zu über- und nachgeordneten Ebenen	<p>Hoch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Übergeordnete Ebene: <ul style="list-style-type: none"> - UNO-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung (Rio+20) - EU NH-Strategie - Rat der Ostseestaaten, Nordischer Rat, Arktis-Rat • Untergeordnete Ebene: Wichtige Rolle von Gemeinden bei der Umsetzung; Eigeninitiativen werden stimuliert
Einbindung von nachgeordneten Ebenen	Hoch: Gemeindevertreter in allen Beratungsgremien
Partizipation nicht-staatlicher Akteure	
Konsultationsverfahren	Immer
Nachhaltigkeitsbeirat	Finnish National Council for Sustainable Development (FNCSD)

Inhalte und Ziele

Die finnische Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2006 basiert auf einem ganzheitlichen Verständnis von Nachhaltigkeit, indem sie das Wohlergehen der Menschen im Rahmen der Tragfähigkeitsgrenzen der Natur in den Mittelpunkt stellt. Sie ergänzt die drei Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft um den kulturellen Aspekt, wobei die Erhaltung kultureller Vielfalt und die starke Bedeutung von Natur in finnischen Lebensstilen hervorgehoben werden, und betont die gegenseitige Abhängigkeit dieser Dimensionen. Die „Prinzipien“ für Nachhaltigkeit umfassen außerdem, dass die Langfristigkeit von Politik beachtet werden soll, ebenso wie vertikale und horizontale (sektorale) Kohärenz, wobei die globale Dimension gar im übergeordneten Leitbild eingeschlossen ist. Daneben wird eine starke wissenschaftliche Basis und Risikofolgeabschätzung sowie Chancengleichheit für Individuen und das Schaffen von Voraussetzungen, damit die Bürger nachhaltige Entscheidungen treffen können, hervorgehoben. Im Vergleich dazu stellt der Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie 2013 die wirtschaftliche Dimension im Leitbild mehr in den Mittelpunkt („Ein prosperierendes Finnland“; den Zielen ist „eine gesunde und nachhaltige Wirtschaft“ hinzugefügt; Sustainable Development Strategy Group 2013), behält aber die Bedingung bei, innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Natur zu bleiben und fügt den Zielen die Beförderung von nachhaltigen Lebensstilen bei. Ebenso sind die Prinzipien im Wesentlichen übernommen.

Die thematischen Schwerpunkte der Strategie 2006 sind in Form von sechs übergeordneten Zielen formuliert (Entwurf 2013: acht), aus denen sich konkrete Ziele und Handlungsfelder ableiten. Die finnische Strategie 2006, und ebenso ihre Vorläufer, nimmt jedoch keine Quantifizierung und Terminierung der Ziele vor, was in der Evaluation 2009 kritisch hervorgehoben wurde – ein Defizit,

das mit dem jetzt eingeschlagenen Weg der freiwilligen Selbstverpflichtungen behoben werden soll.

Umsetzung

Die Strategie 2006 benennt konkrete Handlungsfelder sowie laufende und geplante Maßnahmen zu einzelnen Politikfeldern innerhalb der sechs Metaziele. Für die zukünftige Strategie ist geplant, dass die Umsetzung mittels der operativen Ziele, das heißt durch die Aktivitäten der Regierung, der Wirtschaft und gesellschaftlicher Gruppen erfolgt. Eine neue Entwicklung ist, dass die beiden Agenturen, die Innovationsprojekte fördern und finanzieren, ihre Programme an Nachhaltigkeit beziehungsweise grünem Wachstum ausgerichtet haben und aktiv an der Neuausrichtung der Nachhaltigkeitsstrategie beteiligt sind. Hierzu gehört die Finnish Funding Agency for Technology and Innovation (Tekes) mit einem Budget von ca. 500 Millionen Euro für Forschung, Unterstützung, Pilotprojekte und Gründungskapital, die besonders die Zusammenarbeit von Universitäten mit dem Privatsektor und vor allem KMUs im Auge hat. Die kleinere Agentur Sitra (Finnish Innovation Fund) mit einem Budget von rund 70 Millionen Euro hat ähnliche Ziele, aber einen Schwerpunkt auf Training (z.B. von Entscheidungsträgern zu Themen wie die Wissensökonomie).

Monitoring und Evaluation

Mit den 2006 verabschiedeten 34 Leitindikatoren wurden 2007 und 2009 Fortschrittsmessungen vorgenommen (Finnish Ministry of the Environment and Ramboll Management Consulting 2009). Im gleichen Jahr entwickelte und lancierte eine gemischte Arbeitsgruppe den „Indicator Service“ – ein breiteres Set von rund hundert Indikatoren, die als Ergänzung zum BSP erachtet werden und von der Statistikbehörde jährlich fortgeschrieben werden (Finnish Prime Minister's Office 2009). Ein eigenes Berichtswesen mit der Verbindung zur Nachhaltigkeitsstrategie oder einzelnen Politikfeldern besteht nicht. Im Rahmen der aktuellen Revision der Nachhaltigkeitsstrategie wird erneut eine Einigung auf ein neues Indikatorenset herbeigeführt werden. Die extern unterstützte Evaluation der Strategie 2009 sowie des Rates 2012 sind die Basis für die aktuellen Revisionen beider Institutionen. Für die Zukunft ist geplant, dass der Nachhaltigkeitsrat die Umsetzung der „operativen Ziele“ (gesellschaftlichen Selbstverpflichtungen / „societal commitments“) fördert und Fortschritte misst mittels des zukünftigen Indikatorensets und jährlichen Veranstaltungen (Sustainable Development Strategy Group 2013).

Horizontale Integration

Durch den Vorsitz im Nachhaltigkeitsrat liegt die politische Verantwortung für die Strategie beim Premierminister. Es wird in Finnland als Erfolg bewertet, dass dieses Arrangement bis auf wenige Jahre, in denen der Sozialminister den Vorsitz innehatte, gelang. Die Nachhaltigkeitsstrategie wird vom Rat verabschiedet, dem Schlüsselminister angehören, als auch vom gesamten Kabinett. Die Koordination der Ratstätigkeiten wird von einer Gruppe von zuletzt zwanzig Beamten aus Ministerien und anderen Institutionen vorgenommen, die sich zur Kennzeichnung des Koordinationsstils bewusst „Netzwerksekretariat“ nennt. Die Leitung liegt beim Umweltministerium, das auch als Motor der Strategieprozesse und für Integrationsbemühungen erachtet werden kann. Eine Ansiedlung des Sekretariats im Büro des Premierministers wurde zwar verfolgt, aber nicht umgesetzt. Erfolgreich hingegen war die Ausweitung des Netzwerksekretariats auf mehr Ministerien (zuletzt 11 von insgesamt 12 Ministerien), so zum Beispiel das Verteidigungsministerium. Horizontale Koordination erfolgt also, der politischen Konsenskultur entsprechend, auf „weiche“ Art und Weise mittels Stimulation, Einwirkung auf Politikentwicklungen der Ministerien durch die Mitglieder des Netzwerksekretariats und Überzeugung. Der lange Atem, immer wieder neue Ansätze, Untergruppen

und Konsensbildungsrunden zu lancieren, kann dabei als charakteristisch für Finnland gesehen werden.

Jedoch haben jüngere Entwicklungen die Koordinationsbemühungen unterminiert: Bei der Strategieentwicklung 2006 waren alle Ressorts beteiligt und wurden alle dann bestehenden sektoralen Strategien einbezogen. Dennoch hat in den Folgejahren der Bezug auf die Nachhaltigkeitsstrategie nachgelassen und es wurden „silo-artig“ mehr und mehr sektorale Strategien entwickelt. Gleichzeitig nahmen einerseits die Regierungs-/Koalitionsprogramme zu, die als „Herz der finnischen Politik“ bezeichnet werden, was den Gestaltungsspielraum der Ministerialverwaltung einschränkte. Andererseits führte Personalreduzierung dazu, dass die Verwaltung weniger Kapazität hatte, die Relevanz der Nachhaltigkeitsstrategie und anderer Strategien für den eigenen Sektor zu interpretieren. Dieser Entwicklung erneut gegenzusteuern war eine weitere Motivation für die zurzeit durchgeführte Revision der Nachhaltigkeitsstrategie. Auch sollen die „Foresight“-Berichte der Regierung, und besonders der anstehende Bericht zu „Sustainable Growth and Wellbeing 2030“, besser einbezogen werden.

Vertikale Integration

Vor dem Hintergrund der frühen Reaktion auf die Beschlüsse der Rio Konferenz 1992 nahmen die finnischen Nachhaltigkeitsstrategien schon immer starken Bezug auf die globale Ebene, was in 2006 sogar Teil des Leitbilds und übergeordneten Ziels war. Beim Entwurf 2013 bleibt globale Verantwortung eines der Prinzipien. Auch der Bezug zur EU-Ebene ist sehr stark: Die 2006 Revision zum Beispiel hatte in erster Linie das Ziel, die finnische Strategie mit der ebenso in 2006 revidierten EU-Nachhaltigkeitsstrategie in Übereinstimmung zu bringen. Ebenso sollte deren zukünftigen Revisionszyklen gefolgt werden, was 2009 mit einer externen Evaluierung erfolgte. Finnland ist außerdem sehr engagiert in den Nachhaltigkeitsaktivitäten der regionalen Verbände Baltischer, Nordischer und Arktischer Rat.

Hinsichtlich der untergeordneten Ebenen ist Finnland geprägt von einem starken „Bottom-up“-Ansatz: Die Bedeutung der lokalen Ebene wird betont; lokale Initiativen werden beworben und befördert und lokale Verbände sind selbstredend Teil aller Beratungs- und Konsensbildungsprozesse. Eher problematisch erscheint in jüngerer Zeit die regionale Ebene zu sein: Hier sind Aufsichtsbehörden angesiedelt, deren Umstrukturierung zu Defiziten bei der Aufsichtsfunktion im Umweltbereich geführt hat.

Lokale Agenden 21 spielten immer eine wichtige Rolle und Anfang der 2000er Jahre hatten achtzig Prozent der Gemeinden einen Lokale-Agenda-21-Prozess gestartet (Niestroy 2005: 114). Der finnische Gemeinde- und Regionalverband hatte schon 1997 eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet, das heißt vor der ersten nationalen Strategie. Eine vertikale Koordination im engeren Sinne fand weniger statt, da die nationale Strategie im Wesentlichen als Lernprozess erachtet wurde (ebd.). In jüngerer Zeit haben sich etliche Initiativen hinsichtlich „low-carbon“ oder „carbon-neutral“ Gemeinden gegründet (z.B. HINKU Forum²⁵ und CANEMU – carbon neutral municipalities²⁶).

²⁵ Vgl. http://www.hinku-foorumi.fi/en_GB/ (Zugriff am 13.10.2013).

²⁶ Vgl. <http://www.managenergy.net/news/articles/articles/43#Ulg-DSBBVIU> (Zugriff am 13.10.2013).

Partizipation nicht-staatlicher Akteure

Auch die Partizipation nicht-staatlicher Akteure gehört wie selbstverständlich zur finnischen politischen Konsenskultur. Der finnische Nachhaltigkeitsrat FNCSO ist ein „gemischtes“ Gremium, das heißt zusammengesetzt aus Regierungsvertretern, Abgeordneten des Parlaments von allen Parteien, Wirtschaftsverbänden und zivilgesellschaftlichen Gruppen. Dieses Prinzip gemischter Konsultationsgremien ist gewissermaßen Standard und wird entsprechend auch für andere Themen und Konsultationsverfahren angewandt. Zusätzlich zu solchen Gruppen, zeitlich begrenzt eingesetzt oder permanente Gremien wie der Nachhaltigkeitsrat, werden auch breitere Konsultationen durchgeführt. Bemerkenswert ist schließlich, dass in Finnland keine „Beteiligungsmüdigkeit“ zu erkennen ist, wie es anderswo häufig kritisiert wird.

Die Konzeption des finnischen Nachhaltigkeitsrates geht zurück auf die Agenda 21 (1992), in der eine verstärkte Partizipation der Öffentlichkeit sowie bessere Koordinationsstrukturen als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung deklariert wurden. Viele Länder legten bei der Einrichtung von Nachhaltigkeitsräten den Schwerpunkt auf den zweiten Aspekt. Der politischen Konsenskultur entsprechend ist Finnland eines der wenigen Beispiele für eine gelungene Funktionsmischung, das heißt mit tatsächlicher Beteiligung nicht-staatlicher Akteure. Der Rat bestand zuletzt aus 47 Mitgliedern, davon 18 Regierungsvertreter (der Premierminister als Vorsitzender, der Umweltminister als Stellvertreter, sechs weitere Minister, zehn Ministerialbeamte auf Staatssekretärs- oder Abteilungsleiterniveau), vier Parlamentsabgeordnete, sowie 25 nicht-staatliche und lokale Vertreter (Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Bildungseinrichtungen und Wissenschaft).

Diese Kombination aus hochrangiger politischer Führung und einer breiten gesellschaftlichen Beteiligung wird ganz überwiegend als erfolgreich erachtet, was zu der fast zwanzigjährigen Beibehaltung dieses „finnischen Modells“ führte (Finnish Prime Minister's Office 2006: 9). In der Revision des Rates 2012 wurden insbesondere eine gewisse Festgefahrenheit und mangelnde konzeptionelle Innovationskapazität kritisiert. Nach Diskussion verschiedener Alternativen wurde schließlich entschieden, das Modell beizubehalten und um ein unabhängiges Expertengremium zu ergänzen. Dieses wird von der oben genannten Innovationsagentur Sitra eingerichtet, die jetzt auch Mitglied im Rat ist und somit die Verbindung zu dem Expertengremium darstellen wird. Am 3. Oktober 2013 wurde der Rat mit jetzt 54 Mitgliedern in nahezu gleicher Zusammensetzung neu besetzt. Den Vorsitz hat jetzt aufgrund neuer interner Aufgabenverteilung die stellvertretende Ministerpräsidentin (Finanzministerin) inne. Neben der starken Stellung des Finanzministeriums im Kabinett wird auch als vorteilhaft erachtet, dass die Ministerin sehr engagiert in Nachhaltigkeitsfragen ist.

3.7.3 Quellen

1) Strategiedokumente

Finnish Ministry of the Environment and Ramboll Management Consulting 2009: National Assessment of Sustainable Development 2009. Helsinki. URL:

www.environment.fi/download.asp?contentid=119228&lan=en (Zugriff am 08.03.2013).

Finnish Prime Minister's Office 2006: Towards Sustainable Choices. A Nationally and Globally Sustainable Finland. The National Strategy for Sustainable Development. Helsinki: Prime Minister's Office Publications 7/2006. URL: www.ymparisto.fi/download.asp?contentid=57597 (Zugriff am 08.03.2013).

Sustainable Development Strategy Group 2013: Proposal for a new Strategy “The Finland we want by 2050 – Society’s commitment to sustainable development”. Internal Document.

2) Weitere Quellen

Arter, David 1999: Scandinavian politics today. Manchester: Manchester University Press.

Auffermann, Burkhard 2003: Das politische System Finnlands. In: Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Westeuropas, 3. Auflage. Opladen.

Bertelsmann Stiftung 2011: Sustainable Governance Indicators Finland. URL: http://www.sgi-network.org/index.php?page=countries_status&country=FIN&pointer=13#point_13 (Zugriff am 13.10.2013).

Earth Council 2000: NCSD Report 1999-2000. National Experiences of Integrative, Multistakeholder Processes for Sustainable Development. URL: http://www.rrcap.unep.org/nsds/pub/NCSD_report.pdf (Zugriff am 02.10.2013).

European Environment Agency (EEA) 2013: Daten und Karten – Gesamtprimärenergieverbrauch. URL: <http://www.eea.europa.eu/data-and-maps/indicators/total-primary-energy-intensity-1/assessment> (Zugriff am 13.10.2013).

Eurostat 2011: Gender Pay Gap 2011. URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php?title=File:Figure1_The_unadjusted_gender_pay_gap,2011.png&filetimestamp=20130228140640 (Zugriff am 05.10.2013)

Eurostat 2012: Government Debt: Maastricht debt as a percentage of GDP, 2011–2012 http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php?title=File:Maastricht_debt_as_a_percentage_of_GDP,2011%E2%80%932012.png&filetimestamp=20130717085627 sowie <http://www.tradingeconomics.com/finland/government-debt-to-gdp> (Zugriff am 02.10.2013).

Eurostat 2013: Heating degree-days - annual data. URL: http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nrg_esdgr_a&lang=en (Zugriff am 04.10.2013).

Finland.fi 2008: Sinfonie der Kontraste – Wetter und Licht in Finnland. URL: <http://finland.fi/Public/default.aspx?contentid=160034&nodeid=41799&culture=de> (Zugriff am 04.10.2013).

Finnish Prime Minister’s Office 2009: Findicator Service. URL: www.findicator.fi (Zugriff am 04.10.2013).

Hjerpe, Riitta 2010: An Economic History of Finland. Helsinki: University of Helsinki. <http://eh.net/encyclopedia/article/hjerpe.finland> (Zugriff am 02.10.2013).

Niestroy, Ingeborg 2005: Sustaining Sustainability – a benchmark study on national strategies towards sustainable development and the impact of councils in nine EU member states. EEAC series, Background study No.2. Utrecht: Lemma.

- OECD 2009: OECD Environmental Performance Review of Finland. Conclusions and Recommendations. URL: <http://www.oecd.org/env/country-reviews/bycountry/finland/> (Zugriff am 02.10.2013).
- OECD Better Life Index 2013: Finland. URL: <http://www.oecdbetterlifeindex.org/countries/finland/> (Zugriff am 05.10.2013).
- Overesch, Anne 2007: Wie die Schulpolitik ihre Probleme (nicht) löst. Deutschland und Finnland im Vergleich.
- Petermann, Thomas und Maik Poetzsch 2012: Nachhaltigkeit und Parlamente – Bilanz und Perspektiven Rio+20. Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag. Arbeitsbericht Nr. 155.
- Statistics Finland 2012: Energy in Finland – Pocketbook 2012.
- Statistics Finland 2013: Manufacturing http://www.stat.fi/tup/suoluk/suoluk_teollisuus_en.html, Unemployment http://www.stat.fi/til/tyti/2013/01/tyti_2013_01_2013-02-26_tie_001_en.html, Government debt http://www.stat.fi/til/jali/2010/jali_2010_2011-09-30_tau_003_en.html, Greenhouse gas emissions in 2011 http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nrg_esdgr_a&lang=en (Zugriff am 02.10.2013).
- Wikipedia 2013: Finnland. URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Finnland> (Zugriff am 04.10.2013).
- Wirtschaftskammer Österreich 2013: Europa Wirtschaftswachstum. URL: <http://wko.at/statistik/eu/europa-wirtschaftswachstum.pdf> (Zugriff am 10.10.2013).
- Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveraenderungen (WBGU) 2011: Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.
- World Bank 2013: GDP per capita. URL: http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD?order=wbapi_data_value_2012+wbapi_data_value+wbapi_data_value-last&sort=desc (Zugriff am 10.10.2013).
- WWF, GFN, ZSL 2012: Living Planet Report 2012. Biodiversity, biocapacity and better choices.

3.8 Wales

Wales bildet zusammen mit Schottland, England und Nordirland das Vereinigte Königreiches. Es liegt im Westen der britischen Insel, grenzt im Osten an England und im Westen an den Atlantischen Ozean. Die Hauptstadt von Wales ist Cardiff mit etwa 350.000 Einwohnern. Das Land hat eine Fläche von ca. 21.000 km² und eine Bevölkerung von gut 3 Millionen Menschen. Wales' Landschaft ist vor allem durch die lange Küste, und somit auch durch ein maritimes Klima gekennzeichnet. Das Land ist in 22 *council areas* unterteilt (Welsh Government 2013a).

3.8.1 Kontextbedingungen für Nachhaltigkeitspolitik

a) Institutionelle Rahmenbedingungen

Wales ist Teil des Einheitsstaates Vereinigtes Königreich (VK). Somit liegt die eigentlich exekutive und legislative Macht durch das Zweikammersystem und die Regierung beziehungsweise die Englische Krone in London. Im dortigen Parlament ist Wales mit vierzig Repräsentanten vertreten. Zusätzlich gibt es noch das Wales Office, welches Teil der Regierung des VK ist (Welsh Government 2013a).

Im Jahr 1998 wurde jedoch der *Government of Wales Act* verabschiedet, welcher die Grundlagen für eine Nationalversammlung in Wales legte. Dies geschah im Zusammenhang mit der Übertragung von Kompetenzen an Regionen im VK, der sogenannten Devolution. Im Jahr 1999 wurde zum ersten Mal die Assembly of Wales gewählt. Sie wird alle vier Jahre gewählt und besteht aus sechzig Repräsentanten. Im Jahr 2006 wurde der Government of Wales Act neu aufgelegt und formuliert alle heutigen Kompetenzen der walisischen Nationalversammlung. Außerdem wurde in dem Jahr zusätzlich zu der Nationalversammlung eine Regierung eingeführt. So wurde erst 2007 die Legislative von der Exekutive getrennt. Die Regierung besteht aus einem First Minister, der durch die Nationalversammlung vorgeschlagen und durch die Königin ernannt wird. Der First Minister wiederum ernennt die elf Kabinettsmitglieder und deren Stellvertreter. Die walisische Politik hatte ursprünglich limitierte Machtoptionen. Die Versammlung konnte Gesetze von der Regierung des VK erweitern, einschränken oder verändern. Dennoch war die walisische Regierung keine souveräne Regierung, das heißt sie hatte keine ausschließliche rechtliche Selbstbestimmung. Seit einem Referendum im Jahr 2011 hat die Regionalregierung allerdings die Möglichkeit, eigenständig Gesetze in zwanzig Politikfeldern²⁷, unter anderem Umwelt, Fischerei und Landwirtschaft, zu erlassen (Welsh Government 2013a).

Die Versammlung wird nach einem gemischten System gewählt. Von sechzig Sitzen werden vierzig nach dem *First Past the Post System* gewählt, welches auch auf britischer Ebene praktiziert wird. Dazu ist das Land in Wahlkreise unterteilt. Zwanzig weitere Mitglieder der Versammlung werden in fünf Regionen über das *Additional Member System* gewählt. Hierzu stellen die Parteien regionale Wahllisten auf. Die jeweils vier Sitze pro Region werden dann nach dem Verhältniswahlrecht besetzt (National Assembly for Wales 2013b).

²⁷ 1) Agriculture, fisheries, forestry and rural development, 2) Ancient monuments and historic buildings, 3) Culture, 4) Economic development, 5) Education and training, 6) Environment, 7) Fire and rescue services and promotion of fire safety, 8) Food, 9) Health and health services, 10) Highways and transport, 11) Housing, 12) Local government, 13) National Assembly for Wales, 14) Public administration, 15) Social welfare, 16) Sport and recreation, 17) Tourism, 18) Town and country planning, 19) Water and flood defence, 20) Welsh language (Government of Wales Act 2006, Schedule 7, siehe <http://www.legislation.gov.uk/ukpga/2006/32/schedule/7> (Zugriff am 09.10.2013))

In Bezug auf institutionalisierte Formen der Beteiligung lässt sich vor allem das Instrument der Online-Konsultationen feststellen. Durch die offene Konsultation über einen bestimmten Zeitrahmen können Bürger ihre Meinungen zu geplanten Gesetzesvorhaben einbringen (Welsh Government 2013b). Auch über die Devolution wurde durch ein Referendum abgestimmt (Welsh Government 2011). Solche Methoden haben das Potential, in Zukunft häufiger genutzt zu werden, da die britische Verfassung als Sammlung mehrerer Verträge relativ flexibel ist (Sturm 2009).

b) Politische Rahmenbedingungen

In Wales haben sich die Parteien, die auch auf britischer Ebene aktiv waren, für die nationalen Wahlen formiert. Somit gibt es vier einflussreiche Parteien: Welsh Labour, Welsh Conservative Party, Welsh Liberal Democrats und die walisische Nationalpartei Plaid Cymru. Bei den letzten Wahlen 2011 war Welsh Labour die erste Kraft (30 Sitze), zweitstärkste Kraft waren die Konservativen (12 Sitze), und auf dem dritten Rang lag die Plaid Cymru (11 Sitze). Die kleinste Fraktion wird von den Liberalen gestellt (5 Sitze). Weitere Parteien, die allerdings nicht in die Nationalversammlung eingezogen sind, sind die UKIP (United Kingdom Independence Party), Welsh Green und Socialist Labour (National Assembly for Wales 2013a). Obwohl Welsh Labour keine absolute Mehrheit erreichen konnte, stellt sie nun eine Minderheitsregierung. Der aktuelle Regierungschef ist der sogenannte *First Minister* Carwyn Jones. Die Ministerien sind somit auch von Repräsentanten von Welsh Labour besetzt (Welsh Government 2013a).

Welsh Labour ist eine Arbeiterpartei, die sich hauptsächlich für eine gute Wirtschaft, gute Arbeitsbedingungen, Bildungsgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit einsetzt (Welsh Labour 2011). Die Regierung war seit ihrer Wahl relativ stabil, da Labour bereits zuvor regiert hat und im Vergleich zur letzten Wahl Stimmen dazu gewonnen hat. Außerdem fehlt ihr nur ein Sitz zur absoluten Mehrheit.

c) Geografisch-naturräumliche Rahmenbedingungen

Wales hat ein maritimes Klima, eine große Küstenlandschaft und eine Fläche, die zu achtzig Prozent zur Land- und Viehwirtschaft genutzt wird. Weitere 12,5 Prozent sind von Wald bedeckt. Die Siedlungsdichte für Menschen ist demnach sehr gering; es leben lediglich 150 Menschen pro Quadratkilometer (Welsh Government 2013a). Durch die ehemals sehr große Industrie in Wales werden zurzeit Studien durchgeführt, die die Konzentration von diversen Chemikalien und nukleare Kontamination bestimmen sollen (Welsh Government 2013c). Nukleare Kontamination, saurer Regen und eine hohe Konzentration und Sulfurdioxid konnten in der Vergangenheit nachgewiesen werden (Eurostat, 2005a).

Wales verfügt über große Windressourcen, genauso wie über Wellen- und Gezeitenenergie sowie Potentiale zum weiteren Ausbau von Sonnenergie und Biomasse. Die Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien sind groß, da die Kohle- und Gasförderung im internationalen Vergleich weniger produktiv und weniger effizient sind (Welsh Government 2013e). Außerdem muss sich Wales auf Klimawandelfolgen durch Flut und Erosion der Küsten einstellen, denn eins von sechs Gebäuden ist einem Flutrisiko ausgesetzt. Auch leben mehr als 350.000 Menschen in Gegenden, die von Fluten bedroht werden könnten. Das entspricht einem Zehntel der walisischen Bevölkerung (Welsh Government 2013d).

d) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zahlen zur Staatsverschuldung liegen für Wales nicht vor. Als Anhaltspunkt wird hier der Wert für Großbritannien angeführt. Das Vereinigte Königreich ist zu 90 Prozent seines BIP verschuldet. Vor 5 Jahren betrug die Staatsverschuldung nur gut 50 Prozent des BIP (Eurostat 2013).

In Wales sind 69,8 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auch erwerbsfähig. Dies sind leicht weniger als im landesweiten Durchschnitt des Vereinigten Königreichs (71,3%). Die Arbeitslosenquote beträgt 8,3 Prozent (VK: 7,9%) (EURES 2013).

Wales lebt zum großen Teil von Land- und Viehwirtschaft; ungefähr achtzig Prozent der Fläche des Landes wird hierfür verwendet (Welsh Government 2013a). Der Sektorservice ist im Vergleich zum Nachbarn England relativ klein, da es weniger große Wirtschaftszentren und Städte gibt. Dennoch wächst der Tourismus stetig, was zu einem Wachstum an Hotels, Restaurants und anderen Serviceleistungen in der Tourismusbranche geführt hat. Dieses Wachstum resultiert auch aus einem schwächelnden Industriesektor. Obwohl Industrie in Wales historisch sehr stark war, wurde der Sektor wegen mangelnder Produktivität immer kleiner. Somit schrumpft sowohl die Kohleindustrie als auch die Manufaktur. Immer noch relevant ist für Wales die Montage in der Automobilindustrie (Eurostat 2005b)

Die Energie, die in Wales verbraucht wird, ist zu einem großen Teil importiert. Der Energiemix wird durch Öl und Gas dominiert. Außerdem bezieht Wales zu einem großen Teil Energie aus Nuklearreaktoren, wovon ein geringer Teil durch einen Reaktor vor Ort produziert wird. 5,1 Prozent der Elektrizität wurde zuletzt aus erneuerbaren Quellen produziert. In den letzten zehn Jahren gab es hier eine deutliche Steigerung (Statistics for Wales 2012). Hierbei wird hauptsächlich auf die im Übermaß vorhandene Ressource Windkraft zurückgegriffen. Außerdem produziert Wales Energie aus Wasser und zu einem geringeren Maß aus Photovoltaik. Es gibt zurzeit noch keinen Netzausbau, der den ausschließlich im Norden produzierten Strom aus erneuerbaren Quellen in den Süden exportiert (Welsh National Assembly 2009: 4ff.).

e) Soziokulturelle Rahmenbedingungen

Die Geburtenrate in Wales ist in den letzten zehn Jahren von 1,66 auf 1,9 Kinder pro Frau gestiegen. Die Lebenserwartung in Wales liegt für Frauen bei 82,2 und für Männer bei 78 Jahren. Höhere Geburtenraten und längere Lebenserwartung führten zu einem Bevölkerungswachstum von 2,9 Millionen Einwohnern im Jahr 2003 auf 3,1 Millionen im Jahr 2013. Davon bezeichnen sich ca. 95 Prozent als „britisch-weiß“, zwei Drittel der Bewohner von Wales sprechen von sich als „Walisier“ und nur 5 Prozent kommen aus dem nicht-britischen Ausland. Die größte Minderheitengruppe sind Asiaten (2,3%) (Statistic for Wales 2012).

Das Bildungsniveau hat sich in den letzten Jahren verbessert; inzwischen hat ein Viertel der Menschen auf dem Arbeitsmarkt einen Universitätsabschluss. Auch die Anzahl von Schülern, die den standardisierten Test General Certificate of Secondary Education (GCSE) mit fünf oder mehr bestandenen Fächern absolvieren, ist gestiegen. Dennoch haben 25 Prozent der Bevölkerung „limited literacy skills“ und mehr als die Hälfte „limited numeracy skills“ (Welsh Government 2006).

Hier fällt auf, dass Frauen weniger qualifiziert sind als Männer. Fast ein Drittel der Frauen hat keine formale Ausbildung. Außerdem arbeiten vier von 19 Frauen in Teilzeit; hingegen arbeitet nur einer von zehn Männern in Teilzeit. Diese Zahlen beginnen sich zu verändern, denn Mädchen sind

auf allen Levels von formaler Bildung inzwischen besser repräsentiert und auch erfolgreicher als Jungen (Statistics for Wales 2007).

Die relative Armut, gemessen an dem Durchschnittseinkommen pro Haushalt, hat in den letzten zehn Jahren in Wales abgenommen. Hier werden die Haushalte berücksichtigt, die weniger als sechzig Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung haben. 23 Prozent (VK: 22%) der Haushalte wird nach diesem Standard als arm eingestuft. Von den Haushalten mit Kindern fallen allerdings sogar 33 Prozent (VK: 28%) unter die Armutsgrenze (Welsh Government 2012).

Gesamteinschätzung:

- **Anforderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik:** Wales hat verfassungsrechtlich zwar nur begrenzte Kompetenzen gegenüber der föderalen Ebene, jedoch befinden sich viele dieser Kompetenzen in nachhaltigkeitsrelevanten Bereichen. Seit 2011 verfügt das Land über größere Gestaltungsmöglichkeiten, da es eigenverantwortlich Gesetze innerhalb der zwanzig Politikbereiche erlassen kann. Vertikale Integration erfolgt im Vereinigten Königreich über die Repräsentation der Waliser im nationalen Parlament und über das Wales Office. Partizipation wird in Wales über die häufig genutzte Methode der Online-Konsultation ermöglicht. Die Tatsache, dass die Minderheitsregierung für Politikvorhaben eine Mehrheit im Parlament benötigt, deutet auf die notwendige Reflexivität von Entscheidungen hin. Die Stabilität der Regierung – auch wenn Wales erst seit 2007 überhaupt über eine Regierung verfügt – ist eine gute Voraussetzung für die auf Langfristigkeit ausgelegte Governance nachhaltiger Entwicklung. Insgesamt scheinen die institutionellen und politischen Rahmenbedingungen in Wales in weiten Teilen in Einklang zu stehen mit den Anforderungen an eine Governance der nachhaltigen Entwicklung, auch wenn die ersten Erfahrungen noch keine Aussagen über die langfristige Stabilität und Effizienz des politischen Systems zulassen.
- **Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung:** In allen drei Dimensionen von nachhaltiger Entwicklung sieht sich Wales mit massiven Herausforderungen konfrontiert. Hierzu gehören die Chemikalienverseuchung von Böden, Klimaveränderungen (Flut, Erosion der Küsten), der Ausbau von Stromnetzen zur Versorgung weiterer Landesteile mit erneuerbaren Energien, die steigende Staatsverschuldung des gesamten VK, der strukturelle Wandel der Wirtschaft von der Industriedominanz hin zu einem größeren Dienstleistungssektor sowie die Bildung und die Gleichstellung von Frauen.

3.8.2 Steckbriefartige Beschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie

Im Rahmen des Government of Wales Act 1998 beziehungsweise 2006 wird der walisischen Regierung eine Verpflichtung zur Förderung nachhaltiger Entwicklung auferlegt. Diese Verpflichtung wird in Abschnitt 79 des Government of Wales Act 2006 erläutert. Demnach muss die walisische Regierung eine Nachhaltigkeitsstrategie auflegen und regelmäßig überprüfen, dabei die Beteiligung von Stakeholdern gewährleisten und in den Jahren, die auf eine Parlamentswahl folgen, einen Rechenschaftsbericht über die Effektivität der getroffenen Maßnahmen ablegen.

Die erste walisische Nachhaltigkeitsstrategie stammte aus dem Jahr 2000 und trug den Titel „Learning to Live Differently“. Die nächste Strategie, unter dem Titel „Starting to Live Differently“, erschien vier Jahre später (WAO 2010). Die heute noch gültige Strategie „One Wales: One Planet“ stammt aus dem Jahr 2009. Sie wurde 2011 einem externen Review durch PricewaterhouseCoopers unterzogen (PwC 2011). Hauptmerkmal der aktuell gültigen Strategie ist die Umsetzung

der Verpflichtung zur Förderung nachhaltiger Entwicklung in allen Politikbereichen, in denen die walisische Regierung über Kompetenzen verfügt: „*In Wales, the Welsh Assembly Government is proud that sustainable development is a core principle within its founding statute. We were, and indeed remain, one of the few administrations in the world to have a distinctive statutory duty in relation to sustainable development. This duty, under the Government of Wales Act 2006 (Section 79), requires Welsh Ministers to make a scheme setting out how they propose, in the exercise of their functions, to promote sustainable development.*“ (Welsh Assembly Government 2009: 8).

Gegenwärtig plant die walisische Regierung eine Gesetzesinitiative, die die Verpflichtung zur Förderung nachhaltiger Entwicklung auf den gesamten öffentlichen Sektor ausdehnen soll. Die Gesetzesvorlage, die den Arbeitstitel „Future Generations Bill“ trägt, wurde bereits zwei öffentlichen Online-Konsultationen unterzogen. Sie wird voraussichtlich im Sommer 2014 verabschiedet. Neben der ausgedehnten *duty* enthält das Gesetz Vorgaben zur Etablierung eines Nachhaltigkeitsrates sowie zur obligatorischen Ex-post-Beurteilung von nachhaltigkeitsrelevanten Wirkungen von Regierungsvorhaben (Welsh Government 2012b, 2013; Davies 2013). Mit dem Future Generations Bill will Wales explizit als Vorbild für andere Länder und Regionen in puncto Nachhaltigkeit fungieren (Welsh Government 2013f: 2).

Der Future Generations Bill wird die derzeitige Nachhaltigkeitsstrategie „One Wales: One Planet“ im kommenden Jahr ablösen. Die folgende Tabelle 12 beschränkt sich daher nicht nur auf die gegenwärtige walisische Nachhaltigkeitsstrategie, sondern erweitert die Informationen – wo immer es zum jetzigen Zeitpunkt bereits möglich ist – um die geplanten Aktivitäten beziehungsweise Vorgaben im Rahmen des Future Generations Bill.

Tabelle 12: Steckbriefartige Beschreibung der walisischen Nachhaltigkeitsstrategie

Inhalte und Ziele	
Leitbild	<p>NH-Strategie 2009: Nachhaltige Entwicklung als zentrales Organisationsprinzip der walisischen Regierung</p> <p>Future Generations Bill 2014: Nachhaltige Entwicklung als zentrales Organisationsprinzip aller öffentlichen Institutionen</p>
Ausrichtung der Strategie	Ganzheitlich
Thematische Schwerpunkte	<p>Fünf Schwerpunktthemen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Nachhaltige Ressourcennutzung 2. Erhalt der Umwelt 3. Nachhaltige Wirtschaft 4. Nachhaltige Gesellschaft 5. Das Wohlergehen von Wales
Ziele	Einige quantifizierte und terminierte Ziele (insb. aus dem Umwelt- und Ressourcenbereich), andere qualitativ (z.B.: eine robuste Wirtschaft, mehr einheimische Lebensmittel, Schere zwischen Arm und Reich vermindern)
Umsetzung	
Arbeitsprogramm	Ja
Finanzbudget	Ja

Monitoring und Evaluation	
Berichterstattung	Jährliche Veröffentlichung von Indikatorenberichten Fünf Leitindikatoren (ergänzt durch 24 weitere Indikatoren): <ul style="list-style-type: none"> • Ecological Footprint • Percentage of Biodiversity Action Plan habitats and species recorded as stable or increasing • Gross Value Added (GVA) and GVA per head • Percentage of the population in low-income households • Wellbeing in Wales
Evaluation	Jährliche Rechenschaftsberichte der Regierung an das Parlament 1 Jahr nach Parlamentswahlen: Externe Wirksamkeitsprüfung (2003 / 2008 / 2011)
Fortschreibung	Sommer 2014: Future Generations Bill
Horizontale Integration	
Federführung	<ul style="list-style-type: none"> • Verantwortlichkeit: Welsh Government / Minister for Communities and Tackling Poverty • Unterstützung: Director General for Sustainable Futures • Implementierung: alle Ministerien
Interministerielle Koordination	-
Nachhaltigkeitsprüfung	Policy Gateway Integration Toolkit (PGIT) Future Generations Bill 2014: jährliche Berichte über nachhaltigkeitsrelevante Wirkungen von Regierungsvorhaben
Vertikale Integration	
Bezug zu über- und nachgeordneten Ebenen	NH-Strategie 2009: Übergeordnete Ebenen: Hoch (International / EU / VK) Nachgeordnete Ebenen: Niedrig Future Generations Bill 2014: Ausdehnung der <i>duty to promote sustainable development</i> auf Kommunalverwaltungen
Einbindung von nachgeordneten Ebenen	Future Generations Bill 2014: Beteiligung lokaler Ebenen bei der Ausarbeitung des Gesetzes (u.a.: WLGA Mitglied der Reference and Advisory Group)
Partizipation nicht-staatlicher Akteure	
Konsultationsverfahren	NH-Strategie 2009: Online-Konsultation und drei Beteiligungsveranstaltungen Future Generations Bill 2014: Zwei Online-Konsultationen; Reference and Advisory Group
Nachhaltigkeitsbeirat	Bis 2011: UK Sustainable Development Commission Seit 2011: Sustainable Futures Commissioner / Cynnal Cymru (Sustainable Development Forum for Wales) Future Generations Bill 2014: Einrichtung eines unabhängigen Nachhaltigkeitsrates

Inhalte und Ziele

Die walisische Nachhaltigkeitsstrategie formuliert das Leitbild, nachhaltige Entwicklung als zentrales Organisationsprinzip in der Regierungsarbeit zu verankern. Dies bedeutet konkret: Verantwortung demonstrieren und andere ermutigen und unterstützen es auch zu tun, Nachhaltigkeitserwägungen ins Zentrum der Evaluation bestehender und Entwicklung neuer Regierungsvorhaben und Investitionsentscheidungen stellen, ein effektives und partizipatives Regierungssystem gewährleisten. Die Strategie richtet sich also in erster Linie an den Regierungsapparat, der durch konsequentes Mainstreaming eine Vorbildfunktion bei der Förderung nachhaltiger Entwicklung einnehmen soll: *„The Welsh Assembly Government aspires to become an exemplar organisation in terms of its use of sustainable development as the central organising principle of Government.“* (Welsh Assembly Government 2009: 27). Das walisische Nachhaltigkeitsverständnis ist dabei ein ganzheitliches: *„Sustainable development, as the process by which we must become a sustainable nation, is therefore as much about social justice as it is about securing economic resilience and living within environmental limits.“* (Welsh Government 2009: 5).

Zur Umsetzung des Leitbildes formuliert die walisische Nachhaltigkeitsstrategie fünf thematische Schwerpunkte: Nachhaltige Ressourcennutzung, Erhalt der Umwelt, Nachhaltige Wirtschaft, Nachhaltige Gesellschaft und das Wohlergehen von Wales. Jedem dieser Schwerpunkte ist ein Leitbild zugeordnet, das es durch Maßnahmen in verschiedenen Unterbereichen zu erreichen gibt. Die thematischen Schwerpunkte und deren Leitbilder sind in Tabelle 13 dargestellt.

Tabelle 13: Thematische Schwerpunkte der walisischen Nachhaltigkeitsstrategie (Welsh Government 2009: 13ff.)

Thematischer Schwerpunkt	Leitbild
Nachhaltige Ressourcennutzung	<i>“Within the lifetime of a generation we want to see Wales using only its fair share of the earth’s resources.”</i>
Erhalt der Umwelt	<i>“Wales has healthy, functioning ecosystems that are biologically diverse and productive and managed sustainably.”</i>
Nachhaltige Wirtschaft	<i>“A resilient and sustainable economy for Wales that is able to develop whilst establishing, then reducing, its use of natural resources and reducing its contribution to climate change.”</i>
Nachhaltige Gesellschaft	<i>“Safe, sustainable, attractive communities in which people live and work, have access to services, and enjoy good health and can play their full role as citizens.”</i>
Wohlergehen von Wales	<i>“A fair, just and bilingual Wales, in which citizens of all ages and backgrounds are empowered to determine their own lives, shape their communities and achieve their full potential.”</i>

Den thematischen Schwerpunkten sind zum Teil quantifizierte und terminierte Ziele zugeordnet. Diese stammen zumeist aus dem Umwelt- und Ressourcenbereich (z.B.: 80 bis 90%ige Reduzierung der Nutzung fossiler Energie und von Treibhausgasemissionen; 70% Recyclingquote in allen Sektoren bis 2025). Die meisten Ziele sind jedoch qualitativer Natur (z.B.: eine robuste Wirtschaft, mehr einheimische Lebensmittel, Schere zwischen Arm und Reich vermindern).

Der voraussichtlich im Sommer 2014 verabschiedete Future Generations Bill erweitert das Leitbild der gegenwärtigen Nachhaltigkeitsstrategie auf alle öffentlichen Institutionen in Wales. Konkret listet das White Paper der Regierung 16 Organisationen beziehungsweise Einrichtungen, die sich

der Verpflichtung zur Förderung nachhaltiger Entwicklung anschließen sollen.²⁸ Die Verpflichtung beinhaltet zwei Kernelemente: (1) Outcome – was will die Organisation beziehungsweise Einrichtung in Bezug auf das künftige Wohlergehen von Wales erreichen; und (2) Umsetzung – wie will sie sicherstellen, dass Entscheidungen zum Erreichen der Ziele die möglichen Effekte auf Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und langfristiges Wohlergehen angemessen berücksichtigen (Welsh Government 2012b: 5).

Umsetzung

Der Nachhaltigkeitsstrategie ist ein Arbeitsprogramm mit 18 Maßnahmen aus verschiedenen Politikbereichen, die exemplarisch das Bekenntnis der walisischen Regierung zur nachhaltigen Entwicklung verdeutlichen sollen, zugeordnet. Darüber hinaus soll nachhaltige Entwicklung jedoch innerhalb jedes Ministerialportfolios umgesetzt werden (Welsh Assembly Government 2009).

Zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung stehen in Wales ein jährliches Finanzbudget von etwa einer Million Pfund sowie ein Mitarbeiterstab zur Verfügung (Davies 2013). Vom Rechnungshof wird jedoch kritisiert, dass nachhaltige Entwicklung noch kein Kriterium für die Mittelzuweisung beziehungsweise im Rahmen der Finanzplanung ist (WAO 2010: 11). Eine ähnliche Kritik stammt von Peter Davies, Regierungsberater für Nachhaltigkeit: „*The critical issue is applying SD principles across all budgets.*“ (Davies 2013)

Monitoring und Evaluation

Den fünf thematischen Schwerpunkten der walisischen Nachhaltigkeitsstrategien sind jeweils Leitindikatoren zugewiesen, die durch insgesamt 24 weitere Indikatoren ergänzt werden. Berichte, die die Entwicklung der 29 Indikatoren aufzeigen, werden jährlich veröffentlicht (Statistics for Wales 2013). Zusätzlich zu den Indikatorenberichten veröffentlicht die walisische Regierung jährlich einen Rechenschaftsbericht zum Fortschritt bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie (Welsh Government 2012). Der nächste Rechenschaftsbericht wird am 10. Dezember 2013 im Parlament vorgestellt (Davies 2013). Die Fortschreibung der Strategie erfolgt im Sommer 2014 mit der Verabschiedung des Future Generations Bill, der die Nachhaltigkeitsaktivitäten von Regierung und weiteren öffentlichen Akteuren auf eine gesetzliche Basis stellen soll.

Horizontale Integration

Die Verantwortlichkeit für die walisische Nachhaltigkeitsstrategie liegt beim gesamten Kabinett, da der Government of Wales Act die Verpflichtung zur Förderung nachhaltiger Entwicklung allen Ministern gleichermaßen auferlegt. Die Koordination der nachhaltigen Entwicklung als Querschnittsaufgabe fällt in das Portfolio des Minister for Communities and Tackling Poverty, derzeit Jeff Cuthbert. Auf administrativer Ebene wird die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie, beziehungsweise die Etablierung von nachhaltiger Entwicklung als zentralem Organisationsprinzip der walisischen Regierung, vom Director General for Sustainable Futures koordiniert. Dieser Posten wurde 2009 geschaffen, um Querschnittsaufgaben besser in der Regierung zu verankern (Welsh Assembly Government 2009: 27, PwC 2011: 15).

²⁸ Dies sind: Welsh Government, Natural Resources Wales, National Library of Wales, National Museum Wales, Sport Wales, Arts Council of Wales, Local Authorities, Fire and rescue authorities, National Park Authorities, NHS Trusts, Local Health Boards, Higher Education Funding Council for Wales, Higher Education Institutions, Further education corporations, Registered Social Landlords, Town and Community Councils (Welsh Government 2012b: 12).

Ein interministerielles Koordinationsgremium für nachhaltige Entwicklung gibt es gegenwärtig nicht. Von 2001 bis 2007 gab es einen Kabinettsunterausschuss für nachhaltige Entwicklung und von 2008 bis 2011 einen Unterausschuss für *Sustainable Futures*. Die aktuelle Regierung hat jedoch alle Unterausschüsse abgeschafft und setzt ganz auf den Mainstreaming-Ansatz, nach dem nachhaltige Entwicklung Kernelement jedes ministeriellen Portfolios werden soll.

Ein Instrument zur Nachhaltigkeitsprüfung von Politikvorhaben ist in Wales mit dem Policy Gateway Integration Toolkit (PGIT) geschaffen worden. Das PGIT, 2003 eingeführt und 2008 weiterentwickelt, soll als Entscheidungshilfe bei allen strategischen Politikvorhaben dienen. Da die Anwendung des PGIT jedoch kein formales Erfordernis ist, bemängelt der Rechnungshof eine ungleiche und inkonsequente Verwendung (WAO 2010: 27). Im Rahmen des Future Generations Bill ist eine Verpflichtung zur Ex-post-Einschätzung von nachhaltigkeitsrelevanten Wirkungen aller Politikvorhaben geplant, die in einen jährlichen Bericht einfließen sollen (Davies 2013).

Vertikale Integration

Die walisische Nachhaltigkeitsstrategie nimmt großen Bezug zu übergeordneten Ebenen und stellt sich selbst in den Kontext von internationalen Vereinbarungen und Planungsprozessen. Wales ist Gründungsmitglied des Network of Regional Governments for Sustainable Development (nrg4SD), das sich als internationales Netzwerk zum Ziel gesetzt hat, voneinander zu lernen wie Nachhaltigkeit auf subnationaler Ebene befördert werden kann. Darüber hinaus reflektiert die walisische Nachhaltigkeitsstrategie die Prioritäten der EU-Nachhaltigkeitsstrategie sowie der Rahmenstrategie des Vereinigten Königreichs „One Future – different paths“.

Der Bezug zu nachgeordneten Ebenen ist in der gegenwärtigen Nachhaltigkeitsstrategie hingegen gering. Zwar wird die Kooperation mit kommunalen Einrichtungen in einigen Themenbereichen als wichtig erachtet, die Rolle dieser Ebene wird jedoch nicht näher beleuchtet. Anders verhält sich dies mit dem geplanten Future Generations Bill, der die Verpflichtung zur Förderung nachhaltiger Entwicklung auf Kommunalverwaltungen ausdehnt. Konsequenterweise werden diese dann auch bei der Erarbeitung des Gesetzestextes beteiligt, unter anderem durch Mitgliedschaft der Welsh Local Government Association (WLGA) in der Reference and Advisory Group, die als Konsultationsgremium bis zur Verabschiedung des Gesetzes eingerichtet wurde.²⁹

Partizipation nicht-staatlicher Akteure

Die walisische Regierung legt großen Wert auf die Beteiligung nicht-staatlicher Akteure bei der Erarbeitung und Umsetzung ihrer strategischen Vorhaben, zumal sie im Government of Wales Act dazu verpflichtet ist.³⁰ Vor der Verabschiedung der aktuell gültigen Nachhaltigkeitsstrategie „One Wales: One Plan“ im Jahr 2009 gab es eine Online-Konsultation sowie drei Beteiligungsveranstaltungen (Welsh Assembly Government 2009: 4). Auch im Rahmen der Erarbeitung des Future Generations Bills gab es bereits zwei Online-Konsultationen.³¹ Zudem wurde eine Reference and Advisory Group eingerichtet, die alle von der neuen *duty* betroffenen Einrichtungen sowie weitere Akteure umfasst, die die walisische Regierung bei der Erarbeitung und Implementierung des Gesetzes unterstützen.

²⁹ Siehe <http://wales.gov.uk/topics/sustainabledevelopment/future-generations-bill/reference-and-advisory-group/?lang=en> (Zugriff am 08.10.2013).

³⁰ Artikel 79, Absatz 3 Government of Wales Act 2006: „Before making, remaking or revising the sustainable development scheme, the Welsh Ministers must consult such persons as they consider appropriate.“

³¹ Siehe <http://wales.gov.uk/consultations/sustainabledevelopment/?status=closed&lang=en> (Zugriff am 08.10.2013).

Bis zum Jahr 2011 gab es auf nationaler Ebene die UK Sustainable Development Commission, einen Nachhaltigkeitsrat mit umfassender Ressourcenausstattung und beträchtlichem Einfluss auf die Nachhaltigkeitspolitik des Vereinigten Königreiches. 2011 gab die britische Regierung jedoch bekannt, dass dem Beirat keine weiteren Ressourcen mehr zur Verfügung gestellt werden, was die faktische Einstellung seiner Arbeit bedeutete (Quitow 2011: 131). In der Folge war Wales das einzige Land des Vereinigten Königreiches, das den von ihm ernannten Commissioner weiter als unabhängigen Berater berufen hat. Peter Davies ist seit 2011 der Sustainable Futures Commissioner in Wales. In dieser Funktion hat er die Aufgabe, die Regierung zu beraten, Fortschritte zu überprüfen und neue Impulse zu setzen (Davies 2013). Unterstützt wird er von Cynnal Cymru, dem Forum für Nachhaltige Entwicklung in Wales. Cynnal Cymru versteht sich als unabhängiges Gremium zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung in Wales. Seit der Abschaffung der UK Sustainable Development Commission hat Cynnal Cymru die zusätzliche Aufgabe übernommen, Peter Davies in der Wahrnehmung seiner Aufgaben zu unterstützen und unabhängige Politikberatung zu leisten.³²

Der Future Generations Bill sieht als zweiten wesentlichen Bestandteil – neben der Ausdehnung der *duty* auf alle öffentlichen Einrichtungen – die Einrichtung eines unabhängigen Nachhaltigkeitsbeirates für Wales vor. Dieser soll die öffentlichen Organisationen bei der Verankerung von Nachhaltigkeit als zentralem Organisationsprinzip unterstützen, eine öffentliche Führungsrolle bei der Förderung nachhaltiger Entwicklung einnehmen, als unabhängiger Verfechter für nachhaltige Entwicklung auftreten, sowie Beratung für die künftige Politikentwicklung leisten. Der Nachhaltigkeitsbeirat soll vom Sustainable Futures Commissioner geleitet werden, der von einem beratenden Gremium sowie einem Sekretariat unterstützt wird (Welsh Government 2012b).

3.8.3 Quellen

1) Strategiedokumente

Welsh Assembly Government 2009: One Wales: One Planet. The Sustainable Development Scheme of the Welsh Assembly Government. May 2009.

2) Weitere Quellen

Davies, Peter 2013: Email-Korrespondenz mit Peter Davies, Welsh Commissioner for Sustainable Futures.

EURES 2012: Arbeitsmarktinformationen. Vereinigtes Königreich – Wales. URL:

<https://ec.europa.eu/eures/main.jsp?lang=de&acro=Imi&catId=473&countryId=UK®ionId=UKL&langChanged=true> (Zugriff am 09.10.2013).

Eurostat 2005a: Wales Environment. URL:

http://circa.europa.eu/irc/dsis/regportraits/info/data/en/ukl_env.htm (Zugriff am 06.10.2013).

Eurostat 2005b: Wales Economy. URL:

http://circa.europa.eu/irc/dsis/regportraits/info/data/en/ukl_eco.htm (Zugriff am 06.10.2013).

Eurostat 2013: General Government Gross Debt. URL:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=en&pcode=teina225> (Zugriff am 06.10.2013).

³² Siehe <http://www.cynnalcyrmu.com/our-history> (Zugriff am 08.10.2013).

National Assembly for Wales 2013a: Elections. URL:

<http://www.senedd.assemblywales.org/mgManageElectionResults.aspx?bcr=1> (Zugriff am 06.10.2013).

National Assembly for Wales 2013b: How the Assembly is elected. URL:

<http://www.assemblywales.org/abthome/role-of-assembly-how-it-works/abt-assembly-elections-2/abt-nafw-how-assembly-elected.htm> (Zugriff am 06.10.2013).

Price Waterhouse Coopers (PwC) 2011: Effectiveness Review of the Sustainable Development Scheme. A report to Welsh Government.

Quitow 2011: Nachhaltigkeitsstrategien: Form und Funktion. In: Knopf et al. (Hrsg.): Nachhaltigkeitsstrategien in Politik und Wirtschaft. Treiber für Innovation und Kooperation? München: oekom, S. 123-147.

Statistic for Wales 2012: 2011 Census: First Results for Ethnicity, National Identity, and Religion for Wales. Statistical Bulletin, 17 December 2012.

Statistics for Wales 2007: A Statistical Focus on Men and Women. URL:

<http://wales.gov.uk/cisd/publications/statspubs/focusmenwomen2007/e.pdf?lang=en> (Zugriff am 06.10.2013).

Statistics for Wales 2012: Sustainable Development Indicators for Wales 2012.

Statistics for Wales 2013: Sustainable Development Indicators for Wales 2013.

StatsWales 2013: People and Work. URL: <https://statswales.wales.gov.uk/Catalogue/Business-Economy-and-Labour-Market/People-and-Work> (Zugriff am 06.10.2013).

Sturm, Roland, 2009: Das politische System Großbritanniens. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 265-306.

Wales Audit Office (WAO) 2010: Sustainable development and business decision making in the Welsh Assembly Government. 21 January 2010.

Welsh Government 2012: Households below average income. URL:

<http://wales.gov.uk/topics/statistics/headlines/social2010/households-below-average-income-2009-10-to-2011-12/?lang=en> (Zugriff am 06.10.2013).

Welsh Government 2006: Education. URL:

<http://wales.gov.uk/cisd/publications/statspubs/focussocialjustice2006/educatione.pdf?lang=en> (Zugriff am 06.10.2013).

Welsh Government 2011: Welsh Referendum 2011. URL:

<http://wales.gov.uk/legislation/referendumpowers/?lang=en> (Zugriff am 06.10.2013).

Welsh Government 2012a: One Wales: One Planet. The Sustainable Development Annual Report 2011-2012. Laid before the National Assembly for Wales November 2012.

Welsh Government 2012b: White Paper. A Sustainable Wales – Better Choices for a Better Future. Consultation on proposals for a Sustainable Development Bill. Number: WG17030.

Welsh Government 2013a: About. URL: <http://wales.gov.uk/about/?lang=en> (Zugriff am 06.10.2013).

Welsh Government 2013b: About Consultation. URL: <http://wales.gov.uk/consultations/aboutconsultation?lang=en> (Zugriff am 06.10.2013).

Welsh Government 2013c: Contaminated Land. URL: <http://wales.gov.uk/topics/environmentcountryside/epq/contaminatedland/?lang=en> (Zugriff am 06.10.2013).

Welsh Government 2013d: Flooding and Coastal Erosion. URL: <http://wales.gov.uk/topics/environmentcountryside/epq/flooding/?lang=en> (Zugriff am 10.10.2013).

Welsh Government 2013e: Where We Are Now. URL: <http://wales.gov.uk/topics/environmentcountryside/energy/whereweare/?lang=en> (Zugriff am 10.10.2013).

Welsh Government 2013f: WRITTEN STATEMENT BY THE WELSH GOVERNMENT. Future Generations Bill - Better Choices for a Better Future. 17 July 2013.

Welsh Labour 2011: Welsh Labour Manifesto 2011. Standing Up for Wales.

Welsh National Assembly 2009: Carbon Reduction from Energy Production. 4th report of the Sustainability Committee's Inquiry into Carbon Reduction in Wales. May 2009.

3.9 Kalifornien

Kalifornien ist einer von fünfzig Bundesstaaten der Vereinigten Staaten von Amerika. Er ist aufgeteilt in vierzehn Regionen und 54 Counties und liegt im äußersten Südwesten des Landes. Die Hauptstadt ist Sacramento. Mit 37,7 Millionen Einwohnern ist Kalifornien das bevölkerungsreichste Bundesland der USA, flächenmäßig ist es der drittgrößte Staat (State Government 2013).

3.9.1 Kontextbedingungen für Nachhaltigkeitspolitik

a) Institutionelle Rahmenbedingungen

Die USA sind eine präsidentiale Demokratie mit einem kooperativen Föderalismus. Das bedeutet, dass Bund und Einzelstaaten miteinander kooperieren. Dies ist insbesondere der Fall, seit sich nach der Weltwirtschaftskrise von 1928 bis 1930 Facetten des Sozialstaates ausgebildet haben. Auf Bundesebene sind Legislative und Exekutive strikt voneinander getrennt, was bedeutet, dass der Kongress als Legislative Gesetzesinitiativen ausarbeitet und der Präsident mit seinem Kabinett die Exekutive bildet (Lösche 2008). Der Kongress besteht aus dem Senat und dem Repräsentantenhaus. Im Senat sitzen zwei Senatoren je Einzelstaat, im Repräsentantenhaus sind die Staaten je nach Bevölkerungsanteil vertreten (insgesamt 435 Abgeordnete). Kalifornien wird aktuell durch 53 Abgeordnete repräsentiert (House of Representatives 2013).

In Kalifornien ist – wie in den anderen Einzelstaaten auch – das höchste Amt der Exekutive das des Gouverneurs. Er wird direkt vom Volk gewählt. Zurzeit besetzt das Amt Jerry Brown, der der Demokratischen Partei angehört. Die Aufgaben des Gouverneurs umfassen das Unterzeichnen der Gesetze, die Ausrichtung der Politik und die Oberbefehlshabe über die Nationalgarde. Zudem kann er ein Veto bei Gesetzesbeschlüssen einlegen. Neben ihm sind folgende Ämter Teil der Exekutive: Vizegouverneur, Attorney General (Justiz), Secretary of State (Inneres) und State Treasurer (Finanzen) (State of California 2013).

Der legislative Zweig wird durch die California State Legislature ausgeübt. Auch dieser besteht aus zwei Häusern, nämlich dem Staatssenat (40 Senatoren) und der State Assembly (80 Abgeordnete), die alle vier beziehungsweise zwei Jahre direkt gewählt werden. Auch hier hat die Demokratische Partei eine deutliche Mehrheit (California Senate 2013).

Die kalifornische Verfassung ermöglicht drei verschiedene Methoden der Volksabstimmung. Gesetze, die die Verfassung ändern, müssen per Volksentscheid entschieden werden. Des Weiteren gibt es die Möglichkeit, ein bereits verabschiedetes Gesetz durch einen Volksentscheid abzulehnen. Schließlich gibt es noch die Möglichkeit, initiativ eine Volksabstimmung zu veranlassen, zum Beispiel zu einem Gesetzesvorschlag. Hierfür müssen die Initiatoren Unterschriften von fünf Prozent der registrierten Wähler sammeln, die bei der letzten Gouverneurswahl abgestimmt haben. Seit 1912 besteht die Möglichkeit des Volksentscheides, und es wurde seitdem 77 Mal von ihr Gebrauch gemacht, zum letzten Mal im August 2013 (California Secretary of State 2013).

b) Politische Rahmenbedingungen

Die Parteienlandschaft in den USA wird von zwei großen Parteien, den Republikanern und den Demokraten dominiert. Die beiden Parteien unterscheiden sich an traditionellen sozialökonomischen und sozialmoralischen Konfliktlinien. Die Republikaner stehen für eine konservative und neokonservative marktorientierte Politik, wohingegen die Demokraten das Spektrum zwischen einem traditionellen Gewerkschaftsflügel und neoliberalen Reformen abdecken. Eine Partei-

zugehörigkeit existiert in der Form nicht; dennoch sind die Parteien in ihrer Wählerschaft, aber auch organisatorisch gut verankert (Lösche 2008).

Durch ein Mehrheitswahlrecht, welches auch auf Bundesebene besteht, sind die beiden Parteien fest im politischen System verankert. Koalitionen gibt es somit nicht, und klare Mehrheitsverhältnisse bestimmen das Tagesgeschäft (Lösche 2008). Kalifornien gilt allgemein als „grüner Vorreiterstaat“ der USA; selbst unter dem republikanischen Gouverneur sind ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen verabschiedet worden, die weit über die US-amerikanischen Standards hinausgehen (Wirtschaftswoche Green 2013).

Im Gegensatz zu den Parteien sind Verbände in den USA sehr aktiv. Auch wenn sie fragmentiert sind, ist allein die Anzahl ein Ausdruck für die Vielfalt an Interessen in der US-amerikanischen Gesellschaft. Die Zahl der aktiven Verbände liegt bei ca. 200.000. Als einige wichtige Verbände kann man hier die Landes- und Berufsverbände nennen, die flächendeckend organisiert und daher auch sehr einflussreich sind. Gewerkschaften sind eher locker und dezentral aufgestellt (Lösche 2008).

Eine beachtenswerte Komponente in den politischen Rahmenbedingungen der USA auch auf Ebene der einzelnen Staaten sind Lobbyisten, die spezielle Informationen zu bestimmten Experten an Politiker und deren Mitarbeiter herantragen. Somit wird durch Einflussnahme versucht, die Gesetzgebung im Sinne von Sonderinteressen zu beeinflussen. Andererseits sind als solche erkennbare Lobbyisten jedoch auch eine wichtige Ressource an Expertenwissen für die Politiker (Lösche 2008).

In Kalifornien verteilen sich die politischen Lager wie folgt: Im Nordosten existieren einige republikanische Hochburgen wie zum Beispiel das Sun Joaquin Valley und Orange County. Der restliche Teil des Staates ist dominant demokratisch, vor allem die Bay Area um San Francisco und auch Los Angeles (State of California 2013).

c) Geografisch-naturräumliche Rahmenbedingungen

Kalifornien wurde erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts intensiv besiedelt. Das ständige Bevölkerungswachstum hat einen großen Einfluss auf die Landschaft des Landes, die im Norden hauptsächlich durch Gebirge und Wälder, im Westen und Süden von Wüsten und Halbwüsten geprägt ist. Die Küsten haben ein gemäßigtes Klima, während die Temperaturen im Inland besonders im Sommer höher liegen. Niederschläge sind im Norden häufiger, im Südwesten hingegen selten (Applied Development Economics Inc. 2010).

Kalifornien ist das bevölkerungsreichste Bundesland der USA und die Bevölkerung wächst kontinuierlich weiter. Diese wichtige Komponente beeinflusst die geografisch-naturräumlichen Rahmenbedingungen immens. Wasser, welches ein ohnehin knappes Gut in Kalifornien ist, wird in immer höheren Mengen gebraucht, obwohl der Pro-Kopf-Verbrauch sinkt (Applied Development Economics Inc. 2010). Auch die ausgeprägte, hocheffiziente Landwirtschaft ist besonders wasserintensiv (Diercke 2009).

Das Bevölkerungswachstum führt zu einem überlaufenen Wohnungsmarkt, daher leben immer mehr Menschen in Überschwemmungsgebieten. Die alternden Dämme bieten nicht mehr genug Schutz vor den wechselnden Klimaverhältnissen, die den Wasserstand beeinflussen. Wohnungen werden immer teurer, besonders in urbanen oder industriellen Zentren. Günstigere Unterkünfte sind meistens nicht so gut angebunden und führen somit zu mehr Staus auf den Autobahnen und

einer größeren Luftverschmutzung. Trotzdem konnte das „Air Pollution Program“ die Qualität der Luft verbessern. Heute werden Luftqualitätstandards für 45 Prozent der Einwohner erfüllt, verglichen mit nur zwanzig Prozent in den frühen 1990er Jahren (Applied Development Economics Inc. 2010: 4).

Außerdem ist Kalifornien durch Dürren, extreme Hitze und Waldbrände gefährdet. Solche haben in den letzten Jahren immer regelmäßiger stattgefunden und Waldbestände unter anderem im Yosemite National Park zerstört (FAZ.net 2013).

d) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Kalifornien ist der am höchsten verschuldete Bundesstaat der USA. Mit einem Schuldenstand von 617 Milliarden Dollar ist es doppelt so hoch verschuldet wie der am zweithöchsten verschuldete Bundesstaat (Orange County Register 2012).

Im Jahr 2010, zwei Jahre nach der Finanzkrise, die auch Kalifornien stark getroffen hat, lag die Arbeitslosenquote bei 12,3 Prozent und damit drei Prozentpunkte über dem nationalen Durchschnitt (Applied Development Economics Inc. 2010: 9).

Der Energiemix von Kalifornien sieht folgendermaßen aus: 14 Prozent erneuerbare Energien, 42 Prozent Gas, 14 Prozent Atomkraft, 7 Prozent Kohle und 11 Prozent Wasserkraftwerke (California Energy Commission 2013). Fast zwei Drittel der kalifornischen Energie wird importiert. Außerdem ist Kalifornien sehr stark von fossilen Brennstoffen abhängig. Das führt zu ungünstigen Entwicklungen nicht nur bei der Luftverschmutzung, sondern auch in Bezug auf menschliche Gesundheit, Ökosysteme, und selbstverständlich auch die Ökonomie, die durch Energieimport an externe Preise und Versorgungsmöglichkeiten gebunden ist (Applied Development Economics Inc. 2010).

e) Soziokulturelle Rahmenbedingungen

Im letzten Jahrzehnt ist die Bevölkerung Kaliforniens um 14 Prozent gewachsen. Heute hat Kalifornien 38 Millionen Einwohner; es wird aber prognostiziert, dass die Bevölkerungszahl weiter steigen wird, auf 50 Millionen im Jahr 2030 und auf 60 Millionen im Jahr 2050. Auf dem Land wird die kalifornische Bevölkerung immer älter, was die Verteilung der Bevölkerung in der Zukunft stark beeinflussen wird (Applied Development Economics Inc. 2010). Generell liegt die Lebenserwartung in den USA bei 79 Jahren (World Bank 2013).

Die Zahl der Menschen, die in Armut leben, ist höher als im US-Durchschnitt. Bis zu 15 Prozent leben insgesamt in Armut, wobei dies insbesondere auf große Teile der hispanischen (24%) und schwarzen Bevölkerung (20,5%) zutrifft. Ein Fünftel der Menschen in Armut sind Kinder.

Das Bildungsniveau in den gesamten USA ist sehr gut. 25-Jährige haben heute im Schnitt 13,3 Jahre Schulbildung genossen. Auch sind 98 Prozent der Kinder in Schulen angemeldet. Der Gender Inequality Index (GII) beträgt 0,256, was bedeutet, dass auch die Gleichberechtigung von Frauen relativ weit vorangeschritten ist. Dennoch befinden sich die USA an 42. Stelle und damit weit hinter europäischen Ländern (HDI 2013).

Das große Bevölkerungswachstum in Kalifornien liegt auch an einer sehr hohen Migrationsrate. Heute sind 27 Prozent der Bevölkerung Migranten. Sie spielen eine wichtige Rolle für die Wirtschaft. Eine Studie, die anhand von vier Kategorien (warmth of welcome, civic engagement, economic trajectory, economic snapshot) die Situation von Migranten analysiert, verdeutlicht, dass es große regionale Unterschiede innerhalb Kaliforniens gibt. Zusammenfassend lässt sich sagen,

dass Kalifornien am ehesten in Bezug auf die wirtschaftliche Integration von Migranten erfolgreich war. Andere Aspekte sind in einzelnen Regionen auch positiv zu bewerten, aber das Gesamtbild zeigt, dass Migranten vor allem in sozialen Aspekten nicht ausreichend integriert sind (Pastor et al. 2012).

Gesamteinschätzung:

- **Anforderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik:** Das kalifornische (und US-amerikanische) Wahlsystem führt zu klaren Mehrheiten und stabilen Regierungen. Die Tatsache, dass es stets Einparteienregierungen gibt, erleichtert die horizontale Integration von Querschnittsthemen, da die oberste Leitungsebene von Ministerien und Behörden der gleichen Partei angehört. Vertikale Integration erfolgt in den USA über die Repräsentanz der Einzelstaaten im Kongress. Allerdings verfügen die Einzelstaaten über beträchtliche eigene Kompetenzen, so dass vertikale Koordination möglicherweise nicht immer gewünscht ist. Partizipation wird in Kalifornien über außerordentlich aktive Verbände sowie Volksentscheide ermöglicht. Lobbyisten versuchen, selektives Wissen und Expertise in Politikentscheidungen einfließen zu lassen, was nachhaltigen Entwicklungen zuwider laufen könnte. Die Herausforderung, langfristiges Denken trotz kurzfristiger Wahlzyklen zu betreiben, ist in Kalifornien ebenso hoch wie in den meisten OECD-Staaten und Regionen.
- **Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung:** Kalifornien sieht sich mit einer ganzen Reihe an Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung konfrontiert. Hier ist insbesondere das starke Bevölkerungswachstum zu erwähnen, welches ökologische (Wasser, Flächennutzung, Verkehr) und sozioökonomische Konsequenzen (Bezahlbarkeit von Wohnen) mit sich bringt. Darüber hinaus ist Kalifornien zunehmend von Dürren, Hitzeperioden und Waldbränden betroffen. In wirtschaftlicher Hinsicht stellen die im US-Vergleich überdurchschnittlich hohe Staatsverschuldung und Arbeitslosenquote sowie die Abhängigkeit von Energieimporten ein Problem dar. Darüber hinaus muss sich Kalifornien der besseren sozialen Integration von Migranten widmen.

3.9.2 Steckbriefartige Beschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie

In Kalifornien gibt es eine Reihe von Gesetzen zur Verbesserung der Umweltqualität und zum Schutz des Klimas. Durch den besonders im amerikanischen Vergleich hohen Ambitionsgrad der Gesetzgebung gilt Kalifornien als „grüner“ Vorreiterstaat. Eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie, wie man sie aus dem europäischen Raum kennt, gibt es in Kalifornien jedoch nicht. Die folgende Beschreibung bezieht sich auf den „California Growth Council Strategy Plan 2012-2014“ (SGC 2012). Dabei handelt es sich um eine Strategie des horizontalen Koordinationsgremiums Strategic Growth Council („Wachstumsrat“) zur Förderung nachhaltiger Entwicklung insbesondere auf kommunaler Ebene. Sie wirkt vor allem durch die Vergabe finanzieller Förderung an Kommunen und die Bereitstellung von Informations- und Datenmaterial.

Tabelle 14 gibt einen Überblick über die Hauptmerkmale der kalifornischen Nachhaltigkeitsstrategie.

Tabelle 14: Steckbriefartige Beschreibung der kalifornischen Nachhaltigkeitsstrategie

Inhalte und Ziele	
Leitbild	„Healthy, vibrant, and resilient California communities, environment, and economy“ (Gesunde, dynamische und robuste Gemeinden, Umwelt und Wirtschaft in Kalifornien, SGC 2012: 5)
Ausrichtung der Strategie	Fokus auf Umweltdimension: Ressourcenschutz als Grundlage für Lebensqualität, Gesundheit und wirtschaftlichen Erfolg
Thematische Schwerpunkte	Vier Schwerpunkte zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung von Kommunen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Koordinierung staatlicher Aktivitäten und Förderprogramme für nachhaltige Entwicklung 2. Vergabe von Finanzhilfen und Darlehen zur Unterstützung nachhaltiger Kommunen 3. Förderung und Veröffentlichung von Daten und Informationen zur Unterstützung von nachhaltigen Planungsprozessen 4. Vorschläge für Politiken, Investitionsstrategien und Schwerpunktsetzungen an den Gouverneur, das Parlament und Behörden
Ziele	<p>Qualitative, nicht terminierte Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Luft- und Wasserqualität • Verbesserung des Schutzes von natürlichen Ressourcen und Agrarland • Erhöhung der Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum • Verbesserung der öffentlichen Gesundheit • Verbesserungen im Verkehrswesen • Unterstützung von nachhaltiger Raumplanung und Baulückenerschließung • Nachhaltige Wiederbelebung von städtischen und ländlichen Zentren <p>AB 32: Reduktion von Treibhausgasemissionen um 25% bis 2025 und 80% bis 2050</p>
Umsetzung	
Arbeitsprogramm	Ja
Finanzbudget	500.000 Dollar für den Strategic Growth Council Budget für drei Förderprogramme: <ul style="list-style-type: none"> • Urban Greening Grants for Sustainable Communities: 63 Mio. Dollar • Sustainable Communities Planning Grants: 66,4 Mio. Dollar • Modeling Incentive Awards: 10,98 Mio. Dollar
Monitoring und Evaluation	
Berichterstattung	California Regional Progress Report
Evaluation	Rechenschaftsbericht an das Parlament
Fortschreibung	-

Horizontale Integration	
Federführung	Strategic Growth Council im Auftrag des Gouverneurs
Interministerielle Koordination	Strategic Growth Council
Nachhaltigkeitsprüfung	-
Vertikale Integration	
Bezug zu über- und nachgeordneten Ebenen	Mittel: <ul style="list-style-type: none"> • Kein Bezug zu übergeordneten Ebenen • Hoher Bezug zu nachgeordneten Ebenen
Einbindung von nachgeordneten Ebenen	<ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung: Nachgeordnete Ebenen als Teil der Stakeholder-Konsultation • Umsetzung: Förderprogramme für nachhaltige Entwicklung in Kommunen
Partizipation nicht-staatlicher Akteure	
Konsultationsverfahren	Breite Stakeholder-Beteiligung bei Formulierung und Umsetzung der Strategie (Interviews, Fokusgruppentreffen, Workshops)
Nachhaltigkeitsbeirat	-

Inhalte und Ziele

Die kalifornische Nachhaltigkeitsstrategie definiert den Kern von Nachhaltigkeit als „*klugen und effizienten Ressourcenverbrauch, um gegenwärtige Bedürfnisse zu befriedigen und gleichzeitig die Verfügbarkeit von Ressourcen für künftige Generationen zu sichern*“ (SGC 2012: 3, eigene Übersetzung). Folge man diesem Weg, führe er zu einer verbesserten Lebensqualität, öffentlicher Gesundheit und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Dies zeigt, dass die kalifornische Strategie von Umweltqualitätszielen ausgeht, die sie in den Mittelpunkt der Bemühungen um nachhaltige Entwicklung stellt. Der Fokus ist somit nicht ganzheitlich – wenn auch die Zielsetzung ganzheitlich ist, gibt es auf dem Weg der Zielerreichung eine klare Schwerpunktsetzung.

Die Strategie verfolgt acht Ziele, von denen sieben nicht quantifiziert oder terminiert sind. Lediglich die Reduzierung von Treibhausgasemissionen ist mit einem messbaren Ziel verbunden, wobei dieses nicht durch die Strategie festgelegt wird, sondern durch ein Gesetz aus dem Jahr 2006, dem California Global Warming Solutions Act (California State Assembly 2006). In diesem Klimaschutzgesetz hat sich Kalifornien das Ziel gesetzt, seine Treibhausgasemissionen um 25 Prozent bis zum Jahr 2020 und achtzig Prozent bis 2050 zu reduzieren (Basisjahr 1990).

Erreichen will der Strategic Growth Council seine Ziele durch vier Schritte: (1) Koordinierung von Förderprogrammen, (2) Vergabe von Finanzhilfen und Darlehen, (3) Veröffentlichung von Daten und Informationen und (4) Politikvorschläge. Die Schwerpunkte der kalifornischen Nachhaltigkeitsstrategie lassen sich also weniger an konkreten Themen als vielmehr an der Vorgehensweise des Strategic Growth Councils zum Erreichen seiner Ziele festmachen.

Umsetzung

Die kalifornische Nachhaltigkeitsstrategie enthält ein eigenständiges Arbeitsprogramm, das für die Teilstrategien (siehe thematische Schwerpunkte) insgesamt zwölf konkrete Maßnahmen vorsieht. Die Teilstrategie „Politikvorschläge“ allerdings enthält keine konkreten Maßnahmen. Stattdessen

sollen Politikvorschläge immer dann an den Gouverneur, das Parlament oder Behörden unterbreitet werden, wenn es dem Wachstumsrat sinnvoll erscheint (SGC 2012: 17).

Für die Arbeit des Strategic Growth Council ist ein jährliches Budget von 500.000 Dollar vorgesehen (SGC 2012: 26). Zusätzlich gibt es festgelegte Budgets für drei Förderprogramme, die insbesondere kommunale Behörden beantragen können. Insgesamt summiert sich das Fördervolumen der drei Programme auf ca. 138 Millionen Dollar (SGC 2013).

Monitoring und Evaluation

Eine Berichterstattung zum Stand der nachhaltigen Entwicklung in Kalifornien findet im Rahmen des alle drei Jahre publizierten California Regional Progress Report statt. Der Bericht enthält ca. zwanzig Indikatoren für einzelne Regionen sowie aggregierte Daten für den gesamten Staat. Indikatoren beziehen sich unter anderem auf die Bereiche Verkehrswesen und Flächennutzung, Wettbewerbsfähigkeit, Umweltqualität und Ressourceneffizienz. Nach 2007 und 2010 ist im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie eine erneute Publikation für 2013 angekündigt (SGC 2012: 16).

Eine Evaluation der Strategie ist nicht explizit vorgesehen. Allerdings ist der Strategic Growth Council verpflichtet, dem kalifornischen Parlament jährlich einen Rechenschaftsbericht vorzulegen, der den Stand der Umsetzung der zwölf Maßnahmen erläutert (SGC 2013). Der Rechenschaftsbericht kann als Form der internen Kontrolle betrachtet werden.

Zur Art der Fortschreibung ist das Strategiedokument ebenfalls vage. Es sieht lediglich vor, dass während der Umsetzungsphase über die weitere strategische Ausrichtung nach 2014 nachgedacht werden soll (SGC 2012: 20). Im Rechenschaftsbericht aus dem Jahr 2013 ist jedoch kein Hinweis auf eine Fortschreibung der Strategie zu finden (SGC 2013).

Horizontale Integration

Der California Strategic Growth Council übernimmt im Auftrag des Gouverneurs die Federführung der Nachhaltigkeitsstrategie. Er besteht aus sechs Mitgliedern: Dem Director of State Planning and Research (Abteilungsleiter für Landesplanung und Forschung im Gouverneursbüro), den LeiterInnen von vier Behörden mit Kabinettsrang (Secretary of the Resources Agency, Secretary for Environmental Protection, Secretary of Business, Transportation and Housing und Secretary of California Health and Human Services), sowie einem Mitglied aus der Zivilgesellschaft, das vom Gouverneur ernannt wird. Der Strategic Growth Council wurde 2008 begründet, um die Aktivitäten aller Behörden, Partner und Stakeholder zu koordinieren, die im Bereich der nachhaltigen Entwicklung tätig sind (SGC 2009). Aufgrund seiner Zusammensetzung und seiner Aufgabenfelder ist er das zentrale Gremium für die horizontale Integration von Nachhaltigkeit in Kalifornien.

Eine integrierte Nachhaltigkeitsprüfung von Politikvorhaben ist in Kalifornien nicht vorgeschrieben.

Vertikale Integration

Die kalifornische Nachhaltigkeitsstrategie nimmt keinerlei Bezug auf übergeordnete Ebenen wie die US-Bundesebene oder internationale Prozesse, zum Beispiel im Rahmen der Vereinten Nationen. Nachgeordnete Ebenen hingegen nehmen einen prominenten Platz in der kalifornischen Strategie ein. Aufgrund der Kompetenzverteilung zwischen staatlicher und kommunaler Ebene hänge der Erfolg der Strategie explizit von der Zusammenarbeit der beiden Regierungsebenen ab: „The success of the Council is, therefore, dependent on a strong partnership with local governments in achieving its vision and mission.“ (SGC 2013: 5).

Dies drückt sich auch in der starken Einbindung nachgeordneter Ebenen bei der Formulierung und Umsetzung der Strategie aus. Im Rahmen des Strategieplanungsprozesses wurden neben nicht-staatlichen Stakeholdern auch nachgeordnete Ebenen konsultiert. Die Umsetzung der Strategie schließlich basiert in großen Teilen auf der Koordinierung und Ausschüttung von Fördermitteln an kommunale Behörden und Organisationen, die sich auf lokaler Ebene für eine nachhaltige Entwicklung engagieren.

Partizipation nicht-staatlicher Akteure

Im Sommer 2011 hat der Strategic Growth Council ein umfassendes Konsultationsverfahren zur Strategieformulierung eingeleitet. Der Beteiligungsprozess verlief in drei Phasen: Zunächst wurden Interviews mit Schlüsselakteuren wie den Ratsmitgliedern und -mitarbeitern sowie Lokalregierungen und Nichtregierungsakteuren geführt. Daraufhin fanden im Juni und Juli vier halbtägige Fokusgruppentreffen statt. Schließlich organisierte der Rat im August 2011 einen ganztägigen Strategieworkshop, an dem über hundert Personen aus einer Bandbreite an Organisationen teilnahmen. Die Teilnehmerorganisationen sind im Anhang der Strategie gelistet (SGC 2012: 21ff.).

Auch für die Umsetzung der zwölf Maßnahmen sieht der Rat Beteiligungsprozesse vor, die maßnahmenspezifisch entwickelt werden sollen (SGC 2012: 20).

Einen Nachhaltigkeitsbeirat für die unabhängige Beratung der Regierung beziehungsweise des Strategic Growth Councils gibt es in Kalifornien nicht.

3.9.3 Quellen

1) Strategiedokumente

Strategic Growth Council (SGC) 2012: California Strategic Growth Council Strategy Plan 2012-2014.

2) Weitere Quellen

Applied Development Economics Inc.: 2010. California Regional Progress Report.

URL: http://www.dot.ca.gov/hq/tpp/offices/orip/Collaborative%20Planning/California_Regional_Progress_Report.html (Zugriff am 09.10.2013).

California Energy Commission 2013: California's Power Content Label. URL:

http://www.energy.ca.gov/sb1305/power_content_label.html (Zugriff am 10.10.2013).

California Senate 2013: Home. URL: <http://senate.ca.gov/glossary> (Zugriff am 06.10.2013).

California Secretary of State 2013: Referenda. URL: <http://www.sos.ca.gov/elections/ballot-measures/referenda.htm> (Zugriff am 06.10.2013).

California State Assembly 2006: California Global Warming Solutions Act (AB 32).

Diercke Weltatlas 2009: Kalifornien Landwirtschaft. URL:

<http://www.diercke.de/kartenansicht.xtp?artId=978-3-14-100700-8&seite=205&id=5198&kartenr=1> (Zugriff am 08.10.2013).

FAZ.net 2013: Lagerfeuer löste Waldbrand aus. URL:

<http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kalifornien-lagerfeuer-loeste-den-waldbrand-aus-12562218.html> (Zugriff am 08.10.2013).

HDI 2013: Country Profile USA. URL: <http://hdrstats.undp.org/en/countries/profiles/USA.html> (Zugriff am 8.10.2013).

House of Representatives 2013: Home. URL: <http://house.gov/representatives/> (Zugriff am 08.10.2013).

Lösche, Peter 2008: Dossier USA, Politisches System. URL: <http://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/10635/politisches-system> (Zugriff am 08.10.2013).

Orange County Register 2012: Editorial: California leads all states in public debt. 26. September 2012. URL: <http://www.ocregister.com/articles/state-372854-california-tax.html> (Zugriff am 10.10.2013).

Pastor, Ortiz, Carter, Scoggins, Perez 2012: California Immigrant Scorecard. URL: http://csii.usc.edu/documents/California_Immigrant_Integration_Scorecard_web.pdf (Zugriff am 10.10.2013).

State of California 2013: Home. URL: <http://ca.gov/> (Zugriff am 08.10.2013).

Strategic Growth Council (SGC) 2009: Strategic Growth Council Operating Guidelines. URL: http://sgc.ca.gov/docs/2009_04_01_SGC_Operating_Guidelines_approved.doc (Zugriff am 02.10.2013).

Strategic Growth Council (SGC) 2013: 2013 Annual Report to the Legislature.

Wirtschaftswoche Green 2013: Arnold Schwarzenegger: „Auch Konservative können grün sein.“ 05.02.2013. URL: <http://green.wiwo.de/arnold-schwarzenegger-auch-konservative-konnen-oko-sein/> (Zugriff am 09.10.2013).

World Bank 2013: United States. URL: <http://databank.worldbank.org/data/views/reports/tableview.aspx> (Zugriff am 08.10.2013).

3.10 Bhutan

Das Königreich Bhutan ist ein Binnenland in Südasien, das im Süden an vier indische Bundesstaaten sowie im Norden an Tibet (China) grenzt. Die Oberflächengestalt Bhutans ist vom Himalaya geprägt. Über achtzig Prozent des Landes liegen über 2.000 Meter Höhe und mehr als zwei Drittel sind bewaldet. Das Land hat mit rund 38.000 km² etwa die Größe der Schweiz, aber nur 725.000 Einwohner. 35 Prozent der Bevölkerung leben in Städten; über sechzig Prozent der Einwohner leben von der Landwirtschaft. Die größten Städte sind die Hauptstadt Thimpu (rund 80.000 Einwohner) sowie Phuentsholing (rund 20.000 Einwohner) und Gelephu (rund 9.000 Einwohner) an der Grenze zu Indien (Stand 2005) (Wikipedia 2013).

Seit den 1960er Jahren befindet sich Bhutan auf dem Weg eines grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels. Es hat seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung konsequent auf das Prinzip der Nachhaltigkeit ausgerichtet und verfolgt das Ziel, sich aus der Gruppe der „am wenigsten entwickelten Länder“ zu lösen. Seit Ende der 1990er Jahre wurden ein Demokratisierungsprozess eingeleitet, 2008 eine Verfassung verabschiedet und 2013 die zweiten freien und allgemeinen Wahlen durchgeführt.

Markenzeichen des Landes ist das Streben nach „Bruttonationalglück“ (Gross National Happiness, GNH). Schon 1979 vom vierten König geprägt und in den 1990er und 2000er Jahren intensiv konzeptioniert und 2008 in der Verfassung verankert, ist das Bruttonationalglück das „zentrale Entwicklungskonzept“ Bhutans, das heißt dessen Vision und Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung (RGoB-PC 1999: 9). Bhutan ist bis heute das einzige Land weltweit, das unmittelbar die Bereitstellung der Bedingungen für das Streben nach Glück als politische Leitlinie verfolgt und Nachhaltigkeit mit dem Konzept des Bruttonationalglücks bereits als politisches Ziel festgelegt hat, bevor es im westlichen und globalen Diskurs in den 1980er Jahren Fuß fasste (Pfaff 2011).

3.10.1 Kontextbedingungen für Nachhaltigkeitspolitik

a) Institutionelle Rahmenbedingungen

Seit 1907 ist Bhutan ein eigenständiges Königreich; es blieb bis in die 1960er Jahre selbstgewählt isoliert. Der dritte König Jigme Dorji Wangchuk öffnete das Land und leitete einen Modernisierungsprozess ein. Sein Sohn Jigme Singye Wangchuk wurde 1972 vierter König, Motor dieses Prozesses, und er verfolgte auch das Ziel der Demokratisierung des Landes. 1998 gab er seine absolute Macht ab, ernannte Minister und bildete ein Kabinett. Nach Ankündigung im Jahr 2001 wurde 2005 ein Verfassungsentwurf veröffentlicht und die Verfassung 2008 durch den König unterzeichnet. Seitdem ist Bhutan formal eine konstitutionelle Monarchie. Um den Übergang zu einem demokratischen System zu markieren, war der König schon 2006 zugunsten seines Sohnes Jigme Khesar Namgyel Wangchuk zurückgetreten, der somit fünfter König wurde. Die ersten freien und allgemeinen Wahlen fanden 2008 statt, gefolgt von den zweiten im Mai und Juli 2013. Als Besonderheit ist in der Verfassung eingeführt, dass das Parlament den König mit einer Zweidrittelmehrheit abwählen kann.

Das politische System Bhutans richtet sich nach dem Westminster-Modell, folgt somit dem Parlamentsmodell Großbritanniens. Entsprechend besteht in Bhutan ebenfalls ein Zweikammersystem, wobei das Oberhaus als Nationalrat (National Council) und das Unterhaus als Nationalversammlung (National Assembly) bezeichnet wird. Insgesamt aber zeichnet sich Bhutan in seinen Reformbemühungen dadurch aus, dass es weltweit nach guten Vorbildern sucht, die es für sich

umsetzen kann – so auch schon im Verfassungsprozess. Angesichts des zum Teil aus den Fugen geratenen politischen Systems im Nachbarland Nepal entschied man sich für die Einführung des Mehrheitswahlrechts, da das Ziel stabiler Verhältnisse gegenüber den Nachteilen dieses Systems hinsichtlich geringerer Repräsentativität priorisiert wurde.

Die Regierung ist in zehn Ministerien organisiert, flankiert von zwei horizontalen Koordinationsgremien: der National Environment Commission (NEC) und der Gross National Happiness Commission (GNH-Commission). Beide werden vom Premierminister geleitet und sind zusammengesetzt aus Staatssekretären aller Ministerien und den Sekretären der NEC und der GNH-Commission. Die NEC wurde anstatt eines Umweltministeriums eingerichtet mit dem Ziel, Umweltbelange bestmöglich in andere Politikbereiche zu integrieren.³³ Die GNH-Commission ist der Nachfolger der vorherigen Planungskommission und bleibt zuständig für Planungsaufgaben.³⁴ Hierzu gehört insbesondere die Erstellung des sogenannten Fünfjahresplans. Darin wird die mittelfristige Haushaltsplanung und damit einhergehend die politisch-strategischen Prioritäten festgelegt. Die Umbenennung in GNH-Commission 2008 war ein Resultat des Konzepts des „Bruttonationalglücks“, das im gleichen Jahr in die Verfassung Bhutans übernommen wurde (Artikel 9 (2), siehe Abbildung 4).

Abbildung 4: Auszüge aus der Verfassung Bhutans³⁵

Artikel 5 - Umwelt

(1) Jeder Bürger ist ein Treuhänder der natürlichen Ressourcen des Königreichs und der Umwelt zum Wohle der heutigen und künftigen Generationen. Es ist die grundlegende Pflicht eines jeden Bürgers, einen Beitrag zum Schutz der natürlichen Umwelt und zur Erhaltung der reichen biologischen Vielfalt von Bhutan zu leisten und alle Formen der ökologischen Zerstörung, einschließlich Lärm, visuelle und physische Verschmutzung, durch die Einführung und Unterstützung umweltfreundlicher Praktiken und Regeln zu verhindern.

Artikel 9 - Grundsätze der staatlichen Politik

(2) Der Staat wird sich bemühen, die Bedingungen zu fördern, damit das Streben nach Bruttonationalglück sich erfüllt.

(7) Der Staat setzt sich nach besten Kräften ein, Maßnahmen zur Minimierung der Ungleichheit des Einkommens, der Konzentration von Reichtum und zur Förderung der gerechten Verteilung von öffentlichen Einrichtungen in verschiedenen Teilen des Königreichs zu entwickeln und einzuführen.

(20) Der Staat wird sich bemühen, die Voraussetzungen zu schaffen, damit sich die wahre und nachhaltige Entwicklung einer guten und mitfühlenden Gesellschaft, verwurzelt im buddhistischen Ethos und in universellen menschlichen Werten verwirklichen.

Im Rahmen der vom vierten König in der 1980er Jahren begonnenen Dezentralisierungspolitik wurden der subnationalen Ebene zunehmend Entscheidungsbefugnisse übertragen. Die zwei Ebenen setzen sich heute aus zwanzig Distrikten (Dzongkhags) sowie 205 Gemeindeverbänden (Gewogs) zusammen.³⁶ Für Ura (2010) waren die Dezentralisierung sowie die Qualität der Gemeindeverwaltungen Schlüsselemente für die rasche Entwicklung Bhutans. Die subnationalen Ebenen werden bei der politischen Planung im Gegenstromprinzip einbezogen: Im Rahmen des

³³ Vgl. <http://www.nec.gov.bt/> (Zugriff am 21.10.2013).

³⁴ Vgl. <http://www.gnhc.gov.bt/> (Zugriff am 17.10.2013)

³⁵ Vgl. <http://www.sein.de/archiv/2008/juni-2008/die-verfassung-bhutans--auszuege.html> (Zugriff am 21.10.2013).

³⁶ Vgl. <http://www.geohive.com/cntry/bhutan.aspx> (Zugriff am 21.10.2013).

Fünfjahresplans besuchen Regierungsbeamte die Distrikte und Gemeinden zwei Monate lang zur Fortschrittsevaluation (zur Mitte der Laufzeit und am Ende), was in die Arbeiten zum folgenden Plan eingeht. Gleichzeitig dienen diese Konsultationen auch dazu, das GNH-Konzept weiter im Denken und bei der Umsetzung des Plans auf lokaler Ebene zu verankern. Auch zum Entwurf der Verfassung wurde auf ähnliche Weise konsultiert. Lokale Konsultationen gehören heute zu jeder Form von Politikentwicklung, zum Beispiel bei der Genehmigung von Projekten (z.B. bei Wasserkraftwerken). Diese Tradition wird auch bei Stakeholdern fortgesetzt. 2007 wurde ein Gesetz über zivilgesellschaftliche Organisationen (Civil Society Act) verabschiedet, das deren Registrierung regelt.

b) Politische Rahmenbedingungen

Die Akteurslandschaft Bhutans im Kontext der jungen Demokratie ist noch nicht stark auskristallisiert. Als Ergebnis der zweiten Wahlen im Juli 2013 übernahm die bis dahin oppositionelle People's Democratic Party (PDP) die Regierungsverantwortung von der Bhutan Peace and Prosperity Party (DPT). Wie typisch für das Mehrheitswahlrecht bildet die Sitzverteilung im Parlament nicht die Stimmverteilung ab, wie die folgende Tabelle für die beiden Wahlen in Bhutan zeigt.

Tabelle 15: Ergebnisse der Parlamentswahlen in Bhutan 2008 und 2013

Wahlergebnisse 2.Runde	Wahl 2008, Ergebnis in %	Wahl 2008, Sitze im Parlament	Wahl 2013, Ergebnis in %	Wahl 2013, Sitze im Parlament
PDP	33%	2	55%	32
DPT	67%	45	45%	15

Die neue Regierung von Bhutan hat erstmalig eine Frau als Ministerin, nämlich Dorji Choden als Ministerin für Infrastruktur und Siedlungen.³⁷ Während bedingt durch das Mehrheitssystem nach einer Wahl alle Minister wechseln, besteht doch Kontinuität in den Ministerien, da die Staatssekretäre im Amt bleiben.

Insgesamt ist der wohlorganisierte Übergang von einer absoluten zu einer konstitutionellen Monarchie sehr bemerkenswert. Eine politische Kultur in diesem neuen Kontext bildet sich erst heraus – wobei ein System mit konkurrierenden Parteien in der traditionell auf Harmonie ausgerichteten Kultur durchaus Missbehagen verursacht (Niestroy et al. 2013: 79). Gleichzeitig jedoch besteht schon seit langem eine Tradition direkter Beteiligung und unmittelbarer Kommunikation zwischen Kommunen und Bürgern sowie Regierung und subnationaler Verwaltung (siehe oben). Der zivilgesellschaftliche Sektor ist allerdings bisher relativ klein und umfasst hauptsächlich alteingesessene Verbände, die von Mitgliedern der Königsfamilie gegründet wurden, beispielsweise die Royal Society for Nature Protection (RSNP), die größte Umwelt-NGO des Landes. Hinzu kommt jedoch eine wachsende Zahl neuer Organisationen, wie das Bhutan Centre for Media and Democracy (BCMD), das die Förderung von Medienkompetenz zum Ziel hat.

c) Geografisch-naturräumliche Rahmenbedingungen

Bhutan ist ein Binnenland im östlichen Himalaja. Es grenzt im Norden an China und im Süden, Osten und Westen an Indien. Seine Größe entspricht in etwa der Schweiz, mit allerdings nur knapp zehn Prozent der Einwohner im Vergleich. Das Land gliedert sich in drei naturräumliche Regionen: die südlichen Hügelketten des Vorhimalaja mit einer anschließenden schmalen Tief-

³⁷ Vgl. <http://www.kuenselonline.com/pm-cabinet-ministers-receive-dakyen-today/#.U11BNiBBvIU> (Zugriff am 21.10.2013).

ebene entlang der Grenze zu Indien, den mittleren Himalaja mit steilen Bergen und Flusstälern, und den Hochhimalaja, geprägt von alpinen Hochebenen und Berggipfeln, von denen rund zwanzig zwischen 7.000 und 7.500 m hoch sind. Bhutan gilt als eine der schroffsten Berglandschaften der Welt.³⁸

Der gesamte nördliche Bereich ist von Gletschern bedeckt, aus denen sich die Flüsse speisen, die das Land von Nord nach Süd durchqueren. Dies stellt eine ganzjährige Wasserversorgung bereit. Die Flüsse sind auch die wesentliche Quelle für Bhutans wirtschaftliches Wachstum durch den Bau von Wasserkraftwerken, die erneuerbare Elektrizität für den eigenen Verbrauch sowie den Export nach Indien bereitstellen. Gleichzeitig ist damit das Land sehr vom Klimawandel betroffen: das Schmelzen der fast 700 Gletscher erhöht die Gefahr, dass die rund 2.500 Gletscherseen destabilisieren und Überflutungen verursachen. Schon vor zehn Jahren wurden 24 Gletscherseen als gefährdet eingestuft (Kuenza et al. 2004). Verschwinden die Gletscher, würde auch der Stromexport als wichtigste Einnahmequelle für Bhutan wegfallen.

Der Bau von Wasserkraftwerken hat typischerweise sehr negative Auswirkungen auf Natur und Mensch. Die geografische Situation von Bhutan ist hier vorteilhaft: Aufgrund der Steilheit der Täler geht bei einem Staudambau nur vergleichsweise wenig Land verloren.

Nach einem Rückgang der Bewaldung vor den 1970er Jahren ist die Waldfläche mittlerweile wieder auf rund siebzig Prozent angestiegen, zuzüglich zehn Prozent Strauchvegetation.³⁹ Bhutan legt in seiner Verfassung fest, dass das Land für alle Zeiten mit mindestens sechzig Prozent Wald bedeckt sein soll. Mehr als 25 Prozent der Landesfläche sind Naturschutzgebiete verschiedener Ausprägung.⁴⁰ Nur drei Prozent der Fläche wird landwirtschaftlich genutzt.⁴¹

Der ökologische Fußabdruck Bhutans ist mit ca. 0,8 globalen Hektar weit von dem Schwellenwert von 2 ha entfernt, der für alle Länder durchschnittlich zur Verfügung steht.

d) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Bis zur Öffnung des Landes in den 1960er Jahren lebte die Bevölkerung überwiegend von Subsistenzlandwirtschaft. Der Anteil der Landwirtschaft am BIP ist bis 2011 auf knapp 16 Prozent zurückgegangen (RGoB-GNHC 2013: 6), obwohl noch etwa sechzig Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt (Helvetas, mdl.). Der Anteil von Dienstleistungen inklusive Tourismus und Landwirtschaft betrug 2011 44 Prozent. Die wichtigsten Wirtschaftszweige im sekundären Sektor sind die Bauwirtschaft sowie die Strom- und Wasserwirtschaft mit 16 beziehungsweise 14 Prozent (RGoB-GNHC 2013: 6).

Bhutan hat seit 1980 durchschnittliche BIP-Wachstumsraten von sieben Prozent, mit Spitzen über 15 Prozent und rund acht Prozent im Durchschnitt 2008-2012 (RGoB 2013: 6). Dank der Weichenstellungen in den 1970er Jahren und der an Nachhaltigkeit orientierten Wirtschaftspolitik hat dies zu keinen negativen Umweltauswirkungen geführt. Gemessen in Kaufkraftparitäten ist das BIP pro Kopf seit 1981 um das dreizehnfache gestiegen und lag 2011 mit knapp 5.500 US Dollar deutlich über dem südasiatischen Durchschnitt von rund 3.300 US Dollar (World Bank 2013). Dieses Wachstum ging mit einer Arbeitslosenquote von unter vier Prozent einher, die sich in den letzten Jahren noch weiter verringert hat und 2012 bei 2,1 Prozent lag (RGOB-GNHC 2013: 6). Dabei

³⁸ Vgl. http://en.wikipedia.org/wiki/Mountains_of_Bhutan (Zugriff am 21.10.2013).

³⁹ Vgl. <http://www.moaf.gov.bt/moaf/?p=2216> (Zugriff am 21.10.2013).

⁴⁰ Vgl. <http://www.rspnbhutan.org/about-bhutan/protected-areas.html> (Zugriff am 21.10.2013).

⁴¹ Vgl. <http://www.moaf.gov.bt/moaf/?p=2216> (Zugriff am 21.10.2013).

betrug die Arbeitslosigkeit auf dem Land 1,5 und in der Stadt 3,5 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit ist allerdings mit 7,3 Prozent vergleichsweise hoch (RGoB-GNHC 2013: 6-7).

Seit 2010 wird die finanzielle Unabhängigkeit des Landes bis 2020 angestrebt (RGoB 2010) und auch im 11. Fünfjahresplan als Ziel beibehalten. Die Staatsverschuldung ist allerdings von niedrigen 34 Prozent des BIP 1997 auf 71 Prozent im Jahr 2011 angestiegen (IMF 2013); es wird erwartet, dass die Staatsverschuldung bis 2017 auf bis zu 120 Prozent steigt (RGoB-GHNC 2013: 8). Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die Ausgaben für den Ausbau der Wasserkraft (80% der Gesamtschuld). Der geschätzte Ausgabenanstieg beinhaltet das Regierungsziel, die Wasserkraft auf 10.000 MW bis 2020 auszubauen. Entwicklungshilfe hat bis dato rund vierzig Prozent von Bhutans Ausgaben abgedeckt, wovon Indien 75 Prozent bestreitet. Die Exporterlöse aus der Stromerzeugung betragen 2011 ca. zwanzig Prozent des BIP und durch weiteren Ausbau soll dies auf vierzig Prozent gesteigert werden⁴², so dass das Ziel der finanziellen Unabhängigkeit ggf. verwirklicht werden kann. Nach Angaben der Weltbank hat Bhutan ein Wasserkraftpotential von 300 Gigawatt⁴³ – eine Größenordnung, die wohl nicht umwelt- und sozialverträglich umzusetzen ist.

e) Soziokulturelle Rahmenbedingungen

Dank der frühen Investitionen in Bildung und Gesundheit hat sich die soziale Situation erheblich verbessert: Der Human Development Index stieg von 0,3 im Jahr 1984 auf 0,538 2012⁴⁴, womit Bhutan jetzt zur Gruppe der Länder mit „mittlerem HDI“ gehört.⁴⁵ Die Lebenserwartung stieg von 48 Jahren im Zeitraum 1980-1985 um 20 Jahre auf knapp 68 Jahre im Zeitraum von 2010 bis 2015. Sie liegt damit höher als der Durchschnitt Südasiens (UNDESA 2010). Während die Bevölkerung seit den 1960er Jahren jährlich um drei Prozent wuchs, konnte diese Zuwachsrate auf 1,9 Prozent reduziert werden, beeinflusst durch sinkende Kindersterblichkeit und auch Programme zur Familienplanung. Die Geburtenrate sank von 6,5 Kindern pro Frau im Jahr 1980 auf 2,4 Kinder 2011, was unter dem südasiatischen Durchschnitt liegt (World Bank 2013). Auch im Bereich Bildung gibt es erhebliche Fortschritte; zum Beispiel ist die Anzahl der durchschnittlichen Schuljahre seit 1980 von rund vier auf elf Jahre gestiegen (UNDP 2011) und hat damit das Niveau von Industrienationen erreicht.

Bei der Armutsbekämpfung sind ebenfalls Erfolge zu verzeichnen: Von 2003 bis 2012 sank die Armutsrate von 32 auf zwölf Prozent, auf dem Land im gleichen Zeitraum von 38 auf knapp 17 Prozent und in den Städten von vier auf zwei Prozent (RGoB-GNHC 2013: 4). Ebenso nahm der Gini-Koeffizient von 0,41 auf 0,36 ab und ist damit gleichauf mit Japan und einigen EU-Mitgliedstaaten. Trotzdem bleibt Armutsbekämpfung wie auch schon in den beiden letzten Fünfjahrespläne (2003-2013) auch im aktuell 11. Fünfjahresplan höchste Priorität (RGoB-GNHC 2013: 5).

⁴² Vgl. <http://www.foreignaffairs.com/articles/138797/john-berthelsen/booming-bhutan> (Zugriff am 21.10.2013).

⁴³ Vgl.

<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/EASTASIAPACIFICEXT/EXTEAPASTAE/0,,contentMDK:21042043~menuPK:2900792~pagePK:64168445~piPK:64168309~theSitePK:2822888,00.html> (Zugriff am 06.10.2013)

⁴⁴ Da die Berechnungsmethode im Jahr 2010 geändert wurde, bzw. für Bhutan erst ab 2010 der voll aggregierte Index berechnet wurde, sind Vergleiche schwierig und es kursieren auch höhere Werte aus einigen Jahren davor. Vgl. <http://hdrstats.undp.org/en/countries/profiles/BTN.html> (Zugriff am 21.10.2013).

⁴⁵ Vgl. <http://hdr.undp.org/en/data/map/> (Zugriff am 21.10.2013).

Gesamteinschätzung:

- **Anforderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik:** Die institutionellen und politischen Rahmenbedingungen Bhutans bieten sehr gute Voraussetzungen hinsichtlich einer Governance der nachhaltigen Entwicklung. In der Verfassung ist nachhaltige Entwicklung verankert: der Staat soll die Bedingungen fördern, damit sich das „Streben nach Bruttonationalglück“ erfüllt. Gleichzeitig sind Bürger und Staat zu Umweltschutz verpflichtet. Horizontale und vertikale Koordination sind geradezu idealtypisch verwirklicht und eine Nachhaltigkeitsprüfung wird sehr konsequent angewandt. Partizipation hat eine lange Tradition und Konsultationen mit der regionalen und lokalen Ebene gehören zu jeder Form von Politikentwicklung und Projektplanung. Dies erstreckt sich auch auf die wachsende Zahl an zivilgesellschaftlichen Organisationen. Eine demokratische Kultur ist in Entwicklung, wobei die traditionell auf Harmonie ausgerichtete Kultur dem Konsens näher steht als dem Wettbewerb zwischen Parteien und Personen. Ein herausragendes Merkmal ist die am Gemeinwohl orientierte Arbeit, Offenheit und hohe Reflexionsfähigkeit der Führungseliten und der Verwaltung. Hierauf ist auch die konsequente Integration von Bruttonationalglück in alle Politikbereiche und in die Gesellschaft zurückzuführen.
- **Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung:** Neben der generellen Herausforderung, die Wirtschaft auf nachhaltige Weise zu entwickeln und finanziell unabhängig zu werden, sind insbesondere Probleme der Verstädterung und der städtischen Infrastruktur drängend. Die Hauptstadt Thimpu ist von 80.000 Einwohnern im Jahr 2005 auf mittlerweile 116.000 angewachsen.⁴⁶ Die Infrastruktur muss in den Kernbereichen weiter ausgebaut (Abwasser und öffentlicher Nahverkehr) oder überholt werden (Abfall). Im sozialen Bereich gibt eine hohe Jugendarbeitslosigkeit Anlass zu Sorge. Mit der geografischen Situation hat Bhutan die Chance, auch bei behutsamem und auswirkungsminimiertem Ausbau der Wasserkraft finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen. Gleichzeitig ist die Nutzung der Wasserkraft aber auch vom Klimawandel bedroht. Schließlich ändert sich das Konsumverhalten mit den immer stärker werdenden westlichen Einflüssen. Eine grundlegende Herausforderung für das Land wird es sein, die steigenden materiellen Konsumwünsche mit dem GNH-Konzept in Einklang zu bringen.

3.10.2 Steckbriefartige Beschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie

In den 1960er Jahren unternahm Bhutan durch Investitionen in sein Gesundheits- und Bildungssystem erste Schritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung. In den 1970er Jahren wurden Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederausbreitung der geschrumpften Waldfläche unternommen. Schon 1979 prägte der vierte König den Begriff des Bruttonationalglücks als alternatives Entwicklungsmodell, was später konzeptionell ausgearbeitet wurde. Strategieentwicklungen in den 1990er Jahren standen im Kontext der internationalen Beschlüsse zu nachhaltiger Entwicklung, maßgeblich beeinflusst durch die Rio-Konferenz 1992. Die 1990 gegründete National Environment Commission legte 1994 den Entwurf einer Strategie vor, die unter dem Titel „Der Mittlere Weg – Nationale Umweltstrategie für Bhutan“ 1998 verabschiedet wurde. Diese Strategie verfolgt konsequent die Umweltintegration in andere Politikbereiche und adressiert die Kernsektoren wirtschaftlicher Entwicklung: Wasserkraft, Landwirtschaft und Industrie, sowie Tourismus und Verkehr. Daneben behandelt sie auch soziale Aspekte wie Umwelt und Gesundheit, den Zusammen-

⁴⁶ Vgl. http://www.nytimes.com/2013/10/05/world/asia/index-of-happiness-bhutans-new-leader-prefers-more-concrete-goals.html?hp&_r=1& (Zugriff am 21.10.2013).

hang von Geschlechterfragen und dem Management natürlicher Ressourcen, Verstärkung sowie Bevölkerungsentwicklung und Nachhaltigkeit (RGoB-NEC 1998: 6). Entgegen dem Titel kann diese Strategie durchaus als Nachhaltigkeitsstrategie erachtet werden, die besonders für ihre Zeit umfassender war als die (wenigen) in Europa entwickelten Nachhaltigkeitsstrategien. Dies wird heute auch in Bhutan so gesehen und „Der Mittlere Weg“ soll ab Ende 2013 als Nachhaltigkeitsstrategie unter Einbeziehung von Klimaschutzbelangen überarbeitet werden.

Nahezu parallel dazu wurde 1999 die erste eingehende Konzeptionierung des Bruttonationalglücks veröffentlicht. Die Strategie „Bhutan 2020: Eine Vision von Frieden, Wohlstand und Glück“ beeindruckt durch die langfristige Perspektive und ihr umfassendes Konzept für die Zukunft des Landes, und war damit ihrer Zeit weit voraus: Während in den Industrienationen der Schwerpunkt vor allem auf Umwelt lag, war es in den Entwicklungs- und Schwellenländern vor allem Armutsbekämpfung. Bhutan 2020 erfüllte also in herausragender Weise das Ziel des Abschlussdokuments der Rio-Konferenz von 1992, Umwelt und Entwicklung in Einklang zu bringen, was aktuell auch wieder zur Debatte steht.

Die Strategie diente im weiteren Verlauf als Grundlage für die Ausarbeitung und Instrumentalisierung des Bruttonationalglücks. Sie bestätigte das Bruttonationalglück als zentrales Entwicklungskonzept des Landes und verdeutlicht als Ziel: *„Das Streben nach Bruttosozialglück bedeutet nicht, dass Wirtschaftswachstum nicht wichtig ist. Ganz im Gegenteil erscheint Wachstum als wichtiges Mittel, um höhere Ziele zu erreichen. Die Herausforderung besteht darin, ein Gleichgewicht zwischen materieller und immaterieller Entwicklung zu finden.“* (RGoB-PC 1999: 9) Zu der konzeptionellen Architektur der Strategie gehören sechs Prinzipien und fünf übergeordnete Ziele. Die sechs Prinzipien sind: Identität, Einheit, Harmonie, Stabilität, Eigenständigkeit, Nachhaltigkeit und Flexibilität, wobei Nachhaltigkeit in einem umfassenden Sinne definiert und in Zusammenhang mit den anderen normativen und Governance Prinzipien gestellt wird (RGoB-PC 1999: 9). Neben den fünf übergeordneten Zielen menschliche Entwicklung, Kultur und kulturelles Erbe, ausgewogene gesellschaftliche Entwicklung zum Nutzen aller, gute Regierungsführung und Erhalt der Umwelt (RGoB-PC 1999: 12–14) sind für jeden Bereich auch konkrete Zielsetzungen formuliert, die wiederum in den Fünfjahrespläne nach 1999 umgesetzt wurden.

Eine aktualisierte Version des GNH-Konzepts und der strategischen Umsetzung im Bhutan wurde im Jahr 2012 als nationaler Bericht für die UN-Rio+20-Konferenz veröffentlicht, die hier im Folgenden zugrunde gelegt wird (RGoB 2012: „Bhutan: In Pursuit of Sustainable Development“). Die sechs Prinzipien und fünf Ziele fanden zusammen Eingang in den vier Leitbildern des Dokuments (RGoB 2012: 4). Tabelle 16 gibt einen Überblick über die Hauptmerkmale der Nachhaltigkeitsstrategie Bhutans.

Tabelle 16: Steckbriefartige Beschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie Bhutans

Inhalte und Ziele	
Leitbild	Vier „Säulen“: 1. Eine gerechte sozio-ökonomische Entwicklung 2. Bewahrung der Umwelt 3. Bewahrung und Förderung der Kultur 4. Förderung von guter Regierungsführung
Ausrichtung der Strategie	Ganzheitlich

Thematische Schwerpunkte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Lebensstandard 2. Bildung 3. Gesundheit 4. Nutzung von Zeit 5. Gute Regierungsführung 6. Ökologische Diversität und Resilienz 7. Psychologisches Wohlbefinden 8. Vitalität von Gemeinschaften 9. Kulturelle Diversität und Resilienz
Ziele	In den Fünfjahresplänen ausformuliert, quantifiziert und terminiert
Umsetzung	
Arbeitsprogramm	Fünfjahrespläne
Finanzbudget	Fünfjahrespläne stellen die mittelfristige Hausplanung dar
Monitoring und Evaluation	
Berichterstattung	Fünfjahresplan: Zwischenbericht zur Halbzeit
Evaluation	Fünfjahresplan: Evaluation am Ende der Laufzeit
Fortschreibung	Alle fünf Jahre (Fünfjahrespläne); Nachhaltigkeitsstrategie „Der Mittlere Weg“: vorgesehen für 2014
Horizontale Integration	
Federführung	Premierminister und alle Ministerien
Interministerielle Koordination	GNH-Commission für Fünfjahrespläne NEC: Umweltintegration, NEPA
Nachhaltigkeitsprüfung	Ja („GNH-Screening“)
Vertikale Integration	
Bezug zu über- und nachgeordneten Ebenen	<p>Hoch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Übergeordnete Ebene: UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung (Rio+20) und Folgeaktivitäten, UN-Klimapolitik • Untergeordnete Ebene: Konsultationen; wichtige Rolle von Distrikten und Gemeindeverbänden bei der Umsetzung von GNH und den Fünfjahresplänen
Einbindung von nachgeordneten Ebenen	Hoch, bei Strategieentwicklung und Fünfjahresplanung
Partizipation nicht-staatlicher Akteure	
Konsultationsverfahren	Stakeholder-Konsultationen üblich
Nachhaltigkeitsbeirat	-

Inhalte und Ziele

Die 2012 veröffentlichte, aktualisierte Version des GNH-/Nachhaltigkeitskonzepts beruht auf vier „Säulen“ (RGoB 2012: 4):

- Eine gerechte sozio-ökonomische Entwicklung (*equitable socioeconomic development*): Gleichberechtigung von Individuen, Gemeinschaften und Regionen muss gewährleistet

werden, um soziale Harmonie, Stabilität und Einheit zu fördern sowie eine gerechte und mitmenschliche Gesellschaft zu schaffen;

- Schutz der Umwelt (*conservation of the environment*): Wirtschaftliche Entwicklung muss im Rahmen der Grenzen von ökologischer Nachhaltigkeit bleiben und ohne Beeinträchtigung der biologische Produktivität und Diversität der natürlichen Umwelt verfolgt werden;
- Schutz und Förderung der Kultur (*preservation and promotion of culture*): Wertschätzung des kulturellen Erbes des Landes soll geweckt werden; spirituelle und emotionale Werte, die zu Glück/Zufriedenheit beitragen und die negative Folgen der Modernisierung minimieren, müssen bewahrt werden;
- Förderung von guter Regierungsführung (*promotion of good governance*): Entwicklung der Institutionen des Landes, der Humanressourcen und der Regierungssysteme, um Gelegenheiten zur Partizipation auf allen Ebenen zu verstärken und um individuelle Entwicklungsentscheidungen zu ermöglichen, die im Einklang mit den Umständen und Bedürfnissen von Familien, Gemeinschaften und der Nation als Ganzes stehen.

Diese vier Säulen des Bruttosozialglücks bilden zusammen ein umfassendes Nachhaltigkeitsparadigma von großer Reichweite, die auch zum Teil in der Verfassung verankert sind (z.B. die Bestimmung, dass 60% des Landes für alle Zeiten bewaldet bleiben sollen).

Durch die umfassend institutionalisierte Integration spiegeln sich diese Ziele in allen Politikbereichen wider. Im Rahmen der Entwicklung des GNH-Screenings (s.u.) wurden außerdem die folgenden neun Bereiche definiert, die überprüft werden (RGoB 2012: 5):

1. Lebensstandard
2. Bildung
3. Gesundheit
4. Nutzung von Zeit
5. Gute Regierungsführung
6. Ökologische Diversität und Resilienz
7. Psychologisches Wohlbefinden
8. Vitalität von Gemeinschaften
9. Kulturelle Diversität und Resilienz

Konkrete Ziele für die Umsetzung werden in den jeweiligen Fünfjahresplänen festgelegt. Sie sind quantifiziert und terminiert. Als Beispiel für die Integration der GNH-/Nachhaltigkeitsziele sei die Wirtschaftspolitik genannt, bei der ebenfalls Nachhaltigkeit der Ausgangspunkt aller Politikvorschläge ist. Ziele der Wirtschaftspolitik sind (Economic Development Policy, RGoB 2010: 5):

- Die Wirtschaft mit möglichst geringem ökologischem Fußabdruck diversifizieren
- Auf nachhaltige Weise natürliche Ressourcen nutzen und veredeln
- Bhutan als Marke für ökologisches Wirtschaften bekannt machen
- Die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern, besonders hinsichtlich Verkehr
- Exporte steigern und diversifizieren
- Wirtschaftszweige fördern, die zum Aufbau der „Marke Bhutan“ beitragen.

Die übergeordneten Ziele der Wirtschaftsstrategie von 2010 sind finanzielle Unabhängigkeit bis 2020 und Vollbeschäftigung. Beide Ziele und auch die Bemühungen, Nachhaltigkeit zum Maßstab

aller Politikbereichen zu machen, finden Ausdruck im übergeordneten Ziel des 11. Fünfjahresplans, der zurzeit in Verabschiedung ist (RGoB 2013: 2): „*Finanzielle Eigenständigkeit und sozial ausgewogene, grüne sozio-ökonomische Entwicklung*“. Der Plan bezieht sich auf die Ziele von Bhutan Vision 2020, die vier Säulen des GNH-Konzepts und setzt außerdem das Ziel, dass Bhutan bis 2020 nicht mehr zu der Kategorie der am wenigsten entwickelten Länder zählen soll. Der 10. Fünfjahresplan (2008 – 2013) hatte als Kernthema und –ziel, Armut von 23 auf 15 Prozent bis zum Ende der Planungsperiode zu reduzieren, was auch erreicht wurde.

Zu konkreten Zielen der wirtschaftlichen Entwicklung, mit entsprechenden Maßnahmen unterlegt, zählen seit den 2000er Jahren u.a.:

- Ausbau der Wasserkraft auf 1.500 Megawatt bis 2011 gemäß dem 10. Fünfjahresplan, sowie bis 2020 auf 5.000, ggf. auch 10.000 MW (RGoB-GNHC 2009:32), in Kombination mit der Umsetzung des Programm zur Elektrifizierung aller ländlichen Regionen bis 2013 (RGoB-GNHC 2009: 44).
- Die Förderung eines hochwertigen Tourismus mit geringen negativen Folgen („high value / low impact“), um Auswirkungen von Billigtourismus wie zum Beispiel in Nepal zu vermeiden (RGoB 2010: 7).
- Größere Unabhängigkeit des Landes bei der Nahrungsmittelversorgung durch nachhaltige Anbaupraktiken (RGoB-NEC 1998: 37); seit 2013 ist außerdem das Ziel formuliert, den Anteil der ökologischen Landwirtschaft von siebenzig auf hundert Prozent zu erhöhen.⁴⁷

Umsetzung

Die Umsetzung der Politiken erfolgt in den Fünfjahresplänen. Zuständig für die Aufstellung, Überprüfung und Weiterentwicklung dieser Pläne ist die GNH-Commission, die vom Premierminister geleitet wird. Die konkrete Umsetzung erfolgt durch alle nationalen Behörden, Distriktbehörden und Gemeinden. Auch die mittelfristige Haushaltsplanung erfolgt im Rahmen der Fünfjahrespläne und berücksichtigt daher auch GNH-/Nachhaltigkeitsaspekte.

Monitoring und Evaluation

Die Umsetzung der Fünfjahrespläne wird im Rahmen einer Zwischenevaluation zur Halbzeit der Planlaufzeit überprüft („Midterm review“, RGoB-GNHC 2011). Hierzu werden Konsultationen auf allen Ebenen durchgeführt, ein Bericht veröffentlicht, der Fortschritte pro Distrikt festhält, vermehrte Anstrengungen anmahnt und nachjustiert. So legte zum Beispiel die Regierung bei der Midterm Review 2011 zusätzliche Programme auf, um das Ziel der Armutsreduktion auf einen Anteil von weniger als 15 Prozent zu erreichen (RGoB 2011: 1).

Horizontale Integration

Der Arbeitsstil der Regierung ist beratend und tendenziell konsensorientiert. Im Rahmen der Fortschreibungen des Fünfjahresplans werden Konsultationen mit den einzelnen Ministerien durchgeführt (so auch bei der Midterm Review, RGoB 2011: 152). Das horizontale Koordinationsgremium ist die GNH-Commission, die dafür sorgt, dass das GNH-Konzept in alle Politikbereiche integriert wird, was auch durch zuständige GNH-Beamte in jedem Ministerium unterstützt wird. Im

⁴⁷ Vgl. <http://www.welt.de/wissenschaft/umwelt/article118550302/Bhutan-will-zum-ersten-Bio-Land-der-Welt-werden.html> (Zugriff am 21.10.2013).

Wesentlichen erfolgt dies durch die Anwendung des sogenannten GNH-Screening Tools und darauf basierenden Beratungen in der GNH-Commission. Dieses semi-quantitative Verfahren wird für alle Politikentwürfe, Pläne und Projekte durchgeführt.⁴⁸ Wenn ein Entwurf den „Test“ nicht besteht, das heißt die Ergebnisse unter einem bestimmten Schwellenwert liegt, wird er zur Nachbesserung an das zuständige Ministerium zurückverwiesen. Die Besonderheit im Vergleich zu Nachhaltigkeitsprüfungen in Europa liegt in der stringenten Anwendung des Instruments: Beim Screening fielen schon einige politisch bedeutsame Vorhaben durch, wie zum Beispiel die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO), der Bau eines großen Wasserkraftwerks sowie ein Bergbauvorhaben, das bereits zweimal an das zuständige Ministerium zurückverwiesen wurde (Niestroy et al. 2013: 78).

Vertikale Integration

Alle politischen Strategien, die Verfassung, Programme, Pläne und Projekte werden mit der Distrikt- und lokalen Ebene beraten. Besonders systematisch geschieht dies im Rahmen der Fünfjahrespläne, wo lokale Bedürfnisse ausgiebig diskutiert werden. Für das Midterm Review 2011 wurden in einem Zeitraum von knapp zwei Monaten Konsultationen in allen Distrikten durchgeführt, zu denen jeweils zwei Minister sowie die Staatssekretäre der anderen Ministerien anreisten (RGoB 2011: 153 – 155). Diese Besprechungen werden auch dazu benutzt, die Umsetzung des GNH-Konzepts auf lokaler Ebene zu diskutieren und damit ein tieferes Verständnis und eine Identifikation zu kreieren.

Partizipation nicht-staatlicher Akteure

Die Partizipation nicht-staatlicher Akteure findet einerseits durch die intensiven Beratungen mit der Distrikt- und Gemeindeebene statt. Gleichzeitig wird das GNH-Konzept in viele gesellschaftliche Bereiche getragen, ist beispielsweise Bestandteil von Lehrplänen in Schulen und wird von allen Verbänden und Medien diskutiert. Typische Stakeholder-Konsultationen zu Politikentwicklungen werden ebenfalls durchgeführt, Teilnehmer von Workshops sind zumeist Regierung, Zivilgesellschaft und NGOs, unabhängige Behörden, religiöse Einrichtungen, der Privatsektor, Medien und Jugend.

Die international bekannte Umfrage zu GNH ist ein weiteres Instrument für die direkte Kommunikation zwischen Regierung und Bevölkerung, da die Umfrageergebnisse in der politischen Programmentwicklung beziehungsweise Nachjustierung berücksichtigt werden. Für die Erhebung und Darstellung wurde 2008 der GNH-Index entwickelt, an dem auch noch weiter gearbeitet wird. Der Index schlüsselt die neun Dimensionen des GNH-Konzeptes (siehe Thematische Schwerpunkte) mit 38 Sub-Indizes, 33 Indikatoren und 124 Variablen auf, die wiederum in dem Fragekatalog umgesetzt sind. Die Umfrageergebnisse werden gewichtet und zu einem Gesamtindex aggregiert. Laut Ergebnis der zweiten Umfrage 2010 waren 41 Prozent der Bevölkerung glücklich/zufrieden und der Anteil der Dimensionen, in denen noch kein zufriedenstellendes Niveau erreicht war, lag bei 43 Prozent.⁴⁹ Die Regierung analysiert im Anschluss die Ergebnisse in den neun Dimensionen, um Handlungsprioritäten abzuleiten.

⁴⁸ Das GNH-Screening Tool findet sich hier: <http://www.gnhc.gov.bt/wp-content/uploads/2011/05/GNH-Screening-Tool-Mid-June-20121.xlsx> (Zugriff am 21.10.2013).

⁴⁹ Detaillierergebnisse: <http://www.grossnationalhappiness.com/survey-results/index/> (Zugriff am 21.10.2013) und Niestroy et al. 2013: 80-81.

3.10.3 Quellen

1) *Strategiedokumente*

Royal Government of Bhutan, National Environment Commission (RGoB-NEC) 1998: The Middle Path. National Environment Strategy for Bhutan. URL:

<http://www.thegef.org/gef/sites/thegef.org/files/documents/Middle%20Path.pdf> (Zugriff am 21.10.2013).

Royal Government of Bhutan, Planning Commission (RGoB-PC) 1999: Bhutan 2020: A Vision for Peace, Prosperity and Happiness. Part II. URL: <http://www.gnhc.gov.bt/2011/05/bhutan-2020-a-vision-for-peace-prosperity-happiness-2/> (Zugriff am 21.10.2013).

Royal Government of Bhutan, Gross National Happiness Commission (RGoB-GNHC) 2009: Tenth Five-Year Plan 2008 – 2013, Volume 1: Main document. URL: http://www.gnhc.gov.bt/wp-content/uploads/2011/10/thplan/TenthPlan_Vol1_Web.pdf (Zugriff am 21.10.2013).

Royal Government of Bhutan (RGoB) 2010: Economic Development of the Kingdom of Bhutan, 2010. URL: <http://www.moea.gov.bt/downloadfile/edp2010.pdf> (Zugriff am 21.10.2013).

Royal Government of Bhutan, Gross National Happiness Commission (RGoB-GNHC) 2011: Tenth Five-Year Plan 2008 – 2013: Mid-term Review Report. URL: http://www.gnhc.gov.bt/wp-content/uploads/2011/07/MTR_book_final.pdf (Zugriff am 21.10.2013).

Royal Government of Bhutan (RGoB) 2012: Bhutan: In Pursuit of Sustainable Development. National Report for the UN Conference on Sustainable Development 2012. URL: <http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/798bhutanreport.pdf> (Zugriff am 21.10.2013).

Royal Government of Bhutan, Gross National Happiness Commission (RGoB-GNHC) 2013: Eleventh Five-Year Plan 2013 – 2018: Report to the First Session of the Second Parliament. URL: <http://www.gnhc.gov.bt/wp-content/uploads/2011/04/11-FiveYearPlan.pdf> (Zugriff am 21.10.2013).

2) *Weitere Quellen*

International Monetary Fund (IMF) 2013: World Economic Outlook Database. URL: www.imf.org/external/data.htm (Zugriff am 21.10.2013).

Kuenza, K. Y. Dorj und D.i Wangda 2010: Landslides in Bhutan. Paper presented at the SAARC Workshop on Landslide Risk Management in South Asia, 11-12 May 2010, Timphu, Bhutan.

Niestroy, Ingeborg, Armando García Schmidt und Andreas Esche 2013: Bhutan: Ein Leitbild der Nachhaltigkeitspolitik. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Erfolgreiche Strategien für eine nachhaltige Zukunft. Reinhard Mohn Preis 2013. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 61-90.

Pfaff, Tobias 2011: Das Bruttonationalglück aus ordnungspolitischer Sicht – eine Analyse des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems von Bhutan. Working Paper Series des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) Nr. 182.

- UN Department of Economic and Social Affairs (UNDESA) 2010: World Population Prospects, the 2010 Revision. URL: <http://esa.un.org/unpd/wpp/index.htm> (Zugriff am 21.10.2013).
- UN Development Programme (UNDP) 2011: Human Development Report 2011: Sustainability and Equality: A Better Future for All (Bhutan). URL: <http://hdrstats.undp.org/images/explanations/BTN.pdf> (Zugriff am 21.10.2013).
- Ura, Karma 2010: Die Entwicklungsstory von Bhutan. In: Fremuth, Michael L., Manfred Kulesa und Thomas Weiler (Hrsg.): Glückseligkeit des Drachens – die Philosophie des Glücks in Bhutan und anderswo. Schriftenreihe der DGVN NRW e.V, Koeln, S. 5-11.
- Wikipedia 2013: Bhutan. URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bhutan> (Zugriff am 21.10.2013).
- World Bank 2013: World Development Indicators (WDI). Various indicators, 1980–2011. World Bank Data. 2013. URL: <http://data.worldbank.org/data-catalog> (Zugriff am 21.10.2013).

4 Gestaltungsoptionen von Nachhaltigkeitsstrategien

Die Befunde der Fallstudien und die Analyse der darin vorgefundenen Beispiele von Best Practice demonstrieren über zwanzig Jahre nach dem ersten Weltgipfel von Rio de Janeiro, dass im Rahmen von Nachhaltigkeitspolitik beachtliche Politikinnovationen hervorgebracht wurden. Die Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung sind für jedes Land und jede Region dennoch beachtlich. Nachhaltigkeitspolitik muss sich in allen betrachteten Ländern einer ganzen Reihe von kurz-, mittel- und langfristigen Herausforderungen in naturräumlich-geografischer, wirtschaftlicher oder soziokultureller Hinsicht stellen. Klimawandel, demografischer Wandel, die Sicherung sozialen Zusammenhalts, die Übernutzung natürlicher Ressourcen, Staatsverschuldung und wirtschaftliche Krisen sind solche Herausforderungen. Deren Bewältigung muss in politischen und institutionellen Rahmenbedingungen erfolgen, die nicht durchgängig förderlich für eine Governance der nachhaltigen Entwicklung sind. Die Politikinnovationen, die in den zehn betrachteten Ländern und Regionen zur Ausgestaltung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt wurden, zeigen aber, dass Institutionen und ihre Handlungskapazitäten durchaus im Sinne von nachhaltiger Entwicklung mobilisiert werden können.

In der Gesamtschau der zehn Fallstudien wird deutlich, dass es nicht *das eine* Rezept zur Begründung und Ausgestaltung von Nachhaltigkeitspolitik gibt. Stattdessen lassen sich unterschiedliche Optionen in der Gestaltung von Nachhaltigkeitsstrategien ausmachen, die jeweils ihre Vor- und Nachteile haben und sich wechselseitig ergänzen können.

Im Folgenden zeigen wir einige Idealtypen auf, die aus der Analyse der Fallstudien abgeleitet worden sind. Das Ziel ist es dabei nicht ein Ranking zu erarbeiten, sondern verschiedene Möglichkeiten darzulegen, die – soweit ernsthaft verfolgt – jeweils effektive Elemente einer Nachhaltigkeitsstrategie darstellen. Der Anspruch ist somit ein typisierender, kein empirischer.

4.1 Inhalt und Ziele

Auf der einen Seite lassen sich Strategien identifizieren, die in Inhalt und Zielen einem ausgeprägten Managementansatz folgen: In diesem Strategietyp sind Ziele möglichst quantifiziert und terminiert, entsprechend kann die Zielerreichung durch Indikatoren unterlegt werden. Die Zuständigkeiten für die Zielerreichung können jeweils herunter gebrochen und Verantwortlichkeiten zur Umsetzung von Maßnahmen festgelegt werden. Durch ein Monitoring werden die Beiträge zur Zielerreichung sichtbar gemacht, und es kann gegebenenfalls nachgesteuert werden. Eine solche Managementorientierung impliziert entweder eine breite inhaltliche Zustimmung zu den Zielen oder ein starkes strategisches Zentrum. Die französische Nachhaltigkeitsstrategie ist ein Beispiel, das einem solchen Idealtypus einer managementorientierten Strategie nahe kommt.

Demgegenüber lassen sich Strategien ausmachen, die ein Leitbild in das Zentrum stellen und daraus (ggf. auch qualitative) Ziele ableiten. Hier steht die Begründung des Handlungsbedarfs im Zentrum der Strategie. Das Leitbild liefert einen Maßstab, gegen den Aktivitäten und Maßnahmen bewertet und durch den sie begründet werden können. Idealerweise werden damit weitere Aktivitäten motiviert beziehungsweise Akteuren eine Richtung gegeben. Diesem Idealtypus entspricht in besonderer Weise die Nachhaltigkeitsstrategie Bhutans.

Beide Idealtypen schließen sich nicht zwingend aus, sondern können sich wechselseitig ergänzen. Bei der Bewertung von Strategien wäre es allerdings falsch, nur nach messbaren und mit Indikatoren unterlegten Zielen zu suchen, denn die Handlungslegitimation aus Leitbildern kann ebenso

eine Strategie und strategisches Handeln begründen. Gleichwohl ist bei leitbildorientierten Strategien zu beachten, dass auch hier im Sinne von Transparenz und Reflexion eine Form des Monitorings und der Evaluation gewährleistet sein muss.

4.2 Umsetzung

In der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien lassen sich ebenfalls zwei Idealtypen voneinander unterscheiden. Einige Strategien verfolgen eigene, extra aufgelegte Arbeitsprogramme, die konkrete Maßnahmen, Zuständigkeiten und ggf. auch Budgets beinhalten. Auf der Basis dieser Arbeitsprogramme können in regelmäßigen Abständen Fortschrittsüberprüfungen vorgenommen werden, die zum einen Transparenz hervorbringen, zum anderen Umstrukturierungen oder neue Schwerpunktsetzungen ermöglichen. Beispiele für Strategien mit eigenem Arbeitsprogramm sind Österreich und Tirol.

Der Gegentypus ist das sogenannte "Mainstreaming", in dem auf eigens angefertigte Arbeitsprogramme verzichtet wird. Begründet wird dies mit der Notwendigkeit, Nachhaltigkeit als Leitbild in allen Politikfeldern – und somit in den Portfolios aller Ministerien – zu verankern. Im Rahmen der Strategie werden Vorgaben getroffen, die alle Akteure dazu aufrufen oder sogar dazu verpflichten, eigene Nachhaltigkeitsprogramme aufzulegen und Aktivitäten für nachhaltige Entwicklung innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs auch zu finanzieren. Einem solchen Mainstreaming-Ansatz entspricht am ehesten die Nachhaltigkeitsstrategie des Kantons Aargau.

Bei diesen beiden Idealtypen muss beachtet werden, dass nicht generell gesagt werden kann, welcher zu einer effektiven Zielerreichung am geeignetsten ist. Bei der Umsetzung von Strategien in Form von konkreten Arbeitsprogrammen besteht die Gefahr, dass nachhaltige Entwicklung als ein weiteres von vielen Handlungsfeldern begriffen wird, das separat von anderen Politikbereichen besteht. Hier geht also gegebenenfalls eine Chance für Integration verloren. Auf der anderen Seite funktioniert der Mainstreaming-Ansatz nur dann, wenn die betroffenen Akteure bereit sind, das Leitbild nachhaltiger Entwicklung als zentrales Prinzip aufzunehmen und innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs auch zu verfolgen. Die Erfahrung lehrt jedoch, dass es immer wieder "zurückhaltende" Ressorts gibt, die sich trotz vorhandener Nachhaltigkeitsstrategien nicht für nachhaltige Entwicklung zuständig fühlen oder Nachhaltigkeitspolitik sogar im Gegensatz zu ihren Ressortinteressen sehen. Die Entscheidung für einen Umsetzungstyp sollte daher stets im Kontext der bestehenden institutionellen und politischen Rahmenbedingungen erfolgen.

4.3 Monitoring und Evaluation

Im Bereich der Überwachung und Erfolgskontrolle von Nachhaltigkeitsstrategien lassen sich zwei Ansätze beobachten und unterscheiden, nämlich die Fokussierung auf Umsetzungsaktivitäten (Output) oder deren Wirkungen (Outcome oder Impact).

Output-orientiertes Monitoring ist eine Form des Umsetzungscontrollings einer Strategie. Es geschieht zumeist in Form von Rechenschaftsberichten, die von einzelnen Ministerien oder einer Koordinationsstelle für Nachhaltigkeit formuliert werden und häufig dem Parlament zur Kontrolle vorgelegt werden. Diese Rechenschaftsberichte zeichnen Fortschritte bei der Umsetzung des Arbeitsprogramms der Strategie oder der sektoralen Maßnahmenprogramme nach, reflektieren über Erfolge und Fehlentwicklungen, und legen künftige Handlungspläne dar. Output-orientiertes Monitoring in Form von Rechenschaftsberichten erfolgt unter anderem in Flandern, Wales und Kalifornien.

Demgegenüber steht das outcome-orientierte Monitoring, das zumeist über eine gewisse Anzahl an quantitativen und zum Teil auch qualitativen Indikatoren erfolgt, die Aussagen zum Stand der nachhaltigen Entwicklung innerhalb eines Landes oder einer Region beinhalten. Nicht alle Nachhaltigkeitsindikatoren stehen dabei auch zwangsläufig in kausaler Beziehung zur Nachhaltigkeitsstrategie. Sie dienen dennoch als wichtiger Anhaltspunkt zur Beurteilung der bisherigen Bemühungen (wo gibt es Fortschritte zu verzeichnen?) und Wegweiser für die künftige Ausrichtung der Nachhaltigkeitspolitik (wo besteht weiterhin großer Handlungsbedarf?). Besonders aussagekräftig ist outcome-orientiertes Monitoring dann, wenn es Vergleiche zwischen ähnlichen Einheiten zulässt („Benchmarking“). Eine besonders zentrale Stellung nimmt das outcome-orientierte Monitoring im Rahmen der Nachhaltigkeitspolitik Österreichs, der Schweiz und im Aargau ein. Letztere sind auch im Benchmarking aktiv: Quervergleiche erfolgen im Rahmen des vom Bund koordinierten Projektes „Cercles Indicateurs“, in dessen Kontext sich 19 Schweizer Kantone und 16 Städte auf ein gemeinsames Kernindikatorensystem verständigt haben.

Output- und outcome-orientiertes Monitoring lassen sich verbinden. In Frankreich beispielsweise enthält der jährliche Rechenschaftsbericht der Regierung an das Parlament eine Kombination der beiden Methoden – zu jedem Themenschwerpunkt wird sowohl über die getroffenen Maßnahmen berichtet als auch über Entwicklungen in den zugeordneten Indikatoren. Ergänzt werden können die beiden Formen des Monitorings darüber hinaus durch externe Evaluationen, wie zum Beispiel in Österreich, der Schweiz und in Finnland geschehen.

4.4 Horizontale Integration

Im Bereich der horizontalen Integration gibt es eine Reihe an Optionen zu verzeichnen. Die zehn Fallstudien zeigen ein Kontinuum von vollständigem Mainstreaming über die Koordination beziehungsweise Abstimmung von Ressortaktivitäten bis hin zur Übertragung von Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnissen auf ein separates Nachhaltigkeitsgremium.

Das eine Extrem bilden hier der Aargau und Wales, wo keine interministeriellen Koordinationsgremien zur Abstimmung der Nachhaltigkeitspolitik existieren. Hintergrund dessen ist die bewusste Entscheidung für den oben beschriebenen Mainstreaming-Ansatz, nach dem nachhaltige Entwicklung als zentrales Leitbild in die Tätigkeiten aller relevanten Politikfelder und -ebenen integriert werden muss. Nach dieser Logik besteht keine Notwendigkeit, ein separates Gremium für Nachhaltigkeitspolitik zu schaffen. In Wales ist sogar ein entsprechendes Kabinettsunterkomitee abgeschafft worden mit der Begründung, die Förderung nachhaltiger Entwicklung sei verfassungsmäßige Pflicht eines jeden Ministers.

In anderen Fällen erfolgt eine Abstimmung von Nachhaltigkeitspolitik in Form von interministeriellen Gremien. Diese entstehen aus der Logik heraus, dass Nachhaltigkeit als Querschnittsthema viele, wenn nicht alle Politikbereiche betrifft, und Koordination im Sinne effektiver und effizienter Zielerreichung unabdingbar ist. Interministerielle Koordinationsgremien gibt es beispielsweise in Frankreich und in der Schweiz.

Das andere Extrem auf dem Kontinuum der horizontalen Integration bildet Kalifornien. Hier wurde ein separates Gremium geschaffen (Strategic Growth Council), in dem hochrangige Politiker und Beamte vertreten sind, die eine gemeinsame Nachhaltigkeitsstrategie beschließen und umsetzen. In diesem Fall ist das Gremium nicht nur für Koordination und Abstimmung geschaffen worden, sondern auch für Entscheidung und Umsetzung der Strategie.

Neben den aufgezeigten formalen Institutionen, Strukturen und Mechanismen dienen auch ad hoc zu verwendende Instrumente wie eine Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen der Politikfolgenabschätzung der Integration von Nachhaltigkeit auf horizontaler Ebene. Eine solche Nachhaltigkeitsprüfung aller Politikvorhaben erfolgt beispielsweise in Bhutan (unter dem Begriff „GNH-Screening“).

4.5 Vertikale Integration

Die vertikale Integration von Nachhaltigkeit ist besonders für föderal organisierte Staaten relevant, in denen Zuständigkeiten zwischen nationaler und regionaler Ebene geteilt sind. Im Bereich vertikaler Integration lassen sich wiederum zwei Gestaltungsoptionen von Nachhaltigkeitsstrategien unterscheiden, die wir Integration beziehungsweise Kohärenz nennen.

Unter Integration wird hier verstanden, dass die nationale und regionale Ebene gemeinsam Ziele verabschieden und Aktionsprogramme durchführen. Die Parallelität der staatlichen Ebenen wird hier durchbrochen im Sinne eines gemeinsamen Vorgehens. Das Paradebeispiel ist die gesamtösterreichische Strategie ÖSTRAT. Auch Wales befindet sich auf dem besten Weg zu tatsächlicher Integration, indem im Rahmen des Future Generations Bill die sogenannte *duty to promote sustainable development* auch auf Kommunalverwaltungen ausgedehnt werden soll.

Die andere Gestaltungsmöglichkeit für vertikale Zusammenarbeit nennen wir Kohärenz. In dieser Option findet zwar keine gemeinsame Verabschiedung der Strategie statt, jedoch gibt es institutionalisierte Formen der Abstimmung zwischen nationaler und regionaler Ebene, die es zumindest ermöglichen sollen, dass beide Ebenen in die gleiche Richtung agieren. Zwar wird hier keine gemeinsame Strategie zwischen den Ebenen beschlossen, sie agieren aber auch nicht vollständig isoliert voneinander. Stattdessen werden Arenen geschaffen, in denen die Politikebenen miteinander in Kontakt treten und gemeinsame Zielrichtungen definieren können. Beispiele für Kohärenz zwischen den Ebenen finden sich in der Schweiz, wo die Nachhaltigkeitspolitik im Forum Nachhaltige Entwicklung diskutiert wird, und in Finnland, wo Gemeindevertreter in allen relevanten Beratungsgremien vertreten sind.

4.6 Partizipation nicht-staatlicher Akteure

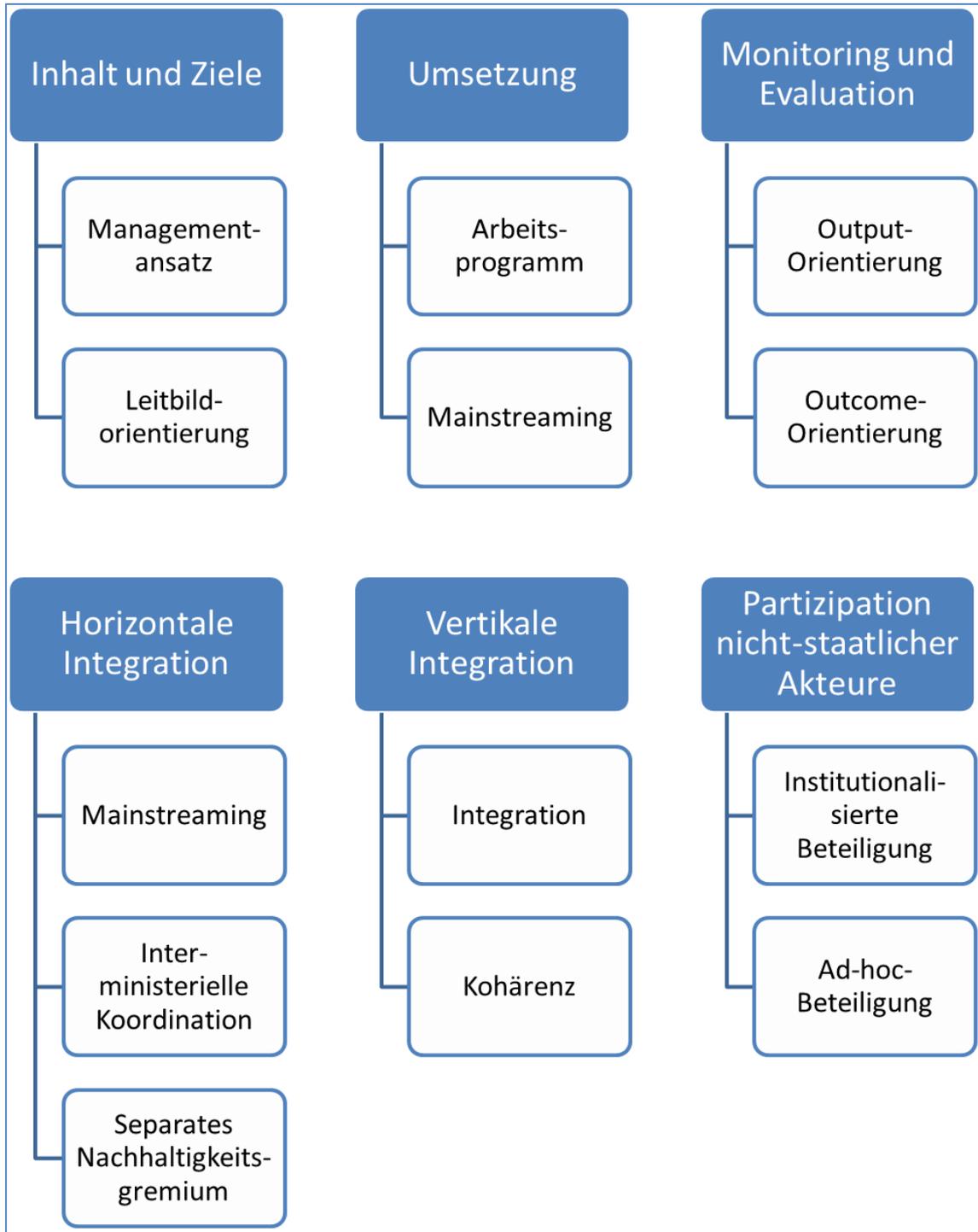
Bei der Partizipation nicht-staatlicher Akteure gibt es erneut zwei Gestaltungsoptionen, die sehr gut miteinander kombiniert werden können. Zum einen gibt es die institutionalisierte, dauerhafte Beratung durch Nachhaltigkeitsbeiräte, die aus diversen Vertretern von Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammengesetzt sind und zur Aufgabe haben, die Nachhaltigkeitspolitik der Regierung kritisch zu begleiten sowie neue Impulse zu setzen. Nachhaltigkeitsbeiräte haben sich in den vergangenen zwanzig Jahren in vielen Ländern und zunehmend auch Regionen etabliert. Hervorzuheben ist hier insbesondere der langjährige, „gemischte“ finnische Nachhaltigkeitsbeirat FNCS, der als zentrales Gremium finnischer Nachhaltigkeitspolitik fungiert. Auch in Frankreich und Österreich sowie auf föderaler Ebene in Belgien gibt es Nachhaltigkeitsbeiräte.

Neben den institutionalisierten Beiräten gibt es auch Ad-hoc-Formen der Beteiligung nicht-staatlicher Akteure am Strategieprozess, zum Beispiel Konsultationsverfahren. Diese finden mittlerweile fast überall statt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß (z.B. Online-Befragungen, Workshops). Hervorzuheben ist hier Frankreich, das mit der „Grenelle de l’Environnement“ den wohl umfassendsten Beteiligungsprozess initiiert hat. Auch wenn die Grenelle nicht ausschließlich der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie galt, so hat sie doch einen starken Einfluss auf diese gehabt. Auch für ad hoc Beteiligungen ist eine Institutionalisierung denkbar, etwa indem

Standards oder Richtlinien zur Durchführung von Konsultationen entwickelt werden, die dann für die Politikentwicklung bindend sind.

Abbildung 5 fasst die aus der empirischen Analyse der zehn Länder beziehungsweise Regionen ermittelten Gestaltungsoptionen einer Nachhaltigkeitsstrategie zusammen.

Abbildung 5: Verschiedene Optionen zur Gestaltung einer Nachhaltigkeitsstrategie



5 Identifikation von Best Practice-Beispielen in Fachthemen

Die Auswahl der Fachthemen und ihrer Unterkategorien erfolgte analog zum Projektbaustein 1a, in dessen Projektbericht detailliert dargelegt wird, weshalb die fünf Fachthemen relevante Problemfelder im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung darstellen (Borbonus et al. 2013: 92ff.). Die Themen wurden aus dem Projektkontext bestimmt, weil dort die größten Wissensbedarfe gesehen wurden beziehungsweise Prioritäten für den Strategieprozess in Nordrhein-Westfalen gesehen werden. Dessen ungeachtet gibt es zweifellos weitere Themen mit großer Relevanz für eine nachhaltige Entwicklung (z.B. Vermeidung und Anpassung an den Klimawandel), auf deren detaillierte Analyse hier verzichtet wird. Mit Verweis auf die Vorarbeiten des Wuppertal Instituts wird an dieser Stelle die Relevanz der Themen nicht erneut in aller Ausführlichkeit erläutert. Stattdessen wird zu jedem Fachthema eine kurze Einführung gegeben, gefolgt von einer Auflistung der Unterkategorien, die das jeweilige Suchraster darstellen.

Das Vorgehen zur Identifikation von Best Practice-Beispielen in den fünf Fachthemen erfolgte anhand des methodischen Ansatzes, der in Kapitel 2.4 erläutert wurde. Im ersten Schritt wurden auf der Basis von Desk Research und Kontaktaufnahme mit NachhaltigkeitsexpertInnen in den untersuchten Ländern und Regionen gute Praktiken in den ausgewählten Themenfeldern gesammelt. Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass es bei der Suche nach guten Praktiken eine Reihe von Hindernissen gab, aufgrund derer möglicherweise nicht alle innovativen Instrumente identifiziert werden konnten. Die Hindernisse lassen sich grob unter den Begriffen Datenverfügbarkeit und Sprachbarriere zusammenfassen. Es wurden in allen zehn Ländern und Regionen NachhaltigkeitsexpertInnen per E-Mail kontaktiert, um eine Einschätzung zu den besonders guten Praktiken des Landes beziehungsweise der Region zu erhalten. Jedoch haben nur die wenigsten (innerhalb der Kürze der Zeit) antworten und uns wichtige Hinweise liefern können. Darüber hinaus ist eine Recherche auf Basis von Strategiedokumente und Websites immer auf die Ausführlichkeit der Darstellungen in den genannten Quellen angewiesen. Potentielle Best Practices, die nicht als solche „vermarktet“ werden, das heißt weder in Strategiedokumenten noch auf den relevanten Websites dargestellt werden, könnten durchaus übersehen worden sein. Schließlich kamen in Teilen auch noch Sprachbarrieren hinzu, insbesondere bei Finnland und Bhutan. Dennoch konnten weit über hundert gute Praktiken identifiziert werden, die als Grundgesamtheit für die folgenden Schritte diente (vgl. Anhang 8.5).

Die Grundgesamtheit wurde in einem zweiten Schritt auf ihre Innovationsfähigkeit im deutschen Kontext überprüft. Es stellte sich heraus, dass ein sehr großer Teil der guten Praktiken bereits in Deutschland (auf Bundes- oder Länderebene) Verwendung findet, weshalb diese für die weitere Untersuchung ausgeschlossen wurden. Es erfolgte eine Konzentration auf solche Instrumente, die nach Einschätzung des Autorenteam eine Lücke in der deutschen Nachhaltigkeitslandschaft darstellen.

In einem dritten Schritt wurden die verbleibenden Instrumente auf ihr Potential als Best Practice untersucht, wofür eine erweiterte Definition von Best Practices verwendet wurde (vgl. Kapitel 2.4):

„Eine Best Practice ist ein Instrument, das ein klar formuliertes Ziel aus dem Bereich der Nachhaltigen Entwicklung verfolgt. Es sollte klar definierte Adressaten und ein konkretes Umsetzungskonzept haben. Darüber hinaus sollte das Instrument mit der notwendigen Kapazität zur effektiven Umsetzung ausgestattet sein.“

Die im Folgenden dargestellten 31 Best Practices sind demnach Instrumente, die (1) in Deutschland noch unbekannt sind beziehungsweise hierzulande aus den unterschiedlichsten Gründen nicht verwirklicht wurden und daher eine Bereicherung für die deutsche Debatte darstellen könnten, und (2) die Kriterien „klar formuliertes Ziel“, „klar definierte Adressaten“, „konkretes Umsetzungskonzept“ und „Kapazität“ erfüllen. Tabelle 17 bietet eine Übersicht über die identifizierten Best Practice-Instrumente.

Tabelle 17: Best Practices in den ausgewählten Fachthemen

Nachhaltiges Wirtschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Tekes – Programm für Grünes Wachstum 2011-2015 (FI) • Tekes – Groove Programm für Wachstum mit Erneuerbaren 2010-2014 (FI) • Transitionsprozess „Stoffe“ (Flandern) • Raumkonzept Schweiz (SUI) • Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung (SUI) • Raumordnungsplan für eine raumverträgliche Tourismusentwicklung (Tirol) • Steuergutschrift auf Forschungsausgaben (FR) • Gebühr auf Einwegeinkaufstüten (Wales) • Bonus-Malus-System beim Autokauf (FR) • Initiativen zur Bewusstseinsbildung für nachhaltigen Konsum (AUT) • Sitra – Neue Geschäftsmodelle für Bio- und lokale Lebensmittel (FI) • Sustainable Development Charter (Wales) • Pflicht zur Vorlage von Umwelt- und Sozialberichten (FR) • Austrian Sustainability Reporting Award (AUT) • Bonus-Malus-System für Ministeriumsausgaben (FR)
Nachhaltige Finanzpolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Ausgaben- und Schuldenbremse (Aargau) • Konjunkturprogramm „Investitionen in die Zukunft“ (FR) • Förderung von sozial verantwortlichen Investitionen (FR) • GNH-Screening des Fünfjahresplans (BT)
Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe	<ul style="list-style-type: none"> • NESTOR^{GOLD} – Gütesiegel für alter(n)sgerechte Arbeit (AUT) • GNH-Survey (BT) • Beschäftigungspakt Tirol (Tirol)
Bildung für nachhaltige Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Landesweite Konferenzen für Bildung für nachhaltige Entwicklung (FR) • A revised Curriculum for Wales - Personal and Social Education Framework (Wales) • FNCSD: Strategie für Bildung und Ausbildung für Nachhaltige Entwicklung und Umsetzungsplan 2006 – 2014 (FI) • Sitra – Kurse zu nachhaltiger Finanzpolitik (FI)

Jugendbeteiligung	<ul style="list-style-type: none"> • Children and Young People's Assembly for Wales: Funky Dragon (Wales) • Tiroler Jugendoffensive & Tiroler Jugendbeirat (Tirol) • Kinder- und Jugendbeteiligung in Österreich (AUT) • Flämischer Jugendrat (Flandern) • Kommunale Dialogtage (FI)
--------------------------	---

5.1 Nachhaltiges Wirtschaften / Green Economy

5.1.1 Einführung

Eine veränderte Ausrichtung der Wirtschaft ist der Schlüssel zur Verwirklichung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung. Ökologische Nachhaltigkeit muss als Grundlage für eine Wirtschaftsentwicklung dienen, die Energie und Ressourcen effizient einsetzt und das Klima schont. Gleichzeitig kann eine solch veränderte Wirtschaftsweise, die Wachstum und Ressourcenverbrauch voneinander entkoppelt, auch ökonomische Vorteile und Chancen mit sich bringen. Ressourcenproduktivität und Materialeffizienz sowie umweltorientierte Innovationen begünstigen die Wettbewerbsfähigkeit durch geringere Produktionskosten und First-Mover-Effekte (SRU 2008, BMU 2012, Jänicke 2012). Darüber hinaus ist mit positiven Beschäftigungseffekten in zukunftsweisenden Sektoren des Dienstleistungssektors zu rechnen, was zur Minderung von Armut und Ungleichheit beiträgt (UNEP 2011, Borbonus et al. 2013: 92f., Deutscher Bundestag 2013: 50f., Jacob et al. 2013).

Um diese Potentiale zu realisieren, sind insbesondere Politikinstrumente erforderlich, die Forschung und Entwicklung, Investitionen und Diffusion von Umweltinnovationen begünstigen und zugleich durch anspruchsvolle und vorbildliche Umweltpolitik die Nachfrage fördern. Mit der fortschreitenden Marktdurchdringung von Umweltinnovationen stellen sich zudem neue Anforderungen an Infrastrukturen.

Das Themenfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ mit dem Ziel der Entkoppelung von Emissionen, Energie- und Ressourcenverbrauch von der wirtschaftlichen Tätigkeit umfasst mithin die Gestaltung von Angebot und Nachfrage der gesamten Wertschöpfungsprozesse im Produktions- und Konsumsystem, von der Rohstoffgewinnung bis zur Abfallentsorgung. Als Suchraster für Best Practices im Themenfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ wurden die folgenden sechs Unterthemen herangezogen:

- Nachhaltige Rohstoff- und Materialnutzung
- Nachhaltige Flächennutzung
- Nachhaltige Innovationen und Investitionen
- Nachhaltiger Konsum
- Corporate Social Responsibility / Verantwortliche Unternehmensführung
- Nachhaltige öffentliche Beschaffung⁵⁰

5.1.2 Best Practices

Im Themenfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ sind die in Tabelle 18 überblicksartig dargestellten 15 Best Practices ermittelt worden, die nachfolgend steckbriefartig anhand der Kriterien „Ziele“, „Ad-

⁵⁰ Ausführungen zur Relevanz der sechs Unterkategorien finden sich in Borbonus et al. 2013: 95ff.

ressaten“, „Umsetzung“ und „Kapazität“ vorgestellt werden. Darüber hinaus werden Links zu weiteren Informationen bereitgestellt.

Tabelle 18: Übersicht der Best Practices im Themenfeld "Nachhaltiges Wirtschaften"

Themenfeld	Best Practices
Nachhaltige Rohstoff- und Materialnutzung	<ul style="list-style-type: none"> • Finnland: Tekes – Programm für Grünes Wachstum 2011-2015 (S. 143) • Finnland: Tekes – Groove Programm für Wachstum mit Erneuerbaren 2010-2014 (S. 144) • Flandern: Transitionsprozess „Stoffe“ (S. 145)
Nachhaltige Flächennutzung	<ul style="list-style-type: none"> • Schweiz: Raumkonzept Schweiz (S. 146) • Schweiz: Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung (S. 147) • Tirol: Raumordnungsplan für eine raumverträgliche Tourismusentwicklung (S. 148)
Nachhaltige Innovationen und Investitionen	<ul style="list-style-type: none"> • Frankreich: Steuergutschrift auf Forschungsausgaben (S. 149)
Nachhaltiger Konsum	<ul style="list-style-type: none"> • Wales: Gebühr auf Einwegeinkaufstüten (S. 150) • Frankreich: Bonus-Malus-System beim Autokauf (S. 151) • Österreich: Initiativen zur Bewusstseinsbildung für nachhaltigen Konsum (S. 152) • Finnland: Sitra – Neue Geschäftsmodelle für Bio- und lokale Lebensmittel (S. 153)
Corporate Social Responsibility / Verantwortliche Unternehmensführung	<ul style="list-style-type: none"> • Wales: Sustainable Development Charter (S. 154) • Frankreich: Pflicht zur Vorlage von Umwelt- und Sozialberichten (S. 155) • Österreich: Austrian Sustainability Reporting Award (S. 156)
Nachhaltige öffentliche Beschaffung	<ul style="list-style-type: none"> • Frankreich: Bonus-Malus-System für Ministeriumsausgaben (S. 157)

Tabelle 19: Best Practice im Themenfeld Nachhaltige Rohstoff- und Materialnutzung (1)

Tekes: Programm für Grünes Wachstum („Green Growth Programme“) 2011-2015	
Finnland	
Ziel	Potentielle Bereiche für grünes Wachstum identifizieren, die auf der effizienten und nachhaltigen Nutzung von Energie und Rohstoffen basieren, und finnische Unternehmen und Forschungseinrichtungen darin voran positionieren
Adressaten	Privatsektor / Forschung
Umsetzung	<p>Tekes (<i>Finnish Funding Agency for Technology and Innovation</i>) ist eine öffentliche Fördereinrichtung innerhalb des finnischen Wirtschafts- und Beschäftigungsministeriums. Tekes verfügt über ein jährliches Gesamtbudget von über 500 Millionen Euro und fördert damit pro Jahr etwa 1.500 Projekte in Unternehmen und 600 Projekte in öffentlichen Einrichtungen wie Universitäten.</p> <p>Durch die zunehmende Knappheit von natürlichen Ressourcen und Maßnahmen zur Begegnung des Klimawandels ändert sich das operationelle Umfeld von Unternehmen sehr schnell. Dies bietet auch neue Chancen für Unternehmen in einer nachhaltigen Wirtschaft. Das Green Growth Programm konzentriert sich daher auf Produktion und Dienstleistungen mit einem radikal geringeren Verbrauch von Energie und natürlichen Ressourcen sowie Geschäftsmodelle, die auf nachhaltiger Entwicklung basieren. Ziel ist es, multi-disziplinäre Netzwerke zu etablieren, die global als Pioniere agieren und nachhaltige Produkte und Dienstleistungen entwickeln.</p> <p>Das Green Growth Programme von Tekes bietet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beratung von neu gegründeten Unternehmen, • Regelmäßige Seminare, Workshops und Exkursionen • strukturierte und sektorspezifische Marktinformation, • finanzielle Förderung von Projekten und • Netzwerkbildung (Unternehmen verschiedener Sektoren, national und international agierend). <p>Das Green Growth Programme arbeitet eng zusammen mit dem Verband der finnischen Industrie (Confederation of Finnish Industries, EK), den Strategischen Zentren für Wissenschaft, Technologie und Innovation (Strategic Centres for Science, Technology and Innovation, SHOK), der Finnischen Akademie (Academy of Finland), der Finnischen Innovationsstiftung (Finnish Innovation Fund, Sitra) und verschiedenen Ministerien.</p>
Kapazität	Innovationsprogramm mit einem Budget von ca. 80 Mio. € in fünf Jahren
Weitere Informationen:	
http://www.tekes.fi/Global/Ohjelmat%20ja%20palvelut/Ohjelmat/Green%20Growth/Aineistot/gg_enq.pdf http://erawatch.jrc.ec.europa.eu/erawatch/opencms/information/country_pages/fin/supportmeasure/support_0059	

Tabelle 20: Best Practice im Themenfeld Nachhaltige Rohstoff- und Materialnutzung (2)

Tekes: Groove – Programm für Wachstum mit Erneuerbaren („Groove – Growth from Renewables programme“) 2010-2014	
Finnland	
Ziel	Unterstützung finnischer KMUs im Bereich Erneuerbare Energien
Adressaten	Unternehmen können sich jederzeit bewerben. Forschungseinrichtungen können sich zu bestimmten Zeiten bewerben.
Umsetzung	<p>Ziel des Programms ist die Erhöhung des unternehmerischen Potentials von finnischen KMUs, die im Bereich Erneuerbare Energien tätig sind, durch Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit mit einem Finanzierungsnetzwerk. Das Programm bietet Unterstützung in der Verbesserung unternehmerischer Fähigkeiten und Netzwerke, besonders international.</p> <p>Das Programm bietet für Unternehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Finanzierung von Projekten, • Seminare und Workshops, • Studien in Finnland und international, • Exkursionen und Gelegenheiten zum Netzwerken, und • Coaching-Dienstleistungen.
Kapazität	Gesamtbudget von 95 Mio. € für die Jahre 2010 bis 2014
Weitere Informationen:	
<p>http://www.tekes.fi/en/programmes-and-services/tekes-programmes/green-growth/ http://erawatch.jrc.ec.europa.eu/erawatch/opencms/information/country_pages/fi/supportmeasure/support_0061</p>	

Tabelle 21: Best Practice im Themenfeld Nachhaltige Rohstoff- und Materialnutzung (3)

Transitionsprozess „Stoffe“ („Abfall zu Ressource“)	
Flandern	
Ziel	Umorientierung des Systems „Stoffe“ von Abfall- auf Ressourcenorientierung und „Kreislaufwirtschaft“
Adressaten	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche und private Stakeholder: Unternehmen, Regierung, Forschungsorganisationen, Zivilgesellschaft (insgesamt 32 Organisationen haben mitgezeichnet) • Weitere Adressaten: Städte und Gemeinden, private Entsorgungsbetriebe, Unternehmen und Bürger („weniger Abfall produzieren und gut sortieren“)
Umsetzung	<p>Der Transitionsprozess „Stoffe“ ist neben Wohnen und Bauen bis dato der weitreichendste der flämischen Nachhaltigkeitsstrategie. Er setzt sich im Wesentlichen aus vier verzahnten Aktivitäten zusammen:</p> <p>a) Sustainable Materials Management (SMM) mit 45 Aktionen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umorientierung der Flämischen Abfallbehörde (OVAM) zu einer Materialbehörde • Zusammenarbeit OVAM und Agentur für Unternehmen (=Ansprechpartner der Regierung für Unternehmen), u.a. wird ein „Material-Scan“ kostenfrei angeboten, um besonders KMUs in nachhaltigerem Materialverbrauch zu unterstützen <p>b) Unterstützung durch das Transitionsnetzwerk „Plan C“ (www.plan-c.eu)</p> <p>c) Begleitende Forschung zum Transitionsprozess und vor allem zur Rolle der Politik („SuMMa“: http://steunpuntsomma.be/english)</p> <p>d) Neue rechtliche Bestimmungen: Neun Ansatzpunkte (mit jeweils einem der Partner als Federführer), für die jeweils eine Zukunftsvision für 2050 entwickelt ist, z.B. für</p> <ul style="list-style-type: none"> • nachhaltiges Design (OVAM), • gute Zusammenarbeit (BBL), • clever investieren (OVAM/EWI), z.B. durch Abstimmung ökonomischer Instrumente (staatliche Subventionen, Steuern) oder nachhaltige Beschaffung • bessere Regelwerke (FEBEM), z.B. Umwandlung des Abfallgesetzes zum Materialgesetz, • nachhaltiges Materialmanagement am Bau (Transitionsprozess DuWoBo), • nachhaltige Chemie und Kunststoffe in dauerhaftem Kreislauf (essentia), • bio-basierte Wirtschaft (OVAM/EWI), • kritische Metalle in dauerhaftem Kreislauf (Agoria), • neue Materialien und Materialtechnologie (VITO) <p>Die Federführung für den Transitionsprozess liegt bei der Flämischen Abfallbehörde (OVAM), in der Steuerungsgruppe sind folgende Organisationen und Institutionen vertreten: Agoria, essencia (Chemieunternehmen), FEBEM-FEGE, Flaemischer Verband der Bauunternehmer (VCB), BBL (Umwelt-NGO), KU Leuven (Uni), EWI, VITO, HIVA.</p>

Kapazität	Verantwortlichkeit, breite Ownership Budget (Umorientierung) Rechtsverbindlichkeit (das neue Abfallgesetz und Durchführungs-VO)
Weitere Informationen: www.vlaamsmaterialenprogramma.be http://www.ovam.be/jahia/Jahia/pid/2509	

Tabelle 22: Best Practice im Themenfeld Nachhaltige Flächennutzung (1)

Raumkonzept Schweiz	
Schweiz	
Ziel	Nachhaltige Raumentwicklung
Adressaten	Staatliche Behörden auf der Ebene von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden
Umsetzung	<p>Im Raumkonzept Schweiz haben sich Bund, Kantone, Städte und Gemeinden auf einen gemeinsamen Orientierungsrahmen und eine Entscheidungshilfe für die künftige Raumentwicklung der Schweiz verständigt. Es ist somit ein Strategiedokument, das von allen staatlichen Ebenen gemeinsam entwickelt und getragen wird. Das Raumkonzept Schweiz dient als Orientierungshilfe bei der Planung von Siedlungen, Verkehrs- und Energieinfrastrukturen, bei der Gestaltung von Landschaften und bei weiteren Tätigkeiten, die einen Einfluss auf den Raum ausüben.</p> <p>Das Raumkonzept Schweiz entwickelt eine Leitidee („<i>Vielfalt, Solidarität und Wettbewerbsfähigkeit erhalten und stärken</i>“), definiert fünf Ziele (Siedlungsqualität und regionale Vielfalt fördern, Natürliche Ressourcen sichern, Mobilität steuern, Wettbewerbsfähigkeit stärken, Solidarität leben) und formuliert drei gesamtschweizerische Strategien, die sich gegenseitig ergänzen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Handlungsräume bilden und das polyzentrische Netz von Städten und Gemeinden stärken 2. Siedlungen und Landschaften aufwerten 3. Verkehr, Energie und Raumentwicklung aufeinander abstimmen <p>Schließlich definiert das Raumkonzept Schweiz zwölf prioritäre überregionale Handlungsräume, für die analysiert wird, vor welchen spezifischen Herausforderungen sie stehen und welche strategischen Stoßrichtungen für die räumliche Weiterentwicklung zur Verfügung stehen. Vier dieser Handlungsräume sind großstädtisch, fünf sind klein- und mittelstädtisch und drei sind alpin geprägt.</p>
Kapazität	Vertikale Integration: Verabschiedung der Strategie durch den Bundesrat, die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), den Schweizerischen Städteverband (SSV) und den Schweizerischen Gemeindeverband (SGV)
Weitere Informationen: http://www.are.admin.ch/themen/raumplanung/00228/00274/	

Tabelle 23: Best Practice im Themenfeld Nachhaltige Flächennutzung (2)

Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung	
Schweiz	
Ziel	Innovative und nachhaltige Raumentwicklung
Adressaten	Schweizer Gemeinden, Kantone und Regionen
Umsetzung	<p>Lokale, regionale und kantonale Akteure haben in der ganzen Schweiz innovative Lösungen zur nachhaltigen Gestaltung von Landschaften und Siedlungen entwickelt. 44 solcher Modellvorhaben haben die Bundesämter für Raumentwicklung ARE, für Umwelt BAFU, für Landwirtschaft BLW sowie das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO von 2007 bis 2011 begleitet. Gemeinden und Kantone erhalten dabei vonseiten des Bundes technische und finanzielle Unterstützung.</p> <p>Der Bund hat für die Förderung der Modellvorhaben im Zeitraum von 2007 bis 2011 neun Themenschwerpunkte gesetzt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zusammenarbeit auf großregionaler Ebene 2. Regionale Zusammenarbeit 3. Koordination räumlicher Funktionen: Landmanagement 4. Nutzen-Lastenausgleichssysteme 5. Aufwertung und Inwertsetzung von Natur und Landschaft 6. Erneuerbare Energien 7. Nachhaltiger ländlicher Tourismus 8. Nutzungspotentiale für eine Siedlungsentwicklung nach innen 9. Strategische Teilgebiete der Agglomerationen <p>Ab 2014 wird eine weitere Serie an Modellvorhaben lanciert und von Seiten des Bundes gefördert. Im Zeitraum von 2014 bis 2018 werden folgende Schwerpunkte gesetzt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Siedlungsentwicklung nach innen umsetzen 2. Freiraumentwicklung in Agglomerationen fördern 3. Ausreichendes und bedürfnisgerechtes Wohnraumangebot schaffen 4. Wirtschaft in funktionalen Räumen fördern 5. Natürliche Ressourcen nachhaltig nutzen und in Wert setzen <p>Die Modellvorhaben zeigen neue Möglichkeiten auf für die bereichs- und grenzübergreifende Zusammenarbeit und Koordination, für den Aufbau von Netzwerken, für die Erschließung regionaler Potenziale, für qualitative Siedlungsentwicklung nach innen oder für die Begrenzung der Siedlungsentwicklung in die Fläche.</p>
Kapazität	Vertikale Integration – Ownership aller drei staatlichen Ebenen: Modellvorhaben auf lokaler und regionaler Ebene werden von der föderalen Ebene technisch und finanziell unterstützt.
<p>Weitere Informationen:</p> <p>www.modellvorhaben.ch</p> <p>http://www.are.admin.ch/dokumentation/00121/00224/index.html?lang=de&msg-id=49985</p>	

Tabelle 24: Best Practice im Themenfeld Nachhaltige Flächennutzung (3)

Raumordnungsplan für eine raumverträgliche Tourismusedwicklung	
Tirol	
Ziel	Raumverträgliche Tourismusedwicklung
Adressaten	Tiroler Landesregierung und weitere Akteure aus dem Tourismusbereich
Umsetzung	<p>Tirol ist mit 43 Millionen Übernachtungen und zwei Milliarden Euro Umsatz pro Jahr die größte Tourismusedestination Österreichs. Der Raumordnungsplan „Raumverträgliche Tourismusedwicklung“ befasst sich mit der Frage, wie sich der Tiroler Tourismus im Einklang mit Natur-, Wirtschafts- und Lebensraum entwickeln kann. Er soll als langfristige und strategische Planungs- und Entscheidungshilfe für die Landesregierung und weitere Akteure im Tourismusbereich dienen.</p> <p>Der Raumordnungsplan definiert grundlegende Ziele und Langfrist-Strategien einer raumverträglichen und langfristigen Tourismusedwicklung in vier Kernbereichen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Regionale Bedeutung des Tourismus 2. Entwicklung des Beherbergungsangebotes und der touristischen Infrastruktur 3. Beziehung zwischen Tourismus und Natur/Landschaft/Naturgefahren 4. Tourismus und Mobilität <p>Der Raumordnungsplan enthält einen Aktionsplan mit einer Reihe von Maßnahmen, die als Beispiele für die konsequente Umsetzung von raumverträglicher Tourismusedwicklung dienen sollen.</p>
Kapazität	<ul style="list-style-type: none"> • Beschluss durch die Tiroler Landesregierung • Installierung einer Beteiligungsstruktur in der Erarbeitung: Raumordnungsbeirat, Projektsteuerungsgruppe, Fokusgruppen, uvm.
Weitere Informationen:	
http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/raumordnung/downloads/Fachliche_Grundlagen/rop_lan_raumvertraegliche_tourismusedtw_df.pdf	

Tabelle 25: Best Practice im Themenfeld Nachhaltige Innovationen und Investitionen

Steuergutschrift auf Forschungsausgaben („Crédit d'impôt recherche“)	
Frankreich	
Ziel	Förderung von privaten Investitionen in den Sektor Forschung und Entwicklung (FuE)
Adressaten	Innovative Unternehmen
Umsetzung	<p>Die Steuergutschrift für Forschungsaufwendungen verringert auf der Grundlage der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen von in Frankreich ansässigen Unternehmen die Körperschaftsteuer.</p> <p>Die Steuergutschrift deckt 30 Prozent der FuE-Ausgaben bis zu einer Höhe von 100 Millionen Euro und 5 Prozent bei höheren Ausgaben. Sie wird entweder von der jährlichen Unternehmenssteuer abgezogen oder nach drei Jahren erstattet. Bestimmte kleine und mittlere Unternehmen können ihre Steuergutschrift am Ende ihres ersten Geschäftsjahres „in cash“ erhalten.</p> <p>Zuschussfähige Ausgaben sind unter anderem Personalkosten und Sachmittel, Unteraufträge für Forschungstätigkeiten, Technologiebeobachtung, Patentanmeldung und Patentschutz.</p> <p>Kurze Genehmigungsfristen ermöglichen es Unternehmen, die Förderfähigkeit schon vor dem Start eines Forschungsprojektes bestätigt zu bekommen. Das Forschungsministerium hat drei Monate Zeit, einen Antrag zu überprüfen. Erfolgt in diesem Zeitraum keine Ablehnung, gilt dies als positiver Bescheid.</p>
Kapazität	Im Jahr 2008 beliefen sich die Steuergutschriften auf etwa 3 Milliarden Euro (2006: 1,4 Mrd. €).
<p>Weitere Informationen:</p> <p>http://www.diplomatie.gouv.fr/en/IMG/pdf/ArguCIR_nov08_UK.pdf</p> <p>http://www.france.fr/de/unternehmensgruendung-und-entwicklung-frankreich/die-steuergutschrift-auf-forschungsausgaben-credit-dimpot-recherche-cir</p> <p>http://www.invest-in-france.org/Medias/Publications/153/France-research-tax-credit-2013.pdf</p>	

Tabelle 26: Best Practice im Themenfeld Nachhaltiger Konsum (1)

Gebühr auf Einwegeinkaufstüten („Single Use Carrier Bag Charge“)	
Wales	
Ziel	Vermeidung von Plastikabfall
Adressaten	KonsumentInnen
Umsetzung	<p>Seit dem 1. Oktober 2011 hat Wales eine einheitliche Mindestgebühr von 5 Pence (etwa 6 Cent) für die Nutzung von Einwegeinkaufstüten eingeführt.</p> <p>Die Gebühr wird direkt beim Einzelhändler erhoben, der die Möglichkeit hat, die Einnahmen in wohltätige Projekte in Wales zu investieren. Einzelhändler können auch eine höhere Gebühr als 5 Pence verlangen.</p> <p>Erste Evaluationen zeigen, dass die Gebühr einen positiven Effekt hat. Die Nutzung von Einwegeinkaufstüten ist in den verschiedenen Branchen des Einzelhandels um 35 bis 96 Prozent gesunken.</p>
Kapazität	Rechtsverbindlichkeit (2010 No. 2880 (W.238): The Single Use Carrier Bags Charge (Wales) Regulations 2010)
Weitere Informationen: http://www.carrierbagchargewales.gov.uk/ http://wales.gov.uk/topics/environmentcountryside/epg/waste_recycling/substance/carrierbags/?lang=en	

Tabelle 27: Best Practice im Themenfeld Nachhaltiger Konsum (2)

Bonus-Malus-System beim Autokauf	
Frankreich	
Ziel	Verringerung der CO ₂ -Emissionen von neu erworbenen Fahrzeugen
Adressaten	Autokäufer
Umsetzung	<p>In Frankreich wird der Kauf CO₂-armer Autos mit einem Bonus belohnt, während der Kauf von Autos, die viel CO₂ emittieren, durch Zahlung einer Sonderabgabe bestraft wird („Polluter-pays principle“).</p> <p>Die Boni werden gestaffelt nach CO₂-Ausstoß berechnet: Je CO₂-ärmer ein Fahrzeug ist, desto höher wird dessen Kauf bezuschusst (zwischen 100 und 5.000€). Die Boni für Elektroautos betragen 7.000 Euro beziehungsweise maximal 10 Prozent des Kaufpreises, für Hybridfahrzeuge gibt es 4.000 Euro (beziehungsweise 10% des Kaufpreises). Die Malus-Zahlungen für Autos, die mehr als 135 g CO₂ pro km ausstoßen, betragen zwischen 100 Euro bei einer Emission von 135 bis 140 g/km und 6.000 Euro bei mehr als 230 g/km.</p>
Kapazität	Das Bonus-Malus-System beim Autokauf wurde mit dem Umweltgesetz "Grenelle de l'environnement" Anfang 2008 eingeführt. Seitdem hat das System den französischen Markt deutlich in Richtung umweltfreundlicherer Autos gelenkt. Die Zahl der Bezieher von Boni steigt jährlich an (2009: 9,7% der verkauften Fahrzeuge; 2010: 17%, 2011: 31,8%), während der Anteil der durch einen Malus verteuerten Autos stetig sinkt (2009: 16,9%, 2010: 13,3%, 2011: 11,4%).
Weitere Informationen:	
http://www.ambafrance-de.org/Klimaschutz-Das-franzosische-Bonus http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=686316.html	

Tabelle 28: Best Practice im Themenfeld Nachhaltiger Konsum (3)

Initiativen zur Bewusstseinsbildung für nachhaltigen Konsum	
Österreich	
Ziel	Stärkung des Bewusstseins für nachhaltigen Konsum in Österreich; nachhaltige Vermeidung und Verringerung von Lebensmittelabfällen
Adressaten	KonsumentInnen
Umsetzung	<p>Das österreichische Lebensministerium hat in Zusammenarbeit mit einer Reihe von PartnerInnen verschiedene Initiativen zur Bewusstseinsbildung für nachhaltigen Konsum ins Leben gerufen. Drei Beispiele sind:</p> <p>Initiative „Lebensmittel sind kostbar“:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Informationsbroschüren: Tipps zum richtigen Einkauf, Tipps zur richtigen Lagerung, Tipps zum richtigen Konsum usw. • Themenspezifische Schulunterlagen für die Primar- und Sekundarstufe • VIKTUALIA-Award für die besten und ambitioniertesten Projekte gegen Lebensmittelverschwendung <p>Initiative „Bewusst kaufen“:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Website www.bewusstkaufen.at mit einer Online-Datenbank über nachhaltige Produkte, verschiedenen Ratgebern (u.a. Essen & Trinken; Haushalt & Geräte; Bauen, Wohnen und Einrichten; Pflanzen & Garten; Energie) und einer Label-Datenbank <p>„Aktionstage Nachhaltigkeit“:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vom 4. bis 10. Oktober 2013 fanden erstmals in ganz Österreich die „Aktionstage Nachhaltigkeit“ statt. In 9 Bundesländern fanden insgesamt 245 Aktionen statt, die die Vielfalt der AkteurInnen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten im Kontext nachhaltiger Entwicklung illustrieren sollten. Ein großer Teil der Aktionen befasste sich mit dem Thema „Nachhaltiger Konsum“.
Kapazität	Breites Ownership: Das österreichische Lebensministerium führt die Initiativen mit einer Reihe von Partnerverbänden, Institutionen und Organisationen durch (z.B. Ministerien, Bundesländer, Wirtschaft, KonsumentInnen, NGOs, Gemeinden und soziale Einrichtungen).
Weitere Informationen:	
<ul style="list-style-type: none"> • Lebensmittel sind kostbar: http://www.lebensministerium.at/lebensmittel/kostbare_lebensmittel/initiative/die-initiative.html • Bewusst kaufen: http://www.bewusstkaufen.at/about.php • Aktionstage Nachhaltigkeit: http://www.nachhaltiges-oesterreich.at/ 	

Tabelle 29: Best Practice im Themenfeld Nachhaltiger Konsum (4)

Sitra: Neue Geschäftsmodelle für Bio- und lokale Lebensmittel (“New business models in the organic and local food sector”)	
Finnland	
Ziel	Förderung lokaler Produktions- und Konsummuster
Adressaten	Unternehmen
Umsetzung	<p>Sitra (<i>Finnish Innovation Fund</i>) fördert die Entstehung neuer Geschäftsmodelle für Bio- und lokale Lebensmittel durch verschiedene Pilotprojekte und durch Identifikation von Risikokapitalinvestitionen. Ziel beider Aktivitäten ist es, neuen Unternehmen zu helfen, sich auf dem Markt zu etablieren sowie Produzenten besser mit Verteilungswegen zu verbinden.</p> <p>Das Programm begann 2010 mit einer Erhebung der lokalen Lebensmittelmärkte im Hinblick auf Konsumentennachfrage und den Bedarf an Expertise auf der Unternehmensseite. 2011 wurde deutlich, dass lokale Lebensmittelmärkte um ein Vielfaches größer waren als angenommen, nämlich bis zu acht Prozent des Lebensmittelverkaufs im Einzelhandel (oder 960 Mio. Euro jährlich).</p> <p>Voraussetzung für die Entwicklung lokaler Lebensmittelmärkte sind kosteneffiziente Logistikketten. Auf der Produzentenseite liegt die Herausforderung darin, kosteneffiziente Mengen mit einer hinreichend breiten Produktpalette in Balance zu bringen. Ebenso muss die Produktqualität erhalten werden. Eine Antwort auf diese Herausforderung ist die Zusammenarbeit von Produzenten, was von Sitra gefördert wird. Ein Beispiel für die Etablierung von kosteneffizienten Logistikketten ist die Integration von Großmarktverkäufen lokaler Lebensmittel mit bestehenden lokalen Großmarktunternehmen.</p> <p>2011 investierte Sitra Risikokapital in zwei neue Geschäftsmodelle, die neue Lösungen für die Herausforderungen an Logistik und Verteilungssysteme bieten.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Suomen Aitokauppa hat zum Ziel, eine landesweite Lebensmittelkette zu errichten, die auf lokale Lebensmittel spezialisiert ist. Dies ist ein neuer Großmarktansatz, der auch für Kantinen und Restaurants den Einkauf von Bio-Lebensmitteln vereinfacht. 2. Der Großmarkt von Helsinki wird entwickelt im Stil des <i>Borough Market</i> in London – ein Schlüsselprojekt der Lebensmittelstrategie der Stadt Helsinki (s.a. <i>World Design Capital 2012</i>). Es wird erwartet, dass sich dieses „Zentrum guten Essens“ (<i>good food centre</i>) landesweit ausbreitet, Verkaufs- und Marketingtraining für lokale und organische Produzenten sowie Lehr- und Demonstrationküchen anbietet. Es soll außerdem als Botschafter für eine revitalisierte Esskultur fungieren und ein Treffpunkt für alle Interessierten sein.
Kapazität	Teil des Sitra Gesamtbudgets von 70 Mio. Euro
Weitere Informationen:	
http://www.sitra.fi/en/ecology/organic-and-local-food	

Tabelle 30: Best Practice im Themenfeld Corporate Social Responsibility (1)

Sustainable Development Charter	
Wales	
Ziel	Eigenverantwortung von Organisationen und Betrieben stärken
Adressaten	Organisationen und Betriebe in Wales
Umsetzung	<p>Die Sustainable Development Charter („Charta für Nachhaltige Entwicklung“) ist eine freiwillige, von der walisischen Regierung ins Leben gerufene Initiative für Organisationen und Firmen, die sich zu nachhaltiger Entwicklung bekennen. Dadurch wird die verfassungsmäßige Pflicht der Regierung zur Förderung nachhaltiger Entwicklung (vgl. Kapitel 3.8) auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgedehnt.</p> <p>Eine Organisation, die die Charter unterzeichnet, verpflichtet sich dazu, nachhaltige Entwicklung als ihr zentrales Organisationsprinzip zu verankern. Sie setzt sich jährliche Ziele in Bezug auf die Förderung der innerorganisatorischen nachhaltigen Entwicklung. Am Ende des Jahres werden alle Organisationen dazu aufgefordert, über die Veränderungen zu berichten, die sie im Rahmen der Verankerung von Nachhaltigkeit als zentralem Organisationsprinzip vorgenommen haben.</p> <p>Die Unterzeichner der Charta bilden ein Netzwerk, in dem sie Best Practice-Beispiele austauschen und voneinander lernen können. Dies geschieht zum einen über die Webplattform Cynnal Cymru, zum anderen im Rahmen von jährlichen Veranstaltungen.</p> <p>Seit ihrer Einführung im Jahr 2010 haben über 130 Organisationen die SD Charter unterzeichnet.</p>
Kapazität	Initiative der walisischen Regierung; durchgeführt von Cynnal Cymru, dem unabhängigen Forum für nachhaltige Entwicklung in Wales, das von der walisischen Regierung vertraglich für die Koordination der SD Charter beauftragt wurde
Weitere Informationen:	
http://www.cynnalcymru.com/charter	

Tabelle 31: Best Practice im Themenfeld Corporate Social Responsibility (2)

Pflicht zur Vorlage von Umwelt- und Sozialberichten	
Frankreich	
Ziel	Unternehmerische Verantwortung stärken
Adressaten	Börsennotierte Unternehmen beziehungsweise Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern
Umsetzung	In Frankreich sind seit dem Jahr 2001 alle börsennotierten Unternehmen gesetzlich dazu verpflichtet, jährliche Berichte zu den sozialen und ökologischen Folgen ihrer Geschäftstätigkeit vorzulegen. Hierzu müssen 43 qualitative und quantitative Indikatoren verwendet werden (z.B. soziale Arbeitsstandards, Ausbildungsleistungen, Verbrauch von Wasser und anderen natürlichen Ressourcen). Der Bericht muss auch Angaben darüber enthalten, wie das Unternehmen mit den sozialen und ökologischen Folgen der Geschäftstätigkeit umgeht. Das Grenelle-II-Gesetz weitet diese Verpflichtung auf alle Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern aus.
Kapazität	Gesetzliche Verankerung im „Loi sur les Nouvelles Relations Economiques“ (NRE) und im „Loi n° 2010-788 du 12 juillet 2010 portant engagement national pour l'environnement“ (Grenelle II)
Weitere Informationen:	
http://sustainabledevelopment.un.org/dsd_aofw_ni/ni_pdfs/NationalReports/france/Full_text.pdf http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09047.pdf http://www.developpement-durable.gouv.fr/Que-fait-on-pour-favoriser-son.html	

Tabelle 32: Best Practice im Themenfeld Corporate Social Responsibility (3)

Austrian Sustainability Reporting Award (ASRA)	
Österreich	
Ziel	Nachhaltigkeitsberichterstattung in österreichischen Unternehmen verbessern
Adressaten	Österreichische Unternehmen
Umsetzung	<p>Der Nachhaltigkeitspreis ASRA (Austrian Sustainability Reporting Award) wird jährlich als Auszeichnung des besten Nachhaltigkeitsberichtes eines österreichischen Unternehmens vergeben.</p> <p>Der Preis wird in folgenden Kategorien ausgeschrieben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Integrierter Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht • Nachhaltigkeitsbericht großer Unternehmen • Nachhaltigkeitsbericht kleiner und mittlerer Betriebe (< 250 Mitarbeiter) • Nachhaltigkeitsbericht öffentlicher und privater (nicht gewerblicher/industrieller) Organisationen • GRI Erstbericht (Global Reporting Initiative)
Kapazität	Breites Ownership: Verliehen wird der ASRA von der Kammer der Wirtschaftstreuhandler in Kooperation mit dem Lebensministerium, der Industriellenvereinigung, dem Umweltbundesamt, respACT – Austrian Business Council for Sustainable Development, der Wirtschaftskammer Österreich, der Österreichischen Kontrollbank, der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik und dem Standard.
Weitere Informationen:	
http://www.kwt.or.at/desktopdefault.aspx/tabid-144/ http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/ums/emas_termine/asra/	

Tabelle 33: Best Practice im Themenfeld Nachhaltige öffentliche Beschaffung

Bonus-Malus-System für Ministeriumsausgaben	
Frankreich	
Ziel	Nachhaltige öffentliche Beschaffung
Adressaten	Ministerien
Umsetzung	<p>Die französische Regierung hat im Rahmen ihrer Strategie zur Stärkung nachhaltiger öffentlicher Beschaffung einen finanziellen Anreizmechanismus für Ministerien geschaffen. Jedes französische Ministerium ist seit 2010 dazu verpflichtet, einen Aktionsplan für nachhaltige öffentliche Beschaffung aufzulegen und über Fortschritte zu berichten („le plan administration exemplaire“). Darüber hinaus wurde ein virtueller Anreizfonds über 100 Millionen Euro geschaffen. Von allen Ministerien wird zu Beginn des Jahres ein Prozent ihres Beschaffungsbudgets eingefroren. Im Sommer erhalten dann diejenigen Ministerien die Hälfte ihres eingefrorenen Budgets zurück, die die gesetzten Ziele für grüne und nachhaltige Beschaffung im Vorjahr erreicht haben (überprüft im Rahmen der Fortschrittsberichte). Diejenigen Ministerien, die hinter den Zielen zurück bleiben, verlieren die Hälfte ihres eingefrorenen Budgets, haben aber bis zum Ende des Jahres die Möglichkeit, die zweite Hälfte bei verspäteter Zielerreichung zu erhalten. Die gesetzten Ziele werden in Form von 14 Indikatoren operationalisiert, von denen mindestens 11 erreicht werden müssen (Stand: 2011). Diejenigen Ministerien, die schließlich die meisten Indikatoren erfüllen, erhalten nach dem Prinzip „compétition maximale“ das übrige Budget, das noch eingefroren ist.</p> <p>Durch diesen Mechanismus werden ein detailliertes Monitoring für die Performanz der einzelnen Ministerien und ein Anreiz zur Erreichung der immer anspruchsvolleren Ziele im Bereich nachhaltige öffentliche Beschaffung geschaffen.</p> <p>Indikatoren sind zum Beispiel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erstellen des Fortschrittsberichts • Erstellen eines Sozialberichts • Einsetzung oder Beauftragung eines Energiebeauftragten • Quote der energetisch überprüften Gebäude >40% • Quote der gekauften oder geliehenen Autos, die weniger als 130g CO₂/km ausstoßen >20% • Dokumentation des Papierverbrauchs • Zahl der Kopierer und Drucker pro Mitarbeiter • Uvm.
Kapazität	Virtueller Anreizfonds über 100 Millionen Euro
Weitere Informationen:	
http://www.developpement-durable.gouv.fr/IMG/pdf/RAPPORT_PAE_2011.pdf (Seite 10f.) http://www.developpement-durable.gouv.fr/IMG/pdf/cir_30729.pdf	

5.2 Nachhaltige Finanzpolitik

5.2.1 Einführung

Die langfristige Sicherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates auf allen Ebenen ist ein zentrales Handlungsfeld nachhaltiger Entwicklung. Bereits heute stellen übermäßig hohe Schuldenquoten und damit verbundene Konsolidierungserfordernisse eine Gefahr für die Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge dar. Angesichts des demografischen Wandels und einer stetig steigenden Lebenserwartung in vielen Teilen der Welt, insbesondere der sogenannten OECD-Welt, wird der Druck auf die Staatshaushalte und Sozialversicherungssysteme künftig noch wachsen. Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist schon heute darauf zu achten, kommende Generationen nicht mit immer höheren Schuldenquoten zu belasten. Gleichzeitig müssen wesentliche Dienstleistungen für die öffentliche Daseinsvorsorge heute und auch in der Zukunft erbracht werden (können). Im Sinne der Nachhaltigkeit müssen somit einnahmen- und ausgabenpolitische Schwerpunkte gesetzt werden. Dies betrifft unter anderem die Frage der Besteuerung (wer soll wie hoch besteuert werden?) und die Frage von Subventionen (wer soll finanziell unterstützt werden?). Bei entsprechender Schwerpunktsetzung kann die Finanzpolitik einen entscheidenden Beitrag auf dem Weg einer nachhaltigen Entwicklung leisten.

Das Themenfeld „Nachhaltige Finanzpolitik“ umfasst eine Reihe von Aspekten der Einnahmen- und Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte. Als Suchraster für Best Practices im Themenfeld „Nachhaltige Finanzpolitik“ wurden die folgenden vier Unterthemen herangezogen:

- Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten im Rahmen des Haushaltsprozesses
- Schwerpunktsetzungen in Zeiten der Haushaltskonsolidierung
- Entwicklung alternativer Finanzierungs- und Kooperationsmodelle (z.B. öffentlich-private Partnerschaften)
- Integration des Lebenszyklusansatzes in Wirtschaftlichkeitsberechnungen⁵¹

5.2.2 Best Practices

Im Themenfeld „Nachhaltige Finanzpolitik“ sind die in Tabelle 34 überblicksartig dargestellten vier Best Practices ermittelt worden, die nachfolgend steckbriefartig vorgestellt werden.

Tabelle 34: Übersicht der Best Practices im Themenfeld "Nachhaltige Finanzpolitik"

Best Practices
<ul style="list-style-type: none"> • Aargau: Ausgaben- und Schuldenbremse (S. 159) • Frankreich: Konjunkturprogramm „Investitionen in die Zukunft“ (S. 160) • Frankreich: Förderung von sozial verantwortlichen Investitionen (S. 161) • Bhutan: GNH-Screening des Fünfjahresplans (S. 162)

⁵¹ Ausführungen zur Relevanz der vier Unterkategorien finden sich in Borbonus et al. 2013: 113ff.

Tabelle 35: Best Practice aus dem Themenfeld Nachhaltige Finanzpolitik (1)

Ausgaben- und Schuldenbremse	
Aargau	
Ziel	Verhinderung neuer Schulden und Abbau bestehender Schulden
Adressaten	Parlament, Kantonalregierung
Umsetzung	<p>Ausgaben- und Schuldenbremse im Finanzhaushaltsgesetz</p> <p>Vier aufeinander abgestimmte Instrumente:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Abtragung der Schulden: Neu entstandene Defizite (neue Bilanzfehlbeträge) müssen in den folgenden Jahren um 20 % pro Jahr abgetragen werden. Dies verhindert eine Zunahme der bestehenden Schulden. In Jahren mit einer stagnierenden oder rezessiven (rückläufigen) Wirtschaftsentwicklung kann die Abtragung der Defizite halbiert oder auf null gesetzt werden. Die bisher aufgelaufenen Defizite (bestehende Bilanzfehlbeträge) in der Höhe von 581 Mio. Franken (Stand 2003) müssen ab dem Jahr 2007 jährlich um 2 % abgetragen werden. 2. Erhöhung der Hürde für neue Ausgaben: Neue Ausgaben über 5 Millionen Franken können nur getätigt werden, wenn die absolute Mehrheit der Grossratsmitglieder den Ausgaben zustimmt. 3. Stabilisierung der Staatsquote: Als Ziel der Finanzpolitik wird eine stabile und, wenn möglich, sinkende Staatsquote im Finanzhaushaltsgesetz festgeschrieben. 4. Stabilisierung der Steuerquote: Die Steuerquote soll stabil sein und, wenn möglich, sinken. Daher muss in Zukunft die absolute Mehrheit der Grossratsmitglieder Steuerfussveränderungen zustimmen. <p><u>Ergebnisse:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Seit 2003 weist der Kanton Aargau Überschüsse, die zwischen 0,9 Mio. Franken (2003 und 2012) und 42,7 Mio. Franken (2007) variieren. • Dadurch konnten die aufgelaufenen Defizite stetig abgebaut werden (2003: 581 Mio. Franken → 2012: 303 Mio. Franken). • Die Staatsquote ist im selben Zeitraum relativ stabil geblieben (2003: 11,3 % → 2012: 12,1 %).
Kapazität	Referendumsabstimmung im September 2004: 60,5% der WählerInnen stimmen für die Ausgaben- und Schuldenbremse
Weitere Informationen:	
http://www.c2d.ch/files/voting_brochure_ag_2004_09_26.pdf https://www.ag.ch/media/kanton_aargau/dfr/dokumente_3/finanzen/finanzpolitik/finanzkennzahlen/Broschuere-oeffentliche_Finanzen_KtAG_2009-Uebersicht.pdf	

Tabelle 36: Best Practice aus dem Themenfeld Nachhaltige Finanzpolitik (2)

Konjunkturprogramm „Investitionen in die Zukunft“ („Les investissements d'avenir“)	
Frankreich	
Ziel	Grünes Wachstum unterstützen, Innovationen anregen
Adressaten	Hochschulen, Forschungszentren, bestimmte Industriebranchen (z.B. Luftfahrt, Raumfahrt, Automobil und Eisenbahn, Schiffsbau, erneuerbare Energien), innovative KMU, Unternehmen aus dem Bereich der Informationstechnologien, u.v.m.
Umsetzung	<p>Im Jahr 2009 hat die französische Regierung ein Investitionspaket über 35 Milliarden Euro aufgelegt, das der französischen Wirtschaft aus der Wirtschafts- und Finanzkrise helfen und gleichzeitig das Wachstum in Richtung einer Green Economy lenken sollte. Finanziert wurde das Paket aus zwei Quellen: zum einen flossen 13 Milliarden Euro aus der Bankenunterstützung während der Finanzkrise zurück, zum anderen wurden 22 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen.</p> <p>Das Programm verfolgt fünf strategische Prioritäten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Hochschulbildung 2. Forschung 3. Industrie und KMU 4. Nachhaltige Entwicklung 5. Informationstechnologie <p>Für den Bereich Nachhaltige Entwicklung ist ein Budget von ca. 5 Milliarden Euro vorgesehen.</p> <p>Institutionell verankert ist das Programm beim französischen Premierminister, bei dem ein Generalkommissariat für Investitionen („Le Commissariat général à l'investissement“) mit derzeit 34 MitarbeiterInnen eingerichtet wurde. Darüber hinaus findet ein gesetzlich vorgeschriebenes Monitoring des Programms über das „Comité de surveillance“ statt. Dieses Komitee ist aus vier Parlamentsabgeordneten und vier Senatoren zusammengesetzt, die einen jährlichen Bericht zum Stand der Umsetzung verfassen.</p>
Kapazität	Budget über 35 Mio. Euro; institutionelle Verankerung beim Premierminister; gesetzlich vorgeschriebenes Monitoring
<p>Weitere Informationen:</p> <p>http://investissement-avenir.gouvernement.fr/</p> <p>http://www.developpement-durable.gouv.fr/les-investissements-d-avenir.25456.html</p>	

Tabelle 37: Best Practice aus dem Themenfeld Nachhaltige Finanzpolitik (3)

Förderung von sozial verantwortlichen Investitionen („Investissements socialement responsable“ – ISR)	
Frankreich	
Ziel	Mobilisierung von Kapital für sozialverträgliche Zwecke
Adressaten	BürgerInnen, Firmen, Investmentgesellschaften, u.v.m.
Umsetzung	<p>Sozial verantwortliche Investitionen sind Anlagestrategien, die neben der erwartenden Rendite auch soziale oder ökologische Kriterien berücksichtigen.</p> <p>Die französische Regierung fördert sozial verträgliche Investitionen mit verschiedenen Instrumenten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gesetzliche Verpflichtung für Verwaltungsgesellschaften, soziale, Umwelt- und Governance-Kriterien bei ihren Investitionstätigkeiten zu berücksichtigen und ihre Kunden darüber detailliert zu informieren (l'article 224 modifié de la loi du 12 juillet 2010 portant engagement national pour l'environnement et son décret d'application du 30 janvier 2012 (2012-132)). • Jährliche ISR-Wochen („la semaine de l'ISR“): Während der seit 2010 jährlich im Oktober stattfindenden ISR-Wochen, die unter der Schirmherrschaft des Nachhaltigkeitsministeriums stattfinden, wird frankreichweit über Möglichkeiten für sozial verträgliche Investitionen informiert. Organisiert werden die verschiedenen Veranstaltungen während der ISR-Wochen unter anderem von Finanzinstituten, Verbänden, Schulen und Universitäten. • Label für ISR-Fonds: In Frankreich existieren drei Label für sozial verantwortliche Investitionen (Label ISR, Label Fonds Vert, Label CIES). Das französische Nachhaltigkeitsministerium bietet Informationen zum Hintergrund und zu den Kriterien dieser Label, die von nicht-staatlichen Organisationen entwickelt wurden. Darüber hinaus wird derzeit an einem staatlichen Label für ISR-Produkte gearbeitet.
Kapazität	Frankreich hat einen stark wachsenden Absatzmarkt für ISR-Produkte. Im Jahr 2012 beliefen sich sozial verantwortliche Investitionen auf 149 Milliarden Euro – ein Marktwachstum von 29 Prozent. Obwohl das Marktwachstum im Jahr 2011 sogar 69 Prozent betrug, ist trotz des verlangsamten Wachstums eine stetiger Trend zu mehr sozial verantwortlichem Investment zu erkennen.
Weitere Informationen:	
http://www.developpement-durable.gouv.fr/Nouvel-article,33567.html http://www.developpement-durable.gouv.fr/IMG/pdf/Fiche_MEDDE.pdf http://www.developpement-durable.gouv.fr/Qu-est-ce-que-l-investissement.html http://www.semaine-isr.fr	

Tabelle 38: Best Practice aus dem Themenfeld Nachhaltige Finanzpolitik (4)

GNH-Screening des Fünfjahresplans (FYP)	
Bhutan	
Ziel	Nachhaltigkeitsprüfung der Fünfjahres-Haushaltplanung
Adressaten	Alle Ministerien
Umsetzung	<p>GNH (Gross National Happiness / „Bruttosozialglück“) ist die bhutanesishe Version eines Konzepts für nachhaltige Entwicklung.</p> <p>Das GNH-Screening ist ein semi-quantitatives Instrument, mit denen alle Politikentwürfe, Pläne und Programme des Landes dahingehend geprüft werden, ob sie den Anforderungen des Konzepts genügen, so auch der Fünfjahresplan (d.h. die mittelfristige Haushaltsplanung). In diesem Fall ist die GNH-Kommission verantwortlich – ein horizontales Gremium, das sich aus den Staatssekretären aller Ministerien zusammensetzt und vom Premierminister geleitet wird. Der Finanzminister ist Vize-Vorsitzender.</p> <p>In den neun Dimensionen des GNH-Screenings werden insgesamt 22 Faktoren bewertet mit vier Stufen (von (1) negativen Auswirkungen über (2) unsicher, (3) keine negativen Auswirkungen bis (4) positive Auswirkungen). Bei Bewertungen unter (3) müssen Verbesserungsvorschläge und Alternativen entwickelt werden.</p> <p>Das GNH-Screening entspricht vom Ansatz her den Nachhaltigkeitsprüfungen, wie sie in Europa bestehen. Das Besondere liegt aber in der stringenten Anwendung des Instruments, inkl. des tatsächlichen Verwerfens von Politikentwürfen. Dies kann im Falle des Fünfjahresplans auf einzelne Planungslinien und Projekte zutreffen (zum Beispiel den Bau eines großen Wasserkraftwerks).</p> <p>Indikatoren sind zum Beispiel (Auswahl): Gleichheit, Wirtschaftlichkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Gesundheit, Wasser- und Luftverschmutzung, Erhalt der Umwelt, Biodiversität, Erholung, Kultur, Werte, Stress</p>
Kapazität	Die Ergebnisse des GNH-Screenings gehen in die umfangreichen Beratungen über die Planungszyklen der jeweiligen Fünfjahrespläne ein (Evaluation des bestehenden Plans, Entwurf von Richtlinien für die Erstellung des neuen Plans, Erstellung des neuen Plans). Die mittelfristige Haushaltsplanung wird somit auf ihre Kompatibilität mit dem Bruttosozialglück überprüft.
Weitere Informationen:	
http://www.gnhc.gov.bt/wp-content/uploads/2011/05/GNH-Screening-Tool-Mid-June-20121.xlsx http://www.grossnationalhappiness.com/gnh-policy-and-project-screening-tools/ http://www.grossnationalhappiness.com/docs/GNH/PDFs/PoliSTools.pdf http://www.gnhc.gov.bt/commission-members/	

5.3 Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe

5.3.1 Einführung

In Abgrenzung zum Querschnittsthema „Partizipation“ (vgl. Kapitel 3 und 4.6) wird unter dem Fachthema „Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe“ die Integration von konkreten Gruppierungen in die Nachhaltigkeitsprozesse auf Länder- beziehungsweise regionaler Ebene sowie ihre soziale Integration in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben verstanden. Nachhaltigkeit ist immer auch eine Integrationsaufgabe, insbesondere mit Blick auf gesellschaftlichen Zusammenhalt beziehungsweise soziale Gerechtigkeit als eine der drei Zieldimensionen. Obwohl es innerhalb von Gesellschaften eine ganze Reihe von Gruppierungen gibt, deren verstärkte Integration im Rahmen von Nachhaltigkeitsstrategien forciert werden kann, findet in der folgenden Darstellung von Best Practices eine Konzentration auf zwei Unterkategorien nachhaltiger gesellschaftlicher Teilhabe statt:

- Gleichstellung der Geschlechter
- Demografische Entwicklung und Partizipation älterer Menschen

5.3.2 Best Practices

Im Themenfeld „Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe“ sind die in Tabelle 39 überblicksartig dargestellten drei Best Practices ermittelt worden, die nachfolgend steckbriefartig vorgestellt werden.

Tabelle 39: Übersicht der Best Practices im Themenfeld "Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe"

Best Practices
<ul style="list-style-type: none"> • Österreich: NESTOR^{GOLD} – Gütesiegel für alter(n)sgerechte Arbeit (S. 164) • Bhutan: GNH-Survey (S. 165) • Tirol: Beschäftigungspakt Tirol (S. 166)

Tabelle 40: Best Practice aus dem Themenfeld Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe (1)

NESTOR^{GOLD} – Gütesiegel für alter(n)sgerechte Arbeit	
Österreich	
Ziel	Ziel der Initiative NESTOR ^{GOLD} ist es, in österreichischen Unternehmen und Organisationen das Bewusstsein für den besonderen Wert älterer MitarbeiterInnen zu stärken sowie die Umsetzung konkreter Maßnahmen für ältere MitarbeiterInnen zu fördern.
Adressaten	Unternehmen und Organisationen, die sich für lebensphasen- und geschlechterorientierte Alter(n)sgerechtigkeit engagieren
Umsetzung	<p>Mit dem Gütesiegel NESTOR^{GOLD} werden seit 2010 Unternehmen und Organisationen (öffentlich und privat) ausgezeichnet und sichtbar gemacht, die sich für Alter(n)sgerechtigkeit engagieren. Hierzu durchlaufen sie einen vierstufigen Prozess:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Unterzeichnen der NESTOR^{GOLD}-Charta: Bekenntnis zum Engagement für Alter(n)smanagement im Unternehmen / in der Organisation 2. Kostenloser Test, der dem Unternehmen / der Organisation ein Selbstbild in Bezug auf Alter(n)smanagement verschafft und erste Ansätze für weitere Maßnahmen aufzeigt 3. NESTOR^{GOLD}-Zertifizierungsprozess: 27 Indikatoren, die durch Zertifizierungsbeirat überprüft werden 4. Verleihung des NESTOR^{GOLD}-Gütesiegels durch Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (alle 2 Jahre)
Kapazität	<p>Das Gütesiegel wurde vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BWFJ), den Sozialpartnern und dem Arbeitsmarktservice (AMS) entwickelt. Dieses breite Ownership spiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Zertifizierungsbeirates wider.</p> <p>Die NESTOR^{GOLD}-Charta haben bislang 21 Einrichtungen und Unternehmen unterzeichnet. 9 Einrichtungen und Unternehmen, sowohl öffentlich als auch privat, haben das gesamte Zertifizierungsverfahren durchlaufen und wurden 2010 bzw. 2012 mit dem NESTOR^{GOLD}-Gütesiegel ausgezeichnet.</p>
Weitere Informationen:	
http://www.nestorgold.at/	

Tabelle 41: Best Practice aus dem Themenfeld Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe (2)

GNH-Survey (Umfrage zu Bruttosozialglück)	
Bhutan	
Ziel	Messung des Grades von erreichtem Wohlbefinden/Glück der Bevölkerung, sowie Rückschlüsse für die Politikgestaltung
Adressaten	Bürger und Regierung
Umsetzung	Zur Messung des Fortschritts in Richtung Wohlbefinden/Glück wurde der GNH-Index entwickelt, der die neun Dimensionen des GNH-Konzeptes mit 38 Sub-Indizes, 33 Indikatoren und 124 Variablen aufschlüsselt. Bisher zweimal (2008 und 2010) wurde auf dieser Grundlage eine umfangreiche Erhebung durchgeführt: je rund 7.000 BürgerInnen, d.h. 1% der Bevölkerung, wurden in dreistündigen, strukturierten Interviews (250 - 1.000 Fragen) befragt. Der Prozess erstreckte sich aufgrund der großen Distanzen und zum Teil aufwändigem Zugang zu Siedlungen jeweils über acht Monate. Die Ergebnisse lieferten ein Bild über die Zufriedenheit und Lebensqualität der Bevölkerung in Dörfern und Städten. Wie viele Menschen betrachten sich als glücklich und weshalb? Auf der anderen Seite: Wer ist nicht glücklich und was genau fehlt diesen Personen? Die Ergebnisse des GNH-Survey dienen als Grundlage für die zukünftige Politikgestaltung, etwa durch Prioritätensetzung in Bereichen, in denen noch Defizite im Wohlbefinden, insgesamt oder bei Teilen der Bevölkerung, festgestellt wurden.
Kapazität	Regierungsbudget (u.a. viele Beamte mit der Erhebung und Auswertung betraut); Verantwortlichkeit der höchsten politischen Ebene, die die Ergebnisse des GNH-Surveys in ihre Politikplanung aufnimmt
Weitere Informationen:	
http://www.grossnationalhappiness.com/survey-results/index/ http://www.whathappiness.de/ , ein Film von Harald Friedl	

Tabelle 42: Best Practice aus dem Themenfeld Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe (3)

Beschäftigungspakt Tirol	
Tirol	
Ziel	Ausgrenzung benachteiligter Personen am Arbeitsmarkt verhindern / Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern
Adressaten	ArbeitnehmerInnen, Unternehmen, Politik
Umsetzung	<p>Der Beschäftigungspakt Tirol ist eine auf fünf Jahre angelegte (2011-2015), vertraglich vereinbarte regionale Vernetzungspartnerschaft von 13 staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren aus dem Bereich der Tiroler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Ziel ist es, durch gemeinsame Anstrengungen Arbeitsplätze in Tirol zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Erreicht werden soll dies durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine Analyse regionaler Problemlagen (Arbeitsmarktforschung), • die Vorbereitung neuer arbeitsmarktpolitischer Initiativen für besonders betroffene Zielgruppen, • die koordinierte gemeinsame Umsetzung spezifischer Programme zur Verhinderung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, • die Unterstützung von ArbeitnehmerInnen durch Maßnahmen im Bereich des lebensbegleitenden Lernens, • die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt und • die Verstärkung des Wissensaustausches von arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen EntscheidungsträgerInnen. <p>Vom Beschäftigungspakt Tirol profitieren sowohl die beteiligten PartnerInnen durch einen effizienteren Einsatz ihrer Mittel, als auch insbesondere die von Ausgrenzung betroffene Zielgruppen. Das Arbeitsprogramm 2013 sieht fünf inhaltliche Schwerpunkte vor, die von Arbeitsgruppen aus unterschiedlichen FachexpertInnen der Partnerorganisationen bearbeitet werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bildungs- und Berufsberatung Tirol 2. Übergang Schule / Beruf 3. Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung 4. Active Ageing 5. Arbeitsmarktforschung / Evaluierungen <p><u>Beispiel:</u> Innerhalb des Themenfeldes „Active Ageing“ entstand eine sogenannte Maßnahmenlandkarte, d.h. eine Übersicht über Maßnahmen verschiedener Tiroler Institutionen zum Erhalt beziehungsweise zur Verbesserung der Arbeitsfähigkeit älterer ArbeitnehmerInnen in den vier Unterkategorien „Individuelle Gesundheit“, „Kompetenzen“, „Organisation/Führung“ und „Arbeitsbedingungen“.</p>
Kapazität	<p>Breite Ownership: 13 staatliche und nicht-staatliche Partner aus der Tiroler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik</p> <p>Finanzielle Förderung durch Bundes- und EU-Mittel</p>
Weitere Informationen:	
<p>http://www.amg-tirol.at/content/besch%C3%A4ftigungspakt-tirol-0</p> <p>http://www.amg-tirol.at/content/productive-ageing</p>	

5.4 Bildung für nachhaltige Entwicklung

5.4.1 Einführung

Die Verfolgung des Leitbildes Nachhaltigkeit als Querschnittsthema erfordert Wissen und Kompetenzen auf der individuellen Ebene. Durch die gesamte individuelle Bildungsbiografie hindurch, vom Kindergarten bis zu Fort- und Weiterbildungen, muss das Thema Nachhaltigkeit daher verankert werden. Dazu haben sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) von 2005 bis 2014 verpflichtet. Ziel von BNE ist es, „Menschen in die Lage [zu versetzen], Entscheidungen für die Zukunft zu treffen und dabei abzuschätzen, wie sich das eigene Handeln auf künftige Generationen oder das Leben in anderen Weltregionen auswirkt.“ (BNE Portal 2013). BNE ist wichtig, um die drängenden Probleme, die nachhaltige Entwicklung erst erforderlich machen (Naturzerstörung, Klimawandel, Ungleichheiten, usw.), mit Unterstützung der breiten Bevölkerung angehen zu können. Die UN-Dekade hat wichtige Initiativen hervorgerufen, um BNE in den Bildungssystemen der UN-Staaten zu verankern (Borbonus et al. 2013: 141ff.).

Das Konzept „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ bezieht sich auf alle Bildungsbereiche (frühkindliche Bildung, schulische Bildung, berufliche Aus- und Weiterbildung, Hochschulbildung, außerschulische Bildung) und betrifft die große Vielfalt an Themen, die mit dem Konzept Nachhaltigkeit in Verbindung stehen (Umwelt, Klima, Kultur, Globalisierung, Ungleichverteilungen, Generationengerechtigkeit, Partizipation, usw.). Als Raster für die Suche nach Best Practices werden die folgenden drei Unterkategorien von BNE verwendet:

- Gestaltung der Bildungsangebote für Bildung für nachhaltige Entwicklung (Zielgruppen, Bildungsbereiche, Themen etc.)
- Schaffung der politischen, institutionellen und finanziellen Rahmenbedingungen für Bildung für nachhaltige Entwicklung (Beschlüsse, Regelungen, Förderprogramme etc.)
- Konkrete Maßnahmen zur strukturellen Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (Netzwerke, Austauschprogramme, Zertifizierungsverfahren, etc.)

5.4.2 Best Practices

Im Themenfeld „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sind die in Tabelle 43 überblicksartig dargestellten vier Best Practices ermittelt worden, die nachfolgend steckbriefartig vorgestellt werden.

Tabelle 43: Übersicht der Best Practices im Themenfeld "Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe"

Best Practices
<ul style="list-style-type: none"> • Frankreich: Landesweite Konferenzen für Bildung für nachhaltige Entwicklung (S. 168) • Wales: A revised Curriculum for Wales - Personal and Social Education Framework (S. 169) • Finnland: FNCSD: Strategie für Bildung und Ausbildung für Nachhaltige Entwicklung und Umsetzungsplan 2006 – 2014 (S. 170) • Finnland: Sitra – Kurse zu nachhaltiger Finanzpolitik (S. 171)

Tabelle 44: Best Practice aus dem Themenfeld Bildung für Nachhaltige Entwicklung (1)

Landesweite Konferenzen für Bildung für nachhaltige Entwicklung („Assises de l'éducation à l'environnement et au développement durable“)	
Frankreich	
Ziel	EEDD (Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung) als politische und gesellschaftliche Priorität auf lokaler und nationaler Ebene verankern
Adressaten	ErzieherInnen, JugendbetreuerInnen, LehrerInnen, DozentInnen, StudentInnen, Abgeordnete, staatliche Behörden, Kommunen, Unternehmen, Multiplikatoren, Verbände, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, u.v.m.
Umsetzung	<p>In Frankreich finden seit 2000 landesweite Konferenzen zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung (EEDD) statt. Ziel der Konferenzen ist der Austausch und die Vernetzung von Akteuren aus dem Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung, die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses für EEDD, die Formulierung einer gemeinsamen Strategie zur Verankerung von EEDD und die Verständigung auf künftige Maßnahmen zu Erreichung dieses Ziels.</p> <p>Die dritte Auflage der Assises de l'EEDD unter dem Motto „Erweiter den Horizont“ („Ouvrir l'horizon“) fand in zwei Phasen statt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 95 vorbereitende, dezentrale Konferenzen im Verlauf des Jahres 2012 • Nationale Konferenz in Lyon vom 5.-7. März 2013 <p>Als Output der Konferenzen entstand ein Katalog an 11 prioritären Vorschlägen zur Förderung und Verankerung EEDD auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.</p>
Kapazität	<ul style="list-style-type: none"> • 1.200 TeilnehmerInnen aus ganz Frankreich und aus den verschiedensten EEDD-relevanten Sektoren • Sehr breite Ownership: u.a. CFEEDD (Collectif Français pour l'Education à l'Environnement et au Développement Durable), verschiedene Bundesministerien, verschiedene staatliche und nicht-staatliche Organisationen aus der Region Rhône-Alpes, Stadt Lyon, REFEDD (Réseau français des étudiants pour le développement durable), EducaSol (Plate-Forme Française d'Education au Développement Durable et à la Solidarité Internationale), ADEME (Agence de l'Environnement et de la Maîtrise de l'Energie)
Weitere Informationen:	
http://www.assises-eedd.org/	

Tabelle 45: Best Practice aus dem Themenfeld Bildung für Nachhaltige Entwicklung (2)

A revised Curriculum for Wales - Personal and Social Education Framework (PSE)	
Wales	
Ziel	Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung im walisischen Bildungssystem
Adressaten	Lehrer, Schulleiter, Schulvorstände, Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen für 14 bis 19-Jährige, kommunale Schulbehörden, Referenten für Lehrerbildung, Lehrgewerkschaften, Kirchen, nationale Behörden
Umsetzung	<p>Nachhaltige Entwicklung und „Global Citizenship“ ist der Titel von einem der fünf Schwerpunktthemen im walisischen PSE Framework („Personal and social education framework for 7 to 19-year olds in Wales“). Zu Personal and social education (PSE) gehören alle Aktivitäten einer Schule oder einer Hochschule zur Unterstützung und Förderung der persönlichen und sozialen Entwicklung ihrer SchülerInnen und StudentInnen. Dazu gehören Lernmöglichkeiten innerhalb und außerhalb des Klassenzimmers.</p> <p>Das PSE Framework ist das zentrale Dokument, das Schulen und Hochschulen zur Überprüfung und Weiterentwicklung ihrer Bestimmungen für die persönliche und soziale Bildung ihrer SchülerInnen und StudentInnen nutzen sollen. Es definiert Schlüsselkompetenzen und Lernergebnisse („key learning outcomes“) für die verschiedenen Phasen des Heranwachsens.</p>
Kapazität	PSE Framework als Teil des schulischen Ausbildungsplans für Wales; Verantwortlichkeit: Walisische Regierung – Department for Children, Education, Lifelong Learning and Skills
Weitere Informationen:	
http://wales.gov.uk/psesub/home/?lang=en http://wales.gov.uk/psesub/home/resources/documents/pseframework/?lang=en http://wales.gov.uk/psesub/home/themes/sustainabledevglobalcitizenship/?lang=en	

Tabelle 46: Best Practice aus dem Themenfeld Bildung für Nachhaltige Entwicklung (3)

FNCSD: Strategie für Bildung und Ausbildung für Nachhaltige Entwicklung und Umsetzungsplan 2006 – 2014 („Strategy for education and training for sustainable development and Implementation Plan 2006 – 2014“)	
Finnland	
Ziel	Bildung für nachhaltige Entwicklung auf allen Ebenen
Adressaten	Entscheidungsträger hinsichtlich Bildung und Ausbildung in allen Verwaltungsbereichen und auf allen Entscheidungsebenen. Die Strategie will so die Bereitschaft von Lehrern, Ausbildern und Erziehern erhöhen, für nachhaltige Entwicklung zu arbeiten und Einsichten und Wissen zu befördern.
Umsetzung	<p>Die Strategie entwickelt Pläne zur Verbesserung von Kooperation und Förderung von Netzwerken auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene. 14 Aktionen sollen verfolgt werden: Aufbau von Partnerschaften und Netzwerken von „Entwicklungszentren“ (hierbei sollen die Kapazitäten bestehender Organisationen gestärkt werden), Einflussnahme auf Basisbildung und Training, Entwicklung von Lernmaterial und -umgebungen, Diversifizierung und Ausweitung von Gelegenheiten zur Partizipation, Aktionspläne für nachhaltige Entwicklung sowie deren Evaluation und Fortschreibung.</p> <p><u>Evaluation 2012/2013:</u></p> <p>Die Bewertungen waren auf den verschiedenen Ebenen unterschiedlich. Insbesondere die Erwachsenenbildung war erfolgreich. Ungefähr die Hälfte der Schulen des Basisniveaus hat jetzt einen Nachhaltigkeitsplan beziehungsweise ein Nachhaltigkeitszertifikat oder plant so etwas zu etablieren. In den momentanen Lehrplänen (2006-2016) ist nachhaltige Entwicklung eines von sechs Querschnittsthemen. Bei den Instituten Höherer Bildung wurde erreicht, dass nachhaltige Entwicklung eines der Ziele in den Zielvereinbarungen mit dem Ministerium ist. Aufgrund größerer Unabhängigkeit dieser Institutionen ist die Steuerungskapazität des Ministeriums geringer. Die Evaluation forderte aber deren Verstärkung. Ebenso wurde gefordert, dass Nachhaltigkeit konkreter und verständlicher gemacht werden muss. Ein Vorschlag war die Aktivierung von Gemeinden, eine klarere Aufgabenteilung innerhalb der Regierung sowie eine stärkere Führungsrolle des Bildungsministeriums.</p> <p><u>Zukunftspläne:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Überarbeitete Lehrpläne für Vorschulen und Basisschulen werden ab dem Schuljahr 2016/17 im Einsatz sein. Nachhaltige Entwicklung zu integrieren ist eines der Ziele in der Überarbeitung. • Der Nationale Bildungsaufsichtsrat (<i>National Board of Education</i>) verfolgt die Implementierung von Erfordernissen in der Erwachsenenbildung (ab 2014). • In der 2008er Strategie für die Internationalisierung der Institute Höherer Bildung (HEI's) ist globale Verantwortung eine von fünf Prioritäten. Diese Strategie wird 2014 evaluiert. • Das Bildungsministerium hat Vertreter aller Institute Höherer Bildung (HEI's) zu einer Diskussion über die Verankerung von Nachhaltigkeit eingeladen (November 2013).

Kapazität	Die Strategie adressiert Gebiete, die intensive Kooperation zwischen Bildungsinstitutionen erfordern sowie die Kombination von Expertise in Bildung mit anderen, wobei Kapazitäten hier jeweils mit eingebracht werden. Weitere Kapazitäten werden erwartet durch Kooperation zwischen verschiedenen Verwaltungseinheiten, Privatsektor und NGOs. Ggf. darüber hinaus gehender Finanzierungsbedarf wird während der Implementierung festgestellt.
Weitere Informationen:	
http://www.oph.fi/english/publications/2006/strategy_for_education_and_training_for_sustainable_development http://www.ym.fi/download/noname/%7B7A0AC771-670C-48B8-B7F8-8FB0B173236F%7D/78365 (Evaluation auf Finnisch)	

Tabelle 47: Best Practice aus dem Themenfeld Bildung für Nachhaltige Entwicklung (4)

Sitra: Kurse zu nachhaltiger Finanzpolitik (“New leadership through sustainable financial policy courses”)	
Finnland	
Ziel	Training für nachhaltige Finanzpolitik soll die Fähigkeit von Entscheidungsträgern und Meinungsführern verbessern, die Herausforderungen von nachhaltiger Wirtschaft anzugehen und Chancen wahrzunehmen.
Adressaten	Entscheidungsträger in Politik, öffentlicher Verwaltung, Privatsektor, Verbänden, Forschung, Kultur und Medien.
Umsetzung	<p>Sitra (<i>Finnish Innovation Fund</i>) hat bereits eine lange Tradition in Kursen zur Finanzpolitik: Von 1977 bis 2005 haben rund 2.000 Akteure in einflussreichen Positionen verschiedener Sektoren und Arenen teilgenommen.</p> <p>Das neue Konzept für nachhaltige Finanzpolitik wurde 2013 gestartet: im Mittelpunkt steht hier jetzt, wie finanzpolitische Instrumente genutzt werden können, um nachhaltiges Wirtschaften zu befördern. Insbesondere soll größeres Verständnis dafür vermittelt werden, wie der umfassende, langfristige Ansatz von nachhaltiger Entwicklung in der Praxis und im Management von Finanzpolitik erreicht werden kann.</p> <p>Für Anfang 2013 war ein Pilotkurs geplant, in dem die ca. 30 TeilnehmerInnen aktiv an der Konzeptentwicklung mitarbeiten sollten. Nach Fertigstellung des Konzepts sind zwei Kurse pro Jahr geplant.</p> <p>Die Praxisbeispiele in den Kursen werden geplant und durchgeführt in Kooperation u.a. mit der Aalto Universität, dem Finanzministerium sowie Spezialisten des Büros des Ministerpräsidenten (Kanzleramt).</p>
Kapazität	Teil des Sitra Gesamtbudgets von 70 Mio Euro; Kooperation in der Umsetzung mit Wissenschaft und Ministerien
Weitere Informationen:	
http://www.sitra.fi/en/artikkelit/sustainable-economy-training/new-leadership-through-sustainable-financial-policy-courses	

5.5 Jugendbeteiligung

5.5.1 Einführung

Nachhaltigkeitsstrategien sind im Idealfall partizipativ angelegte Prozesse, die nicht alleine auf die Steuerung von Verwaltungshandeln abzielen, sondern die Lebenswirklichkeit von Menschen im Sinne einer langfristig ökologischeren und sozialeren Gesellschaft verändern und dafür auch nicht-staatliche Aktivitäten mobilisieren. Beteiligung ist daher der Schlüssel zum Erfolg einer Strategie, die eine tatsächliche Wirkung entfalten soll. Im Rahmen der Darstellung der Governance-Aspekte der untersuchten Nachhaltigkeitsstrategien ist bereits auf Partizipationsmöglichkeiten eingegangen worden, zum Beispiel in Form von Konsultationsverfahren und Nachhaltigkeitsbeiräten (vgl. Kapitel 3 und 4.6). Das Fachthema „Jugendbeteiligung“ widmet sich dem Thema noch mal vertiefend unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit. Im Gegensatz zu Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Umweltorganisationen oder ähnlichen Vereinigungen gibt es häufig keine umfassende Interessenvertretung „der Jugend“, geschweige denn eine institutionelle Einbeziehung von Kinder- und Jugendinteressen in die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse (insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien). Da nachhaltige Entwicklung das Thema Generationengerechtigkeit jedoch als definitorischen Kern beinhaltet, ist Kinder- und Jugendbeteiligung gerade in Bezug auf Nachhaltigkeitsstrategien relevant. Darüber hinaus haben Kinder und Jugendliche ein verbrieftes Recht auf Partizipation. Artikel 12 der Kinderrechtskonvention, die auch die Bundesrepublik Deutschland als rechtlich verbindliche Selbstverpflichtung unterzeichnet hat, räumt Kindern das Recht ein, ihre „Meinung in allen das Kind berührende Angelegenheiten frei zu äußern“. Diese Meinung muss von den Vertragsstaaten der Konvention „angemessen“ berücksichtigt werden.

Im folgenden Abschnitt werden einige Best Practices aus den untersuchten Nachhaltigkeitsstrategien vorgestellt, die Kindern und Jugendlichen Foren zur Diskussion und Beteiligung geschaffen haben. Das Suchraster beinhaltete hierbei jedoch nicht nur die direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Nachhaltigkeitsprozessen, sondern auch solche Maßnahmen, die die Ausbildung von Jugendverantwortlichen als Mentoren bzw. Moderatoren in den Fokus rücken sowie Praktiken, die eine Reflektion von verschiedenen Beteiligungsformen ermöglichen. Es wird ein Partizipationsverständnis zugrunde gelegt, das über reine Konsultation und Information hinaus geht in Richtung eines „Empowerments“ von Kindern und Jugendlichen mit dem Ziel echter Mitentscheidung.

5.5.2 Best Practices

Im Themenfeld „Jugendbeteiligung“ sind die in Tabelle 48 überblicksartig dargestellten vier Best Practices ermittelt worden, die nachfolgend steckbriefartig vorgestellt werden.

Tabelle 48: Übersicht der Best Practices im Themenfeld "Jugendbeteiligung"

Best Practices
<ul style="list-style-type: none"> • Wales: Children and Young People's Assembly for Wales: Funky Dragon (S. 173) • Tirol: Tiroler Jugendoffensive & Tiroler Jugendbeirat (S. 174) • Österreich: Kinder- und Jugendbeteiligung in Österreich (S. 175) • Flandern: Flämischer Jugendrat (S. 177) • Finnland: Kommunale Dialogtage (S. 178)

Tabelle 49: Best Practice aus dem Themenfeld Jugendbeteiligung (1)

Children and Young People's Assembly for Wales: Funky Dragon	
Wales	
Ziel	Interessen von Kindern und Jugendlichen eine Stimme verleihen
Adressaten	Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 25 Jahren
Umsetzung	<p>Funky Dragon ist eine Wales-weite Jugendorganisation, die den Interessen von Kindern und Jugendlichen im politischen Prozess eine Stimme verleiht. Funky Dragon wird von Jugendlichen eigenverantwortlich geleitet und von der walisischen Regierung unterstützt.</p> <p>Die jährlichen Mitgliederversammlungen von Funky Dragon finden im Parlamentsgebäude in Cardiff statt. Dabei erhalten die Mitglieder auch die Gelegenheit, einen Minister oder eine Ministerin zu seinem oder ihrem Themenbereich zu befragen und über die Möglichkeiten von Jugendlichen zur Gestaltung von Wandel beizutragen.</p> <p>Funky Dragon führt aktuell eine Umfrage in Schulen und Jugendgruppen durch. Hierbei werden der Wissensstand von Jugendlichen zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung und ihre Meinung zur Nachhaltigkeitspolitik der Regierung ermittelt. Das Forschungsprojekt wird von einem Team aus jungen Leuten durchgeführt, das von einer Steuerungsgruppe unterstützt wird. Ziel der Umfrage ist es, einen Bericht an die walisische Regierung zu formulieren, der deren Nachhaltigkeitspolitik im Sinne der Interessen Jugendlicher beeinflussen soll. Funky Dragon tritt somit nicht nur konsultativ auf, sondern auch als eigenständiger Agenda-Setter („Themenanwalt“).</p> <p>Funky Dragon ist Mitglied der Reference and Advisory Group, die die walisische Regierung als Beteiligungsgremium für die Formulierung und Umsetzung des Future Generations Bill eingerichtet hat.</p>
Kapazität	Funky Dragon wird von der walisischen Regierung finanziell und organisatorisch unterstützt.
Weitere Informationen:	
http://www.funkydragon.org/	

Tabelle 50: Best Practice aus dem Themenfeld Jugendbeteiligung (2)

Tiroler Jugendoffensive & Tiroler Jugendbeirat	
Tirol	
Ziel	Fortbildung, Vernetzung und Interessenvertretung von Jugendlichen und Jugendverantwortlichen („Moderatoren“)
Adressaten	Jugendoffensive: Jugendverantwortliche in Vereinen, Verbänden, Jugendtreffs Jugendbeirat: Tiroler Landesregierung
Umsetzung	<p>Jugendoffensive:</p> <p>Die Tiroler Jugendoffensive ist ein Projekt des Fachbereichs Jugend des Landes Tirol mit dem Ziel der Fortbildung und Vernetzung aller Jugendverantwortlichen in Vereinen, Verbänden, Jugendtreffs und ähnlichem. Es werden in Abendveranstaltungen kostenlose Fortbildungen in 16 verschiedenen Modulen angeboten, u.a. zu Suchtprävention, Konfliktlösung, Erfolgsdruck, Migration, Verschuldung, Gewalt in der Familien, Medien, Ernährung und Sexualität. Die Veranstaltungen finden dezentral in den Tiroler Gemeinden statt, um eine möglichst große Zahl an Jugendverantwortlichen zu erreichen. Über 850 Personen haben bereits an den Fortbildungen teilgenommen.</p> <p>Die Jugendoffensive ist ein Projekt des Fachbereichs Jugend des Landes Tirol mit folgenden Projektpartnern: Erziehungsberatung des Landes Tirol, Jugendwohlfahrt des Landes Tirol, Kinder- & Jugendanwaltschaft des Landes Tirol, kontakt+co, Suchtprävention Jugendrotkreuz.</p> <p>Jugendbeirat:</p> <p>Die Tiroler Landesregierung hat im Jahr 2009 die Errichtung eines Jugendbeirates beschlossen. Der Tiroler Jugendbeirat hat die Aufgabe, die Landesregierung in allen jugendrelevanten Themenstellungen zu beraten, Fragestellungen, die von der Landesregierung an den Jugendbeirat herangetragen werden zu behandeln und Anliegen und Bedürfnisse, die als bedeutsam für junge Menschen in Tirol erkannt werden, zu bearbeiten. Der Fachbereich Jugend der Landesabteilung JUFF dient als Geschäftsstelle.</p> <p>Mitglieder des Jugendbeirates sind VertreterInnen der Offenen und Mobilien Jugendarbeit und der LandesschülerInnenvertretung, ein/e VertreterIn der Stadt Innsbruck und VertreterInnen von Tiroler Gemeinden und jeweils ein/e VertreterIn aus Einrichtungen der verbandlichen Jugendarbeit sowie aus Vereinen, die sich mit Jugendarbeit beschäftigen, soweit sie jeweils in mindestens fünf Bezirken eine Organisationsstruktur aufweisen.</p>
Kapazität	<p>Jugendoffensive: Fortbildungen werden vom Land Tirol subventioniert, damit sie für die TeilnehmerInnen kostenlos sind; Ownership in staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen</p> <p>Jugendbeirat: Einrichtung durch die Tiroler Landesregierung und administrative Unterstützung durch die Tiroler Landesverwaltung</p>
Weitere Informationen:	
<ul style="list-style-type: none"> • Jugendoffensive: http://www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/jugendreferat/jugendoffensive/ • Jugendbeirat: http://www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/jugendreferat/jugendbeirat/ 	

Tabelle 51: Best Practice aus dem Themenfeld Jugendbeteiligung (3)

Kinder- und Jugendbeteiligung in Österreich	
Österreich	
Ziel	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen Fördern
Adressaten	Politik und Verwaltung auf Bund- und Länderebene; Jugendliche
Umsetzung	<p>1) Website www.partizipation.at</p> <p>Auf Initiative des österreichischen Lebensministeriums wurde die Website www.partizipation.at eingerichtet. Die Website, die durch die Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) konzipiert und betreut wird, bietet Informationen zu Methoden und Instrumenten der Öffentlichkeitsbeteiligung. Ziel ist es, unterschiedliche, teils divergierende ökologische, wirtschaftliche und soziale Interessen unter Einbeziehung aller Stakeholder in Einklang zu bringen. Unter anderem enthält die Website ein „Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung“ und Fallstudien mit Praxisbeispielen zu gelungenen Beteiligungsprozessen.</p> <p>Einer der 21 Themenschwerpunkte auf der Website ist „Kinder- und Jugendpartizipation“. Es werden Informationen in fünf Themenbereichen bereitgestellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beteiligungsformen, Methoden und Qualitätskriterien • Mitgestalten in der Schule • Mitgestalten in der Planung (Lebensumfeld, Gemeinde, Programmplanung) • Mitgestalten in der Politik • Mitgestalten in der Forschung <p>2) ARGE Partizipation</p> <p>Im Auftrag der Landesjugendreferentenkonferenz arbeitet die Arbeitsgemeinschaft Partizipation zum Thema Jugendbeteiligung. Als Expertengruppe, Impulsgeber und Netzwerk ist es Ziel der ARGE, Mitbestimmung und Beteiligung von jungen Menschen in Österreich zu verankern, bewusstseinsbildende Maßnahmen zu initiieren und allgemeine Standards der Qualitätssicherung zu etablieren. In der ARGE Partizipation sind alle österreichischen Landesjugendreferate und das Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend als Mitglieder vertreten. Ihre Tätigkeit erfolgt in Zusammenarbeit mit der österreichischen Bundesjugendvertretung (siehe unten).</p> <p>Auf der Website der ARGE Partizipation finden sich ein Lexikon zur Jugendbeteiligung, eine Übersicht über Methoden in der Kinder- und Jugendbeteiligung und verschiedene thematische Leitfäden und Good Practice-Beispiele zu Partizipationsprojekten (projektbezogene, offene und parlamentarische Formen). Darüber hinaus veranstaltet die ARGE Partizipation Fachtagungen, erstellt Lehrgangskonzepte für Mitbestimmung und entwickelt Qualitätskriterien und Leitfäden zu Kinder- und Jugendbeteiligung.</p> <p>3) Bundesjugendvertretung</p> <p>Die Österreichische Bundesjugendvertretung (BJV) ist die Interessenvertretung der österreichischen Kinder und Jugendlichen. Sie ist gesetzlich seit 2001 im Bundesjugendvertretungsgesetz (B-JVG) verankert, hat sozialpartnerschaftlichen Status und wird von 52 Mitgliederorganisationen getragen, die 2,9 Millionen Menschen vertreten. Ziel der BJV ist die Bündelung von politischen, sozialen, wirtschaftlichen</p>

	<p>und kulturellen Interessen junger Menschen, um diesen in Politik und Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen.</p> <p>Einer der Themenschwerpunkte der BJV ist Nachhaltigkeit. Sie hat unter anderem ein Positionspaper „Jugend und Nachhaltigkeit“ verfasst und an der UN-Konferenz Rio+20 teilgenommen.</p>
Kapazität	<p>1) Website www.partizipation.at Finanzierung aus dem Budget des Lebensministeriums</p> <p>2) ARGE Partizipation Vertikale Kooperation von Bund und Ländern</p> <p>3) Bundesjugendvertretung Gesetzliche Verankerung, sozialpartnerschaftlicher Status</p>
<p>Weitere Informationen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Website partizipation.at: http://www.partizipation.at/kinder_und_jugend.html• ARGE Partizipation: www.jugendbeteiligung.cc• Bundesjugendvertretung: http://www.jugendvertretung.at/	

Tabelle 52: Best Practice aus dem Themenfeld Jugendbeteiligung (4)

Flämischer Jugendrat (VJR)	
Flandern	
Ziel	Die flämische Politik kinder- und jugendfreundlicher machen
Adressaten	Flämische Regierung
Umsetzung	<p>Der Flämische Jugendrat ist ein gesetzlich verankertes Beratungsgremium der flämischen Regierung für alle Bereiche, die Kinder und Jugendliche betreffen. Alle flämischen Minister müssen den Flämischen Jugendrat um Rat bitten, wenn ihre Entscheidungen Konsequenzen für Kinder und Jugendliche beinhalten. Der Flämische Jugendrat kann auch auf eigene Initiative tätig werden.</p> <p>Aktivitäten 2011:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 36 Stellungnahmen zu verschiedenen Politikbereichen • Kongress KLETS mit mehr als 1000 Teilnehmer • partizipative Veranstaltungen (Klets on Tour, Europinion, Kletse Jeugdrecht, etc.) • Repräsentation und Mitarbeit in 7 anderen Räten und Organisationen • Internationale Aktivitäten: Entsendung von „Jugendbotschafter“ in UN Gremien und Konferenzen, europäische Konferenzen u.ä.
Kapazität	<ul style="list-style-type: none"> • 21 gewählte, 3 bestimmte Mitglieder; Sekretariat mit ca. 15 Mitarbeitern • Finanzierung durch Flämische Regierung (gemäß Dekret vom 18. Juli 2008 über Kinder- und Jugendrechte), seit 2013 auch unterstützt durch „De Ambrassade“
Weitere Informationen:	
<p>http://www.vlaamsejeugdraad.be/; http://www.vlaamsejeugdraad.be/english/; www.ambrassade.be</p>	

Tabelle 53: Best Practice aus dem Themenfeld Jugendbeteiligung (5)

Kommunale Dialogtage	
Finnland	
Ziel	Dialog zwischen Jugendlichen und kommunalen Entscheidungsträgern / Einbeziehung von Jugendinteressen in kommunale Entscheidungsprozesse
Adressaten	Jugendliche und Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung
Umsetzung	<p>Das finnische Bildungs- und Kulturministerium hat in den Jahren 2008-2011 ein Pilotprojekt finanziert, das die stärkere Einbeziehung von Jugendinteressen in kommunale Entscheidungsprozesse ermöglichen sollte. Zu diesem Zweck wurde die Methode der „deliberativen Dialogtage“ entwickelt. Sie lässt sich in drei Phasen unterteilen:</p> <p><u>Phase 1: Vorbereitung</u></p> <p>Als Vorbereitung wird unter Beteiligung von Schülervertretungen, Jugendgemeinderäten, Jugendarbeitern usw. eine Liste an möglichen Themenfeldern erstellt, die während der Dialogtage diskutiert werden könnten. Es wird eine Zahl von 30-50 (ehrenamtlich aktiven und inaktiven) Jugendlichen ausgewählt, die an den Dialogtagen teilnehmen dürfen. Zudem werden etwa 10 kommunale Entscheidungsträger zu den Dialogtagen eingeladen.</p> <p><u>Phase 2: Durchführung</u></p> <p>Der kommunale Dialogtag findet 1x jährlich statt, vorzugsweise im Herbst. Er wird in der Regel von 1-2 geschulten Moderatoren geleitet. Am Vormittag treffen sich die teilnehmenden Jugendlichen, erhalten eine Einführung in die Methode und wählen 3-5 Themen aus, die sie mit den Entscheidungsträgern diskutieren wollen (z.B. Sport- und Freizeitangebote, Schulen, öffentlicher Nahverkehr o.ä.). Die eigenständige Wahl der Themen ist ein wichtiger Bestandteil der Methode. In Kleingruppen werden die Themen dann diskutiert. Währenddessen erhalten die teilnehmenden Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung ein Coaching, das sie ebenfalls in die Methode einführt. Im Anschluss findet eine etwa zweistündige moderierte Diskussion zwischen Jugendlichen und Entscheidungsträgern statt. Hierbei tragen die Jugendlichen ihre Anliegen in Form von konkreten Fragen, Stellungnahmen oder Vorschlägen vor, auf die die Entscheidungsträger reagieren. Es wird festgelegt, was von wem und bis wann weiter verfolgt werden soll (Umsetzungsplan). Auch die Beteiligung Jugendlicher bei der Umsetzung kann vereinbart werden.</p> <p><u>Phase 3: Nachbereitung</u></p> <p>Im Anschluss an den Dialogtag wird ein Ergebnisprotokoll an alle Teilnehmenden verschickt und mit ihrer Zustimmung veröffentlicht.</p> <p><u>Ergebnisse</u></p> <p>Das Pilotprojekt endete im Jahr 2012 mit einer Evaluation. Insgesamt haben etwa 60 Gemeinden teilgenommen und einen oder mehrere Dialogtage durchgeführt. Eine detaillierte Evaluation erfolgte durch die Projektnehmer in 6 Gemeinden. Hier wurden insgesamt 45 Vorschläge vorgebracht, von denen die Hälfte ganz oder teilweise realisiert wurde; 20% sind noch in der Diskussion und 30% wurden verworfen. Viele Gemeinden halten an der jährlichen Durchführung der Dialogtage fest, auch wenn sie mittlerweile nicht mehr finanziell gefördert werden.</p>

Kapazität	Pilotprojekt: Jährliches Budget von 100.000€ (2008-2011; 2012: 20.000€); Im Anschluss: Diffusion und Verstetigung
Weitere Informationen: Bulling / Carson / DeKraai / Garcia / Harri Raisio 2013: Deliberation Models featuring Youth Participation. In: International Journal of Child, Youth and Family Studies 3.1, S. 409-432. (→ S. 417ff.) Ansprechpartnerin für weitere Informationen: Anu Gretschel, Finnish Youth Research Society (anu.gretschel@youthresearch.fi)	

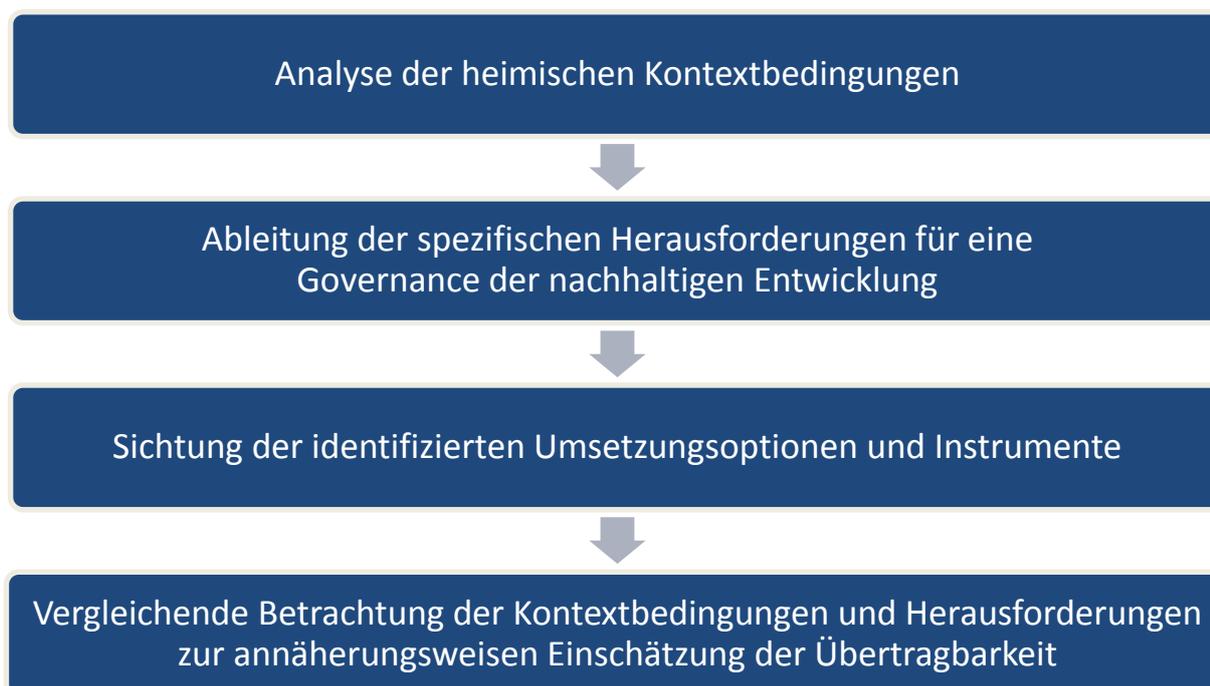
6 Schlussfolgerungen für die Strategieentwicklung

Auf der Ebene der Bundesländer gibt es derzeit noch keine flächendeckende Verbreitung von Nachhaltigkeitsstrategien. Vor diesem Hintergrund versucht die vorliegende Studie einen Beitrag zur Entwicklung und Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien auf Länderebene zu leisten, indem sie Optionen zur Gestaltung der Strategien und innovative Ansätze zur Problembearbeitung in ausgesuchten Politikfeldern aufzeigt. Mit der Studie wurde ein Baukasten aus Politikinnovationen erarbeitet, der interessierte Leserinnen und Leser in ihren eigenen Strategieprozessen unterstützen soll. Im Folgenden wird erläutert, wie die Adressaten der Studie, also in erster Linie die deutschen Bundesländer, diesen Baukasten für ihre eigene Strategie(weiter)entwicklung nutzen können.

Dieser Bericht kann einen umfassenden Strategieentwicklungsprozess nicht vorweg nehmen. Er sollte auch nicht als eine detaillierte Handlungsanleitung zur Strategieentwicklung verstanden werden. Vielmehr soll er grundsätzliche Optionen der Strategieentwicklung aufzeigen und Unterstützung beim Transfer der Politikinnovationen bieten. Die im internationalen Vergleich identifizierten Gestaltungsoptionen und Politikinnovationen müssen immer auch in den Kontext des jeweiligen Landes und der Strategieentwicklung gestellt und entsprechend angepasst werden. Der Bericht soll dafür eine Diskussionsgrundlage bieten.

Zur Bewertung der Übertragbarkeit der dargestellten Umsetzungsoptionen und Instrumente wird nahe gelegt, zunächst eine Analyse der heimischen Kontexte durchzuführen, daraus die spezifischen Herausforderungen für eine Governance der nachhaltigen Entwicklung abzuleiten und im dritten Schritt die hier identifizierten Gestaltungsoptionen und Instrumente in Betracht zu ziehen. Eine vergleichende Betrachtung der Kontextbedingungen und Herausforderungen ermöglicht schließlich eine annäherungsweise Einschätzung zur Übertragbarkeit der Gestaltungsoptionen bzw. Politikansätze, die in einem Folgeprozess unter Einbeziehung von ExpertInnen genauer überprüft werden muss. Unser Vorschlag für einen Prozess der Übertragung ist in Abbildung 6 dargestellt.

Abbildung 6: Vorschlag für einen Prozess der Übertragung



Der internationale Vergleich zeigt, dass es keine *ideale* Strategie gibt, von der sich Governance-Praktiken und Umsetzungsmechanismen ohne Weiteres auf andere Gebiete übertragen lassen. Nachhaltigkeitsstrategien müssen dem Kontext entsprechend konkretisiert werden um Wirksamkeit zu entfalten. Entsprechend sollte vor den Überlegungen zur Übertragung von Gestaltungsoptionen und Politikinnovationen eine Kontextanalyse durchgeführt werden. Diese Kontextanalyse umfasst in einem ersten Schritt die Analyse der institutionellen Rahmenbedingungen, innerhalb derer eine Strategie entwickelt werden soll. In einem zweiten Schritt sind die spezifischen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung zu identifizieren. Hier spielen politische Prioritäten, gesellschaftliche Diskurse, ökonomische Rahmenbedingungen und die naturräumlichen Gegebenheiten eine Rolle.

Für die Analyse der institutionellen Rahmenbedingungen sollten insbesondere die folgenden Fragen beantwortet werden:

- Welche institutionellen Anknüpfungspunkte für eine Strategieentwicklung gibt es? Wo sind strategische Kapazitäten um horizontale und vertikale Integration, Partizipation, Reflexivität und Langfristorientierung sicherzustellen beziehungsweise wo könnten diese entwickelt werden?
- Welche institutionellen Rahmenbedingungen stehen einer wirksamen Governance für nachhaltige Entwicklung entgegen?

Zur Analyse der heimischen Kontexte kann das hier entwickelte Untersuchungsraaster verwendet werden (siehe Kapitel 2.2).

Aus der Kontextanalyse können im folgenden Schritt die spezifischen Herausforderungen an eine Governance der nachhaltigen Entwicklung im jeweiligen heimischen Kontext abgeleitet werden. Tabelle 2 (Seite 18) verdeutlicht, dass Nachhaltigkeit als integratives Konzept fünf zentrale Herausforderungen an eine erfolgreiche Politik stellt:

1. Kohärenz von Politiken
2. Kooperation von Regierungs- und Verwaltungsebenen
3. Stakeholderbeteiligung bei Diskussions- und Entscheidungsprozessen
4. Kontinuierliche Reflexion der eigenen Entscheidungen
5. Langfristorientierung

Im Rahmen des eigenen Strategieprozesses sollte ermittelt werden, inwiefern die identifizierten institutionellen und politischen Kontextbedingungen in Einklang mit den Prinzipien einer Governance für nachhaltige Entwicklung stehen. Diese Einsicht hilft dabei, die eigene Nachhaltigkeitsstrategie an ihren entsprechenden Kontext anzupassen. Es sei an dieser Stelle jedoch darauf hingewiesen, dass auch Kontexte nicht immer als gegeben und unveränderbar betrachtet werden müssen. Vielmehr sollte im Zuge der Identifikation von Herausforderungen im Kontext nachhaltiger Entwicklung auch die Frage erlaubt sein, welche Veränderungen der Kontextbedingungen notwendig sind, um diese Herausforderungen anzugehen.

Neben den politisch-institutionellen Herausforderungen an eine nachhaltige Politik sollten aus der Kontextanalyse auch die spezifischen Herausforderungen für nachhaltige Entwicklung aus inhaltlicher Perspektive abgeleitet werden. Eine Identifizierung der spezifischen Herausforderungen im naturräumlich-geografischen, ökonomischen und soziokulturellen Bereich liefert Hinweise auf den Stellenwert bestimmter Problematiken im Gesamtzusammenhang von nachhaltiger Entwicklung

und dient als wichtige Hintergrundinformation für die Bewertung von Politikkonzepten und Maßnahmen. Darüber hinaus wird deutlich, wo besonders dringender Handlungsbedarf besteht.⁵²

Auf der Basis einer Analyse der heimischen Kontexte wird deutlich, dass die Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung für jedes Land und jede Region beachtlich sind – sowohl in institutioneller Hinsicht als auch mit Blick auf die kurz-, mittel- und langfristigen Probleme in den drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung. Aus der Empirie der zehn hier betrachteten Fälle wird aber auch deutlich, dass Politikinnovationen zur Ausgestaltung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien möglich sind, sofern eine ernsthafte politische Absicht dahinter steht.

Mit Bezug auf die Governance-Dimension von Nachhaltigkeitsstrategien wurden verschiedene Gestaltungsoptionen in sechs Querschnittsthemen identifiziert. Es lässt sich unterscheiden zwischen managementorientierten und leitbildorientierten Strategien, zwischen eigenen Arbeitsprogrammen und Mainstreaming-Ansätzen, zwischen Output- und Outcome-Monitoring, zwischen verschiedenen Mechanismen der horizontalen Integration (von Mainstreaming über interministerielle Koordination bis zur Schaffung eines separaten, mit Entscheidungsbefugnissen ausgestatteten Gremiums), zwischen Integration und Kohärenz der vertikalen Ebenen und zwischen institutionalisierter und Ad-hoc-Beteiligung. Vor dem Hintergrund, dass alle Optionen Vor- und Nachteile hinsichtlich ihrer Umsetzungschancen und Wirksamkeit haben, sollte die Entscheidung für oder gegen eine Gestaltungsoption im Kontext der bestehenden heimischen institutionellen und politischen Rahmenbedingungen erfolgen.

Nachhaltigkeit stellt nicht nur Herausforderungen an gutes Regieren dar, sondern benötigt auch konkrete Umsetzungsinstrumente in relevanten Politikbereichen. Der Mehrwert der vorliegenden Studie liegt daher neben der Verdeutlichung von Optionen zur Gestaltung einer Nachhaltigkeitsstrategie in der Identifikation von 31 innovativen Politikinstrumenten in fünf relevanten Fachthemen. Da wir uns auf Instrumente konzentriert haben, die unserer Einschätzung nach eine Lücke in der deutschen Nachhaltigkeitslandschaft darstellen, ist ein systematischer Bias zugunsten von Instrumenten, die hierzulande als nicht oder nur schwer übertragbar zu bewerten sind, nicht auszuschließen. Umso mehr dient dieser Bericht als Grundlage für Diskussions- und Lernprozesse, die auch in Deutschland neue und innovative Gestaltungsoptionen hervorbringen können. Letztlich ist es in erster Linie eine Frage der Offenheit und des politischen Willens, ob mit vermeintlich „exotischen“ Ansätzen auch in Deutschland Neuland betreten wird.

⁵² Für eine Reihe von Bundesländerstrategien identifizieren Borbonus et al. (2013) Lücken in den hier untersuchten Politikfeldern.

7 Literaturverzeichnis

7.1 Literatur für die Fallauswahl

Die folgende Literatur wurde für die hauptsächlich auf Reputation basierende Fallauswahl (vgl. Kapitel 2.1) herangezogen:

Antonio / Hoiberg Olsen / Holtsberg / Niestroy & Zondervan (2012): Asia-Europe Strategies for the Earth Summit 2012 – Global Architectures for Sustainable Development Delivery. Asia-Europe Environment Forum. Singapore.

Bertelsmann Stiftung 2013: Globale Länderstudie zum Reinhard-Mohn-Preis.

Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) 2012: Nachhaltigkeit und Parlamente – Bilanz und Perspektiven Rio+20. TAB-Arbeitsbericht Nr. 155.

European Green Capital Award: Award Publications.

European Sustainable Development Network 2013: ESDN Conference 2013 – Conference Proceedings.

European Sustainable Development Network 2013: ESDN Quarterly Report No 29.

Meadowcroft 2007: National Sustainable Development Strategies: Features, Challenges and Reflexivity. European Environment, vol. 17, pages 152-163.

Niestroy 2005: Sustaining Sustainability – a benchmark study on national strategies towards sustainable development and the impact of councils in nine EU member states. EEAC series, Back-ground study No.2. Lemma, Utrecht.

OECD 2006: Good Practices in the national sustainable development strategies of OECD countries.

Pisano et al. 2013: Vienna+10: National Sustainable Development Strategies in Europe. ESDN Conference 2013 – Discussion Paper.

Quitow 2011: Nachhaltigkeitsstrategien: Form und Funktion. In: Knopf et al. (Hrsg.): Nachhaltigkeitsstrategien in Politik und Wirtschaft. Treiber für Innovation und Kooperation? München: oekom, S. 123-147.

Siemens 2009: Green City Index. München: Siemens AG.

Steurer / Martinuzzi 2005: Towards a new pattern of strategy formation in the public sector: first experiences with national strategies for sustainable development in Europe. Environment and Planning C: Government and Policy, vol. 23, pages 455-472.

Steurer 2008: Sustainable development strategies. In: Jordan/Lenschow: Innovation in Environmental Policy? Integrating the Environment for Sustainability. Cheltenham: Edward Elgar, S. 93-113.

Swanson, Darren et al. 2012: Draft Issues Paper on Strategies for Sustainable Development. Meeting the Challenges of the Post Rio+20 World. International Workshop for Strengthening Planning and Implementation Capacities for Sustainable Development in Post Rio Context, 14-16 November 2012.

United Nations Human Settlements Programme (UN-HABITAT) 2012: State of the World's Cities 2012/2013. Nairobi: UN-HABITAT.

UNDP / OECD 2002: Sustainable Development Strategies. A resource book. New York / Paris.

Volkery et al. 2006: Coordination, challenges, and innovations in 19 national sustainable development strategies. World Development, vol. 34, pages 2047-2063.

7.2 Literatur für den Bericht

[Die in Kapitel 3 verwendeten Quellen finden sich jeweils am Ende der Fallstudien.]

Berger, Gerald und Reinhard Steurer 2008: National sustainable development strategies in EU member states: the regional dimension. In: Baker, Susan und Katarina Eckerberg (Hrsg.): In Pursuit of Sustainable Development. New governance practices at the sub-national level in Europe. Milton Park: Routledge, S. 29-49.

BMU 2012: GreenTech made in Germany 3.0. Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

BNE Portal 2013: Was ist BNE? URL: <http://www.bne-portal.de/was-ist-bne/> (Zugriff am 11.10.2013).

Borbonus, Sylvia; Justus von Geibler; Jochen Luhmann; Hanna Scheck; Dorothea Schostok und Uta von Winterfeld 2013: Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln. Untersuchung von Nachhaltigkeitsstrategien in Deutschland und auf EU-Ebene. Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Deutscher Bundestag 2013: Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft". Projektgruppe 1: Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft. Bericht der Fraktionen SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen. Kommissionsdrucksache 17(26)84 neu. Berlin.

Jacob, Klaus et al. 2011: Institutionen und Verfahren parlamentarischer Nachhaltigkeitspolitik. Studie von IZT und FFU (Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Forschungszentrum für Umweltpolitik – FU Berlin) im Auftrag des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB). Berlin.

Jacob, Klaus; Lisa Münch und Hannah Büttner 2012: Leitfaden zur Strategieentwicklung im BMU. Erarbeitet im Rahmen des Projektes "Nachhaltigkeitsmanagement umweltpolitischer Ziele und Strategien - Strategieentwicklungsprozess zur Optimierung umweltpolitischer Ziele und Strategien hinsichtlich Synergien und Konkurrenzen im Kontext der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie" (FKZ UM 09 11 156 - 3).

Jacob, Klaus; Rainer Quitzow und Holger Bär 2013: Green Jobs: Beschäftigungswirkungen einer Green Economy. Studie im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (giz). Unveröffentlichtes Manuskript.

Jänicke, Martin 2012: Megatrend Umweltinnovationen: Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat. München: Oekom.

- Jann, Werner und Kai Wegrich 2003: Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy Cycle. In: Schubert, Klaus und Nils Bandelow: Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München / Wien: Oldenbourg, S. 71-104.
- Jordan, Andrew 2008: The governance of sustainable development: taking stock and looking forwards. In: Environment and Planning C: Government and Policy, Volume 26, S. 17-33.
- Knopf, Jutta; Rainer Quitzow; Esther Hoffmann und Maja Rotter (Hrsg.) 2011: Nachhaltigkeitsstrategien in Politik und Wirtschaft: Treiber für Innovation und Kooperation? München: Oekom.
- Meadowcroft 2007: National Sustainable Development Strategies: Features, Challenges and Reflexivity. European Environment, vol. 17, pages 152-163.
- OECD 2002a: Improving Policy Coherence and Integration for Sustainable Development. A Checklist. Policy Brief, January 2002. URL: <http://www.oecd.org/greengrowth/tools-evaluation/2763153.pdf> (Zugriff am 17.09.2013).
- OECD 2002b: Governance for Sustainable Development. Five OECD Case Studies. Paris: OECD.
- OECD / UNDP 2002: Sustainable Development Strategies. A Resource Book. London: Earthscan.
- OECD 2006: Good Practices in the national sustainable development strategies of OECD countries.
- Petermann, Thomas; Maik Poetzsch 2012: Nachhaltigkeit und Parlamente – Bilanz und Perspektiven Rio+20. Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB). TAB-Arbeitsbericht Nr. 155, Dezember 2012.
- Quitow, Rainer 2010: Meta-Analyse: Nachhaltigkeitsstrategien in Politik und Wirtschaft. Querauswertung der staatlichen Nachhaltigkeitsstrategien. URL: http://www.innovative-nachhaltigkeit.de/htdocs_de/pdf/Analyse_und_Vergleich_der_Laender.pdf (Zugriff am 09.10.2013).
- Quitow, Rainer 2011: Nachhaltigkeitsstrategien: Form und Funktion. In: Knopf et al. (Hrsg.): Nachhaltigkeitsstrategien in Politik und Wirtschaft. Treiber für Innovation und Kooperation? München: oekom, S. 123-147.
- SRU 2008: Umweltgutachten 2008 - Umweltschutz in Zeiten des Klimawandels. Berlin: Sachverständigenrat für Umweltfragen.
- Steurer, Reinhard 2008: Sustainable Development Strategies. In: Jordan, Andrew und Andrea Lenschow (Hrsg.): Innovation in Environmental Policy? Integrating the Environment for Sustainability. Cheltenham: Edward Elgar, S. 93-113.
- Steurer, Reinhard 2010: Sustainable development as a governance reform agenda: Principles and challenges. In: Steurer, Reinhard und Rita Trattnigg (Hrsg.): Nachhaltigkeit regieren. Eine Bilanz zu Governance-Prinzipien und -Praktiken. München: oekom, S. 33-52.
- United Nations Development Program (UNDP) 1997: Governance for sustainable human development. A UNDP policy document. January 1997. URL: <http://mirror.undp.org/magnet/policy/> (Zugriff am 17.09.2013).

United Nations Environment Program (UNEP) 2011: Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication.

8 Anhang

8.1 Zeitplan des Projekts

#	Termin	Schritt	Verantwortlich
1	14.08.2013	Vorlage eines Inception Reports zur Vorgehensweise und Projektplanung	Freie Universität Berlin
2	30.08.2013	Vorlage der Ergebnisse der Grobanalyse	Freie Universität Berlin
3	06.09.2013	Kommentierung der Grobanalyse	Wissenschaftliches Beratungsteam
4	18.09.2013	Finale Fallauswahl	Freie Universität Berlin
5	15.10.2013	Vorlage des ersten Berichtsentwurfs	Freie Universität Berlin
6	23.10.2013	Kommentierung des ersten Berichtsentwurfs	Wissenschaftliches Beratungsteam, Bertelsmann Stiftung, MKULNV ⁵³
7	31.10.2013	Vorlage des zweiten Berichtsentwurfs	Freie Universität Berlin
8	08.11.2013	Peer-Review-Verfahren	Leuphana Universität Lüneburg
9	14.11.2013	Vorstellung des Berichtsentwurfs im Rahmen der „Länderoffenen Expertengruppe“	Freie Universität Berlin
10	13.12.2013	Vorlage des dritten Berichtsentwurfs (finale Fassung)	Freie Universität Berlin

⁵³ Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

8.2 Wissenschaftliches Beratungsteam

Das Projekt „Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln“ der Bertelsmann Stiftung wird durch ein wissenschaftliches Beratungsteam begleitet.

In den Phasen I und III des Projektes ist das wissenschaftliche Beratungsteam wie folgt zusammengesetzt:

I. Identifikation und Analyse von Best Practices	
a) Untersuchung von Nachhaltigkeitsstrategien in Deutschland und auf EU-Ebene	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH: Prof. Dr. Manfred Fischedick (Leitung), Dr. Sylvia Borbonus, Dr. Justus von Geibler, Dr. Jochen Luhmann, Hanna Scheck, Dorothea Schostok, Dr. habil. Uta von Winterfeld
b) Untersuchung von Nachhaltigkeitsstrategien auf internationaler Ebene	Freie Universität Berlin: Dr. Klaus Jacob (Leitung), Hannah Kannen, Dr. Ingeborg Niestroy
III. Evaluation des Transfers von Best Practices	
a) Bewertung und Beurteilung des Transfers von Best Practices (begleitend und retrospektiv)	Leuphana Universität Lüneburg: Prof. Dr. Harald Heinrichs (Leitung), Norman Laws
b) Erarbeitung von Erfolgsfaktoren für Nachhaltigkeitsstrategien	

Die Zusammensetzung des wissenschaftlichen Beratungsteams für die Phase II des Projektes („Transfer von Best Practices“) wird Ende 2013 festgelegt.

8.3 Peer-Reviewer

Für den Berichtsentwurf zur Untersuchung von Nachhaltigkeitsstrategien auf internationaler Ebene ist in der Zeit vom 31. Oktober bis 08. November 2013 ein schriftliches Peer Review-Verfahren durchgeführt worden.

Die Kapitel zu den Schwerpunktthemen wurden von den folgenden Personen kommentiert:

Kapitel	Schwerpunktthema	Peers
5.1	Nachhaltiges Wirtschaften	Prof. Dr. Ulrich Brand (Universität Wien)
5.2	Nachhaltige Finanzpolitik	Yves Michels (PricewaterhouseCoopers AG)
5.3	Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe	Dr. Elke Baranek (Europarc Deutschland e.V.)
5.4	Bildung für nachhaltige Entwicklung	Prof. Dr. Marco Rieckmann (Universität Vechta)
5.5	Jugendbeteiligung	Prof. Dr. Burkhard Gniewosz (Ludwig-Maximilians-Universität München) Prof. Dr. Roland Roth (Hochschule Magdeburg-Stendal)

8.4 Länderoffene Expertengruppe

Zur Information und Diskussion der (Zwischen-)Ergebnisse der Untersuchung von Nachhaltigkeitsstrategien auf internationaler Ebene hat am 14. November 2013 in Berlin eine Sitzung der sog. „Länderoffenen Expertengruppe“ stattgefunden.

An dieser Sitzung nahmen teil:

Baden-Württemberg	
Nina Möhrle	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg
Berlin	
Dr. Heinz-Josef Klimeczek	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin
Brandenburg	
Dr. Martin Pohlmann	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Hamburg	
Martina Falke	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg
Hessen	
Jutta Koop	Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Nordrhein-Westfalen	
Dr. Marc-Oliver Pahl	Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Sachsen-Anhalt	
Jutta Hartmann	Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt
Weitere	
Monika Frieling	Bundeskanzleramt
Frank Hönerbach	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Teresa Dorfner	Rat für Nachhaltige Entwicklung
Dr. Sylvia Borbonus	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH
Dr. Klaus Jacob	Freie Universität Berlin
Hannah Kannen	Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Harald Heinrichs	Leuphana Universität Lüneburg
Armando García Schmidt	Bertelsmann Stiftung
Henrik Riedel	Bertelsmann Stiftung
Gäste	
Dr. Albert Statz	Nachhaltigkeitsbeirat Brandenburg
Prof. Dr. Roland Roth	Hochschule Magdeburg-Stendhal
Alexander Koop	Bertelsmann Stiftung

8.5 Policy Toolbox: Gute Praktiken aus den zehn Ländern und Regionen

Die folgenden Tabellen bieten eine Übersicht über die mehr als hundert guten Praktiken, die im Rahmen der Recherche nach Best Practices gesammelt wurden. Diejenigen Instrumente, die in Kapitel 5 als Best Practice vorgestellt werden, sind entsprechend markiert.

	Nachhaltiges Wirtschaften I		
	Rohstoff- und Materialnutzung	Flächennutzung	Innovationen und Investitionen
Aargau		Raumkonzept Aargau	Initiative Hightech Aargau
Bhutan	1) 100% Renewable Energy; 2) GNH-Screening von allen Sektorpolitiken, inkl. Wirtschaftspolitik	1) 60% Waldbestand per Verfassung "für alle Zeiten"; 2) Ziel: 100% Bio-Landbau bis 2020	"Brand Bhutan": Schlüsselsektoren für wirtschaftliche Entwicklung identifiziert; Anreizsysteme
Finnland	1) Tekes: Green Growth Programme; 2) Tekes: Groove - Growth with Renewables		
Flandern	Transitionsprozess "Stoffe" (sustainable materials management)		1) multidisciplinary innovation hubs; 2) www.socialeinnovatiefabriek.be ; 3) Sustainable Innovation System (SIS); 4) Funding for reduction fo energy costs (households)
Frankreich			Steuergutschrift auf Forschungsausgaben (Crédit d'impôt recherche)
Kalifornien		Rapid Fire Model	
Österreich	Ressourceneffizienz Aktionsplan (REAP)		
Schweiz	Masterplan Cleantech	1) Raumkonzept Schweiz; 2) Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung	Masterplan Cleantech
Tirol		Raumordnungsplan Raumverträgliche Tourismusentwicklung	
Wales		People, Places, Future - The Wales Spacial Plan	Innovationsstrategie "Innovation Wales"

	Nachhaltiges Wirtschaften II		
	Nachhaltiger Konsum	CSR / Betriebe	Nachhaltige öffentliche Beschaffung
Aargau			
Bhutan	Verbote: Plastiktüten, Rauchen, Werbetafeln	Anreizsystem fuer SMEs und spezifische Sektoren (unter "Brand Bhutan")	
Finnland	Sitra: Neue Geschäftsmodelle für Bio- und lokale Lebensmittel	Government Resolution 2011 on CSR (various commitments)	1) MOTIVA as support for GPP: Helpdesk; 2) Tekes: Smart Procurement
Flandern	"Consudelen" ("konsuteilen") wird beworben	1) TINA-Fonds für Unternehmen; 2) CSR Info- und Trainingszentrum; 3) I-cleantech	1) Ziel 2020: 100% nachhaltige öff. Beschaffung; 2) Ecoscore Dienstwagen erhöhen; 3) Gebäude energetisch sanieren 4) Anleitung/Guidelines von der föderalen Regierung
Frankreich	Bonus-Malus-System beim Autokauf	Pflicht für börsennotierte Unternehmen, Umwelt- und Sozialberichte vorzulegen	Bonus-Malus-System für Ministeriumsausgaben
Kalifornien			Buying Green Guide
Österreich	1) Initiative "Lebensmittel sind kostbar"; 2) Website www.bewusstkaufen.at ; 3) Aktionstage Nachhaltigkeit	Austrian Sustainability Reporting Award	Nationaler Aktionsplan zur Förderung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung
Schweiz			NH als Kriterium in der Beschaffungsverordnung
Tirol		TRIGOS Tirol	
Wales	Single use carrier bag charge	SD Charter	1) Green Dragon Standard; 2) Transforming Procurement through Home-Grown Talent project; 3) www.sell2wales.co.uk

	Nachhaltige Finanzpolitik			
	Berücksichtigung von NH-Aspekten im Rahmen des Haushaltsprozesses	Schwerpunktsetzung in Zeiten der Haushaltskonsolidierung	Entwicklung alternativer Finanzierungs- und Kooperationsmodelle	Integration des Lebenszyklusansatzes in Wirtschaftlichkeitsberechnungen
Aargau	Ausgaben- und Schuldenbremse			
Bhutan	GNH-Screening des Fünfjahresplans (FYP)	Ziel: bis 2020 finanziell unabhängig zu werden (z.Zt. 40% Entw.hilfe)	Foreign Direct Investment (FDI) policy (=konservativ); Beitritt WTO abgelehnt wegen GNH-Screening	
Finnland				
Flandern				Tests zu Life Cycle Costing in öffentl. Beschaffung
Frankreich		Les investissements d'avenir	Förderung von sozialverträglichen Investitionen (Investissements socialement responsable)	
Kalifornien				
Österreich			Ökologische Finanzpolitik / Grünes Geld	
Schweiz	Schuldenbremse			
Tirol				
Wales	Strategic Capital Investment Framework (SCIF)			Use of whole life costing in the procurement of the Senedd

	Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe	
	Gleichstellung der Geschlechter	Demografische Entwicklung und Partizipation älterer Menschen
Aargau	Pilotprojekt Familienfreundliche KMU	
Bhutan		GNH Survey
Finnland	Obligatory quota for women/men: 40% in committies etc.	FNCSD: Vertreter der Staatlichen Rentenbehoerde neues Mitglied
Flandern		
Frankreich		
Kalifornien		
Österreich		NESTORGOLD - Gütesiegel für alter(n)sgerechte Arbeit
Schweiz		
Tirol	Gender Mainstreaming Strategie für öffentliche Bauten	Active Ageing im Rahmen des Tiroler Beschäftigungspakts
Wales		

	Bildung für Nachhaltige Entwicklung		
	Gestaltung der Angebote für BNE	Schaffung der Rahmenbedingungen für BNE	Konkrete Maßnahmen zur strukturellen Verankerung von BNE
Aargau			
Bhutan	1) "Nature schools" in Nachmittagsunterricht; 2) Einrichtung von "education/knowledge cities" geplant	Wirtschaftspolitik enthält ein Kapitel zu Bildung; Fokus: NH, ICT, science	Integration von GNH in Schulcurricula
Finnland	Sitra: Kurse zu nachh. Finanzpolitik	FNCSD: Strategy for education and training for sustainable development and Implementation Plan 2006 – 2014	
Flandern		1) SD in higher education; 2) SD in secondary schools	1) MOTIVA: Bringing energy education to school teaching programs 2) Training fuer CSR
Frankreich		EESD Conference 2013	
Kalifornien			
Österreich		1) Österreichische Strategie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), 2) FORUM Umweltbildung	Sustainability Award
Schweiz		Verankerung von BNE im schweizerischen Bildungssystem	Verankerung von NE im Fachhochschulgesetz
Tirol			
Wales		Education for Sustainable Development and Global Citizenship - A Strategy for Action	A revised curriculum for Wales PSE

	Jugendbeteiligung	
	Schaffung der Rahmenbedingungen für Jugendbeteiligung im Rahmen der Strategie	Gestaltung der Beteiligungsangebote für Jugendliche im Rahmen der Strategie
Aargau		
Bhutan		
Finnland	FNCSO: Jugendorganisationen sind Mitglieder im NH-Rat	Kommunale Dialogtage
Flandern		Flemish Youth Council (Vlaamse Jeugdraad)
Frankreich		
Kalifornien		
Österreich	1) ARGE Partizipation; 2) Bundesjugendvertretung	Praxisdatenbank zu Kinder- und Jugendbeteiligung (partizipation.at)
Schweiz		
Tirol	Tiroler Jugendoffensive	Tiroler Jugendbeirat
Wales	Children and Young People's Assembly for Wales: Funky Dragon	Wales Youth Forum on Sustainable Development (WYFSD)

Kontakt

Henrik Riedel

Project Manager

Programm „Nachhaltig Wirtschaften“

Bertelsmann Stiftung

Telefon 05241 81-81266

Mobile 0172 275 96 96

Fax 05241 81-681266

E-Mail henrik.riedel@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de